

# zivilschutz magazin





Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

# Hagelkörner – so groß wie Taubeneier

Heute: Hagelunwetter richten große Schäden an

Schwere Unwetterkatastrophen wie der Mitte Juni über den süddeutschen Raum niedergegangene Hagelschlag richteten schon seit Menschengedenken riesige Schäden an. Bei dem nur 20minütigen Hagelsturm in München und Umgebung erreichten die Eisstückchen die Größe von Taubeneiern und zerstörten unzählige Fenster und Dächer, zerbeulten viele auf der Straße abgestellte Autos und vernichteten in einigen Landstrichen das gesamte Getreide. Auf den Straßen lagen die Hagelkörner bis zu zehn Zentimeter, und die Anwohner mußten wie im Winter die Gehsteige freischaufeln. Viele Menschen irrten verstört und hilflos umher. Mehr als 300 Personen wurden verletzt, einige mußten sich in Krankenhäusern ärztlich versorgen lassen. Für München war dies die größte Hagelkatastrophe in ihrer Geschichte.

Ähnlich klingen auch die Schreckensmeldungen über Hagelstürme vergangener Jahrhunderte. So gingen in den Jahren 1572 und 1615 ungewöhnliche Hochgewitter mit Hagelschlag in der Schweiz nieder.

Zwei bis drei Pfund schwere Eisklumpen erschlugen viele Menschen und Vieh.

20 Personen wurden im Jahre 1701 in Belgien durch Hagelwetter getötet. In zwei langen Streifen durchzog am 13. Juni 1788 ein Hagelwetter ganz Frankreich. Von 1039 Gemeinden wurden die Äcker verwüstet. Es sollen damals 28 Millionen Tonnen Eis niedergegangen sein.

Vom 17. bis 21. Juni 1827 gingen gewaltige Hagelstürme in Spanien, Frankreich, Deutschland und der Walachei nieder. In Spanien sollen dabei durch große Eisstücke viele Menschen und Herden von Vieh getötet worden sein.

Am 15. Juli 1827 richteten schwere Hagelwetter bei Lyon große Verwüstungen an. Faustdicke Eisstücke erschlugen viele Menschen und Tiere. Ein Kuriosum am Rande: In Lyon kühlte man mit den aufgesammelten Eisstücken in den Gasthäusern den Wein.

Im Jahre 1883 fielen in Schweden Hagelsteine in der Größe von Hühner- und Enteneiern bis zur Kartoffelgröße. Bei Ore-

sta sollen ganze Platten wie Stücke von Flußeis gefallen sein.

Am 4. Juli 1929 ging ein furchtbares Hagelwetter über weite Gebiete Bayerns und Württembergs nieder. Innerhalb einer Stunde wurde im Donautal in einer Länge vom 200 km und einer Breite von 30 km alles vernichtet. Das Getreide war vollkommen im Erdboden verschwunden. Die Bäume standen fast kahl da. Viel Vieh wurde erschlagen, selbst in den Wäldern. Der gegen Abend in München einlaufende Berliner Schnellzug hatte auf einer Seite nicht eine ganze Fensterscheibe mehr. Zahllose Dächer wurden durch die Eisstücke regelrecht durchsiebt. Der Schaden kostete den Versicherungsgesellschaften viele Millionen Mark allein für das vernichtete Getreide.

Auch nach solchen Unwetterkatastrophen bewährt sich die Selbst- und Nachbarschaftshilfe. Nicht überall gleichzeitig können die Feuerwehr und Katastrophenschutz-Organisationen helfen. Für die Geschädigten heißt es selbst Hand anlegen.

Unser dpa-Bild zeigt freiwillige Helfer und Nachbarn, die einen Hausbesitzer dabei unterstützen, sein durch Hagelschlag abgedecktes Dach wieder zu decken.





# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Juli/August  
7-8/84

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

- |  |    |
|--|----|
| „Schäden in Millionenhöhe“<br>Unwetter in Süddeutschland und der Schweiz.                                      | 5  |
| „Katastrophenschutz<br>aus einem Guß“<br>Neustruktur des Katastrophenschutzes in Hamburg.                      | 6  |
| „Blaulicht – mit oder ohne?“<br>Stellungnahmen zum Thema Sonderrechte.   | 16 |
| „Spiel, Sport, Wettkampf“<br>Landeszeltlager der Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz.                              | 17 |
| „Dienst in humanitärer<br>Verantwortung“<br>Zweite gemeinsame Johannisfeier von JUH und MHD.                   | 21 |
| „Die Schule als Multiplikator zugunsten des Katastrophenschutzes“<br>25 Jahre Katastrophenschutzschule Bayern. | 23 |
| „Dieses Grauen wird niemand mehr vergessen . . .“<br>Verheerendes Unwetter im Main-Tauber-Kreis.               | 25 |
| „Drittes Hilfskrankenhaus für den Landkreis Neu-Ulm“<br>Platz für insgesamt 400 Patienten.                     | 28 |
| „Leserbriefe“  | 29 |
| „Selbstschutz –<br>Ihr Beitrag zum Zivilschutz“<br>Neue Broschüre des BVS für Lehrgangsteilnehmer.             | 31 |
| „Ehrenamtlichkeit, ein Beispiel bürgerschaftlicher Eigenverantwortung“   | 33 |
| „Die GZS in der Statistik“   | 41 |
| „Von der Troposphäre bis zur Stratosphäre“   | 56 |
| „Es geht weiter aufwärts“  | 61 |
| „Aufschwung in fast allen Aufgabengebieten“  | 63 |
| „Großeinsatz beim 88. Deutschen Katholikentag in München“  | 65 |
| „1990 heißt das Ziel Friedrichshafen“  | 67 |
| „Ausbildungsveranstaltung mit 20 Rettungsbooten im Bezirk Rhein-Mosel“   | 71 |





# Umschau

## Wolfgang Beyer neuer Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung

Am 17. April 1984 trat Ministerialdirigent Wolfgang Beyer als Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im Bundesministerium des Innern die Nachfolge von Ministerialdirektor Wedler an.



Wolfgang Beyer wurde am 25. Januar 1932 in Badenau geboren; er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sein Abitur machte er 1953 am Gymnasium in Siegburg. Von 1953 bis 1957 studierte er Rechtswissenschaft an der Universität Bonn.

Als Referendar im Oberlandesgerichtsbezirk Köln war Beyer von 1957 bis 1961 tätig, dann arbeitete er bis 1964 als Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Köln. Von 1964 bis 1967 war er als Staatsanwalt bei dem Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Köln.

Im Mai 1967 trat Wolfgang Beyer in das Bundesministerium des Innern mit u. a. folgenden Verwendungen ein: Mitglied der Arbeitsgruppe Innenpolitische Grundsatzfragen; Leiter des Organisa-

tions- und des Haushaltsreferates; Leiter der Unterabteilungen Verwaltungsorganisation, Koordinierungs- und Beratungsstelle für die EDV in der Bundesverwaltung bzw. Allgemeine Polizeiangelegenheiten, allgemeine Angelegenheiten des BGS.

## Neues Faltblatt: Erste Hilfe und Rettungskette

Als ein wichtiges Glied in der „Rettungskette“ bezeichnet der Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften den Laien als „Ersthelfer“. In einer Pressemitteilung wird auf ein Faltblatt „Erste Hilfe und Rettungskette“ verwiesen, das die Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit entwickelt hat:

„Rund 5000 Notfalleinsätze sind in der Bundesrepublik Deutschland täglich nach Unfällen im Straßenverkehr, in Betrieben und Schulen, bei Behörden, beim Sport, im Haushalt oder sonstigen privaten Bereichen erforderlich. Nicht selten hängt das Leben der Verunglück-

ten vom reibungslosen Funktionieren der ‚Rettungskette‘ ab, in der ein Glied so wichtig wie das andere ist: Der Laie als ‚Ersthelfer‘ am Unfallort, ein gut organisiertes Notfallmelde- und Rettungssystem und eine optimale ärztliche Erstversorgung.

Als Ergänzung zur Prüfliste ‚Erste Hilfe‘ hat die Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASI) jetzt ein DIN-A-4-Faltblatt ‚Erste Hilfe und Rettungskette‘ entwickelt, das auch als Poster verwendet werden kann. Darin wird am Beispiel eines Leiterunfalls der Ablauf der betrieblichen und öffentlichen Rettungsmaßnahmen textlich und bildlich erläutert.

Das Faltblatt informiert zudem über die rechtlichen Grundlagen und die Organisation der Ersten Hilfe im Betrieb. Darüber hinaus soll der Leser motiviert werden, sich in Erster Hilfe ausbilden zu lassen, denn schließlich kann jeder einmal auf diese Hilfe angewiesen sein.“

Einzel Exemplare können kostenfrei gegen Beifügung des Drucksachenportos von 0,80 DM bei der Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASI), Stresemannstraße 43, 4000 Düsseldorf 1, angefordert werden.

## Neu: Flugzeug für Notfallpatienten

Rechtzeitig zum Beginn der Hauptreisezeit stellten die Deutsche Rettungsflugwacht (DRF) und die Rettungsdienst Stiftung Björn Steiger zwei neue Rettungshubschrauber vom Typ BO 105 CBS und ein Ambulanzflugzeug vom Typ Merlin IV C in Dienst.

Über 500 Luftrettungseinsätze der DRF im Monatsdurchschnitt machten diese Anschaffungen notwendig. Die Deutsche Rettungsflugwacht, eine Tochterorganisation der Björn-Steiger-Stiftung, hat damit neun eigene Rettungshubschrauber im Einsatz.

Schnelle Hilfe für Notfallpatienten, auch über große Entfernungen, unter wirtschaftlich günstigen Voraussetzungen sind Grundlage der Anschaffung des Ambulanzflugzeuges. Mit der Maschine können gleichzeitig mehrere Patienten transportiert werden. Es hat keinen festen Standort, es fliegt vom Endpunkt des letzten Einsatzes zum nächsten Einsatz, um teure Leerflüge zu vermeiden. Die Besatzung besteht aus Flugkapitän, Kopilot, Notarzt und Rettungsassistenten. Über große Entfernungen wird die fliegende Besatzung verdoppelt und beim





Transport von mehreren Notfallpatienten das medizinische Personal erweitert.

Alle drei Fluggeräte erhielten auf dem Flughafen in Stuttgart den Segen der Kirchen. Die Flugärzte gaben dem Ambulanzflugzeug den Namen „Björn Steiger“.

### Verdienstkreuz für Lina Stuible

Lina Stuible aus Keltern-Dietlingen, die mit 71 Jahren älteste Rettungshunde-Staffelführerin in Baden-Württemberg, erhielt im Juli aus den Händen von Landrat Dr. Heinz Reichert das Bundesverdienstkreuz (Bild). In einer kleinen Feierstunde würdigte der Landrat des Enzkreises die Verdienste der 71jährigen.



1963 begann Lina Stuible mit der Ausbildung von Rettungshunden. 1973 gründete Lina Stuible zusammen mit anderen Hundebesitzern die Rettungshundestaffel Enzkreis e. V. Mit viel persönlichem Engagement und finanziellen Opfern ist es ihr gelungen, eine leistungsfähige und einsatzbereite Staffel aufzubauen.

Trotz ihrer 71 Jahre ist Lina Stuible noch heute als Ausbildungs- und Übungsleiterin tätig. Wolfgang Gehring, Bürgermeister der Gemeinde Keltern, gratulierte im Namen des Gemeinderats. Dank und Anerkennung zollte Wolfgang Haag, Kommandant der Feuerwehr Pforzheim, mit der die Rettungshundestaffel eine enge Zusammenarbeit verbindet. Weitere Vertreter der Rettungshundestaffeln aus Baden-Württemberg schlossen sich an. (Foto: Ketterl)

### TÜV-Plakette in Supergröße

Tankfahrzeuge bekommen von jetzt an übergroße TÜV-Plaketten aufgeklebt.

Dadurch wird auf einen Blick deutlich, wann die nächste Tankprüfung durch den TÜV-Sachverständigen fällig ist (die Prüffrist für Tanks beträgt im allgemeinen drei Jahre), und ob das Tankfahrzeug auch für Benzin oder nur für Dieselkraftstoff oder Heizöl zugelassen ist.

Diese mit dem Mineralölwirtschaftsverband getroffene Regelung soll vor allem die Kontrollen durch die für die Beladung verantwortlichen Füllstellen erleichtern. Aber auch die Polizei kann auf diese Weise schnell feststellen, ob der Tank eine gültige Zulassung hat.

Die neuen Plaketten mit einem Durchmesser von ca. 30 cm werden auf beiden Seiten des Tanks aufgeklebt, wenn das Fahrzeug die Sicherheitsvorschriften für den Transport von Benzin oder Öl erfüllt. Für Benzin gibt es runde und für Diesel- sowie Heizöl sechseckige Plaketten. Wie bei den kleinen Plaketten am hinteren Nummernschild zeigen sie

durch Farbe und Stellung an, wann die nächste Tankprüfung durch den TÜV-Sachverständigen fällig ist.

### „Europrotection – Eurosécurité“

Die Fachmesse für Sicherheit und Arbeitsschutz, „Europrotection“, die bislang in Paris in den ungeraden Jahren durchgeführt wurde, wechselt in diesem Jahr den Rhythmus: Die Ausstellung findet 1984 vom 13. bis 16. November und ab dann alle zwei Jahre statt.

„Europrotection“ ist zu einem Treffpunkt für Hersteller geworden, die Kooperationen oder Vertriebspartner in Europa suchen. Die Besucher erhalten einen umfassenden Überblick sowie spezielle Informationen zu abgegrenzten Themen im Bereich der Arbeitssicherheit und der Betrieblichen Sicherheit.

### Drei Menschen starben bei Zugunglück

Schreckliche Bilder boten sich den zahlreichen Helfern nach einem Zugunglück in Heilbronn: Mindestens drei Menschen kamen bei der Entgleisung des Schlafwagenzuges ums Leben, rund 60 Personen wurden zum Teil schwer verletzt.

Alle neun Wagen des mit rund 200 Fahrgästen besetzten D-Zuges entgleisten am späten Abend des 12. August. Die ersten sechs stürzten um, drei Waggons gerieten eine fünf Meter tiefe Böschung hinunter. Der Zug war eingesetzt auf der Strecke von Stuttgart nach Hamburg. Kurz vor dem Hauptbahnhof Heilbronn ereignete sich das Unglück.

Wegen der Vorbereitung von Gleisbauarbeiten war der Schlafwagenzug we-

nige Kilometer vor dem Heilbronner Hauptbahnhof über das Gegengleis umgeleitet worden. Der Lokführer hatte die Anweisung erhalten, die Gefahrenstelle mit nicht mehr als 40 Kilometern in der Stunde zu befahren. Nach dem Unglück wurde der Lokführer mit einem Schock ins Krankenhaus gebracht.

Die Helfer hatten noch in der Nacht einige der umgestürzten Waggons geborgen. Zuvor hatten sich die Rettungsmannschaften mit Schneidbrennern einen Weg durch die Waggons bahnen müssen, um die Verletzten aus dem Zug zu bergen.

Wie die Staatsanwaltschaft in Heilbronn mitteilte, ist das schwere Zugunglück of-





fensichtlich auf menschliches Versagen zurückzuführen. Der Lokomotivführer sei mit zu hoher Geschwindigkeit durch den Baustellenbereich an der Unfallstelle gefahren.

Die dpa-Fotos zeigen die Bergung der unverletzten Passagiere aus einem die Böschung heruntergestürzten Waggon des D-Zuges.

### **Leiter der Katastrophenschutzschule Burg/Mosel verabschiedet**

In einer Feierstunde verabschiedete Staatssekretär Dr. Klaus-Dieter Uelhoff vom Ministerium des Innern und für Sport den zum 30. Juni 1984 aus dem Dienst geschiedenen Leiter der Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland, Edmund Peinelt. Neben dem Personal der Schule und Teilnehmern eines Lehrganges nahmen Vertreter des Innenministeriums des Saarlandes, des Bundesamtes für Zivilschutz, der Bezirksregierungen Koblenz und Trier, des Landkreises, der Verbands- und Ortsgemeinde, von Behörden sowie der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland an der Verabschiedung teil.

Staatssekretär Dr. Uelhoff dankte Edmund Peinelt für die engagierte Tätigkeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes, aber auch für die sehr gute Zusammenarbeit mit den Organisationen und den Behörden in Bund, Land und den Kommunen. Dr. Uelhoff unterstrich dabei die Bedeutung der Schule und ihre Aufgaben: „Nur wer sich aus Überzeugung und mit seiner ganzen Kraft für die Sache einsetzt, kann die vielfältigen Aufgaben bewältigen, die der Katastrophenschutzschule gestellt sind. Es geht dabei nicht nur darum, den vielen Helfern in den verschiedenen Organisationen das notwendige Rüstzeug dafür zu vermitteln, daß sie ihren Mitbürgern in Gefahr und Not wirklich helfen können. Es geht auch darum, diese ehrenamtlichen Helfer, die zudem noch vielfach ihre Freizeit für ihre Aus- und Weiterbildung opfern, zu motivieren, ihnen Impulse zu geben. Sie sollen nicht nur ihr Wissen und ihre Fähigkeiten anwenden und weitergeben können. Sie sollen auch in der Lage sein, diejenigen, die außerhalb der Organisation stehen, von der Notwendigkeit einer ausreichenden Gefahrenabwehr, von der Notwendigkeit eines ausreichenden Katastrophen- und Zivilschutzes zu überzeugen. Gerade auch hierin liegt die große Bedeutung einer solchen Schule, indem sie nämlich durch die vielen Helfer, die alljährlich

hier ausgebildet werden, in weite Teile der Bevölkerung als Multiplikator hineinwirkt.

Mir scheint, daß gerade dieser Aspekt in unserer heutigen Zeit sehr wichtig ist, in einer Zeit, in der so mancher – aus welchen Gründen auch immer – anderen einzureden versucht, die zivile Verteidigung mit ihren allein dem Schutze der Bürger dienenden Maßnahmen sei Kriegsvorbereitung oder mache einen Krieg erst möglich.

Ich bin sicher: Sie alle sind mit mir darin einig, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Denn unsere Entschlossenheit schreckt einen potentiellen Gegner ab. Auch die Helfer im Katastrophenschutz haben erkannt, daß unsere Maßnahmen auf dem Gebiete des Zivilschutzes alleine der Verhinderung eines bewaffneten Konfliktes dienen. Eines muß allerdings klar sein: Wir müssen auch bereit sein, uns notfalls zu wehren und unsere Freiheit zu verteidigen. Wir tragen damit dazu bei, nicht nur die Erpreßbarkeit zu verringern, sondern auch für einen möglichen Angreifer das Risiko zu erhöhen. Die Helfer haben erkannt, daß es darum geht, die Bevölkerung vor Gefahren zu schützen, und daß es unverantwortlich wäre, diese humanitäre Verpflichtung nicht zu erfüllen. Für diese Haltung und diese Einstellung danke ich allen Teilnehmern des laufenden Lehrgangs, stellvertretend für alle Mitarbeiter im Katastrophenschutz.

Wer würde denn etwa von der Schweiz oder von Schweden, die einen vorbildlichen Zivilschutz aufgebaut haben, behaupten wollen, sie bereite einen Krieg vor? Keiner! Wenn man mit diesen traditionell neutralen Ländern Vergleiche zieht, dann wird man feststellen müssen, daß bei uns noch lange nicht das erreicht ist, was wünschenswert wäre.

Ich danke der Bundesregierung, die ernsthaft darum bemüht ist, dieser Frage, das heißt dem Zivilschutz, den Stellenwert einzuräumen, der ihm zukommt. So gesehen begrüßen wir den dieser Tage eingegangenen vorläufigen Referentenentwurf eines neues Zivilschutzgesetzes, der zum Ziele hat, das bisherige Zivilschutzrecht zu vereinfachen, zusammenzufassen und dadurch transparenter zu machen, es aber gleichzeitig auch in wesentlichen Bereichen zu erweitern. Hier freut uns ganz besonders, daß der neue Entwurf – ähnlich wie in unserem Landesgesetz – erstmals Vorschriften über die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung enthält; nicht weil etwa das Land Rheinland-Pfalz hierfür vielleicht Schrittmacherdienste geleistet

hat, sondern, weil diesem Bereich im Rahmen des Schutzes der Bevölkerung vorrangige Bedeutung zukommt.“

Der Staatssekretär erklärte dann, an Edmund Peinelt gewandt, daß dieser seine Aufgaben vorbildlich erfüllt und seinen Beruf mit großem Engagement und mit spürbarer Freude ausgeübt habe.

Peinelt wurde 1920 in Wisset (Sudetenland) geboren. Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft ließ er sich 1948 in Wiesbaden nieder. Als Elektromechaniker wurde er nach der Meisterprüfung als stv. Betriebsleiter tätig. 1957 trat er in den Fernmeldedienst der Hessischen Polizei ein. 1966 nahm Peinelt seinen Dienst als Lehrgruppenleiter an der Katastrophenschutzschule des Landes Rheinland-Pfalz in Burg/Mosel auf. Zunächst war er für den Fernmeldedienst, später auch für die Ausbildung im ABC-Dienst zuständig. 1979 wurde ihm die Leitung der Schule kommissarisch übertragen, 1980 wurde er offiziell zum Schulleiter bestellt.



In Anerkennung seiner Leistungen, auch im Feuerwehrwesen, wurde Edmund Peinelt das von Staatsminister Böckmann verliehene Goldene Feuerwehr Ehrenzeichen am Bande für hervorragende Verdienste um das Feuerwehrwesen durch Staatssekretär Dr. Uelhoff überreicht (unser Foto). Der Landesfeuerwehrverband schloß sich mit der Überreichung der Ehrenplakette, die Vertreter der Organisationen, der Behörden und des Personalrates mit Präsenten und guten Wünschen an.

In seinen Dank für die ihm erwiesene Anerkennung bezog Peinelt die Würdigung seiner Mitarbeiter mit ein. Peinelt schloß mit dem dringenden Wunsch, daß die zuständigen Stellen des Landes und des Bundes die in Gang gesetzten Ausbauarbeiten fortführen mögen, damit die Schule ihrer verantwortungsvollen Aufgabe in einer gesicherten Zukunft gerecht werden könne.



Sintflutartige Regenfälle in Süddeutschland und in der Schweiz

## Schäden in Millionenhöhe

Aufräumarbeiten werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen

Sintflutartige Regenfälle legten in der Innerschweiz Straßen- und Bahnverbindungen lahm; Feuerwehren und Zivilschutzgruppen waren rund um die Uhr mit Aufräumarbeiten an Straßen, Kellern und Kulturland beschäftigt.

Nicht nur in der Schweiz tobte das Unwetter Mitte August. Auch die württembergische Gemeinde Gonzdorf bei Göppingen war von stundenlangen schweren Regenfällen besonders arg betroffen.

### „Schlimmstes Unwetter seit Menschengedenken“

In der Obwaldner Gemeinde Sachseln, Schweiz, spricht man vom „schlimmsten Unwetter seit Menschengedenken“. Die Folgen der verheerenden Regenfälle sind

Schäden in Millionenhöhe. Menschen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Meterhohe Schuttmassen wurden durch die Straßen von Sachseln geschwemmt, sämtliche Bergstraßen waren verschüttet. Die Helfer werden noch mehrere Wochen für die Aufräumarbeiten benötigen.

Weitere Gebiete in der Innerschweiz wurden ebenfalls, jedoch weniger stark vom Unwetter betroffen. Erdbeben, Unterspülungen, umgestürzte Bäume, Wurzeln und Steine werden aus den Kantonen Nidwalden, Schwyz und Luzern gemeldet.

### Fluten standen in den Häusern

Ein erneutes Unwetter innerhalb weniger Wochen verwüstete auch den südwest-



Regengüsse und starke Stürme richteten im Unterallgäu große Schäden an. Von umgeknickten Bäumen wurde dieses Haus begraben.

deutschen Raum. Im Kreis Göppingen wurden 150 Wohnungen überschwemmt; teilweise stiegen die Wassermassen unaufhaltsam bis in den ersten Stock. Auf der Straße zwischen Donsdorf und Sinzingen wurden drei Autos von den Fluten total überschwemmt; ein älteres Ehepaar wurde knapp vor dem Ertrinken gerettet.

In Bayern forderte Wirtschaftsminister Anton Jaumann ein Wetterradarverbandsnetz für Deutschland. Dies sei die Konsequenz aus der unzureichenden Vorwarnung auf das furchtbare Hagelwetter. Die mangelnde instrumentelle Ausstattung des Münchner Wetteramtes habe erheblich dazu beigetragen, daß die Hagelkatastrophe nicht rechtzeitig erkannt und vorhergesagt werden konnte.



Ein Stück des Dachstuhls und einen Großteil der Ziegel riß das Unwetter mit sich.



Auch in der Schweiz, wie hier in Sachseln, tobte das Unwetter und richtete Schäden in Millionenhöhe an. (Fotos: dpa)



Günter Sers

Die Neustruktur des Katastrophenschutzes in Hamburg

# Katastrophenschutz aus einem Guß

Einheitliche Lenkungs- und Gestaltungskompetenz für die Behörde für Inneres – Neues Stabszentrum mit Lageraum erstellt

„Ist es denn richtig, daß man erst die Verfassung brechen muß, um wirkungsvolle Abwehrmaßnahmen betreiben zu können“, wurde nach der großen Flutkatastrophe im Februar 1962 Hamburgs damaliger Innensenator, Helmut Schmidt, gefragt. Ltd. Polizeidirektor Heinz Breuer, heutiger Leiter der Abteilung „Katastrophenschutz/Zivile Verteidigung“ in der Behörde für Inneres, erinnert sich gut an die etwas überspitzte Frage eines Journalisten und meint: „In der Tat gab es viele Ungeheimheiten bei der Lenkung der Abwehrmaßnahmen.“

Kurz nach der Jahrhundertflut gingen die Verantwortlichen daran, die negativen Erfahrungen aufzuarbeiten und schafften eine Katastrophenschutzordnung für Hamburg. Sie trat am 1. Mai 1964 in Kraft und beinhaltete im wesentlichen den Weg der Kenntnisnahme von einer Katastrophe sowie den Weg der Alarmierung und schrieb die Bildung von Stäben vor.

Der große Nachteil dieser Verordnung war, daß man zwar Katastrophenschutzbehörden bestimmte, aber keiner dieser Behörden eine Leitfunktion mit entsprechenden Kompetenzen übertrug. Die Behörde für Inneres hatte danach nur das Recht, Maßnahmen des Katastrophenschutzes anzuregen und zu koordinieren. „Jeder weiß, daß das Anregen die schwächste Form des Einwirkens auf andere ist, und koordinieren kann man natürlich nur das, was man kennt. Eine Vorlagepflicht für das, was koordiniert werden sollte, bestand nicht. Das ist wohl nicht nur für Hamburg typisch, sondern auch in den Ländern Folge der Souveränität der einzelnen Behörden oder Ministerien“, meint Breuer, in dessen Abteilung das Zivilschutz-Magazin zu Gast ist, um sich über die Maßnahmen und Entscheidungen, die der Senat in den letzten Jahren zur Verbesserung des vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutzes getroffen hat, zu informieren.

## Führung ohne Kompetenzen

Ab 1964 sammelte die Behörde für Inneres die bei den anderen Behörden erstellten

Katastrophenschutzpläne, in der Regel Alarmpläne, und hielt sie auch auf dem laufenden. Geändert hatte sich aber trotz bestehender Erkenntnisse an der Organisation des Katastrophenschutzes wenig. Die Verantwortlichen hielten die Verordnung von 1964 für ausreichend.

Erst 14 Jahre später, am 16. Januar 1978, verabschiedete der Hamburger Senat ein Katastrophenschutzgesetz. Es enthält u. a. das Potential, das in Hamburg für die Abwehr von Katastrophen zur Verfügung steht und benennt 13 Katastrophenschutzbehörden – sechs Fachbehörden und die sieben Bezirksämter. Die einheitliche Len-

kung mehrerer Behörden in einem Katastrophenfall wurde der Behörde für Inneres übertragen. Entsprechende Kompetenzen erhielt der dort bestehende Zentrale Katastrophendienststab (ZKD) aber wiederum nicht. Es galt immer noch die Katastrophenschutzordnung aus dem Jahre 1964.

„Das ist 1978 hier so für gut befunden worden“, erläutert Breuer. „Man muß bedenken, daß in den Ländern schlechthin der Katastrophenschutz und auch die zivile Verteidigung nicht so sehr unter dem Aspekt von Führung und Einsatz gesehen wurden, vielleicht auch nicht werden, sondern doch mehr unter dem Aspekt der

Ein Blick in den neuen Stabsraum. Rechts im Bild die großen Projektionsflächen und Karten, im Hintergrund die gesonderten Räume für die Mitarbeiter der wichtigsten Stabsbereiche.



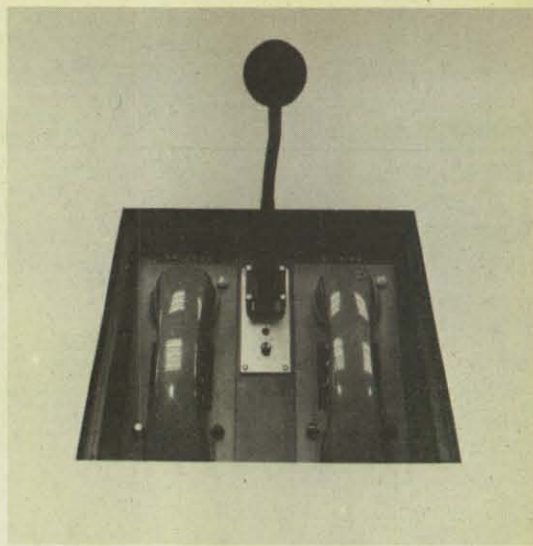
Mit dem Diaprojektor werden farbige Luftaufnahmen auf die Leinwand projiziert. Tageslichtprojektoren ergänzen die Ausstattung.







Das Darstellungs- und Nachrichtengerät wurde in den wesentlichsten Elementen in einen speziell angefertigten Arbeitstisch eingebaut.



Die Verbindung zu den Stabs- und Sachbereichen sowie zur „Außenwelt“ wird über die im Tisch vertieft eingebauten Telefone hergestellt.

Verwaltung. Für einen Verwaltungsjuristen ist natürlich eine solche Konstruktion wie das Gesetz völlig ausreichend."

kennt besonderes Gebot – und scheinbar hatte man dies hier vergessen", ergänzt er.

### Neustruktur des Katastrophenschutzes

Vor diesem Hintergrund steht die 1982 begonnene Neustruktur des Katastrophenschutzes in Hamburg. Die Reorganisation erreichte ihren Höhepunkt in der Fertigstellung eines mit modernsten Kommunikationsmitteln ausgestatteten Lagezentrums in der Behörde für Inneres im April 1984.

Der Weg bis dorthin war dornig und mit vielen Schwierigkeiten gepflastert. Die wichtigste Maßnahme, so Breuer, der im Oktober 1982 als sogenannter Vollzugs- mann die Leitung der Abteilung Katastrophenschutz/Zivile Verteidigung in der Innenbehörde übernahm, sei die Schaffung einer einheitlichen Lenkungs- und Gestaltungs-kompetenz für die Behörde für Inneres zur Vorbereitung auf die Abwehr von Katastrophen gewesen.

Klare Kompetenzen und Verantwortlichkeiten mußten geschaffen werden, um die Effektivität des Katastrophenschutzes nachhaltig zu verbessern. In einem für Verwaltungen geradezu atemberaubenden Tempo löste nach der Amtsübernahme Breuers schon am 1. Februar 1983 eine neue Katastrophenschutzordnung die den Anforderungen nicht mehr gerecht werdende Katastrophenschutzordnung aus dem Jahre 1964 ab. Am 1. Juli 1983 wurde ein neuer Zentraler Katastrophendienststab geschaffen. Mit der „Allgemeinen Richtlinie für den Katastrophenschutz“, die federführend von Breuer erarbeitet wurde, trat am 6. April 1984 dann die neue Struktur der Katastrophenabwehr in Hamburg in Kraft.

Die Richtlinie zeigt u. a. eindeutig die Lenkungs- und Leitungsfunktion der Behörde

für Inneres sowie die Stellung und Aufgaben der Behörden und Ämter im vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutz auf. Wegen der generellen Bedeutung veröffentlicht das Zivilschutz-Magazin die Dienstvorschrift zum Schluß des Artikels.

### Gesamtkonzept wird vervollständigt

Die Innenbehörde hat sich eine weitere, wichtige Aufgabe gestellt. Die „Allgemeinen Richtlinien“ sollen ergänzt werden durch „Besondere Richtlinien“ für verschiedene Arten von Katastrophen. Priorität hat dabei die Abwehr von Sturmfluten. Lag die Verantwortlichkeit der Deichverteidigung zuvor bei der Baubehörde, so hat jetzt nach der neuen Katastrophenschutzordnung die Behörde für Inneres die Führung übernommen. Gearbeitet wird derzeit u. a. an Lageprognosen, wie sich Wasser verhält, wenn Deiche brechen oder überströmt werden, und den Maßnahmen, die im Hinterland notwendig werden.

### In Ruhe arbeiten

Der neue Lageraum des ZKD im 6. Stock des Dienstgebäudes der Innenbehörde ist abgedunkelt. Nur gedämpft fällt das Tageslicht durch die Vorhänge ins Innere. Die Deckenleuchten sind gedimmt – der Raum strahlt eine ruhige Atmosphäre aus: Grundvoraussetzung für ein konzentriertes Arbeiten des Stabes.

Obwohl der 70 Quadratmeter große Lageraum mit modernster Technik ausgestattet wurde, ist nur wenig zu sehen. Das Darstellungs- und Nachrichtengerät wurde in den wesentlichsten Elementen in einen speziell angefertigten Arbeitstisch eingebaut.

### Mangelnde Koordination

Ein Tankerunfall am 25. Juli 1981 auf der Elbe, bei dem rund 300 Tonnen Rohöl ausflossen, zeigte erneut und überdeutlich auf, daß es trotz Gesetz mit der Organisation des Katastrophenschutzes in Hamburg nicht zum Besten stand. Die Behörden arbeiteten bei der Gefahrenabwehr nebeneinander, ein gegenseitiges Abstimmen aller beteiligten Stellen war in der Eile nicht zu bewerkstelligen. „Es fehlte der Katastrophenschutz aus einem Guß“, bemängelt Breuer die damalige Situation.

Nach dieser „Beinahe-Ölkatastrophe“ ergriff Innensenator Pawelczyk erste Maßnahmen, um den Katastrophenschutz in Hamburg effektiver zu gestalten. Eine Stabsrahmenübung „Tankerunfall auf der Elbe“ im November 1981 unter Leitung der Innenbehörde sollte Aufschluß geben über die organisatorischen Schwachstellen.

„Es lief so, wie nicht anders zu erwarten war“, erinnert sich Breuer, damals Chef des Stabes der Hamburger Polizei. „Eine Vielzahl von Behörden wirkte wiederum mit, nicht koordiniert, und sie waren auch nicht in der Kürze der Zeit, in der Entscheidungen bei einer Katastrophe getroffen werden müssen, zu koordinieren.“

Für Breuer, jetziger Leiter des Zentralen Katastrophendienststabes, ist nach dem Ritus der Verwaltung, möglichst einvernehmliche Regelungen zu erzielen und möglichst schriftlich miteinander zu verkehren, kein effektiver Katastrophenschutz möglich. Er sieht den Katastrophenschutz nicht unter dem Aspekt geordneter Verwaltung, sondern für ihn als Praktiker gilt: „Not



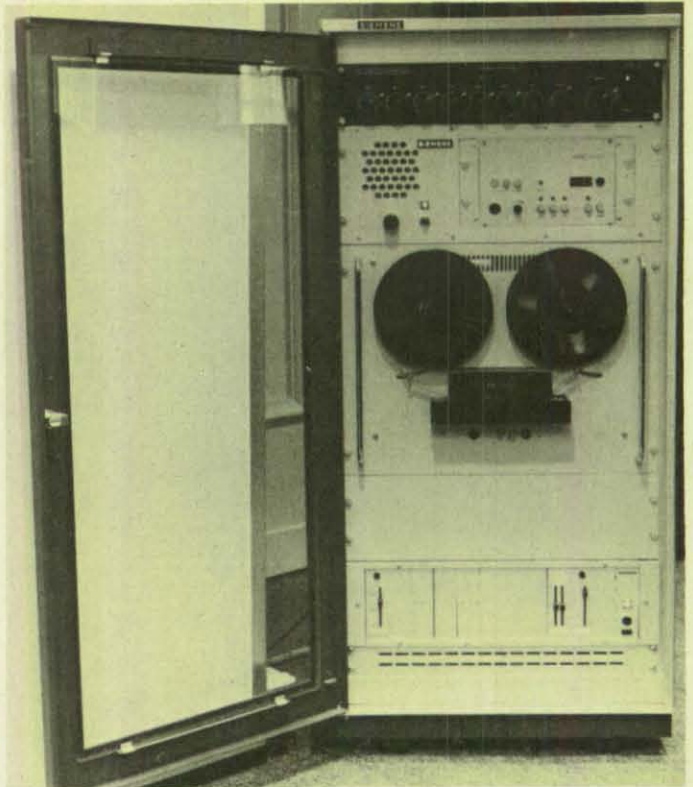
Von einer seitlichen „Kommandozone“ werden sowohl leistungsstarke Tageslicht- und Diaprojektoren als auch Mehrnormen-Videogeräte, Empfänger- und Kontrollmonitore in Funktion gesetzt.

Die Verbindung zu den Stabs- und Sachbereichen sowie zur „Außenwelt“ wird im Bedarfsfall über im Tisch vertieft eingebaute Telefone hergestellt.

Eine gesondert entwickelte Funkanschaltung zum internen Gegensprechsystem macht im Einsatzfall sogar den Hör- und Sprechfunkverkehr im 4-m-Bereich der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben möglich.

Große Projektionswände und Karten füllen die dem Tisch gegenüberliegende Wand. Auf zwei Monitoren flimmern farbige Bilder, aufgenommen von einer Kamera aus dem Polizeihubschrauber. Dipl.-Ing. Lothar Hantel, Sachgebietsleiter der Fernmelde-technik im Referat „Grundsatzangelegenheiten auf technischem Gebiet, Stabsübungen, zivile Verteidigung“ hat alles perfekt vorbereitet, um zu demonstrieren, wie der ZKD im Lagezentrum arbeitet.

**Was im ZKD entschieden wird – und der Weg zur Entscheidung – wird auf Tonband aufgezeichnet und mit der Uhrzeit unterlegt.**



### Wenige leisten mehr

Stark abgespeckt wurde dieser Stab bei der Reorganisation. Von ehemals 14 Stabsbereichen blieben nur noch vier übrig. Sie unterstehen jetzt alle dem Leiter des Stabes und gliedern sich in den Stabsbereich 1 „Lage“ mit den Sachbereichen: Aufnahme, Auswertung, Informationsweitergabe, Darstellung; Stabsbereich 2 „Einsatz“: Technische Gefahrenabwehr, Schadensminderung und -beseitigung, Öffentliche Sicherheit und Ordnung; Stabsbereich 3 „Bevölkerung“: Warnung und Information, Evakuierung, Unterbringung, Versorgung und Betreuung; Stabsbereich 4 „Dienstleistung“: Innerer Dienstbetrieb, Fernmeldeführung, Öffentlichkeitsarbeit, Besondere Angelegenheiten, Rechtsfragen. Die Sachbereiche sind dem jeweiligen Stabsbereichsleiter unmittelbar unterstellt. Der gesamte ZKD wird im wesentlichen aus Bediensteten der Innenbehörde gebildet.

Für die fachliche Beratung der Leitung, zur Unterstützung der Stabsarbeit sowie zur Herstellung der Verbindung zu beteiligten Stäben stehen Mitarbeiter anderer Behörden oder Dienststellen zur Verfügung. Sie sind dem jeweiligen Stabsbereichsleiter beigegeben.

### Nicht konform mit KatS-DV 100

„Ich bin bei der Gliederung des Stabes in vier Stabsabteilungen nicht ganz konform mit dem, was an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler gelehrt

wird“, erläutert Breuer sein Konzept. „Ich habe mir gesagt, wir brauchen natürlich einen Stabsbereich 1, das ist die ‚Lage‘, sowie einen Stabsbereich 2, das ist bei mir der ‚Einsatz‘. Ich brauche keinen Stabsbereich ‚Personal‘, denn ich will hier keine Personalführung betreiben, sondern Einheiten einsetzen, und dazu benötige ich keinen eigenen Stabsbereich, das macht der ‚Einsatz‘.“

Alle Maßnahmen dienen dem Bürger und seinem Schutz. Deshalb wurde der Stabsbereich ‚Bevölkerung‘ geschaffen. Bei allen Ernstfällen und Übungen wurde dieser Part vernachlässigt, obwohl er doch die größte Bedeutung hat. Das fängt an mit der Warnung, Information, Unterbringung, Betreuung, Versorgung usw. Ein ungeheurer Wust von Arbeit, und die konnte nicht nebenbei gemacht werden. Hinzu kommt noch der Stabsbereich 4 ‚Dienstleistung‘

mit umfangreichen Aufgaben innerhalb des Hauses.“

### Aus Erfahrungen gelernt

Für den ZKD wurde eine neue Dienstvorschrift erstellt, aus der die Arbeitsabläufe klar ersichtlich und scharf umrissen sind. Gelernt hat man aus früheren Erfahrungen. „Mittelpunkt des bisherigen ZKD war das sogenannte Stabsgeschäftszimmer. Ehe man dort nicht alle Vorgänge in der Hand und seine Stempel daraufgesetzt hatte, bekam der, der darüber entscheiden sollte, nichts. Es hat markante Einsatzeignisse gegeben, und das wird in vielen Erfahrungsberichten immer wieder gesagt, die bis zum Ende der Übung demjenigen, der das hätte wissen müssen, gar nicht auf den Tisch gekommen sind, weil der Stab mit sich selber zu sehr beschäftigt war. Dieses

Ein Garant für praxisbezogenen Katastrophenschutz: LtD. Polizeidirektor Heinz Breuer, Leiter der Abteilung „Katastrophenschutz / Zivile Verteidigung“ in der Hamburger Behörde für Inneres. (Fotos: Sers)







Mit Hilfe einer Fernsehkamera kann die Polizei aus dem Hubschrauber farbige Bilder in den Lageraum der Innenbehörde senden.



An der Seitenstrebe des Hubschraubers ist die Sendeantenne untergebracht.

(Fotos: Polizei Hamburg)

Stabsgeschäftszimmer gibt es nun nicht mehr. Wir nehmen die Meldungen auf, unsere nachgeordneten Stäbe wissen, an wen sie sich wenden müssen“, erläutert Breuer die Dienstvorschrift und fährt fort: „Was im ZKD entschieden wird sowie der Weg zur Entscheidung werden auf Tonband aufgezeichnet und mit der Uhrzeit unterlegt, so daß eine Einsatzmaßnahme jederzeit nachvollziehbar ist. Diese Dokumentation genügt vollkommen und erspart uns die Stabsbürokratie, an der, wie ich meine, viele Stäbe einfach ersticken – überhaupt unfähig werden, noch nach außen zu wirken“.

### **Neue Ablauforganisation bringt Zeitgewinn**

Aufgabe des ZKD ist es, den für die Behörde für Inneres zuständigen Staatsrat bei der einheitlichen Lenkung der Abwehrmaßnahmen mehrerer Behörden und in seiner Eigenschaft als Leiter der Katastrophenabwehr der Behörde für Inneres zu unterstützen sowie ihn zu beraten und für den Vollzug seiner Weisungen zu sorgen. Für die umfangreiche und verantwortungs-

volle Aufgabe war eine neue Ablauforganisation nötig, die zum Ziel hatte, die Entscheidungsfindung zu beschleunigen und die Umsetzung sicherer und schneller durchzuführen.

Was nun den Lageraum betraf, waren bestimmte Voraussetzungen vorgegeben: Es sollte ein Raum erstellt werden, in dem die Entscheidenden im Katastrophendienststab abgeschirmt von der üblichen Hektik arbeiten können. Sichergestellt mußte dabei aber sein, daß die Mitarbeiter der wichtigsten Stabsbereiche in Hör- und Sichtweite der Stabsbereichsleiter waren. Deshalb sollten angrenzende Räume geschaffen werden, die den Durchblick gestatten und auch phonetisch mit dem Stabsraum verbunden sind. Weitere Vorgaben waren eine große Darstellungsfläche sowie die Erweiterung der Darstellungsmöglichkeiten unter Einbeziehung der bereits vorhandenen Geräte.

Der Leiter des Stabes bringt es auf einen Nenner: „Möglichst viele sollen teilhaben, ohne sich gegenseitig zu stören. Dies ermöglicht das schnelle Umsetzen der Entscheidungen – alle Mitarbeiter sehen mit, hören mit, erkennen die Tendenzen und arbeiten parallel.“

### **Im Bilde sein**

Der Vorgabe entsprechend wurde in kurzer Zeit das große Lagezentrum in der Innenbehörde geschaffen. „Wer wie wir das höchste politisch-administrative Führungsorgan im Katastrophenfall darstellen soll, muß im wahrsten Sinne des Wortes im Bilde sein, um entscheiden zu können. Das erfordert ein möglichst umfassendes Lagebild für die, die entscheiden“, erläutert Breuer im Stabsraum.

Die nun erheblich verbesserten Möglichkeiten der Lagedarstellung beinhalten u. a. detaillierte Kartenausschnitte und Luftaufnahmen, die auf großformatige Leinwände projiziert werden. Im Archiv des ZKD liegt umfangreiches Material für die Großprojektion bereit, das auf dem neuesten Stand gehalten und vervollständigt wird. Auch steht die Videotechnik zur Verfügung, die es dem Stab ermöglicht, sich direkt vom Polizeihubschrauber, von Fernsehkraftwagen sowie von rund 60 Verkehrskameras aktuelle Bilder von einem Unglücksort live auf die Monitore im Lageraum übertragen zu lassen und rückholbar zu machen. Modernste Fernmeldemittel sowie Telekopierer ergänzen die technische Ausstattung.

Wenn es die Lage erfordert, kann der ZKD durch ein eigenes Rundfunkstudio im Dienstgebäude der Innenbehörde über den NDR unmittelbar mit dem Bürger sprechen.

### **Schulung macht einsichtig**

Neben all diesen Maßnahmen zur Verbesserung des Katastrophenschutzes in Hamburg widmet sich die Behörde für Inneres auch der Schulung der Leiter der Katastrophendienststäbe der Bezirksämter bzw. Behörden. Alle haben inzwischen Stabsseminare der Innenbehörde besucht und dienen als Multiplikatoren in ihrem Bereich. Die Führung und der Einsatz der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes erfolgen hier noch nach der KatS-DV 100. Die Behörde für Inneres ist sich aber mit den regionalen Katastrophendienststäben darüber einig, die Gliederung der Stäbe auf das Modell des ZKD umzustellen.

### **Viel geschaffen**

In Hamburg muß dem Katastrophenschutz wegen der Lage am tideoffenen Großschiffahrtsweg Elbe und wegen der Ballung von Menschen sowie gefahrgeneigter Industrie- und Verkehrsanlagen eine besonders hohe Bedeutung beigemessen werden. Geschaffen wurde mit der Neustruktur des Katastrophenschutzes für die Gefahrenabwehr vieles. Die Bewährungsprobe steht noch aus.



## Allgemeine Richtlinie für den Katastrophenschutz

### 1. Grundsätzliches

Katastrophenschutz ist die gemeinsame Aufgabe aller Katastrophenschutzbehörden der Freien und Hansestadt Hamburg. Jede Katastrophenschutzbehörde leistet insbesondere nach Maßgabe der von der Behörde für Inneres zu erstellenden Katastrophenschutzunterlagen einen Beitrag zur Abwehr von Katastrophen. Unterstützende Maßnahmen können auch von den Behörden und Ämtern abgefordert werden, die in einem Katastrophenfall nicht fachlich oder örtlich zuständig bzw. betroffen sind.

Die Richtlinie gilt auch für die Bekämpfung von Großschadensfällen, die eine einheitliche Lenkung der Abwehrmaßnahmen mehrerer Behörden und/oder Ämter erfordert.

Jede Katastrophenschutzbehörde ist berechtigt, unaufschiebbare Maßnahmen zu treffen (vgl. Abschnitt III der Anordnung zur Durchführung des Hamburgischen Katastrophenschutzgesetzes).

### 2. Abwehrender Katastrophenschutz

#### 2.1 Allgemeines

Den Maßnahmen zur Bewältigung einer Katastrophe ist folgende Einteilung in Phasen (Maßnahmenabschnitte) zugrunde zu legen:

- Erster Angriff
- Schadenseindämmung
- Schadensbeseitigung.

Der Phasenverlauf in seiner schematisierten Form ergibt sich aus den Anlagen 1-5. Abweichungen aufgrund besonderer Lagen sind im Einzelfall nicht ausgeschlossen.

Die anschließende „Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes“ bezeichnet die Phase, in der (in der Regel) nach Ende der Katastrophe die Sanierung des schadensbetroffenen Gebietes betrieben wird. Diese Phase ist nicht Gegenstand dieser Richtlinie. Die Zuständigkeit dafür richtet sich nach dem Geschäftsbereich der Behörden und Ämter.

#### 2.2 Stellung und Aufgaben der Behörden und Ämter im abwehrenden Katastrophenschutz

##### 2.2.1 Behörde für Inneres Staatsrat der Behörde für Inneres

Dem Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) obliegt die einheitliche Lenkung der Abwehrmaßnahmen.

Er bestimmt insbesondere bei Bedarf den Zeitpunkt, zu dem die Leitung der Abwehrmaßnahmen am Schadensort und in seinem Umfeld von der Feuerwehr bzw. von der Polizei auf den örtlich jeweils zuständigen Leiter der Katastrophenschutzabwehr beim Bezirksamt bzw. den Leiter der Katastrophenschutzabwehr im Hafen (s. Ziffer 2.2.4) übergeht.

Bei Gefahr im Verzuge oder bei besonderen Lagen kann er einen Leiter der Katastrophenschutzabwehr beim Bezirksamt bzw. den Leiter der Katastrophenschutzabwehr im Hafen anweisen, über den Zuständigkeitsbereich seines Bezirkes (Gebietes) hinaus tätig zu werden.

Der Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) kann nach Beendigung des Ersten Angriffs aus taktischen Gründen die zentrale Lenkung dem Leiter der Katastrophenschutzabwehr einer Katastrophenschutzbehörde des abwehrenden Katastrophenschutzes übertragen.

#### Feuerwehr

Die Feuerwehr trifft abwehrende Maßnahmen am Schadensort.

Sie hat während des Ersten Angriffs unter Einwirkung der Feuerwehreinsetzleitung alles Erforderliche zu tun, um Schäden zu begrenzen und Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung abzuwehren.

Dazu gehören insbesondere:

- Retten von Menschen
- Bergen von Sachen
- Brandbekämpfungsmaßnahmen
- Technische Schadensbekämpfung.

Die Feuerwehr hat eng mit der Polizei zusammenzuarbeiten.

Am Schadensort stellt die Feuerwehr den Gesamteinsatzleiter. Er hat zusätzlich zu der Lenkung aller Abwehrmaßnahmen am Schadensort insbesondere

- bei drohenden Auswirkungen auf das Umfeld des Schadensortes Maßnahmen der Polizei, des jeweiligen Bezirksamtes bzw. der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft (für den Hafen) zu veranlassen sowie betroffene Stellen zu benachrichtigen

- fortlaufende Lage Meldungen vom Schadensort zu erstatten, um so

- das rechtzeitige und zweckmäßige Tätigwerden von Polizei, Bezirksamtern und der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft im Umfeld

- Entscheidungen des Staatsrates der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO)

zu ermöglichen.

Soweit im Umfeld des Schadensortes der Einsatz von Kräften der Feuerwehr erfor-

derlich ist (z. B. Rettungsdienst, Meßtrupps), werden diese der Polizei taktisch unterstellt.

Nach Beendigung des Ersten Angriffs sind die Vollzugskräfte der Feuerwehr (soweit möglich) aus dem Einsatz herauszulösen und weitgehend durch Kräfte des Bezirksamtes bzw. der Fachbehörden zu ersetzen. Verbleibende Kräfte der Feuerwehr unterstützen den Leiter der Katastrophenschutzabwehr beim Bezirksamt bzw. den Leiter der Katastrophenschutzabwehr im Hafen im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit.

#### Polizei

Die Polizei nimmt alle sich aus dem Anlaß zum Schutz der Bevölkerung und zur störungsfreien Durchführung der Abwehrmaßnahmen ergebenden Aufgaben im Umfeld des Schadensortes in eigener Verantwortung wahr.

Sie hat eng mit der Feuerwehr zusammenzuarbeiten.

Im Ersten Angriff hat die Polizei unter Einwirkung ihres Führungsstabes und entsprechend der vom Gesamteinsatzleiter am Schadensort genannten Gefahrenlage alles zu tun, um im Umfeld des Schadensortes Gefahren und Schäden für das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung sowie für deren Eigentum zu verhindern. Sie hat durch Freimachen und Freihalten der Rettungs- und Einsatzwege die ungehinderte Schadensbekämpfung vor Ort zu gewährleisten.

Daneben gehören zu den Aufgaben der Polizei insbesondere das

- Warnen der gefährdeten Bevölkerung
- sofortige Räumen, Sperren und Freihalten betroffener oder gefährdeter Gebiete
- Messen und Spüren sowie
- die Verkehrslenkung und -regelung.

Zur Unterstützung der Feuerwehr am Schadensort hat die Polizei Teilkkräfte unter einheitlicher Führung dem Gesamteinsatzleiter taktisch zu unterstellen (z. B. für die innere Absperrung).

Nach Beendigung des Ersten Angriffs sind die Vollzugskräfte der Polizei (soweit möglich) aus dem Einsatz herauszulösen und weitgehend durch Kräfte des Bezirksamtes bzw. der Fachbehörden zu ersetzen.

Verbleibende Kräfte der Polizei unterstützen den Leiter der Katastrophenschutzabwehr beim Bezirksamt bzw. den Leiter der Katastrophenschutzabwehr im Hafen im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit.

#### 2.2.2 Bezirksamter

Nach Bekanntwerden einer Katastrophe bzw. eines Großschadensfalls entsendet das (überwiegend) betroffene Bezirksamt



umgehend einen entscheidungsbefugten Vertreter in die Gesamteinsatzleitung.

Im Ersten Angriff obliegt dem jeweils betroffenen Bezirksamt als eigenständige Aufgabe die Fürsorge für die betroffene Bevölkerung.

Dazu gehört insbesondere das

- Unterbringen
- Versorgen
- Betreuen

der von einer Räumung betroffenen Menschen.

Der Leiter der Katastrophenabwehr beim jeweiligen Bezirksamt übernimmt nach Vereinbarung oder zu einem vom Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) zu bestimmenden Zeitpunkt die Leitung der Abwehrmaßnahmen am Schadensort und in seinem Umfeld.

Dem Leiter der Katastrophenabwehr beim jeweiligen Bezirksamt obliegt am Schadensort in Fortführung bisheriger Maßnahmen u. a.

- die weitere Absicherung provisorischer technischer Maßnahmen
- das Abräumen von Schutt- und Wrackteilen
- das Reinigen von Sielen, Gewässern usw.
- das Freimachen der Verkehrswege sowie
- die Desinfektion/Entgiftung kontaminierter Personen und Sachen.

Im Umfeld des Schadensortes obliegt ihm in Fortführung bisheriger Maßnahmen die Durchführung geplanter Maßnahmen für die Bevölkerung, insbesondere das

- Warnen
- planmäßige Räumen
- Unterbringen
- Betreuen
- Versorgen und
- Registrieren der betroffenen Bevölkerung.

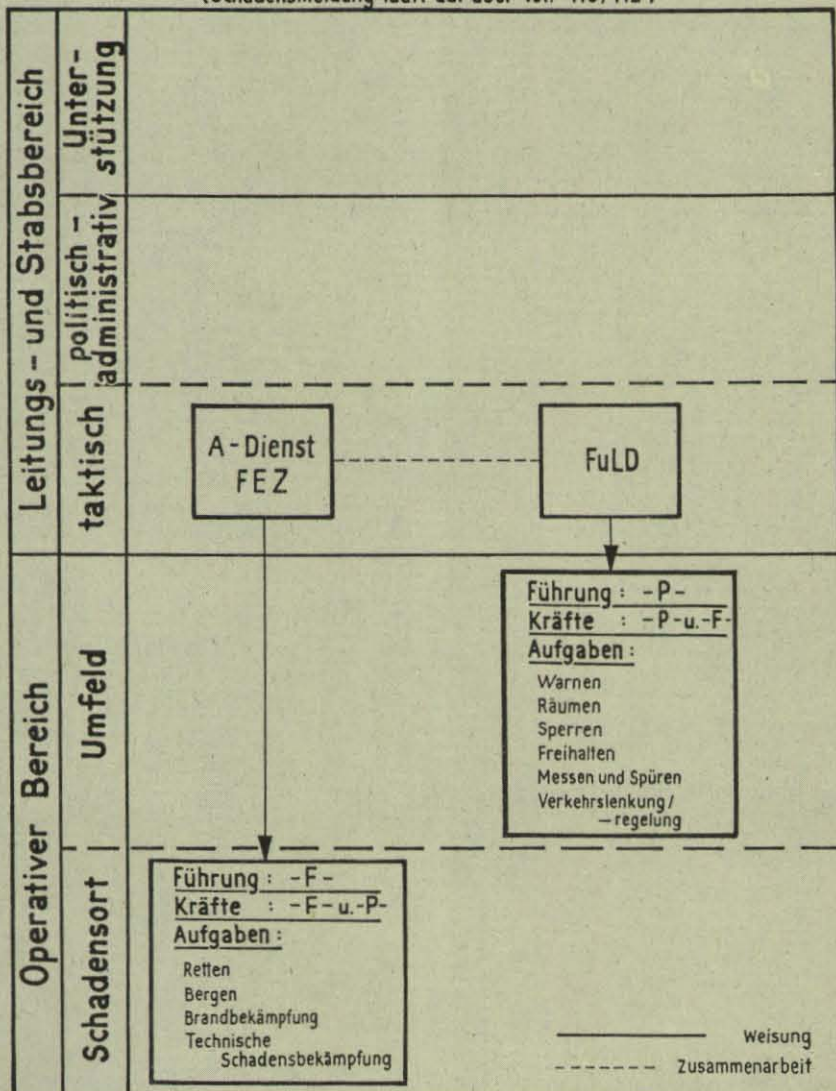
Reichen zur Bewältigung der Aufgaben die bezirkseigenen Kräfte und Mittel nicht aus, werden dem Leiter der Katastrophenabwehr beim jeweiligen Bezirksamt auf Anforderung Kräfte und Gerät vom Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) zugewiesen und anlaßbezogen unterstellt, soweit in Katastrophenschutzunterlagen (s. Ziffer 3.2) nichts anderes festgelegt ist. Bei Verunreinigungen durch wassergefährdende Stoffe ist die BBNU hinzuzuziehen.

Für das Hafengebiet gilt die Regelung nach Ziffer 2.2.4.

## Phase: Erster Angriff

Anlage 1

Abschnitt I Soforteinsatz  
(Schadensmeldung läuft auf über Tel.: 110/112)



Für das Hafengebiet gilt die Sonderregelung nach Ziffer 2.2.4

### 2.2.3 Senatsämter und Fachbehörden

Der Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) ordnet die Einsatzbereitschaft betroffener Senatsämter und Fachbehörden an, wenn und soweit diese ihre Einsatzbereitschaft nicht schon selbst hergestellt haben.

Den Senatsämtern und Fachbehörden obliegen (ggf. unter Einrichtung ihrer Leitungen/Stäbe) insbesondere folgende Aufgaben:

- Anlaßbezogene Alarmierung und Bereitstellung eigener Kräfte und Mittel
- Herstellung und Aufrechterhaltung der Verbindung zum Zentralen Katastrophendienststab
- Entsendung von Fachberatern/Experten in andere Stäbe bzw. Einsatzleitungen entsprechend den Planungen
- Einbringung des im jeweiligen Geschäftsbereich vorhandenen wissenschaftlich/technischen Sachverständes in die Entscheidungsfindung des Zentralen Katastrophendienststabes, insbesondere durch Erarbeitung von Handlungskonzepten bzw. Anpassung vorhandener Konzepte an den konkreten Anlaß
- Erschließung außerbehördlicher Hilfsquellen (z. B. Firmen, Labors, Spezialisten)
- Entsendung von Abwehr- und Hilfskräften in den Schadensbereich oder dessen Umfeld auf Weisung des Staatsrates der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO)
- Selbständige Erledigung der vom Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) übertragenen Aufgaben bzw. erteilten Aufträge.



Im Ersten Angriff entsenden die Senatsämter/Fachbehörden auf Anforderung des Gesamteinsatzleiters Berater zur Einsatzleitung.

Befinden sich bereits Kräfte (und ggf. Mittel) der Fachbehörden aus Anlaß des Schadensereignisses am Schadensort, bevor die Feuerwehr die Gesamteinsatzleitung übernehmen kann, treffen sie in eigener Verantwortung die erforderlichen Abwehrmaßnahmen. Diese Kräfte haben sich nach Übernahme der Gesamteinsatzleitung durch die Feuerwehr weiter zur Verfügung zu halten.

### 2.2.4 Amt für Hafen, Schifffahrt und Verkehr und Amt Strom- und Hafenbau der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft bestimmt für das Hafenge-

biet einen Leiter der Katastrophenabwehr im Hafen; er wird unterstützt von einem von dem Amt für Hafen, Schifffahrt und Verkehr und dem Amt Strom- und Hafenbau zu bildenden Hafenstab.

Nach Bekanntwerden einer Katastrophe bzw. eines Großschadensfalls im Hafen entsendet das Amt für Hafen, Schifffahrt und Verkehr und/oder das Amt Strom- und Hafenbau (je) einen entscheidungsbefugten Vertreter in die Gesamteinsatzleitung.

Im Ersten Angriff obliegt den genannten Ämtern als eigenständige Aufgabe das

- Erteilen strom- oder schifffahrtspolizeilicher Verfügungen
- Lenken des Schiffsverkehrs
- Warnen der betroffenen Schifffahrt (Funk-/Radio-Warnung).

Der Leiter der Katastrophenabwehr im Ha-

fen übernimmt nach Vereinbarung oder zu einem vom Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) zu bestimmenden Zeitpunkt die Leitung der Abwehrmaßnahmen am Schadensort und in seinem Umfeld.

Dem Leiter der Katastrophenabwehr im Hafen obliegt am Schadensort in Fortführung bisheriger Maßnahmen u. a.

- die weitere Absicherung provisorischer technischer Maßnahmen
- das Abräumen von Schutt- und Wrackteilen
- das Reinigen von Sielen, Gewässern usw.
- das Freimachen der Verkehrswege sowie
- die Desinfektion/Entgiftung kontaminierter Personen und Sachen.

Im Umfeld des Schadensortes obliegt ihm in Fortführung bisheriger Maßnahmen insbesondere das Warnen der betroffenen Bevölkerung und das planmäßige Räumen des Schadensgebietes.

Das Unterbringen, Betreuen, Versorgen und das Registrieren der betroffenen Bevölkerung ist Aufgabe des jeweiligen Bezirksamtes.

Reichen zur Bewältigung der Aufgaben die Kräfte und Mittel nicht aus, werden dem Leiter der Katastrophenabwehr im Hafen auf Anforderung Kräfte und Gerät vom Staatsrat der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KatSO) zugewiesen und anlaßbezogen unterstellt.

Bei Verunreinigungen durch wassergefährdende Stoffe ist die BBNU hinzuzuziehen.

## 3. Vorbeugender Katastrophenschutz

### 3.1 Allgemeines

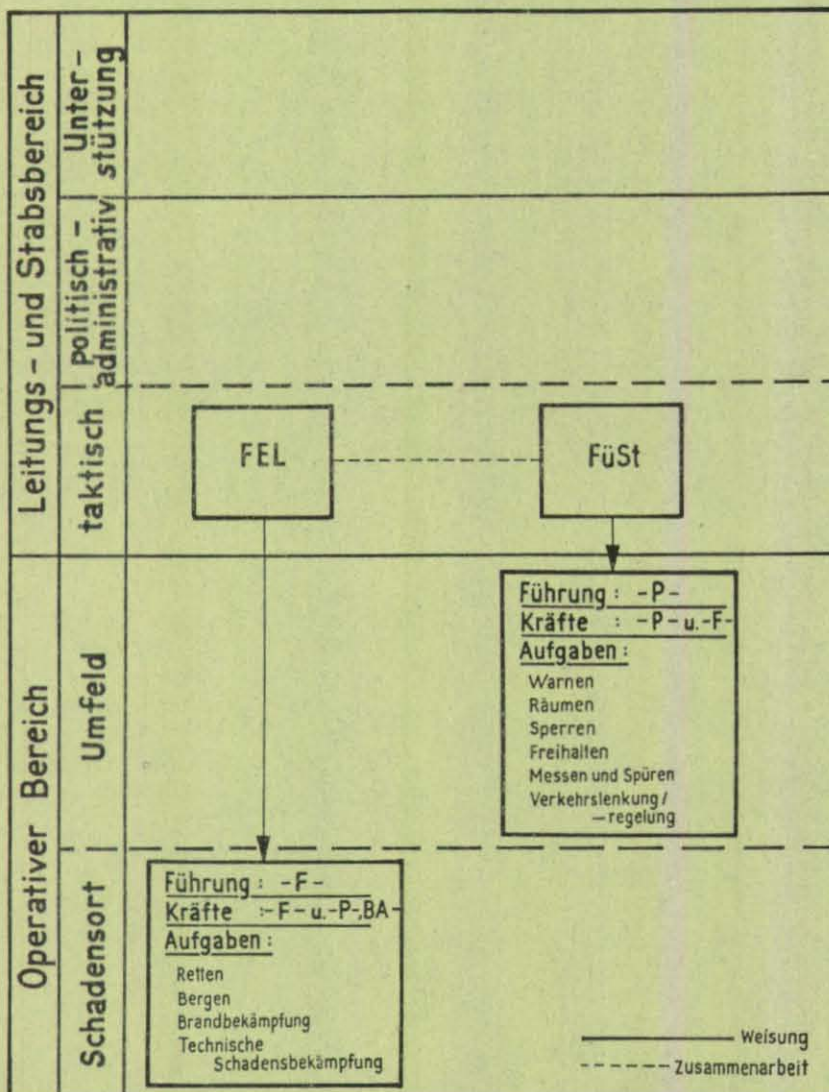
Die Planungen der Behörden und Ämter im vorbeugenden Katastrophenschutz haben sich an den Anforderungen im abwehrenden Katastrophenschutz zu orientieren. Da nicht das gesamte Spektrum möglicher Gefährdungen voraussehbar ist, haben sich die Behörden und Ämter (unabhängig von der Wahrscheinlichkeit des Eintritts) schwerpunktmäßig auf folgende Katastrophenfälle vorzubereiten:

- Sturmfluten
- Ölunfälle
- Wasservergiftungen
- Giftgasfreisetzungen
- Kernkraftwerksunfälle
- Strahlenunfälle
- Seuchen

## Phase: Erster Angriff

Anlage 2

Abschnitt II (nach Zusammentritt FEL und FüSt)



Für das Hafengebiet gilt die Sonderregelung nach Ziffer 2.2.4



- Schneekatastrophen
- Großschadensfälle (Explosionen, Unfälle usw.).

Die Aufzählung kann bei Bedarf fortgeschrieben werden.

### 3.2 Katastrophenschutzunterlagen

Zur wirksamen Abwehr von Gefahren für Personen und Sachwerte erstellen und führen die Behörden und Ämter Katastrophenschutzunterlagen.

Katastrophenschutzunterlagen sind:

- Besondere Richtlinien der Behörde für Inneres

für

- Katastrophenschutzkalender
- Einsatzpläne

- Maßnahmenplanungen/Handlungsabläufe

- Katastrophenschutzkalender (z. B. Deichverteidigungs-Plan) und
- Einsatzpläne der Behörden und Ämter.

#### 3.2.1 Besondere Richtlinien für Katastrophenschutzkalender

Die Behörde für Inneres erläßt in Abstimmung mit den Fachbehörden und Bezirksämtern anlaßbezogen Besondere Richtlinien für Katastrophenschutzkalender.

Für jede der unter Ziffer 3.1 genannten Katastrophen ist eine Besondere Richtlinie zu erlassen. Die Besondere Richtlinie bezeichnet die Behörden und Ämter, die sich auf den jeweils angenommenen Anlaß vorzubereiten haben. Darüber hinaus enthält sie Vorgaben insbesondere für

- das Zusammenwirken mit/Abgrenzung zu anderen Behörden und Ämtern
- die Herstellung der Funktions- und Einsatzbereitschaft
- ggf. zusätzlich zu unterstellende Kräfte und Mittel
- die Zusammenarbeit mit dem Zentralen Katastrophendienststab und mit anderen Leitungen und Stäben
- die Kommunikation und
- ggf. die Bezeichnung der Organisationseinheiten, für die die Alarmierbarkeit sicherzustellen ist.

#### 3.2.2 Besondere Richtlinien für Einsatzpläne

Die Behörde für Inneres erläßt in Abstimmung mit den Fachbehörden und Bezirksämtern Besondere Richtlinien für Einsatzpläne (s. Zi. 3.2.5). Die Besonderen Richtlinien enthalten die in Ziffer 3.2.1 genannten Vorgaben.

Für gleichartige Objekte (z. B. Chemiebetriebe) kann die Behörde für Inneres in Abstimmung mit den Behörden und Ämtern Mustereinsatzpläne erstellen. Die Mustereinsatzpläne legen in allgemeiner Form die Punkte fest, die voraussichtlich bei der Bekämpfung von Katastrophen, die von diesen Objekten ausgehen können, berücksichtigt werden müssen. Insbesondere enthalten sie einen allgemeinen Katalog von ggf. zu treffenden Maßnahmen.

#### 3.2.3 Besondere Richtlinien für Maßnahmenplanungen/Handlungsabläufe

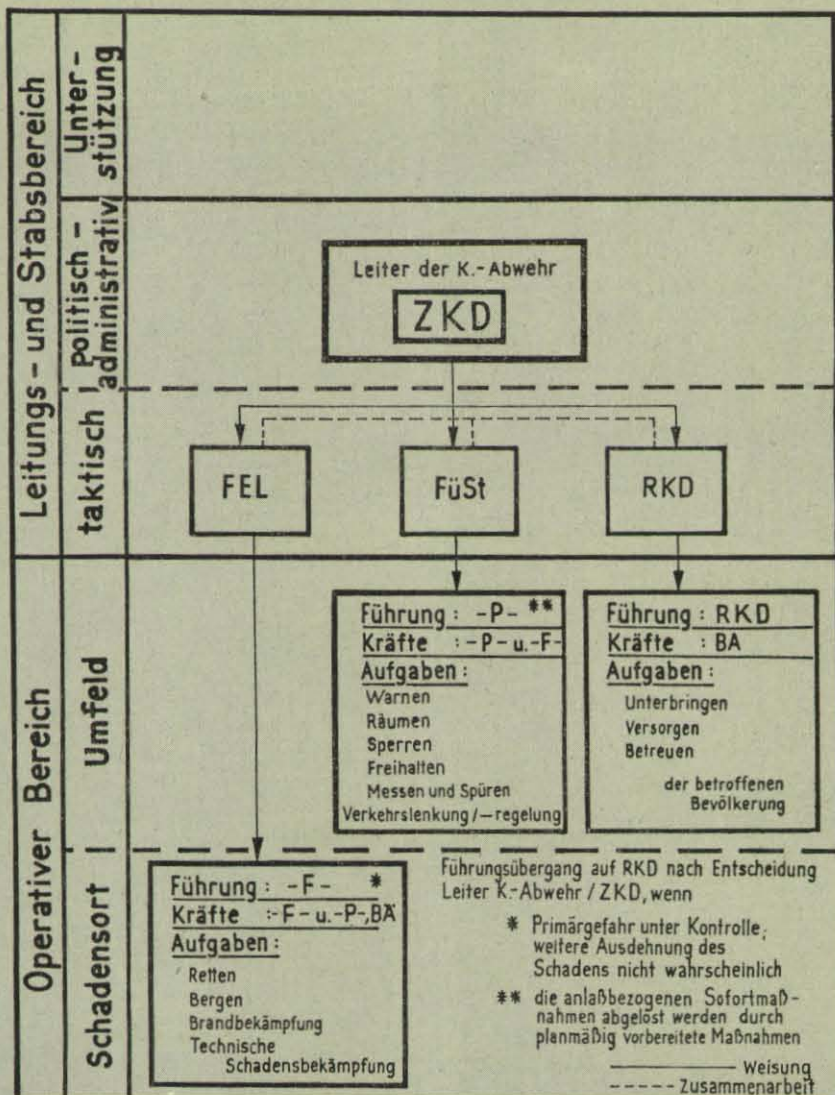
Die Behörde für Inneres erläßt in Abstimmung mit den Behörden und Ämtern Besondere Richtlinien für bestimmte Maßnahmen, wie beispielsweise

- Warnung
- Evakuierung
- Aufnahme in Notunterkünften
- Betreuen und Versorgen der katastrophengeborenen Bevölkerung
- Einrichten und Betreiben einer Personenauskunftsstelle.

Die Besonderen Richtlinien legen für die Planung der Maßnahmen rahmenmäßig (unabhängig vom Schadensort und von der Art der Gefährdung) fest, welche Feststellungen vorbereitend zu treffen sind und welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge bei Eintritt einer Katastrophe getroffen werden müssen.

Daneben erläßt die Behörde für Inneres Besondere Richtlinien für Handlungsabläufe. Diese Richtlinien legen für die Vorbereitung und Durchführung von Katastropheneinsätzen die Verfahren fest oder geben Anleitungen insbesondere für die

Phase: Erster Angriff Anlage 3  
Abschnitt III (nach Zusammentritt ZKD / RKD)



Für das Hafengebiet gilt die Sonderregelung nach Ziffer 2.2.4







eines Betriebes, sind die Betriebsleitungen zu beteiligen.

Für die Abwehr von Gefahren, die außerhalb der Landesgrenze entstehen und Auswirkungen auf die Freie und Hansestadt Hamburg haben können, ist in Zusammenarbeit mit den jeweils örtlich zuständigen Behörden und Ämtern entsprechend zu verfahren.

Bei Bedarf kann die Behörde für Inneres übergreifende Einsatzpläne erstellen und führen.

### 3.3 Stäbe

Die Behörden und Ämter richten nach Maßgabe der KatSO Stäbe ein.

Jeder Stab hat über eine Kernorganisation (Kleine Besetzung) zu verfügen, über die er entsprechend den jeweiligen Anforderungen personell erweitert werden kann.

### 3.4 Kräfte und Mittel

In den Behörden und Ämtern werden Übersichten über die personellen und materiellen Ressourcen erstellt und geführt, die zur Abwehr/Bekämpfung von Katastrophen von Bedeutung sind.

Bei der Erstellung und Führung der Übersichten ist zu unterscheiden zwischen

- Einsatzkräften/-mittel
- Experten/Spezialisten
- Fachberatern (für fremde Stäbe/Einsatzleitungen).

Die Übersichten sind mit der Behörde für Inneres abzustimmen und ihr nach Fertigstellung zu überlassen.

### 3.5 Alarmierung

Die Alarmierung der Katastrophenschutzbehörden erfolgt

- für die Bezirksämter über den Meldekopf des Bezirksamtes Altona für den Zentralen Sonderdienst beim Wirtschafts- und Ordnungsamt Altona

- für die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft über die Nautische Zentrale des Amtes für Hafen, Schifffahrt und Verkehr

- für die Behörde für Inneres über die Polizeieinsatzzentrale und die Feuerwehreinsetzungszentrale.

Darüber hinaus bestehende Alarmierungswege anderer Behörden und Ämter bleiben unberührt.

Die interne Alarmierung ist anlaßbezogen durch Alarmierungslisten sicherzustellen. Sie haben zu gewährleisten, daß ggf.

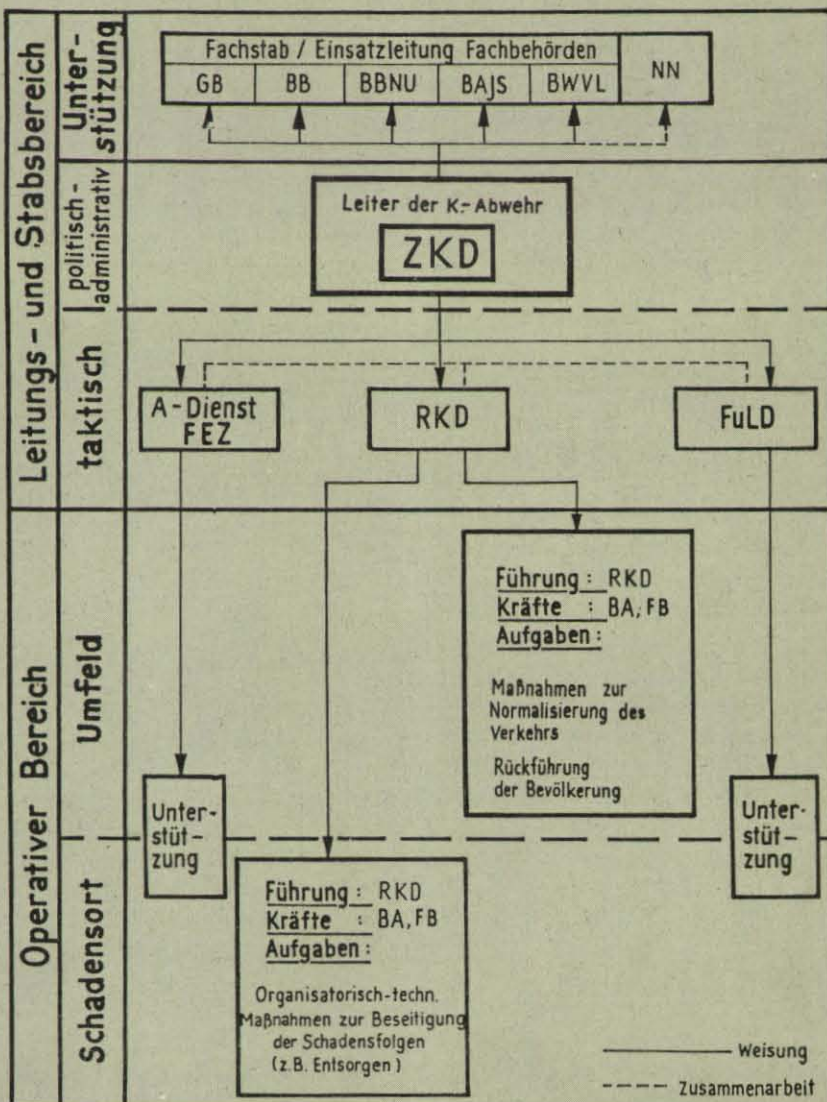
- die Leiter der Katastrophenabwehr informiert werden
- die Stäbe schnellstmöglich ihre Funktionsbereitschaft herstellen können
- die Einsatzkräfte auf Anforderung des Staatsrates der Behörde für Inneres (Nr. 6 Abs. 1 KazSO) zur Verfügung stehen.

Von einer Versendung der internen Alarmierungslisten an andere Behörden und Ämter ist abzusehen.

Die Fachberater/Fachtechnischen Mitarbeiter und das Verbindungspersonal werden von der Stelle alarmiert, der sie für den Katastrophenfall zugeordnet sind.

Anlage 5

## Phase : Schadensbeseitigung



Für das Hafengebiet gilt die Sonderregelung nach Ziffer 2.2.4

## 4. Inkrafttreten

Die allgemeine Richtlinie für den Katastrophenschutz tritt am 6. April 1984 in Kraft.

## Abkürzungsverzeichnis

- F - Feuerwehr
- A-Dienst - ständig besetzter höherer Dienst der Feuerwehr
- FEZ - Feuerwehr-Einsatzzentrale
- FEL - Feuerwehr-Einsatzleitung
- P - Polizei
- FuLD - Führungs- und Lagedienst der Polizei
- FüSt - Führungsstab der Polizei
- BA - Bezirksamt
- FB - Fachbehörde
- ZKD - Zentraler Katastrophendienststab bei der Behörde für Inneres
- RKD - Regionaler Katastrophendienststab bei den Bezirksämtern



Paul Claes

Zwei Stellungnahmen zum Thema Sonderrechte für Rettungsfahrzeuge

## Blaulicht – mit oder ohne?

Rechtsunsicherheit beim Gebrauch von Blaulicht und Einsatzhorn

„Grüne Welle für Rettungsfahrzeuge“ – unter dieser Überschrift veröffentlichte das „Zivilschutz-Magazin“ in Heft 7–8/1983 einen Artikel, der sich mit einem mehrjährigen Versuch der Björn-Steiger-Stiftung befaßte.

Ziel des geschilderten Versuchs war, die Fahrtzeiten von Rettungsfahrzeugen zu verkürzen und die Sicherheit bei Einsatzfahrten zu erhöhen. Zur Erreichung dieses Zieles wurden die an dem Versuch beteiligten Rettungsfahrzeuge mit einem Impulsgeber ausgerüstet, der während der Einsatzfahrt die mit dem entsprechenden Empfänger versehenen Verkehrsampeln in Fahrtrichtung auf Grün schaltete.

Neben weiteren positiven Aspekten wiesen wir in unserem Artikel auf einen besonderen Vorteil des neuen Systems hin: „Weil auf den Gebrauch des Martinshorns weitgehend verzichtet werden kann, entsteht eine deutliche Verringerung der Lärmbelastigung, was besonders bei Nacht von großer Bedeutung ist.“ Konkret wurde bei der Auswertung des Versuchs festgestellt, daß sich die Notwendigkeit der Benutzung des Martinshorns von 88 auf 30% verringerte.

### Problematik erkannt

Unseren aufmerksamen Lesern war beim Studium des Artikels allerdings die Problematik nicht entgangen, welche der Gebrauch des blauen Blinklichtes ohne gleichzeitige Mitverwendung des Einsatzhorns in sich birgt. Und diese Problematik liegt in den §§ 35 und 38 der Straßenverkehrsordnung begründet.

Gemäß § 35 Absatz 5a haben Rettungsfahrzeuge auf Einsatzfahrten das blaue Blinklicht nur zusammen mit dem Einsatzhorn zu verwenden. Im Wortlaut heißt es dort: „Fahrzeuge des Rettungsdienstes sind von den Vorschriften dieser Verordnung befreit, wenn höchste Eile geboten ist, um Menschenleben zu retten. Bei einer solchen Fahrt haben sie blaues Blinklicht **zusammen** mit dem Einsatzhorn zu verwenden.“

Der Gebrauch des blauen Blinklichtes allein wird in § 38 Absatz 2 wie folgt eingegrenzt: „Blaues Blinklicht **allein** darf nur von den damit ausgerüsteten Fahrzeugen und nur zur Warnung an Unfall- oder sonstigen Einsatzstellen oder bei der Begleitung von Fahrzeugen oder von geschlossenen Verbänden verwendet werden.“

Nach den genannten gesetzlichen Vorschriften wäre also der Gebrauch des blauen Blinklichtes ohne Mitverwendung des Einsatzhorns – wie in unserem Artikel beschrieben – nicht zulässig.

Zur Klärung dieses Widerspruchs haben wir uns an den Bundesminister für Verkehr und an das Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe, das den Versuch der Björn-Steiger-Stiftung begleitet hatte, gewandt und um eine Stellungnahme gebeten.

### „Verstoß gegen § 38“

Der Bundesminister für Verkehr nahm zu unserer Anfrage wie folgt Stellung:

„1. Nur blaues Blinklicht **zusammen** mit dem Einsatzhorn verpflichtet die anderen Verkehrsteilnehmer, sofort freie Bahn zu schaffen (§ 38 Abs. 1 StVO).“

2. Nach § 38 Abs. 2 der StVO ‚darf blaues Blinklicht allein nur von den damit ausgerüsteten Fahrzeugen und nur zur Warnung an Unfall- oder sonstigen Einsatzstellen oder bei der Begleitung von Fahrzeugen oder von geschlossenen Verbänden verwendet werden‘.

3. Formal betrachtet liegt also bei der alleinigen Verwendung des blauen Blinklichtes ein Verstoß gegen § 38 Abs. 2 StVO vor, wenn die dort genannten Voraussetzungen nicht gegeben sind (§ 49 Abs. 3 Nr. 3 StVO).

4. Ich gehe aber davon aus, daß die Polizei in derartigen Fällen in Ausübung pflichtmäßigen Ermessens wohl nicht einschreitet, zumal der damit beabsichtigte Zweck – Vermeidung unnützen Lärms – positiv zu beurteilen ist.

Festzuhalten bleibt, daß das blaue Blinklicht allein keinen Vorrang gewährt, aber die übrigen Verkehrsteilnehmer zur Vorsicht mahnt (vgl. hierzu auch Jagusch – Straßenverkehrsrecht, 26. Auflage, Anmerkung 9 u. 12 zu § 38 StVO).“

### Vorschrift nicht sinnvoll

Professor Dr.-Ing. W. Leutzbach vom Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe sandte uns folgende Stellungnahme:

„Nach der StVO (§ 35 Abs. 5a) ist eindeutig gesagt, daß Rettungsfahrzeuge bei Einsatzfahrten Blaulicht nur zusammen mit dem Einsatzhorn verwenden dürfen; nach § 38 Abs. 2 darf das Blaulicht allein nur stationär verwendet werden.“

In den zugehörigen Kommentaren und Gerichtsurteilen wird dieser Sachbestand jedoch aufgeweicht bzw. geht nicht so eindeutig hervor; nach allgemeiner juristischer Meinung steht nur fest, daß das Rettungsfahrzeug mit Blaulicht allein keinen Vorrang hat.

Es wäre sinnvoll, die betreffenden Paragraphen dahingehend abzuändern, daß es den Fahrern der Einsatzfahrzeuge selbst überlassen bleibt, ob sie zum Blaulicht zusätzlich das Einsatzhorn verwenden.

Begründung: Nach unserer Meinung ist es nicht sinnvoll, dem Fahrer des Einsatzfahrzeuges vorzuschreiben, immer das Einsatzhorn zu verwenden: Der Verzicht auf das Einsatzhorn führt immer zu einer geringeren Lärmbelastigung für die Anwohner und zu einer geringeren Störung des Verkehrsablaufs; je nach Verkehrslage kann zusätzlich eine Erhöhung der Geschwindigkeit des Einsatzfahrzeuges erreicht werden. Ein Vorschlag zu einer entsprechenden Änderung der StVO wird von uns unterstützt.“

### Rechtsunsicherheit bleibt

Soweit der Wortlaut der beiden Stellungnahmen. Danach steht fest, daß die alleinige Verwendung des blauen Blinklichtes auf Einsatzfahrten formal nicht statthaft ist. Was bleibt, ist die Rechtsunsicherheit für den Fahrer des Rettungsfahrzeuges, ob die Polizei in jedem Fall „in Ausübung pflichtmäßigen Ermessens“ nicht einschreitet.

Die klarste Lösung des Problems wäre eine Änderung der entsprechenden Vorschrift dahingehend, daß der Fahrer des Rettungsfahrzeuges – je nach Verkehrslage – selbst entscheiden könnte, ob er mit blauem Blinklicht **allein** die übrigen Verkehrsteilnehmer warnt oder mit blauem Blinklicht **zusammen** mit dem Einsatzhorn Sonderrechte in Anspruch nimmt.





Günter Sers

8. Landeszeltlager der Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz

## Spiel, Sport, Wettkampf

Rund 550 Teilnehmer aus dem In- und Ausland in Cochem an der Mosel – Abwechslungsreiches Programm – Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war Schirmherr

„Bekanntschafde kann mer hier genüchend mache“, meint Simone in echtem Pfälzer Dialekt. Sie lacht dabei und freut sich, daß sie mit einigen Freundinnen aus dem Fanfarenchor Worms-Rheindürkheim beim 8. Landeszeltlager der Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz in Cochem an der Mosel vom 14. bis 22. Juli 1984 dabei ist. Simone hat mit ihrer Bemerkung den Nagel auf den Kopf getroffen. Genau dies will Fritz Strauß, Landesjugendfeuerwehrwart und schon zum achten Male Initiator des bunten Lagerlebens. Aus dem gemeinsamen Lageraufenthalt der Jugendfeuerwehren aus Frankreich, Holland, Luxemburg, Belgien, Österreich, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sollen sich Kontaktmöglichkeiten und Anknüpfungspunkte für neue Freundschaften ergeben.

die „Vertiefung der Freundschaft und Kameradschaft“. Er würdigte anlässlich der Eröffnung vor zahlreichen Ehrengästen die Bedeutung des Landeszeltlagers vor allem vor dem Hintergrund einer Vergangenheit, die ein solches Miteinander nicht kannte. „Unsere Väter haben noch Krieg gegeneinander geführt, deshalb freuen wir uns besonders, daß Sie heute in diesem Zeltlager zusammengekommen sind“, betonte der Ministerpräsident. Die jungen Feuerwehrleute könnten auf diesem Weg dazu beitragen, daß nie wieder ein solcher Haß wie in der Vergangenheit zwischen den Völkern entsteht.

### Abwechslungsreiches Programm

Die Organisatoren haben für die 550 Teilnehmer, alle im Alter von zwölf bis 18 Jahren, darunter 40 Mädchen, ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Neben Sport, Spiel und Wettkämpfen gibt es für die jungen Feuerwehrleute auch

einiges in der näheren Umgebung von Cochem zu besichtigen.

Betreut werden die Jugendlichen von ihren Gruppenführern. Sie bringen viel Idealismus mit und wenden einen Teil ihres Jahresurlaubs auf, um den Jungen und Mädchen das Lagerleben zu ermöglichen. „Nicht so einfach“, sagt einer, „ein Sack Flöhe ist leichter zu hüten.“ Aber sie haben alles im Griff, organisieren, spielen mit, helfen, wo es nötig ist. Ja, man hat das Gefühl, daß sie sich in die eigenen Jugendjahre zurückversetzt fühlen.

### Buntes Lagerleben

Idyllisch liegen die 40 Zelte des Lagers eingebettet im engen Moseltal. Von weitem grüßt Burg Cochem. Die weiße Zeltstadt ist im Rechteck aufgebaut. Im großen „Innenhof“, geschmückt mit den Fahnen aller beteiligten Länder, tummeln sich die Jugendlichen.

Es ist Mittagspause – jeder macht, was er

### Freundschaftliches Miteinander

Auch Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Schirmherr des Zeltlagers, ging es um



will. Die einen spielen Federball, schießen auf eine mitten auf dem Platz stehende Torwand. Andere lassen es ruhiger angehen – halten Siesta in oder vor den Zelten. In den Unterkünten sieht es bunt aus. Liegen sind aufgestellt, auch Luftmatratzen dienen als Schlafplatz. Einige konnten wohl auf ihre eigene „Kuhle“ nicht verzichten und haben die Matratze mitgebracht. Mutter würde sicher die Hände überm Kopf zusammenschlagen über die „Ordnung“. Aber die Eltern sind weit weg.

Zwischen den Zelten spannen sich Leinen. Wäschestücke, Turnschuhe, Socken, ja ganze Uniformen hängen hier zum Trocknen. Manch einer wird wohl ein unfreiwilliges Bad in der angrenzenden Mosel genommen haben, wie das eben so ist im Zeltlager.

Großer Andrang herrscht immer vor dem Informationswagen. Fragen über Fragen hat Hans E. Hauschildt zu beantworten. Für den Landesschriftführer des Feuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz ist dies nichts Neues. Schon oft hat er die Aufgabe übernommen. „Wo liegt die Gruppe aus Belgien?“ – „Kann ich einen Tennisball haben?“ – „Wann beginnt die nächste Veranstaltung?“ Hauschildt weiß alles, hilft jedem.

### Keine Langeweile

Gegen Ende der Mittagspause wird über den Lagerlautsprecher zu den Aktivitäten des Nachmittags aufgerufen. Einige Gruppen fahren zur Besichtigung der Burg Cochem. Der Schlauchbootwettkampf auf der Mosel wird fortgesetzt, und insbesondere



Schnelligkeit ist Trumpf. Wertvolle Sekunden können beim Anlegen der Schwimmwesten gewonnen werden.

Mit Ernst bei der Sache: Kurz vor dem Wettkampf üben die Jugendlichen noch den Umgang mit Leinen.



Der Wille zum Sieg ist den Mädchen im Gesicht abzulesen. Sogar mit den Händen wird gepaddelt, um schneller ins Ziel zu kommen.



Gar nicht so einfach, die schwimmende Boje zu treffen. Gebannt schauen die Kameraden zu.



Dem jungen Feuerwehrmann ist anzusehen, daß es die Frage nach den Benennungen der Strahlrohre in sich hat.







Nach der anstrengenden Wettfahrt tut die Abkühlung gut.



Stoppuhrenvergleich: Fritz Strauß, Landesjugendfeuerwehrwart (links) und Erwin Schoeben, Jugendfeuerwehrwart in Lambertsberg.

die ausländischen Gäste können noch auf dem Sportplatz für den Erwerb der Leistungsspanne der Deutschen Jugendfeuerwehr üben, auf die alle Teilnehmer sehr erpicht sind.

„Tempo, Tempo, Tempo“, lautstark feuern die einzelnen Gruppenmitglieder ihre Kameraden beim Schlauchbootwettkampf an. Es geht um Schnelligkeit, Geschicklichkeit und Feuerwehrwissen.

Fünf Jugendliche sitzen jeweils in einem Boot. Auch die Mädchen machen mit. Aber so einfach, wie sie sich das vorgestellt hatten, geht es doch nicht. Der gemeinsame Ruderschlag bleibt oft aus, das Boot dreht sich im Kreis. Wertvolle Sekunden gehen verloren. Gute Ratschläge kommen vom Ufer. Mancher Betreuer, gleichzeitig Coach der Truppe, rauft sich die Haare: „Das darf doch nicht wahr sein!“ Zur Ehrenrettung muß man sagen, daß viele

noch nie in einem solch großen Schlauchboot gegessen haben.

An der ersten Station muß ein Rettungsring über eine Boje geworfen werden. Für die meisten kein Problem. Die zweite Aufgabe ist kniffliger: „Wieviel Größen Druckschläuche gibt es?“ – „Was ist ein Löschfahrzeug?“ und andere feuerwehrspezifische Fragen sind zu beantworten. Einige scheitern, die Augen werden groß, das Schulterzucken zeigt es schon vorab an: „Weiß ich nicht.“ Schnell die nächste Frage, die Freunde warten schon im Boot. Die Rückfahrt beginnt. Nochmals anfeuernde Rufe vom Ufer, endlich: Es ist geschafft. Die Stoppuhr wird angehalten. Zur Abkühlung gibt's gleich ein Bad in der Mosel. Manch einer schwimmt auch unfreiwillig. Insbesondere die Mädchen.

„Ja, das macht uns einen riesigen Spaß hier“, meinen die jetzt klatschnassen Ak-

teure. Und man kann es ihnen auch ansehen, sie fühlen sich pudelwohl.

### Gemeinschaftliche Leistung

Nicht weit entfernt, auf dem Sportplatz, geht es nicht ganz so temperamentvoll zu. Hier ist mehr Ernst dabei: Die ausländischen Jugendfeuerwehren üben für die Leistungsspanne der Deutschen Jugendfeuerwehr. Aber auch hier ist die Gemeinschaftsleistung der Gruppe gefordert. Der Stärkere hilft dem Schwächeren.

Fünf Aufgaben hat die Löschgruppe zu lösen: Auslegen einer Schlauchleitung als „Schnelligkeitsübung“, Kugelstoßen, Staffellauf, Vortragen eines Löschangriffs und Beantwortung von Fragen. Alle Übungen müssen an einem Tag erfüllt werden.



„Alles muß man selber machen, keiner hilft einem!“



Eine der österreichischen Gruppen beim Kugelstoßen.





Sie üben noch: Die Jugendfeuerwehr aus Holland hat auch zwei Mädchen in ihrer Löschgruppe.



Vielgelobte Gemeinschaftsverpflegung im großen Essenszelt. Die Gruppen werden täglich wechselnd zur Essensausgabe aufgerufen.



Letztes Abschmecken: Fast 550 Teilnehmer haben die Köche zu beköstigen.



Alles hängt „wohlgeordnet“ im Zelt. Unterschiedlich sind die Schlafstellen. (Fotos: Sers)

Die holländische Gruppe ist gemischt. Zwei Mädchen haben sich an der Startlinie zum Auslegen einer Schlauchleitung zwischen die Jungen eingereiht. Wie selbstverständlich übernehmen sie die gleichen Aufgaben. Es wird noch diskutiert, der Betreuer erläutert den Jungen und Mädchen die Bedingungen.

Dann ist es soweit: „Mein Kommando gilt. Auf die Plätze – fertig – los.“ Die Gruppe stürzt ab, die ersten C-Schläuche rollen in Richtung Ziel. Keine leichte Aufgabe, 120 Meter sind zu überbrücken. Alle 15 Meter wird gekuppelt. Die Mädchen schaffen es prima. Liegt der Schlauch richtig, sind die Kupplungen fest? Der Gruppenführer läuft hinterher, kontrolliert die ausgelegte Schlauchleitung. Die schon im Ziel Stehenden mahnen zur Eile. „Fertig!“ kommt der Ruf. Die Uhr wird gestoppt, fragende Blicke zum Wertungsrichter: Reicht die Zeit? „Ja!“ Ein Aufschrei geht durch die Truppe, Arme fliegen hoch: „Klasse, wir schaffen es!“ Die heißbegehrte Leistungsspanne rückt in greifbare Nähe.

### Essen gut, alles gut

Große Anerkennung zollen alle Teilnehmer der Küche. Bereits um 6.00 Uhr morgens beginnt für den Ortsbeauftragten des Malteser-Hilfsdienstes der Verbandsgemeinde Boden, Norbert Kessel, und seine Helferinnen und Helfer der Dienst. Schon jahrelang versorgt der 1. MHD-Betreuungszug Mainz die Teilnehmer des Zeltlagers. Gekocht wird auf zwei Feldkochherden und in einem Feldküchenkraftwagen. Es ist viel Arbeit, für 550 Personen die Mahlzeiten zu richten. Aber die Truppe des MHD hat dabei viel Freude, und das Lob der Jungen und Mädchen tut gut – spornt an.

### Treffpunkt Lagerfeuer

Eine Lagerolympiade mit lustigen Spielen, ein Sängernetzstreit, ein Tischtennis-Turnier sowie das Training und die Landesauscheidungen zum Bundeswettkampf der Jugendfeuerwehren sind weitere Programmpunkte, die nie Langeweile aufkommen lassen.

Das Treffen am abendlichen Lagerfeuer sowie Grillpartys einzelner Gruppen, zu denen auch die ausländischen Freunde eingeladen werden, bringen viel Spaß und stärken den Gemeinsinn.

„Super“, „Spitze“, „Echt stark“, lauten die Kommentare der Jugendlichen zum zünftigen Lagerleben. Franz Strauß kann zufrieden sein. Er, der unermüdlich unterwegs ist, ist mit seinen Gedanken schon beim nächsten Zeltlager in zwei Jahren. Organisation ist alles.



Dorothee Boeken

Zweite gemeinsame Johanniseier der Johanniter-Unfall-Hilfe und des Malteser-Hilfsdienstes in Bonn

## „Dienst in humanitärer Verantwortung“

Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Waffenschmidt lobte das Engagement der Hilfsorganisationen

Zur zweiten gemeinsamen Johanniseier hatten die beiden Organisationen Malteser-Hilfsdienst (MHD) und Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) am 28. Juni in den Rheinland-Pfalz-Pavillon in der Bonner Rheinaue eingeladen. Schon im vergangenen Jahr

hatten die beiden christlichen deutschen Hilfsdienste in den Bereichen Rettungsdienst, soziale Dienste und Katastrophenschutz gemeinsam ihre Johanniseier ausgerichtet, weil beide Werke des Malteser-Ritter-Ordens und des Johanniterordens

sind. Diese Orden haben ihren gemeinsamen Ursprung im ritterlichen Orden St. Johannes vom Spital zu Jerusalem, der im Jahre 1099 von Kreuzfahrern gegründet wurde.

### Gäste aus allen Bereichen

Zur Johanniseier waren Vertreter der Organisationen, aus Politik, der Kirche und anderen Bereichen gekommen. In Vertretung des Bundesinnenministers konnte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Waffenschmidt begrüßt werden. Staatssekretär Beyer vom Verkehrsministerium, der ehemalige Bundesinnenminister Baum – gleichzeitig Mitglied des Förderkreises der Johanniter-Unfall-Hilfe –, Abteilungspräsident Haedge vom Bundesamt für Zivilschutz, Helmut Schuch, Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz; Vertreter anderer Hilfsorganisationen, Generaloberstabsarzt Dr. Linde, Bundestagsabgeordnete und viele andere Gäste wurden von den beiden Präsidenten der Hilfsorganisationen, Wilhelm Graf von Schwerin von



Der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt (links) war in Vertretung des Bundesinnenministers zur Johanniseier nach Bonn gekommen. Rechts der Bundesgeschäftsführer der Johanniter-Unfall-Hilfe, Kleffel, und in der Bildmitte der Abteilungsdirektor im Regierungspräsidium Köln, Gerd Wend.



Dieter Graf Landsberg-Velen (rechts) und Wilhelm Graf von Schwerin von Schwanefeld (links), die Präsidenten der Organisationen Malteser-Hilfsdienst und Johanniter-Unfall-Hilfe, empfangen auch den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz Sayn-Wittgenstein (Mitte).



Noch zu später Stunde konnte Graf von Schwerin auch Verkehrsminister Dr. Werner Dollinger (links) empfangen.





Schwanenfeld (JUH) und Dieter Graf Landsberg-Velen (MHD) empfangen. Zu später Stunde nahm sich auch Bundesverkehrsminister Dr. Dollinger Zeit, die Johannisfeier zu besuchen.



Links: General a.D. Harald Wust (rechts) im Gespräch mit den Präsidenten der Hilfsorganisationen. Rechts: Auch Gäste der Johannisfeier: Helmut Schuch, Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, und Reinhard Voßmeier (links), Bundesgeschäftsführer des Deutschen Feuerwehrverbandes.

### Gemeinsamer Ursprung beider Hilfsdienste

Graf von Schwerin erinnerte in seiner kurzen Ansprache noch einmal an den gemeinsamen Ursprung beider Organisationen und nahm Stellung zur aktuellen Diskussion über die neue Gesetzgebung im Bereich des Krankentransportes. Die Zunahme des privaten Krankentransportes würde bedeuten, „daß die Existenz eines hervorragenden Rettungsdienstes in Frage gestellt wird“ – so Graf von Schwerin, der den „Dienst in humanitärer Verantwortung“ der Hilfsorganisationen besonders hervorhob.

Auch Dr. Waffenschmidt lobte die Arbeit und dankte den Aktiven für ihr Engagement. Der Staatssekretär überbrachte Grüße „besonders von Bundeskanzler Kohl“ und stellte die christliche Denkweise und das von ihr geprägte Tun der Hilfsorganisationen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.

### „Miteinander reden“

„Miteinander reden“ lautete die Devise der Johannisfeier und nicht zuletzt aus diesem Grunde waren Reden und Vorträge knapp gehalten worden. Die zahlreichen Gäste kamen miteinander ins Gespräch, schauten sich eine Trinkwasseraufbereitungsanlage an, hörten die Rhythmen der „Musikfreunde Urfeld“ und ließen sich die Gulaschsuppe und belegten Brote, die die Helfer der beiden Organisationen schmackhaft zubereitet hatten, munden.

Im Gespräch miteinander: (von links) Ministerialrat im Bundesinnenministerium, Dr. Ewald Andrews; Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt; Prinz Sayn-Wittgenstein und Ministerialdirigent Wolfgang Beyer im BMI.



Den musikalischen Rahmen für die Johannisfeier im „Rheinland-Pfalz-Pavillon“ in der Bonner Rheinaue lieferten die „Musikfreunde Urfeld“.

(Fotos: Querbach [3], Boeken)





Dorothee Boeken

25 Jahre Katastrophenschutzschule Bayern

# Die Schule als Multiplikator zugunsten des Katastrophenschutzes

Die Schule genießt den Ruf einer vorbildlichen Ausbildungsstätte – Tag der offenen Tür zum Jubiläum



Am Tag der offenen Tür anlässlich des 25jährigen Bestehens der Katastrophenschutzschule Bayern verfolgten viele Zuschauer gespannt die einzelnen Aktionen.



Eindrucksvolle Demonstration der Sauerstofflanze durch Helfer des THW-OV Wolfratshausen.



Die Feldküche im Einsatz.

25 Jahre besteht die Katastrophenschutzschule Bayern in Geretsried: Grund genug, dieses Jubiläum mit vielen Freunden und interessierten Bürgern zu feiern. Ende Juni wurde anlässlich des Jubiläums ein Tag der offenen Tür in der Katastrophenschutzschule durchgeführt. Neben der Schule und ihren Einrichtungen war den in der Nähe stationierten Einheiten und Organisationen des Katastrophenschutzes Gelegenheit zur Selbstdarstellung gegeben.

Insgesamt wirkten rund 120 Helfer des Sanitäts-, Bergungs-, Brandschutz-, ABC-, Fernmelde- und Rettungsdienstes mit. THW und Feuerwehr lockten die Aufmerksamkeit der Zuschauer mit Übungs- und Schauvorführungen. Insgesamt besuchten rund tausend Bürger, darunter viele Vertreter der örtlichen Behörden und Schulen, die Veranstaltung.

In einer Festschrift zum Schuljubiläum errichten Staatsminister Dr. Karl Hillermeier und Staatssekretär Franz Neubauer ein gemeinsames Grußwort, in dem sie in den Vordergrund stellen, daß die Schule im Laufe des Vierteljahrhunderts den Ausbildungsauftrag voll erfüllt habe. „In dieser Zeit wurden über 40000 Helfer und Führungskräfte in über 2000 Lehrgängen für ihre vielfältigen und schwierigen Aufgaben in den verschiedenen Fachdiensten des Katastrophenschutzes aus- und fortgebildet.“ Weiter erklären beide: „Da die entsprechenden Lehrgänge Führungskräfte der Kreisverwaltungsbehörden einbezogen, wurde über den unmittelbaren Lehrgangszweck hinaus ein Multiplikationseffekt zugunsten des Katastrophenschutzes erreicht.“

## Katastrophenschutz ist so gut wie sein Ausbildungsstand

Die Katastrophenschutzschule Bayern kann nur dann so effektiv wie bisher weiterarbeiten, wenn sie auf einer soliden Ausbildung am Standort aufbauen kann. Dies erklären Dr. Hillermeier und Herr Neubauer im weiteren Verlauf des Grußwortes. „Der Katastrophenschutz kann nur so gut sein wie dies sein Ausbildungsstand zuläßt.“





Mit der Seilwinde wird ein Arzt zur Versorgung eines „Verletzten“ in schwer zugängliches Gelände abgelassen.

Allen Helfern und Führungskräften des Katastrophenschutzes dankten der Staatsminister und Staatssekretär für die Mitwirkung im Katastrophenschutz und die Ausbildung dafür.

### Ruf einer vorbildlichen Ausbildungsstätte

Auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, gratulierte der Katastrophenschutzschule Bayern zum Jubiläum. Die Schule, so erklärte Dr. Kolb in seinem Grußwort, habe sich nicht nur den Ruf einer vorbildlichen Ausbildungsstätte erworben, „sie entwickelte sich auch zu einem beliebten Ort der Begegnung für alle Katastrophenschützer in Bayern“.

Auch Raimund Eberle, Regierungspräsident von Oberbayern, würdigte den Wert der Schule und wünschte eine weiterhin erfolgreiche Arbeit.

Weitere Grußworte kommen von Landrat Bad Tölz/Wolfratshausen, Dr. Huber, und vom Ersten Bürgermeister der Stadt Geretsried, Heinz Schneider. Der Bürgermeister betonte in seinem Grußwort, daß „der Standort dieser Schule . . . für unser junges Gemeinwesen ein großer Gewinn“ sei.



Ein DLRG-Helfer demonstriert Erste-Hilfe-Leistung an einem Modell.

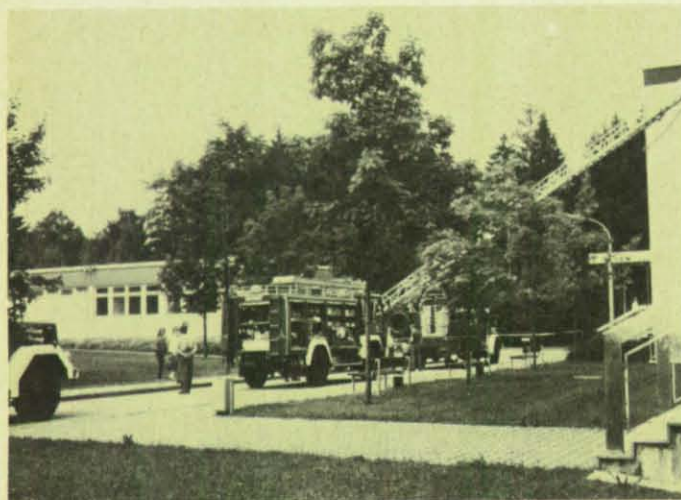
### Von der Landesausbildungsstätte zur Katastrophenschutzschule

Als Landesausbildungsstätte wurde die Katastrophenschutzschule Bayern 1959 für den Luftschutzhilfsdienst durch das Bayerische Staatsministerium des Innern errichtet. Im gleichen Jahr wurde der Lehrbetrieb eröffnet. Schon Ende 1959 wurde Grund erworben für einen Neubau in Geretsried.

Nach Erlass des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 und der Überführung des Luftschutzhilfsdienstes in den erweiterten Katastrophenschutz wurde die Schule in „Katastrophenschutzschule Bayern“ umbenannt. 1974 wurde mit dem Bau eines neuen Schulgebäudes unter Leitung des Finanzbauamtes Rosenheim begonnen. 1976 wurde der Lehrbetrieb in Wolfratshausen eingestellt und einen Tag später, nämlich am 29. März 1976, der Lehrbetrieb in der neubauten Schule in Geretsried eröffnet. Dort erfolgte am 2. Juli des Jahres die offizielle Einweihung.

Den 40000sten Lehrgangsteilnehmer konnte die Schulleitung am 6. Februar 1984 in Geretsried begrüßen.

Die Schule, in der auch die BVS-Schule Geretsried untergebracht ist, beschäftigt z. Zt. 38 Personen.



Bergung aus Höhen mit dem Rettungskorb der Drehleiter der Freiwilligen Feuerwehr Geretsried.





Paul Claes

Verheerendes Unwetter im württembergischen Main-Tauber-Kreis

## „Dieses Grauen wird niemand mehr vergessen...“

Wassermassen verursachten fast 100 Millionen DM Schaden – Landrat würdigt die Leistungen des Katastrophenschutzes



„Dann dachte ich, jetzt ist es aus...“, umreißt ein Betroffener seinen Eindruck von dem Unwetter, das am Fronleichnamstag, 21. Juni 1984, den baden-württembergischen Main-Tauber-Kreis heimsuchte. Nach schweren Gewittern mit heftigen Wolkenbrüchen waren in der betroffenen Region Flüsse und Bäche über die Ufer getreten und hatten zahlreiche Ortschaften überflutet. Mehrere Gemeinden waren zeitweise von der Außenwelt abgeschnitten. Der für den Kreis ausgerufene Katastrophenalarm konnte erst nach einer Woche aufgehoben werden.

### Tosende Naturgewalten

Am Nachmittag des 21. Juni war plötzlich die Hölle los. Wolkenbruchartige Regenfälle lassen Flüsse und Bäche über die Ufer treten, harmlose Rinnsale verwandeln sich in reißende Ströme. Die Wassermassen ergießen sich aus den Tälern in die Ortschaften und richten in einem Gebiet von über 20 Quadratkilometern ein Chaos an.

Die Flutwelle reißt alles mit, was sich ihr in den Weg stellt. Menschen retten sich auf Dächer und Bäume, Groß- und Kleinvieh verendet in den Fluten. Häuser stürzen ein und Straßen und Bahngleise werden fortgespült. Angesichts der tosenden Naturgewalten sind die Menschen bei der größten Flutkatastrophe, die die Region in diesem Jahrhundert betroffen hat, völlig machtlos.

Um 17.18 Uhr wurde vom Landratsamt Katastrophenalarm ausgelöst, der Alarm für die Technische Einsatzleitung erfolgte um 17.28 Uhr. Betroffen von der Flutkatastrophe waren die Orte Königheim, Gissigheim, Kilsheim, Pülfringen, Heckfeld, Tauberbischofsheim, Dittwar, Lengenrieden, Kupprichhausen und Hardheim.

### 1200 Helfer im Einsatz

Rund 20 Feuerwehren aus dem gesamten Main-Tauber-Kreis waren im Einsatz, außerdem das Technische Hilfswerk, DLRG, DRK und Bundeswehreinheiten sowie zahllose freiwillige Helfer. Ministerpräsident Lothar Späth und Innenminister Dietmar Schlee waren ebenfalls vor Ort und machten sich vom Hubschrauber aus ein Bild vom Ausmaß der Verwüstungen.

Die Hubschrauber der Bundeswehr waren ständig im Einsatz, um Menschen von Dächern und aus Baumkronen zu bergen. Durch die großflächigen Überschwemmungen der Verkehrswege wurde die Arbeit der Hilfskräfte erheblich behindert.

Insgesamt waren rund 1200 Helfer ständig zu Rettungsmaßnahmen im Krisengebiet unterwegs. 340 Feuerwehrmänner pumpen Keller aus, räumen Straßen und drängen in unter Wasser stehende Straßenzüge vor. Das THW, das mit 150 Helfern im Einsatz war, nahm Fachaufgaben aus den





Oben: Eines der vielen fortgeschwemmten Fahrzeuge. An der rechten Säule ist die Höhe der Flutwelle (heller Bereich) erkennbar.

Oben rechts: Die Fußgängerzone von Tauberbischofsheim verwandelte sich in einen See.

Rechts: Die Feuerwehr dringt zu überfluteten Straßenzügen vor.

Bereichen des Bergungs- sowie Instandsetzungsdienstes wahr und stellte daneben mit zwei Wasseraufbereitungsanlagen die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser sicher.

500 Soldaten der Bundeswehr halfen mit 70 Fahrzeugen, darunter auch eine Anzahl von Bergepanzern, bei den Aufräumarbeiten. 160 Polizeibeamte sicherten den Einsatz der Hilfskräfte durch Verkehrsregelung. Die DLRG, mit 40 Helfern und mehreren Schlauchbooten im Einsatz, rettete eingeschlossene Menschen und half bei der Bergung von Sachgütern. Die Verpflegung der Einsatzkräfte wurde vom DRK in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr übernommen.

### Bruch des Staudammes

Mehr als in den anderen Ortschaften hatte die Flut in Königheim gewütet. Dort wurden die bereits durch die Wolkenbrüche eingetretenen Schäden durch den Dambruch eines Regenüberlaufbeckens noch vervielfältigt. Als der Staudamm um 17.42 Uhr brach, verwandelte sich das Brehmbachtal in eine einzige reißende Masse.

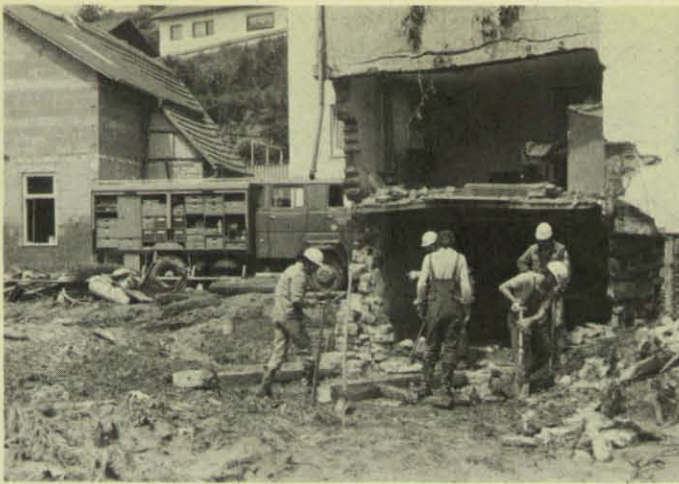
„Ich sah die Flutwelle von oben kommen“, berichtete ein Feuerwehrmann, „sie kam meterhoch mit unglaublicher Geschwindigkeit und riß alles mit, es war grausam.“

Die Fluten sind abgeflossen, zurück bleiben überschwemmte Kellerräume.

Ein Kranwagen der Bundeswehr, im Schlamm versunken, wird von einem Bergepanzer freigeschleppt.







Helfer des THW bei den Vorbereitungen zum Abstützen und Aussteifen eines beschädigten Wohnhauses.



Mit der Trinkwasseraufbereitungsanlage „Berkefeld“ wird Königheim acht Tage lang mit Wasser aus dem Dorfbach versorgt.



Das DRK versorgt Bevölkerung und Einsatzkräfte mit warmen Mahlzeiten.



Der Fernmeldedienst ersetzt unterbrochene Nachrichtenverbindungen.

Fotos: Fränkische Nachrichten (8), Winterfeldt (2), dpa

Man war einfach machtlos. Gegen die Gewalt des Wassers hatte niemand eine Chance. Man konnte nur zusehen. Es war das schlimmste, zusehen zu müssen, wie alles kaputtging, ohne etwas tun zu können. Dieses Grauen wird niemand mehr vergessen, der es erlebt hat.“

Innerhalb weniger Minuten war aus dem schmucken Ort ein Trümmerhaufen geworden. Zahlreiche Häuser stürzten ein oder wurden so stark beschädigt, daß sie abgerissen werden müssen. Hunderte von Tieren kamen in den Fluten um. Die Wasserversorgung wurde zerstört und der Strom fiel aus. So war denn dieser Ort ein Einsatzschwerpunkt im Katastrophengebiet.

### 170 Stunden Katastrophenalarm

Mit Aufhebung des Katastrophenalarms am 28. Juni 1984 konnte die Bilanz des Hochwassers gezogen werden. Trotz der großen Zerstörungen waren wie durch ein Wunder Menschenleben nicht zu beklagen. Ärzte und Krankenhäuser verzeichneten allerdings über 100 Verletzte.

Über 1000 Tiere verendeten in den Fluten. Weit über 500 Gebäude wurden völlig zerstört oder schwer beschädigt. Rund 400 Kraftfahrzeuge wurden vom Wasser weggespült und erlitten Totalschaden.

Das Landratsamt schätzt die Zahl der Menschen, die von der Hochwasserkatastrophe unmittelbar betroffen wurden und erheblichen Schaden an Hab und Gut erlitten, auf über 7000. Der Sachschaden beläuft sich auf fast 100 Millionen DM.

### „Weit über ihre Pflicht hinaus“

Landrat Georg Denzer faßte in seiner Bilanz zusammen: „Dem unmittelbar Betroffenen wird diese Katastrophe für immer unauslöschlich in der Erinnerung haften bleiben. Wer diese schrecklichen Stunden miterlebt hat, wer die unglaublichen Verwüstungen, die die Wasserflut anrichtete, gesehen hat, der weiß um das Wunder, daß keine Menschenleben zu beklagen sind.“

Es war wohlthuend, feststellen zu können, daß plötzliche Hilfe da war, daß man sich in einer Gemeinschaft befand, die, ohne nach Kosten zu fragen, nach Kräften half. Die Angehörigen der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks, der DLRG und des DRK haben weit über ihre Pflicht hinaus bis zur völligen Erschöpfung in Schlamm und Dreck gearbeitet.

Auch Schulklassen, Belegschaften von Firmen und Behörden haben spontan als Freiwillige bei den Aufräumarbeiten mitgeholfen. Die Katastrophe war auch eine Bewährungsprobe für die Solidargemeinschaft aller Staatsbürger. Sie ist glänzend bestanden worden.“



Nach 20jähriger Plan- und Bauzeit erfolgte nun die Übergabe

## Drittes Hilfskrankenhaus für den Landkreis Neu-Ulm

350000 DM Zuschuß für den 1. Bauabschnitt – Platz für insgesamt 400 Patienten

20 Jahre Plan- und Bauzeit waren erforderlich, dann konnte jüngst in der Stadt Vöhringen in Bayern das Hilfskrankenhaus dem Besitzer übergeben werden. Die Einrichtung ist das 42. Hilfskrankenhaus in Bayern, Besitzer ist der Landkreis Neu-Ulm. Mit dem Bau wurde „ein wichtiges Stück Notfallvorsorge für den Bürger“ geschaffen. Dies erklärte der Bayerische Innenminister Dr. Karl Hillermeier während eines Festaktes anlässlich der Übergabe des Hilfskrankenhauses an den Landkreis Neu-Ulm.

### Nicht den Kopf in den Sand stecken

Neben vielen Ehrengästen war zum Festakt auch Landrat Franz Josef Schick gekommen, der in seiner Begrüßungsansprache seiner Hoffnung Ausdruck gab, daß die getroffenen Vorsorgemaßnahmen niemals gebraucht werden. Schick betonte allerdings, daß man nicht den Kopf in den Sand stecken könne und die vielfältigen Gefahren und Probleme unserer Zeit nicht ignorieren dürfe. „Zivil- und Katastrophenschutz sind unerläßliche humanitäre Aufgaben“ – so der Landrat.

### Drei Hilfskrankenhäuser im Landkreis

Nach Illertissen und Weißenborn ist das Vöhringener nun das dritte Hilfskrankenhaus im Landkreis Neu-Ulm. es wurde in Verbindung mit der Realschule als Vollausbau erstellt. Das bedeutet, daß das gesamte Hilfskrankenhaus mit seinem Funktions- und Bettenteil unterirdisch angelegt ist. Somit ist es auch gegen radioaktive Strahlungen geschützt. Die Ausgestaltung des Baukörpers und seine aufwendige Technik bieten ferner Schutz vor biologischen und chemischen Einwirkungen und machen die Anlage für einige Zeit von einer Versorgung von außen unabhängig.

Auch wenn man Teppichboden und Tapete vergeblich sucht, zählt das Hilfskrankenhaus Vöhringen zu den modernsten Einrichtungen dieser Art.

### 35000 DM für den ersten Bauabschnitt

Erich Josef Geßner, Erster Bürgermeister der Stadt Vöhringen, skizzierte die Baugeschichte: Bereits 1963 fragte die Gemeinde Vöhringen erstmals bei der Oberfinanzdirektion in München an, ob unter die

Landrat Schick, Innenminister Dr. Hillermeier und Bürgermeister Geßner beim Betreten der Aula des Schulgebäudes.



Bei der Besichtigung der Netzersatzanlage: (v. l.) Bürgermeister Geßner, Landrat Schick, Innenminister Dr. Hillermeier, Ministerialrat Dr. Mölter vom Bayerischen Staatsministerium des Innern, MdL Häußler, Herr Müller als Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, der Bürgermeister der Stadt Senden, Koch; Leiter der Ministerialdirektor Dr. Kirschner von der Regierung von Schwaben.



Unterzeichnung des Übergabeprotokolls: (v. l.) Architekt Dipl.-Ing. Karl Kling, Regierungsdirektor Achim Wiedemann und Landrat Franz Josef Schick. (Fotos: Wohlketzter)



geplante Realschule nicht ein Hilfskrankenhaus gesetzt werden könne. Daraufhin sicherte das Bayerische Innenministerium im Oktober 1964 die Bereitstellung von 350000,- DM für den ersten Bauabschnitt zu.

Baubeginn war ein Jahr später. In weiteren Bauabschnitten wurden dann die OP-Räume funktionsfähig ausgebaut, der Bettentrakt erstellt sowie eine Notwasserversorgung eingerichtet.

Heute kann dieses Hilfskrankenhaus 400 Patienten aufnehmen. Das voll eingerichtete Hilfskrankenhaus verfügt – ebenso wie ein normales Krankenhaus – über Bettenräume, Operations-, Röntgen- und Laborräume. Es kann jederzeit in Betrieb genommen werden.

Im Bedarfsfall – also bei einer Katastrophe oder im Verteidigungsfall – ist dies die Aufgabe des sog. Stammkrankenhauses, des Kreiskrankenhauses Neu-Ulm.



# Leserbriefe

**Ein aufmerksamer Leser des „Minimagazins“ 3/84 „Safety first – im Bergungsdienst“ war JUH-Ausbilder G. Giefer aus Siegen. Er schrieb an die Redaktion folgenden Brief:**

„Bei der Durchsicht der Sicherheitshinweise bei dem Umgang mit der Krankentrage fiel mir auf, daß zwar im mittleren Bilderbereich auf die Sicherung von Verletzten auf Krankentrage und Schleifkorb gemäß KatS-DV 260 hingewiesen wurde, jedoch auf dem Bild rechts unten der Verletzte zwar in Transportrichtung blickt, aber nicht durch Gurte o. ä. gesichert ist.“

Winfried Hoffmann, Fachlehrer an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, nimmt hierzu wie folgt Stellung:

„Die bildliche Wiedergabe stellt den Transport eines Verletzten in der Übergangphase zwischen einem fließenden Gewässer und dem ansteigenden Uferstreifen dar – erkennbar am Trägertrupp in Wasserhosen.“

Da das hier ansteigende Ufer eine unmittelbare Berührungslinie zwischen der Wasserfläche und dem Landsockel bildet, war weder ein Absetzen der Trage noch ein Sichern des Verletzten auf der Trage möglich.“

**Mit der Transportweise eines Verletzten befaßte sich unser Leser G. Giefer.**



**Zu dem im „Zivilschutz-Magazin“ Nr. 3/84 erschienenen Artikel über die Unfallverhütungsvorschrift VBG 4 nimmt der THW-Kreisbeauftragte für den Landkreis Helmstedt, Seim, Stellung:**

„Mit Interesse habe ich den Artikel ‚Die neue VBG 4 verlangt Verantwortung und Initiativen‘ im ‚Zivilschutz-Magazin‘ 3/84 gelesen. Als Elektromeister war mir natürlich die Problematik bekannt. Grund meines Leserbriefes ist jedoch die Tatsache, daß die VBG 4, obwohl sie ja schon einige Jahre in Kraft ist, im Bereich des Katastrophenschutzes bisher überhaupt nicht beachtet wurde!

Ich habe kurz nach Erscheinen der VBG 4 mit dem THW-Landesbeauftragten für Niedersachsen und dem zuständigen Hauptverwaltungsbeamten Verbindung aufgenommen mit der Zielsetzung, eine Überprüfung der im Katastrophenschutz vorhandenen Elektroausstattung zu erreichen. Es hat sich zwar daraus ein umfangreicher Schriftverkehr entwickelt, geschehen ist jedoch bisher nichts.

Es sei also die Frage gestattet, welchen Sinn solche Artikel haben sollen, wo doch gerade im Bereich des Katastrophenschutzes sträflich gegen entsprechende Unfallverhütungsvorschriften verstoßen wird?!“

**Unser Leser Norbert Pappert, Bad Aibling, schrieb der Redaktion:**

„Beim Studium des ‚Zivilschutz-Magazin‘ 2/84 fand ich auf Seite 21 einen Fehler:

Die Bildunterschrift des oberen Bildes spricht von einem Hubschrauber der Bundeswehr des Typs Chinook 53. Diese Angabe ist nicht zutreffend.

Der abgebildete Hubschrauber ist eine Seastallion CH 53, mit der die Heeres-

fliegerstaffeln der Bundeswehr ausgestattet sind.“



**Unser Leser Norbert Pappert identifizierte diesen Hubschrauber als „Seastallion CH 53“.**

**In einer ersten Reaktion zum Kommentar „Teure Freiwillige“ im „Zivilschutz-Magazin“ 5/84 schreibt der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptabteilung Gemeinden, Abt. Feuerwehr, Herr Werner Wiegand:**

„Die Stellungnahme des Bundesgeschäftsführers des Deutschen Feuerwehrverbandes zu dem Leserbrief ‚Teure Freiwillige‘ ist der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Abteilung Feuerwehr, völlig unverständlich.“

Die ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt hat bereits mit Schreiben vom 29. März 1984 dem Kreisfeuerwehrverband Frankfurt mitgeteilt, daß namentlich gekennzeichnete Artikel in dem Infoblatt der ÖTV-Betriebsgruppe Berufsfeuerwehr Frankfurt nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wiedergeben.

Ferner wurde in dem Offenen Brief an den Landesfeuerwehrverband Hessen vom 30. April 1984 der polemische Charakter des Leserbriefes eingeräumt. Es ist also nicht zutreffend, daß keine distanzierende Stellungnahme einer ÖTV-Gliederung, wie von Herrn Voßmeier behauptet, vorliege.

Für uns stellt sich allerdings die Frage, welches Interesse kann seitens des Bundesgeschäftsführers des DFV bestehen, die Meinungsäußerungen eines einzelnen ÖTV-Vertrauensmannes derart unangemessen überzubewerten und zum Anlaß einer bundesweit vorbereiteten Kritik an der ÖTV zu benutzen, die weder in Form noch Inhalt gerechtfertigt ist.

Die Position der Gewerkschaft ÖTV, Abteilung Feuerwehr, zu den Freiwilligen



Feuerwehren ist in unserer 'Studie zur Situation der Feuerwehr' beschrieben:

Auszug S. 8: (5) Die freiwilligen Feuerwehren in den Kreisen und Städten der Bundesrepublik erfüllen unter großem Einsatz und Opferbereitschaft wesentliche Aufgaben des Brandschutzes und der technischen Hilfeleistungen. Diese Studie befaßt sich schwerpunktmäßig mit den Berufsfeuerwehren.

Sie enthält aber auch Aussagen allgemein zur Situation in allen Feuerwehren. So kann auch eine Reihe von Problemen nur **gemeinsam** mit den freiwilligen Feuerwehren und den Berufsfeuerwehren angegangen und durchgesetzt werden (z. B. Veränderungen und Verbesserungen im technischen Bereich).

Die für die Berufsfeuerwehr aufgestellten Analysen und Forderungen gelten fast immer auch für die hauptberuflichen Kräfte, die bei den freiwilligen Feuerwehren und den Werkfeuerwehren beschäftigt sind. Gerade hier ist eine wesentliche gewerkschaftliche Aufgabe, die oft noch bestehenden Diskriminierungen dieser hauptberuflichen Kräfte in der Ausbildung, bei der Besoldung/Vergütung und beim sozialen Schutz abzubauen.

Auszug S. 33: 4. Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehren und freiwilligen Feuerwehren

Es gibt eine traditionsreiche Zusammenarbeit zwischen Berufsfeuerwehren und freiwilligen Feuerwehren, die jedoch immer wieder gefährdet wird.

(1) Das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland ist geteilt zwischen den ehrenamtlichen Kräften der freiwilligen Feuerwehren auf dem Lande und in den kleineren und mittleren Städten sowie den größeren Betrieben (Werkfeuerwehren) einerseits und 67 Berufsfeuerwehren in Großstädten, in denen ca. ein Drittel der Bevölkerung lebt, andererseits. Von allen Einsätzen leisteten die Berufsfeuerwehren ca. 60%, und zwar von allen Notfall- und Krankentransporten ca. 62%, von den übrigen Einsätzen ca. 48%.

Die Aufgabenteilung zwischen Berufsfeuerwehren und freiwilligen Feuerwehren hat sich bewährt, zumal sie auch von den unterschiedlichen Einsatzbedingungen ausgeht. Außerhalb der (groß-)städtischen Ballungszentren läßt sich eine dezentrale, aufgaben- und bürger-nahe Organisation des Brandschutzes und der technischen Sicherheit nur durch die ehrenamtlichen Aktivitäten freiwilliger Helfer vor Ort durchführen. In Ballungsgebieten sind die Einsätze zu zahlreich, die Risiken oft erheblich komplexer und die Verkehrsbedingungen

schwieriger, so daß eine Berufsfeuerwehr notwendig ist.

Seit mehreren Jahren gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen der ÖTV als Gewerkschaft der hauptberuflichen Feuerwehrleute und den Verbänden der freiwilligen Feuerwehren auf Bundes- und Landesebene (insbesondere im Rahmen des DFV). Die Berufsfeuerwehren und die freiwilligen Feuerwehren sind weitgehend selbständig und unabhängig voneinander.

Zunehmende Kooperation gibt es besonders in der Ausbildung und bei der Bereithaltung, Instandsetzung und Wartung der technischen Ausrüstung.

(2) Darüber hinaus zeichnen sich Tendenzen ab, beide Bereiche miteinander zu verquicken. Vor allem aus Kosten- und Rationalisierungsgründen wird vorgeschlagen und teilweise schon praktiziert, die freiwilligen Feuerwehren in Großstädten fest in den Aufgabenbereich von Berufsfeuerwehren einzuplanen, um Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehren zu ungünstigen Zeiten (nachts und an Wochenenden sowie an Feiertagen) zu sparen bzw. das hauptberufliche Personal reduzieren zu können. Die ÖTV hat gegen diese Maßnahmen, wie sie zum Teil auch von der WIBERA empfohlen worden sind, frühzeitig schwere Bedenken geltend gemacht. Diese Bedenken richten sich nicht gegen die freiwilligen Feuerwehren und ihre Bedeutung im Brandschutz, sondern gegen den Versuch, ehrenamtliches Engagement zum Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst zu mißbrauchen.

Soweit die Gesetze die Großstädte zum Unterhalt von Berufsfeuerwehren verpflichten, verstößt der Einsatz von freiwilligen Feuerwehrleuten anstelle von Berufsfeuerwehrleuten gegen diese gesetzliche Kompetenzzuweisung. Einsatzleiter und Einsatzkräfte der Berufsfeuerwehren müssen im Einsatz, besonders unter den erschwerten Bedingungen des Nachteinsatzes, nach Ausbildungsstand und Einsatzerfahrung möglichst homogene Einheiten bilden, die sich untereinander hinsichtlich Belastbarkeit und Verwendungsmöglichkeiten gut kennen.

Eine Integration freiwilliger Feuerwehren in den Schichtdienst der Berufsfeuerwehren und die Bildung wechselnder Alarmbereitschaften widerspricht dem Prinzip der Freiwilligkeit, das Grundlage dieser Feuerwehren ist. Ein Einsatz nach Dienstplan käme ferner einer Nebentätigkeit gleich, die nicht dem Sinn von Arbeitszeitverkürzungen und Verlängerungen der Freizeit entspricht.

Schließlich ist die Belastbarkeit der frei-

willigen Feuerwehren nicht unbegrenzt. Auch der DFV hat die Einbeziehung der freiwilligen Feuerwehr in den Schichtdienst der Berufsfeuerwehren abgelehnt, so daß dieses Problem politisch abgeschlossen sein sollte.

Da andererseits freiwillige Feuerwehren in Großstädten wegen der großen Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnung oft nur am Wochenende und nachts voll zur Verfügung stehen, muß konkret vor Ort beraten werden, wie und in welchem Ausmaß die freiwilligen Feuerwehren in die Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes jeweils einbezogen werden können.

(3) Im Gegensatz zu diesen falschen Rationalisierungsstrategien zeichnen sich jedoch Tendenzen ab, in die freiwilligen Feuerwehren Elemente hauptberuflicher Tätigkeit zu ihrer Unterstützung einzubauen. Die zunehmenden Anforderungen an den abwehrenden Brandschutz und an die technischen Hilfeleistungen verlangen einen hohen Ausbildungsstand und Spezialisierungsgrad. Umgekehrt führen diese gesteigerten Anforderungen an Ausbildung und Material sowie die stärkere Siedlungsverdichtung und Industrialisierung auch der mittelgroßen Städte einerseits dazu, daß die Alarmierungs- und Ausrückzeiten verkürzt werden müssen, wie andererseits die veränderte soziologische Siedlungsstruktur die Rekrutierung freiwilliger Feuerwehrleute erschweren kann. Dies hat zur Folge, daß zunehmend mehr hauptamtliche Kräfte zur Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren eingestellt werden müssen – ein Weg, den man zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen mit den hauptamtlich besetzten Stützpunkten gegangen ist. Zudem werden auch verstärkt Einsatzleitern gebildet und mit hauptberuflichen Kräften besetzt. Die arbeits- bzw. beamtenrechtliche Stellung dieser hauptamtlichen Kräfte ist oft noch sehr unzureichend geregelt.

Die Gewerkschaft ÖTV fordert deshalb:

Das sinnvolle und langerprobte Miteinander von freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren ist fortzuentwickeln.

Freiwillige Feuerwehren dürfen nicht in den Schichtdienst der Berufsfeuerwehren einbezogen werden.

Die Qualifikation, die laufbahnrechtliche Stellung und die Arbeitsbedingungen der hauptberuflichen Kräfte, die bei den freiwilligen Feuerwehren Dienst tun, sind an die der sonstigen hauptberuflichen Feuerwehrleute anzugleichen.

An dieser Aussage hat sich auch nach dem unerfreulichen Vorgang nichts geändert."



Dorothee Boeken

Neue Broschüre als Begleitheft zum Selbstschutz-Grundlehrgang

# „Selbstschutz – Ihr Beitrag zum Zivilschutz“

Der Bundesverband für den Selbstschutz gibt den Lehrgangsteilnehmern ein kompaktes Nachschlagewerk an die Hand

Mit 94 Seiten und im neuen Format ist eine weitere Broschüre des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) erschienen: „Selbstschutz – Ihr Beitrag zum Zivilschutz“ ist der Titel der Broschüre, die als Beiheft für die Teilnehmer am BVS-Selbstschutz-Grundlehrgang und am BVS-Ergänzungslehrgang „Wohnstätten“ gedacht ist. Neben einer dem seit Januar 1983 in Kraft getretenen Leitfadengedachten thematischen Gliederung wurde auch der Teil „Lebensrettende Sofortmaßnahmen“ gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) vom BVS überarbeitet; neu auch die Einbeziehung der „Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten“, herausgegeben vom Bundesamt für Zivilschutz.

## Ein wichtiger Beitrag zum Zivilschutz

„Durch Ihre Teilnahme an einer Ausbildung im Selbstschutz haben Sie einen wichtigen Beitrag zum Zivilschutz geleistet“ – so heißt es im Vorwort der neuen Broschüre, die in einer Auflage von insgesamt 300.000 Exemplaren erschienen ist. Diese Anzahl – so erklärte ein Mitarbeiter des zuständigen Referates „Ausbildung“ in der BVS-Bundeshauptstelle – reicht voraussichtlich für die Lehrgangsteilnehmer im Laufe eines Jahres. Das Heft „Selbstschutz – Ihr Beitrag zum Zivilschutz“ faßt im wesentlichen die Maßnahmen zusammen, die im Katastrophen- und Verteidigungsfall für jeden einzelnen lebenswichtig sein können und ihn in die Lage versetzen, sich selbst, seiner Familie und seinen Nachbarn zu helfen.

## Zivilschutz ist unverzichtbar

In sieben Kapiteln wurde der Inhalt der umfangreichen Broschüre eingeteilt. „Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“ ist der erste Abschnitt überschrieben. Hier wird erklärt, warum ohne Vorsorge für den Schutz der Zivilbevölkerung die Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland nicht glaubhaft sind. „Zivil-

The image shows the cover of the brochure "Selbstschutz – Ihr Beitrag zum Zivilschutz". At the top left is the BVS logo. The title is prominently displayed in the center. Below the title is a grid of six panels:

- Top-left: A person performing first aid on another person lying on the ground.
- Top-middle: Two people assisting a person on the ground.
- Top-right: A person attending to another person on the ground.
- Middle-left: A diagram titled "Wirkungen, Schutz" showing a person's silhouette with arrows indicating protection areas.
- Middle-middle: A diagram titled "Konventionelle Waffen – Wirkungen, Schutz" showing a person's silhouette with arrows indicating protection areas and listing "Explosivstoffe und brandstiftende Waffen".
- Middle-right: A diagram titled "Der Zivilschutz" showing a hierarchical structure of civil protection measures.
- Bottom-left: A person using a fire extinguisher.
- Bottom-middle: A group of people in a field, some holding equipment.
- Bottom-right: A group of people in a field, some holding equipment.

schutz ist für unsere Verteidigung unverzichtbar", heißt es in der Broschüre.

„Der Teil des Zivilschutzes, der jeden einzelnen unmittelbar betrifft, ist der Selbstschutz.“ Weiter wird erläutert, daß Zivilschutz nur im Zusammenwirken von Bür-

gern und Staat zu verwirklichen ist: „Bei einer Katastrophe, wie ein Krieg sie darstellen würde, wäre der Staat allein überfordert. Deshalb muß jeder von uns sich aktiv am Zivilschutz beteiligen. Schon bei großen Naturkatastrophen, aber mehr noch in



einem Verteidigungsfall, kann die behördliche Hilfe nicht sofort und überall einsetzen, sie muß sich vielmehr auf Schadenszentren konzentrieren. Dies bedeutet, daß der Großteil der Bevölkerung zunächst auf Selbst- und Nachbarschaftshilfe angewiesen ist. Daher ist der Wille und die Fähigkeit der Bürger zur Selbsthilfe lebenswichtig. Der Bürger selbst kann durch geeignete Vorsorgemaßnahmen und durch das aus der Kenntnis der Gefahren resultierende Wissen über das richtige Verhalten im Ernstfall seine Chancen verbessern."

Aber auch die Grenzen des Zivil- und Selbstschutzes werden dargestellt: „Ohne Zweifel können alle Schutzmaßnahmen keinen Vollschutz gewährleisten, wenn ein Gegner die Absicht hat, unser Land völlig zu zerstören. Gegen einen massiven, flächendeckenden Atomschlag ist kein Schutz möglich. Ein solcher Atomschlag gegen die Bundesrepublik Deutschland ist aber höchst unwahrscheinlich, weil ein so zerstörter Industriestaat für jeden Gegner wertlos wäre und zudem der Angreifer mit einer entsprechenden Gegenreaktion des Westens rechnen müßte, ein Risiko, das kein potentieller Gegner eingehen wird."

### Behördliche Maßnahmen

Auf die „Bedeutung des IV. Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen in Krisenzeiten“ wird im folgenden Kapitel eingegangen. Weiter erfährt der BVS-Lehrgangsteilnehmer und Leser der Broschüre, daß es behördliche Maßnahmen gibt, die die Selbsthilfe der Bevölkerung ergänzen. Dazu gehören der Warndienst, die Förderung des Staates beim Schutzraumbau, die Aufenthaltsregelung, der Katastrophenschutz, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit oder der Schutz von Kulturgut. Wer für den Aufbau des Selbstschutzes zuständig ist, wie die Gemeinde durch den Bundesverband für den Selbstschutz dabei unterstützt wird – Themen, die im nächsten Kapitel „Der Selbstschutz als Aufgabe der Gemeinde“ erörtert werden. Mit graphischen Darstellungen werden viele Zusammenhänge verdeutlicht.

### Abwehrende Selbstschutzmaßnahmen

„Abwehrende Selbstschutzmaßnahmen“ lautet der folgende Themenschwerpunkt.

Hier erfährt der Leser mehr über den Schutzgrundsatz „Bleib zu Hause“, über das Verhalten bei Luftalarm, bei ABC-Alarm, außerhalb der Wohnung und im Kraftfahrzeug oder nach der Entwarnung.

Weiter geht es von der Selbstbefreiung und Bergung Verschütteter – Erkunden, Absuchen, Durchsuchen, Suchen und Orten, Bergen – über die Brandbekämpfung bis

zur Handhabung und Pflege der Schutzmaske. Breiten Raum nehmen die „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen im Selbstschutz“ ein. Dieser Lehrstoff steht in fachlicher Übereinstimmung mit dem vom Deutschen Roten Kreuz herausgegebenen Leitfaden „Sofortmaßnahmen am Unfallort“. Zeichnungen veranschaulichen die einzelnen Maßnahmen.

### Schäden durch ABC-Kampfmittel

Das sechste und vorletzte Kapitel ist überschrieben mit „Maßnahmen bei Schäden durch ABC-Kampfmittel“. Hier geht es um Maßnahmen bei strahlengeschädigten Personen, bei Schäden durch chemische Kampfstoffe und Verhalten bei Gefahr durch ansteckende Krankheiten.

Im Anhang, dem siebten Kapitel der Broschüre, sind die „Empfehlungen für die Selbstschutzausstattung in Wohnstätten

nach § 16 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes (Vwv Selbstschutz)“ vom 11. Mai 1971 in der Fassung von Januar 1982 enthalten.

### Gefahren durch Waffenwirkungen

In einer speziellen Kurzinformation sind die Gefahren, die der Bevölkerung durch Waffenwirkungen drohen, zusammengefaßt. Die Wirkungen, Gefahren und möglichen Schädigungen durch Explosiv-, brandstiftende und atomare Waffen, biologische und chemische Kampfmittel werden dazu allgemeinverständlich beschrieben.

Mit der Auslieferung der Broschüre hat die Druckerei begonnen; die BVS-Lehrgangsteilnehmer erhalten ab sofort dieses neue Begleitheft im Selbstschutz-Grundlehrgang bzw. BVS-Ergänzungslehrgang „Wohnstätten“ ausgehändigt.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Amt für Zivil- und Brandschutz des Landkreises Ludwigsburg ist die Stelle

### eines/r Geschäftsteilleiters/in

zum 1. 1. 1985 neu zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt außer der Geschäftsführung auch die Sachbearbeitung bestimmter Aufgaben im Bereich der zivilen Verteidigung.

#### Wir setzen voraus:

● Abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung bzw. Verwaltungsausbildung oder vergleichbare Ausbildung etwa im Verwaltungs- oder Militärdienst. Erfahrung in Organisations- und Betriebsabläufen von Behörden oder anderen Einrichtungen sowie Erfahrung in Führungsfunktionen.

#### Wir erwarten:

● Verantwortungsbewußtsein, gutes Organisationsvermögen, selbständiges Arbeiten und kooperative Mitarbeit in allen Amtsgeschäften und Bereitschaft zur Fortbildung.

#### Wir bieten:

● Eine der Verantwortung und der Leistung entsprechende Vergütung nach Verg.Gr. IVa mit Aufstiegsmöglichkeit bei Bewährung nach Verg.Gr. III BAT. Bei entsprechender Voraussetzung ist die Übernahme ins Beamtenverhältnis nicht ausgeschlossen.

● Die Sozialleistungen und die zusätzliche Altersversorgung des öffentlichen Dienstes.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lichtbild, handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften) richten Sie bitte bis **30. September 1984** an das

**Hauptamt des Landratsamts Ludwigsburg**  
– Personalstelle –  
**Hindenburgstraße 40**  
**7140 Ludwigsburg**



Staatssekretär Dr. Munzert (Innenministerium NRW):

## „Ehrenamtlichkeit, ein Beispiel bürgerschaftlicher Eigenverantwortung“

Partnerschaft zwischen den BVS-Dienststellen Wesel und Landshut vertieft – 48 Bayern kamen an den Niederrhein – Staatssekretär Dr. Munzert hielt Festrede bei der „Partnerschaftsfeier“

Die im vergangenen Jahr eingegangene Partnerschaft zwischen den BVS-Dienststellen Landshut (Bayern) und Wesel (Niederrhein) – siehe Zivilschutz-Magazin 9/83 – fand ihre Bestätigung in einem Gegenbesuch der bayerischen Freunde vom 31. Mai bis 3. Juni 1984 in Wesel.

Die 48 Bayern wurden bereits an der Landesgrenze Nordrhein-Westfalens von Vertretern der Dienststelle Wesel begrüßt. Nach einer Stadtrundfahrt durch Köln ging es dann weiter nach Wesel, wo die BVS-Mitarbeiter gemeinsam mit Helfern des THW und MHD alles für einen festlichen Empfang vorbereitet hatten.

Das offizielle Besuchsprogramm begann am Freitag mit einer Rundfahrt durch Kleve und anschließender niederrheinischer Kaffeetafel, zu der der Präsident des Landgerichts Kleve eingeladen hatte. Ein Empfang im Rathaus der Stadt Wesel am Samstagnachmittag schloß sich an.

Höhepunkt des Besuchs war ein festlicher Abend, zu dem auch eine große Zahl von Ehrengästen erschienen war, an der Spitze Staatssekretär Dr. Eberhard Munzert, Ministerium des Innern NRW. Nach einer kurzen Begrüßung durch BVS-Dienststellenleiter Schuster hielt Dr. Munzert die Festrede, in der er u. a. ausführte:

„Zu Ihrem Helferfest und zum Partnerschaftstreffen Wesel–Landshut überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße der Landesregierung Nordrhein-Westfalens. Es ist sicherlich reiner Zufall, daß heute in Wesel die Schützengesellschaft von 1452 an anderer Stelle ihr Schützenfest feiert. Zeigt diese Parallele aber nicht, wie alt der Gedanke des Selbstschutzes der Bürger für ihre Stadt ist? Vor 500 Jahren wurde diese Schützengesellschaft gegründet, um Wesel aus eigener Kraft, durch gemeinsame Selbsthilfe vor Gefahren zu schützen. Dieser Gedanke ist auch Grundlage des

Selbstschutzes, dem Sie sich zum Wohle aller Bürger zur Verfügung gestellt haben.

Der Einladung zu Ihrem Helferfest komme ich gern nach. Aus meiner früheren Tätigkeit als Oberstadtdirektor, dem Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung (nach § 10 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes) obliegen, fühle ich mich der Aufgabe des Selbstschutzes verbunden, und zwar um so mehr, als bereits der Vorgänger in meinem damaligen Amt, Herr Kuhn, sich jahrelang als Präsident Ihres Verbandes für diese Aufgabe besonders engagiert hat.

durch die Teilnahme unserer Freunde aus Bayern zu . . .

Meine Damen und Herren, was Sie zu diesen Partnerschaftstagen und hier zu diesen festlichen Stunden zusammengeführt hat und verbindet, ist die von Ihnen übernommene Aufgabe, in der Bevölkerung Wissen über Notwendigkeit und Möglichkeiten des Selbstschutzes zu verbreiten und die Bereitschaft und Fähigkeit zu selbstschutzmäßigem Verhalten zu fördern.

Trotz des in den vergangenen Jahren gewachsenen Interesses der Allgemeinheit an Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist diese Aufgabe in

Ein Gruppenfoto vor dem Festsaal (von links): Bürgermeister Wilhelm Schneider, Staatssekretär Dr. Munzert, BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann und Karl Schuster.

(Foto: Bangert)



Ich halte es für gut und nützlich, daß die hiesige Dienststelle zusammen mit der Helfervertretung ein Helferfest veranstaltet: Angesichts der schwierigen und nicht immer mit Anerkennung der Allgemeinheit verbundenen Aufgabe des Bundesverbands für den Selbstschutz ist es wichtig, durch gute menschliche und kameradschaftliche Beziehungen zwischen den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Bundesverbandes der Gefahr einer Entmutigung zu begegnen. Dem heutigen Helferfest kommt darüber hinaus zusätzliche Bedeutung und besonderer Glanz

letzter Zeit nicht leichter geworden. Wenn mein Eindruck nicht täuscht, ist es heute schwieriger denn je, die Bevölkerung für den Selbstschutz zu gewinnen. Dies dürfte darauf beruhen, daß weite Bevölkerungskreise nicht mehr die auch früher schon sehr skeptische Frage nach Notwendigkeit und Möglichkeiten des Zivilschutzes stellen, sondern heute bereits eine ablehnende Haltung gegenüber dem Selbstschutz und dem Zivilschutz allgemein eingenommen haben. Wir alle wollen keinen Krieg. Wir sehen uns nach Entspannung, Frieden und Abrüstung. Und gerade unser Volk weiß



wohl, was Krieg bedeutet. Nämlich Schrecken, Elend, Not und Tod für die gesamte Bevölkerung. Hieran brauche ich in einer Stadt wie Wesel, die im Zweiten Weltkrieg zu 97 % zerstört wurde, wohl nicht besonders zu erinnern.

Ist es nicht ein Erfolg, daß wir in der Bundesrepublik seit rund 40 Jahren in innerem und äußerem Frieden leben durften? Wir dürfen uns aber damit nicht zufriedengeben. Ständige Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit und des Friedens. Heute könnten wir uns eine Bedrohung von unseren westlichen Nachbarn nicht mehr vorstellen. Nur die Geschichte oder Namen wie diese Gaststätte – „Die Wacht am Rhein“ – erinnern noch hieran.

Der Frieden liegt aber nicht allein in unserer Hand. Die Staaten dieser Erde müßten sich endlich auf eine weltweite Abrüstung einigen. Die erschütternde Realität ist, daß auf der Welt jährlich rd. 900 Mrd. Dollar für Rüstung ausgegeben werden. Das sind täglich über 2 Mrd. Dollar. Und die Zahl der bewaffneten Konflikte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geht in die Hunderte. Müssten wir da nicht ständig versuchen, die Ursachen dieser Situation zu bekämpfen, gleichzeitig aber uns gegen den noch denkbare Gefahren schützen? Hierzu gehören auch Selbstschutz und Zivilschutz.

Die Ablehnung jeden Zivilschutzes wird unterschiedlich begründet.

Die erste Gruppe lehnt jede Verteidigung und damit auch den Zivilschutz ab. Für sie gibt es keine Ideale oder Ziele, die eine militärische Verteidigung rechtfertigen. Leben wir aber nicht in dem freiheitlichsten und demokratischsten Staat, den es je auf deutschem Boden gab? Sind dies nicht Werte, die es zu bewahren und zu verteidigen gilt?

Andere lehnen es ab, sich mit Problemen des Zivilschutzes zu belasten, da sie, aus welchen Gründen auch immer, eine militärische Auseinandersetzung für unwahrscheinlich halten. Diese Auffassung stimmt mit der Lagebeurteilung des Weißbuchs 1983 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland überein. Nur rechtfertigt diese Einschätzung nicht die aus ihr gezogene Schlußfolgerung: Auch eine Versicherung wird nicht abgeschlossen, weil man den Eintritt des Schadensfalles für wahrscheinlich hält, sondern weil man ihn nicht völlig ausschließen kann. Sicher wird dies durch die Geschichte dieser Welt seit dem Zweiten Weltkrieg belegt.

Beim Zivilschutz kommt im Vergleich zu einer Versicherung hinzu, daß er nicht nur Vorsorge für den Schadensfall trifft, sondern darüber hinaus dazu beiträgt,

den Eintritt des Schadensfalles zu verhüten; denn ein Mindestmaß an Vorkehrungen für das Überleben der Bevölkerung ist Bestandteil eines umfassenden Verteidigungskonzepts. Ohne Selbstschutz und Zivilschutz wird der Verteidigungsauftrag der Bundesrepublik und das Verteidigungskonzept der Bundeswehr unvollständig.

Am weitesten ist der Ablehnungsgrund verbreitet, daß es in einem Atomkrieg keinen Schutz mehr gebe. Diese Auffassung ist sicher richtig. Und möge uns Gott und unsere menschliche Vernunft vor einem solchen Krieg bewahren. Die Antwort auf die Frage, ob Zivilschutz sinnvoll sei, darf jedoch nicht nur von der theoretisch denkbar größten Verwüstung ausgehen und diese als selbstverständliche und unausweichliche Ausgangsbasis betrachten.

Es wird eine ständige wichtige Aufgabe sein, die Bevölkerung über alle Verteidigungsfragen umfassend zu informieren, die Einschätzung der Lage klar darzustellen und die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen zu vermitteln. Vielleicht könnte im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines neuen Zivilschutzgesetzes geprüft werden, ob es möglich und zweckmäßig erscheint, den Informationsauftrag des BVS in diese Richtung zu erweitern.

Natürlich ist es für den Zivilschutz außerordentlich wichtig, daß die Bevölkerung ihn als eine Angelegenheit versteht, die jeden Bürger angeht und letztlich nur erfolgreich sein kann, wenn jeder selbst für Krisenfälle vorsorgt. Der Bürger wäre hierzu wohl auch bereit, wenn er von der Notwendigkeit überzeugt würde. Welche Überzeugungskraft kommt jedoch Appellen an die Eigenverantwortlichkeit und Aufforderungen zu Zivilschutzmaßnahmen zu, wenn der Staat einerseits z. B. Hunderte von Fragen des Baurechts, wie Höhe der Treppenstufen, Abstand und Richtung von Geländersprossen, Errichtung von Brandschutzwänden oder aber das Anlegen eines Sicherheitsgurtes verbindlich regelt, andererseits aber die trümmersichere Ausführung von Kellerwänden und -decken dem einzelnen überläßt? Die Schweiz und Schweden, die bestimmt nicht weniger freiheitlich eingestellt sind als wir und deren Bürger keinen schwächer ausgeprägten Verteidigungswillen haben als unsere Bevölkerung, haben sich jedenfalls anders entschieden.

Ich hoffe, mit meinen Ausführungen deutlich gemacht zu haben, daß dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen die Probleme Ihrer Arbeit bekannt sind. Um so mehr weiß er Ihren Einsatz für diese Aufgabe zu schätzen. Er bleibt bemüht, die gute Zusammenar-

beit der Behörden der Landesverwaltung und der Kommunalverwaltungen im Lande Nordrhein-Westfalen mit dem BVS weiter auszubauen; entsprechende Möglichkeiten sind erst jüngst wieder in einer Dienstbesprechung mit den zuständigen Dezernenten der Regierungspräsidenten und Ihrer Landesstelle in Schloß Körtlinghausen erörtert worden.

Ich hoffe, daß es uns gelingt, durch unsere gemeinsamen Anstrengungen den Frieden und den Willen zur Verteidigung unserer Freiheit und unseres Staates zu stärken und glaubhaft zu machen. Für Ihr besonderes Engagement um diese wichtige Aufgabe danke ich Ihnen im Namen des Innenministers. Es ist der Dank und die Anerkennung für eine Sache, die nie Wirklichkeit werden möge, auf die aber dennoch nicht verzichtet werden kann. Sie geben ein hervorragendes Beispiel von bürgerschaftlicher Eigenverantwortung. Es wäre um unseren Staat schlecht bestellt, wollten wir uns nur auf staatliches Handeln verlassen. Ein demokratischer Staat lebt vom Engagement seiner Bürger. Ihr Einsatz ist deshalb zugleich ein Stück Verwirklichung unserer Verfassung und unserer Demokratie . . ."

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Rendsburg.** Die Brände sind gelöscht, alle Eingeschlossenen geborgen, die „Verletzten“ versorgt – so lautete das Fazit einer Selbstschutzübung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord (WSD), die am 30. Mai auf dem Gelände des Wasserstraßen-Maschinenamtes (WMA) in Rendsburg durchgeführt wurde. Die Leitung der Übung hatte die BVS-Dienststelle Neumünster übernommen. 32 Behördenselbstschutzleiter aus dem Bereich der WSD Nord nahmen teil.

Für die Übung wurde eine starke Explosion im Bereich Malerei und Holzlager angenommen: Eingeschlossene Mitarbeiter riefen um Hilfe. Die Brandschutzgruppe bekämpfte das Feuer mit drei C-Rohren, um den Weg für die Bergungsstaffel freizumachen. Die Sanitätsstaffel richtete eine Ablagestelle für die „Verletzten“ ein.

Im Holzlager drohte Einsturzgefahr einer Außenwand. Die Bergungsstaffel begann mit den Ab- und Aussteifungsarbeiten, Helfer drangen in das Lager ein. Die Sanitätsstaffel übernahm die Versorgung der „Verletzten“. Am hinteren Ende des Holzlagers brach ein weiterer Brand aus. Die Brandschutzgruppe löschte auch dieses Feuer.

Nach der Veranstaltung erörterten die Einsatzkräfte mit den BVS-Mitarbeitern



**Prominentester Gast am BVS-Stand war Wirtschaftsminister Dr. Jürgen Westphal (3. von rechts).**



Fragen, die die Übung aufgeworfen hatte. Eine Besprechung über den weiteren Ausbau des Selbstschutzes im Bereich der WSD Nord schloß sich an.

**Süderbrarup.** Die Verbrauchermesse „Angelschau '84“ auf dem Messegelände in Süderbrarup lockte insgesamt 30000 Besucher an. An vier Tagen informierten sich Interessierte in vier Hallen über die Leistungsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft. Von der Höhe der Besucherzahl profitierte auch der BVS.

An einem Stand informierten die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Flensburg die Besucher über Fragen des Selbstschutzes. Prominentester Gast am BVS-Stand war Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Dr. Jürgen Westphal.

Im Vordergrund der Informationen für die Besucher stand die Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“. Informationsmaterial über den Schutzraumbau vervollständigte das BVS-Angebot an die Messebesucher.

Höhepunkt der BVS-Aktivitäten waren Demonstrationen von Selbstschutzmaßnahmen.

## Nachrichten aus Bremen

**Bremen.** Mit einem Blickfang besonderer Art warb die BVS-Landesstelle Bremen während der diesjährigen „hafa“ in der Bremer Stadthalle für den Gedanken des Selbstschutzes. Ein bis unter die Decke des Informationsstandes reichender Turm von „Vorsorgepaketen“ lockte die Besucher dieser großen regionalen Verbraucherausstellung zum BVS.

Auf dem Stand konnten sie im Wettstreit gegen den Computer ihr Wissen zum Themenkreis „Zivil- und Selbstschutz“ testen. Die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter standen darüber hinaus allen Ratsuchenden Rede und Antwort.

Die Attraktivität des BVS-Standes, der in diesem Jahr knapp über 30 Quadratme-

ter groß war, spiegelt sich auch in der nüchternen Ausstellungsbilanz wider: Weit über 400 Einzelberatungen wurden durchgeführt und eine Vielzahl von Fragen zum privaten Schutzraumbau beantwortet.

## Quer durch Niedersachsen

**Wilhelmshaven.** Auf Einladung des Bürgervereins Roffhausen sprach BVS-Dienststellenleiter Werner Pietz bei einer Vereinsversammlung über das Thema Selbstschutz. Pietz ging insbesondere auf die Aufgaben des Selbstschutzes sowie Maßnahmen ein, mit denen sich Bürger in Gefahrensituationen selbst helfen können.

Zuvor hatte Gemeindedirektor Otto Meins an die Teilnehmer appelliert, dieses Thema nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich möglichst viele Bürger zur Teilnahme an einem Selbstschutz-Grundlehrgang entschließen.

In der gemeinsamen Aussprache wiesen beide Redner auf die Notwendigkeit hin, Selbstschutzberater einzusetzen. Seitens des Bürgervereins wurde zugesichert, sich noch einmal intern mit diesen Fragen zu beschäftigen.

**Ihrhove.** Eine Ausstellung zum Thema Selbstschutz zeigte der BVS im Westoverledinger Rathaus. Neben dem Hinweis auf zahlreiche Gefahrenquellen im Alltag bot die Ausstellung Informationen über lebensrettende Sofortmaßnahmen und vorbeugende Hilfe. So konnten sich die Besucher beispielsweise von einem Computer Auskunft über die für sie richtige Lebensmittelbevorratung geben lassen.

BVS-Dienststellenleiter Dieter Nierhoff wies im Rahmen der Ausstellungseröffnung darauf hin, daß in weiten Teilen der Bevölkerung die Bereitschaft, sich Grundkenntnisse im Zivil- und Selbstschutz anzueignen, noch immer sehr gering sei. Die Gemeinde Westoverle-

dingen kündigte in Ihrhove einen Selbstschutz-Grundlehrgang an, um den Informationsstand der Bevölkerung zu verbessern.

**Celle.** Seinen Antrittsbesuch machte der neue BVS-Beauftragte für den Landkreis Celle, Werner Kramm, Eicklingen, bei Oberkreisdirektor Klaus Rathert. Kramm erläuterte dem Oberkreisdirektor die Schwerpunkte seiner künftigen Arbeit. So soll die Zusammenarbeit mit den für den Selbstschutz zuständigen Gemeindedirektoren intensiviert werden. Darüber hinaus will der BVS-Beauftragte sich um engere Kontakte mit Vereinen und Verbänden im Landkreis bemühen, um mehr Mitbürgern Informationen zum Thema Selbstschutz anbieten zu können.

Der Oberkreisdirektor sagte Kramm seine Unterstützung zu und wünschte ihm viel Erfolg bei seiner Arbeit.

**Rhauderfehn/Ostrhauderfehn.** Als gut ausgebildeter Helfer erwies sich Gemeindedirektor Amelsberg, als er im Rahmen der Eröffnung einer BVS-Ausstellung zum Thema Selbstschutz im Rathaus Ostrhauderfehn eine „brennende Person“ vor dem Flammentod bewahrte. Die Demonstration an einer Puppe sollte einen Hinweis auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes geben, dessen Aufgaben und Maßnahmen in der Ausstellung, die zuvor schon in Rhauderfehn gezeigt worden war, dargestellt wurden. Unter anderem sollten die Bürger dazu angeregt werden, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen, um ihre Kenntnisse im Selbstschutz zu vertiefen.

**Norderney.** Unter der Schirmherrschaft von Stadtdirektor Karl Welbers veranstaltete die Stadt Norderney eine Selbstschutzwoche. Vor zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erläuterte Welbers in seiner Eröffnungsrede die Ziele der Selbstschutzwoche. „Um bei den Bürgern unserer Stadt das Verständnis für ein verbessertes Gefahrenbewußtsein zu wecken, haben wir uns zur Durchführung dieser Woche entschlossen. Selbstschutz ist heute mehr denn je eine Gemeinschaftsaufgabe aller verantwortungsbewußten Bürger“, sagte Welbers.

Gemeinsam mit dem BVS veranstalteten die örtlichen Hilfsorganisationen eine Zivilschutz-Ausstellung. Der BVS zeigte neben Selbstschutzgeräten einen Lebensmittelgrundvorrat für 14 Tage. Des weiteren wurden Interessenten anhand eines Modells die Anforderungen an einen Schutzraum dargestellt.



Die Feuerwehr zeigte unter anderem einen Sirenenanhänger, Strahlrohre und Rauchschutzmasken von einst und jetzt. Die DLRG war mit Taucherausrüstungen, Übungsgeräten und Fotos von Einsatzübungen an ihrem Informationsstand vertreten. Das DRK zeigte Bild- und Schrifttafeln über Erste-Hilfe-Ausbildung und Blutspendetermine.

In der Fußgängerzone Norderneys demonstrierten Helfer des BVS u. a. das Ablöschen brennender Bekleidung. Weiterhin fanden im Rahmen der Selbstschutzwoche Informationsveranstaltungen für die Bevölkerung, vier Selbstschutz-Grundlehrgänge in Schulklassen und ein Lehrgang für die Bevölkerung statt, an dem auch Kurgäste teilnahmen.

Höhepunkt und Abschluß der Woche bildete ein „Tag des Katastrophenschutzes“, an dem die Hilfsorganisationen über ihre Arbeit informierten. Außerdem fand ein Sicherheitswettbewerb statt. Die acht Stationen in der Fußgängerzone waren durch Feuerwehr, DLRG, DRK und BVS besetzt. Zahlreiche Schaulustige sahen den Aktivitäten der Teilnehmer zu. Die Ehrung der Sieger sowie die Vergabe der Preise nahmen der Schirmherr des Wettbewerbs, Bürgermeister Heinz-Ludwig Salverius, und BVS-Dienststellenleiter Werner Pietz vor.

**Stolzenau.** Mit einem Informationsstand hat sich der BVS an einer Autoschau des Gewerbevereins Stolzenau beteiligt. Filmvorführungen sowie realistische Bergungs- und Rettungsdarstellungen bildeten den Schwerpunkt der Aktivitäten im Rahmen des umfangreichen Beiprogramms der Schau, die insgesamt rund 10000 Besucher anlockte.

**Cuxhaven.** Selbstschutzberatung war das Thema eines Fachlehrgangs, zu dem sich acht Teilnehmer in der BVS-Dienststelle Cuxhaven eingefunden hatten. Eingeladen hatte das Zivilschutzamt der Stadt Cuxhaven in Zusammenarbeit mit dem BVS. Den Teilnehmern wurden u. a. Kenntnisse über die Beratung der Bevölkerung bei Selbstschutzmaßnahmen sowie über die Beurteilung von Gefahren und Schadenslagen und die Meldung von Schadensfällen vermittelt.

Hans-Jürgen Mews vom Zivilschutzamt der Stadt Cuxhaven erläuterte anhand eines Planspiels die Einteilung des Stadtgebietes in neun Selbstschutzbereiche, für die insgesamt 36 Selbstschutzberater benötigt werden.

**Meppen.** „Zivilschutz ist lebensnotwendig.“ Mit dieser Feststellung trat Meppens stv. Bürgermeister Tenbruck bei

der Eröffnung einer Selbstschutzwoche für eine intensivere Auseinandersetzung mit dieser Thematik ein. „Der Zivilschutz ist noch immer ein Stiefkind unserer Nation“, betonte Tenbruck, auch auf das noch nicht ausgereifte Alarmsystem der Stadt Meppen eingehend.

BVS-Dienststellenleiter Köster, der im Rahmen der Eröffnung auch eine Ausstellung zum Thema „Katastrophenschutz“ im Foyer des Stadthauses vorstellte, betonte die Notwendigkeit, das Helfen rechtzeitig zu lernen. Die Selbstschutzwoche in Meppen solle dazu beitragen, den Selbstschutz auch praktisch durchführen zu können. Köster dankte den beteiligten Hilfsorganisationen für ihre Mitwirkung an der Selbstschutzwoche, in deren Rahmen mehrere Informationsveranstaltungen, Lehrgänge sowie ein Sicherheitswettbewerb stattfanden.

**Kirchgellersen.** „Jetzt lerne ich Lüneburg aus der Vogelperspektive kennen“, freute sich Jürgen Hauschild, der den ersten Platz eines BVS-Sicherheitswettbewerbs gewonnen hatte, der im Rahmen eines Jugendzeltlagers in Kirchgellersen veranstaltet worden war.

Durchgeführt wurde das Zeltlager vom Jugendhaus in Kirchgellersen in Zusammenarbeit mit dem BVS, dem DRK, dem THW und der Freiwilligen Feuerwehr auf dem Gelände um das Schützenhaus. Insgesamt sechs Jugendgruppen nahmen daran teil. Den zweiten und dritten Platz des Sicherheitswettbewerbs belegten Kerstin Beushausen und Katrin Meyer.

Neben den Wettkämpfen und einer kombinierten Einsatzübung von THW, DRK und Feuerwehr war ein buntes Abendprogramm die Hauptattraktion der Veranstaltung.

**Bohnte.** Mit einem Informationsstand beteiligte sich der BVS an einem „Tag der offenen Tür“ in der Tilling-Kaserne

in Bohnte. Insgesamt besuchten rund 4000 Gäste die Veranstaltung, bei der ein buntes Programm aus Unterhaltung und Information geboten wurde.

**Meppen.** Auf großes Interesse sind die Informationsstände gestoßen, die der BVS anlässlich einer Selbstschutzwoche in Meppen in verschiedenen Kaufhäusern der Stadt aufbaute. Die Besucher wurden u. a. über eine Lebensmittelbevorratung für einen 14tägigen Aufenthalt in einem Schutzraum informiert.

**Barsinghausen.** Unter reger Beteiligung der Bevölkerung führte die BVS-Dienststelle Hannover in Barsinghausen einen Sicherheitswettbewerb durch. Der Barsinghäuser Feuerwehrmusikzug sorgte mit flotten Klängen für den Auftakt der Veranstaltung.

BVS, ASB, DRK, Feuerwehr und Polizei hatten in der Fußgängerzone je zwei Stationen aufgebaut, an denen die Teilnehmer ihr Wissen und Können in der Selbst- und Nächstenhilfe unter Beweis stellen konnten. Insgesamt wurden 51 Teilnehmer gezählt, unter denen Helmut Penno am besten abschnitt.

Bürgermeister Karl Rothmund und Stadtdirektor Horst Künnmann überreichten in einer Schlußveranstaltung den drei Bestplatzierten Ehrenteller des BVS und Geschenke der Stadt. Aber auch die restlichen Teilnehmer des Sicherheitswettbewerbs gingen nicht leer aus. Sie erhielten Sachpreise, die Barsinghäuser Geschäftsleute gestiftet hatten.

**Meppen.** Bei der schwierigen Aufgabe der Gewinnung und Ausbildung von Selbstschutzberatern ist die Kreisstadt Meppen einen großen Schritt vorwärts gekommen: In einer kleinen Feierstunde im Sitzungssaal des historischen Rathauses konnte Bürgermeister Plate



22 Selbstschutzberatern überreichte Bürgermeister Plate die Bestellsurkunde. (Foto: Hagen)



22 Personen die Bestellsurkunde zum Selbstschutzberater der Stadt Meppen überreichen.

In einem Zeitraum von neun Monaten hat der größte Teil der Berater die von der BVS-Dienststelle Osnabrück durchgeführte Ausbildung absolviert. Die Grundausbildung, Ergänzungs- und Fachlehrgänge wurden auf dem stadt-eigenen BVS-Übungsgelände Kollhofe in Meppen durchgeführt. Ein Teil der Berater hat schon die Fachausbildung zum Selbstschutzberater an der BVS-Schule Voldagsen absolviert.

Plate trat für eine breitere Verankerung des Selbstschutzgedankens in der Bevölkerung ein. Er betonte, es sei eine schwierige Aufgabe, sich als Selbstschutzberater für etwas vorzubereiten, das eigentlich nicht eintreten solle. „Wir hoffen“, so schloß Plate, „daß weder ein Katastrophenfall noch die Schlimmste aller Katastrophen, nämlich der Verteidigungsfall, eintritt.“

Im Beisein von Stadtdirektor Simon und dem BVS-Gebietsbeauftragten Henke sowie dem Sachbearbeiter für Zivilschutz bei der Stadt Meppen, Stadtmann Hagen, wurden die Bestellsurkunden überreicht.

Mit diesen Beratern verfügt die Stadt Meppen nunmehr über 31 Selbstschutzberater. Nur noch in wenigen Wohnbereichen sind personelle Lücken vorhanden. Man hofft, daß auch diese in absehbarer Zeit geschlossen werden können.

**Bienenbüttel.** Nach dreijähriger Ausbildungszeit hat die Gemeinde Bienenbüttel die ersten Selbstschutzberater berufen. Dieser Maßnahme war die gesetzlich vorgeschriebene Einteilung des Gemeindegebietes in Wohnbereiche vorangegangen.

Die Gemeinde Bienenbüttel ist weiterhin bemüht, interessierte Bürger für diese Aufgabe zu gewinnen, da einige Wohnbereiche noch nicht besetzt sind und darüber hinaus für jeden Bereich mindestens zwei Selbstschutzberater eingesetzt werden sollen.

**Dörverden.** Nach einer über mehrere Monate laufenden Ausbildung haben in Dörverden zwölf Selbstschutzberater Bestellsurkunden aus den Händen des stv. Bürgermeisters Günter Meyer entgegengenommen. Insgesamt 62 Ausbildungsstunden leisteten die neubestellten Selbstschutzberater, ehe sie nun ihren Dienst aufnahmen.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Gemeinde werden im Abstand von zwei Jahren in weiteren Lehrgängen fortgebildet.

## Nachruf

Am 25. Mai verstarb unerwartet

### Horst Schlicht

im Alter von 66 Jahren. Der Verstorbene war von Mai 1965 bis zu seinem Tod aktiv beim BVS tätig. Über viele Jahre nahm er die Funktion eines ehrenamtlichen Dienststellenleiters in Nordenham wahr. Seine Aktivitäten und sein engagiertes Eintreten für den Selbstschutzgedanken haben zahlreiche Mitarbeiter von Behörden und des BVS schätzen gelernt.

Aufgrund seiner früheren beruflichen Tätigkeit als Amtsleiter des Ordnungsamtes der Stadt Nordenham hat er es als ehrenamtlicher BVS-Kreisbeauftragter immer verstanden, die bestehenden Kontakte zu den im Landkreis Wesermarsch ansässigen Behörden und Betrieben weiter auszubauen. Seine Korrektheit und sein stets hilfsbereites Wesen erfreuten sich großer Beliebtheit.

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven werden sein Andenken in Ehren halten.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Hagen.** „Selbsthilfe durch die Jahrhunderte im Spiegel zeitgenössischer Illustrationen“, unter diesem Titel zeigte die BVS-Dienststelle Hagen eine Ausstellung. Sie wurde vom Schirmherrn, Stadtdirektor Lothar Castner, im Foyer des Rathauses in Lüdenscheid eröffnet. BVS-Dienststellenleiter Kurt Stelten begrüßte die Vertreter von Rat und Verwaltung sowie befreundeter Hilfsorganisationen und dankte der Stadt für die Bereitstellung des Ausstellungsraumes.

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann beklagte das mangelnde Bewußtsein der Bevölkerung für den Zivilschutz. Er bedauerte, daß viele Bürger den Gedanken an eine Katastrophe verdrängen und nicht bereit sind, aktiv im Rahmen des Zivilschutzes zu handeln. Mit dem Aufruf „Tu etwas für dich selber!“ wollte Eykmann die Lüdenscheider Bevölkerung mit dieser Ausstellung zum Nachdenken anregen. Bei der Eröffnung, wie auch an den anderen Tagen, sahen rund 1800 Lüdenscheider Bürger die Bilderschau. Besonderen Anklang fand der historische Teil, bestehend aus zwei handbetriebenen Spritzen des 19. Jahrhunderts und zeitgenössischen Feuerwehruniformen.

**Iserlohn.** Zwei Staffeln des Behörden-selbstschutzes des Finanzamtes Iserlohn überprüften auf dem Übungsplatz

der BVS-Schule Körtlinghausen ihren Ausbildungsstand. Unter der Leitung des Behördenselbstschutzleiters, Oberregierungsrat Peter Hillebrand, machte man sich morgens um 6.30 Uhr auf den Weg, um an der Schule Bergungs- und Brandschutzmaßnahmen zu üben.

Nach der Mittagspause wurde der „Ernstfall“ geprobt. Ausgangslage war ein Terroranschlag auf das Finanzamt Iserlohn mit Brand- und Sprengmitteln. Die Brandschutzstaffel hatte dabei die Aufgabe, einen Gebäudebrand, den man im Brandübungshaus gezündet hatte, zu löschen. Die Löschtruppe konnten so die Behinderung durch Rauch und Hitze am brennenden Objekt studieren. „Ruhe für die Rettung“, hieß es bei der Bergungsstaffel, die vier „Verschüttete“ fachgerecht barg.

**Essen.** Gemeinsamkeit war Trumpf beim „Tag des Katastrophenschutzes“ und bei den sich anschließenden „Essener Verkehrssicherheitstagen“. Der Arbeitskreis von sechs Hilfsorganisationen sowie DLRG, Polizei und Feuerwehr demonstrierten Selbst- und Nächstenhilfe sowie den Einsatz organisierter Hilfe. Die Zuschauer wurden über einzelne Schritte der Rettungskette informiert. Das Ergebnis: Am folgenden Wochenende besuchten über 50 Bürger einen Selbstschutz-Grundlehrgang.

**Voerde.** Zehn Organisationen des Katastrophenschutzes stellten ihr Gerät in einer großen Schau auf dem Rathausplatz Voerde der Öffentlichkeit vor. Schirmherr war Oberkreisdirektor Dr. Griese. Die Organisation lag wie bei früheren Katastrophenschutztagen bei der BVS-Dienststelle Wesel.

Bei der offiziellen Eröffnung konnte der Oberkreisdirektor viele Bürgermeister, Ratsherren und Stadtdirektoren begrüßen. Auch Bundestagsabgeordneter Dr. Uwe Jens versäumte es nicht, den Katastrophenschutztag zu besuchen. Insgesamt besuchten 2400 Personen die Ausstellung, die mit einem Sicherheitswettbewerb verbunden war.

**Wesel.** Anlässlich einer Partnerschaftsfeier in der BVS-Dienststelle Wesel mit Landshuter Freunden verlieh BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann die Ehrennadel des Verbandes an Frau Gerda Wagner, BVS-Beauftragte in der Stadt Moers, und Horst Kolter, BVS-Beauftragter für den Kreis Kleve. Im Rahmen der Festveranstaltung ergriff Staatssekretär Dr. Munzert, Innenministerium NW, das Wort. Er wies auf die Wichtigkeit der ehrenamtlichen Helfer hin.



**Düren.** Verwaltungsangestellter Paul Lemanzky blickte auf eine 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zurück. Von 1959 bis 1967 war er Polizeivollzugsbeamter im Bundesgrenzschutz. Sein Wechsel zum BVS führte ihn über die Aufgaben des Fachbearbeiters in Dinslaken (heute Dienststelle Wesel) 1968 nach Düren.

Als Leiter einer fahrbaren Einrichtung für Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung ist Lemanzky in weiten Kreisen des Dienstbereiches bekannt. Ursprünglich für die Altkreise Düren und Schleiden zuständig, haben in den 16 Jahren seiner Tätigkeit in Düren viele tausend Bürger in den Kreisen Düren, Erftkreis und Euskirchen ihre Selbstschutzzinformatio oder Ausbildung durch ihn erhalten.

Die Dankurkunde des BVS-Direktors, verbunden mit den Glückwünschen aller Mitarbeiter, überbrachten BVS-Dienststellenleiter Edgar E. Jansen gemeinsam mit dem örtlichen Personalrat, Gerold Dummer, dem erkrankten Jubilar anlässlich eines Hausbesuches.

**Bielefeld.** Zum wiederholten Male war ein Ausbildungsteam der BVS-Dienststelle Herford in Bielefeld im Einsatz, um in Theorie und Praxis Selbstschutzzkräfte zu unterweisen. Nahezu 100 Teilnehmer haben in den vergangenen Monaten die Grund- und Fachausbildung absolviert. Darin sieht Hans Knoke, neuer Behördenselbstschutzleiter der Stadt Bielefeld, einen meßbaren Erfolg seiner Bemühungen, mehr Bewegung in die Selbstschutzausbildung zu bringen und stärkeres Engagement bei seinen Mitarbeitern zu bewirken. Sein Kommentar: „Was anfänglich als nicht realisierbar galt, nimmt doch Gestalt an.“

So zeigte sich denn auch der Leiter des Zivilschutzamtes der Stadt Bielefeld, Werner Trost, von dem bisher Erreichten recht beeindruckt. Er dankte während eines Fortbildungslehrgangs den Ausbildern der BVS-Dienststelle Herford für die praxisorientierte Arbeit. „Für den von Knoke beschrittenen Weg“, so Trost, „wird die Stadt Bielefeld weiterhin die fachliche Unterstützung des BVS brauchen.“

**Körtlinghausen.** Leitende Beamte der Landesregierung und der fünf Regierungspräsidien aus Nordrhein-Westfalen sowie des Landwirtschaftsministeriums und der Bundeswehrverwaltung konnte die BVS-Schule als Teilnehmer zu einer Tagung „Zivilschutz“ begrüßen.

Der Leiter der BVS-Landesstelle, Peter Eykmann, referierte über den gesetzlichen Auftrag des Verbandes und über die praktische Durchführung dieses Auftrages in den BVS-Dienststellen. Dabei

Ministerialdirigent Meier-Bode (Bildmitte 1. Reihe) mit den Tagungsteilnehmern. (Foto: Schelhaas)



hob er besonders hervor, daß das neue Konzept der Öffentlichkeitsarbeit des BVS bürgernah und argumentativ der heutigen Zeit angepaßt wurde.

Die vorgelegte Leistungsbilanz der BVS-Landesstelle NW fand bei den Teilnehmern starke Beachtung. Die Zivilschutzdezernenten fanden während der gemeinsamen Aussprachen anerkennende Worte über das ständige Bemühen des BVS, die Gemeinden bei der Durchführung des Selbstschutzauftrages laufend und nachdrücklich zu beraten und tatkräftig mit Informations- und Ausbildungsveranstaltungen zu unterstützen.

Ministerialdirigent Meier-Bode stellte u. a. auch den Auftrag der Schule im Bundesland NW anerkennend heraus. Es sei erfreulich, festzustellen, daß die BVS-Schule seit 28 Jahren erfolgreich im Dienste der Bürger arbeite.

Deshalb sei es für das Land Nordrhein-Westfalen besonders wichtig gewesen, daß der Mietvertrag für die Schule verlängert wurde. Dadurch kann die Schulungsarbeit von Selbstschutzführern durch den BVS im Lande erfolgreich, zumindest für drei weitere Jahre, weitergeführt werden.

**Bocholt.** Eine gründliche und sehr intensive Ausbildung mußten elf Selbstschutzberater absolvieren, bevor sie aus

den Händen von Stadtdirektor Dr. von Ameln und Stadtrat Dr. Becker ihre Bestellungsurkunden entgegennehmen konnten. In kurzen Ansprachen dankten Dr. von Ameln und Dr. Becker den Selbstschutzberatern für ihre Bereitschaft, die ehrenamtliche Tätigkeit eines Selbstschutzberaters für die Stadt Bocholt zu übernehmen. Die Bürger haben jetzt die Möglichkeit, in ihrem Wohnbereich Rat und Hilfe in Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes bei den Selbstschutzberatern zu finden.

## Hessenspiegel

**Haiger.** Die BVS-Dienststelle Wetzlar präsentierte auf der Industrieausstellung in Haiger die Ausstellung „Schutz und Wehr“.

Nach der Eröffnung der Bilderschau durch Schirmherrn Staatsminister Herbert Reitz besuchten einige Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker den Stand des BVS. Die Ausstellung wurde von rund 8500 Bürgern besucht.

**Fernwald-Steinbach.** Die BVS-Dienststelle Wetzlar führte in Fernwald-Steinbach im Landkreis Gießen einen Sicherheitswettbewerb durch. Schirmherr war Landrat Ernst Klingelhöfer.

Elf Selbstschutzberater nahmen ihre Bestellungsurkunden entgegen. (Foto: Presseamt Bocholt)







An der Station des DRK ging es um lebensrettende Sofortmaßnahmen.

Die Teilnehmer mußten an zehn Stationen ihr Können in der Selbst- und Nächstenhilfe in Theorie und Praxis unter Beweis stellen.

Die Betreuung der Stationen übernahmen das DRK Gießen, der MHD Wetzlar, die FFW Fernwald-Steinbach, der Lahnfunk-Hilfsdienst e. V. sowie die BVS-Dienststelle Wetzlar.



Die Sieger des Wettbewerbs auf dem „Treppechen“.

**Fulda.** BVS-Dienststellenleiter Robert Ludwig begrüßte in einem Gespräch mit dem Selbstschutz-Sachbearbeiter der Stadt Fulda, Oberamtmann Hillenbrand, die Aktivität der Stadt im Selbstschutz und im Schutzraumbau.

Nachdem die Stadt Fulda das Stadtgebiet in Wohnbereiche eingeteilt, die Beratungsstellen festgelegt und 49 Selbstschutzberater benannt hat, die zum großen Teil durch den BVS ausgebildet wurden, soll nun der Schutzraumbau vorangetrieben werden.

So wurden bereits zwei Schutzräume mit 300 Schutzplätzen im Stadtzentrum fertiggestellt und eingerichtet. Nun hat der Magistrat einen weiteren Planungsauftrag für den Bau eines Großschutzraumes auf dem Gelände der Ferdinand-Braun-Schule an ein Fachbüro vergeben. Insgesamt soll der Schutzraum 920 Personen fassen und als Tiefgarage in Friedenszeiten genutzt werden.

Die Stadt Fulda will mit dem Bau der Schutzräume einmal ihre gesetzlichen

Pflichten gegenüber den Bürgern erfüllen, auf der anderen Seite aber den Bürgern die Schutzmöglichkeiten aufzeigen und sie motivieren zur Eigenhilfe und zum Bau privater Schutzräume.

**Butzbach.** Der Aufbau des Selbstschutzes im Stadtbereich Butzbach kann als vorbildlich angesehen werden. Im Zuge einer Feierstunde überreichte Bürgermeister Karl Heinz Hofmann im Sitzungssaal des Rathauses weiteren sechs Bürgern die Ernennungsurkunde zum Selbstschutzberater. Somit verfügt man jetzt über 18 ausgebildete Berater.

Hofmann verwies auf den gesetzlichen Auftrag der Gemeinde, die den Selbstschutz aufzubauen, zu fördern und zu leiten habe. Hierbei stelle der Selbstschutzberater ein wichtiges Bindeglied zwischen Bürgermeister und der Bevölkerung dar. Die humanitäre Aufgabe zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung im Frieden oder Krisenzeiten sei nur erfüllbar, wenn sich genügend geeignete Bürger für die ehrenamtliche Tätigkeit im Selbstschutz zur Verfügung stellen.

Mit den bestellten Selbstschutzberatern wurden bereits Besprechungs- und Fortbildungsabende abgehalten, die vierteljährlich wiederholt werden, um die Kenntnisse wieder aufzufrischen.

**Marburg.** An der 5. Oberhessenschau in Marburg nahm die BVS-Dienststelle Wetzlar mit einem Informations- und Ausstellungsstand teil. Viele Bürger suchten die gut bestückte Leistungsschau und ließen sich am Stand des BVS über Selbstschutzmaßnahmen informieren. Auch ein aufgebautes Frage- und Antwortspiel fand reges Interesse. Am BVS-Stand wurden rund 7500 Besucher gezählt.

**Fulda.** BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube verabschiedete BVS-Fachlehrer und Ausbilder Heinrich Friedrich und überreichte die Dankurkunde. Eine lang-

wierige Krankheit war der Anlaß für das vorzeitige Ausscheiden aus den Diensten des Verbandes.

Friedrich, der zunächst einige Jahre ehrenamtlich beim BLSV tätig war, wurde 1967 hauptamtlicher Ausbilder und Geräteverwalter an der damaligen BLSV-Landesschule Braunfels. Nach Auflösung dieser Schule fand er zunächst bei den Dienststellen Kassel und Friedberg als BVS-Lehrer Verwendung.

1979, nach der Umstrukturierung des Verbandes, wurde Friedrich auf eigenen Wunsch zur Dienststelle Fulda versetzt.

Aufgrund seiner ruhigen und freundlichen Art war Friedrich ein geschätzter Mitarbeiter. Die Kollegen bedauerten sein Ausscheiden. Straube wünschte dem Scheidenden alles Gute und bedankte sich für viele Jahre der Zusammenarbeit.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Landau.** Im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung der Kreisstadt Landau führte die BVS-Dienststelle Ludwigshafen eine Selbstschutzwoche in Landau durch. Oberbürgermeister Dr. Christof Wolff eröffnete die Veranstaltungswoche in Anwesenheit vieler Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Neben Vertretern des Stadtrates, der politischen Parteien, der Bundeswehr und verschiedener Hilfsorganisationen nahm auch die Bevölkerung regen Anteil daran.

Dr. Wolff betonte, es sei wichtig, dem Bürger zu zeigen, welche Möglichkeiten es gebe, sich selber zu helfen. Die Stadt unterstütze das Anliegen des BVS, da sie wisse, daß die traditionellen Kräfte wie Feuerwehr, THW und die Sanitätsorganisationen nicht immer ausreichend seien.

BVS-Dienststellenleiter Werner Diehl gab danach einen kurzen Überblick über das Veranstaltungsangebot dieser Woche.

Am Eröffnungstag, einem Samstag, besuchten viele Bürger aus Stadt und Land die Veranstaltungen des BVS.

Parallel zur Selbstschutzwoche wurden in Real- und Hauptschulen Selbstschutz-Grundlehrgänge durchgeführt.

Den Abschluß der Veranstaltungsreihe bildete eine Informationstagung für Ingenieure und Architekten.

**Friesenheim.** Die Ortsgemeinde Friesenheim, eine kleine Weinbaugemeinde im Landkreis Worms-Alzey, lud die BVS-Dienststelle Mainz zu einem „Tag der offenen Tür“ gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr, dem THW und



der JUH ein. Anlaß war ein Dorffest, das von den Bürgern der Gemeinde immer in besonderer Weise begangen wird.

Neben einem Informationsstand fand der Filmwagen des BVS starkes Interesse. Ortsbürgermeister Egon Püschel, der gleichzeitig Selbstschutzberater der Gemeinde ist, bedankte sich beim BVS für den Einsatz an diesem Samstag. Es sei, so Püschel, für die Bewohner einer kleinen Ortsgemeinde wichtig, Hinweise auf richtiges Verhalten bei Notsituationen zu erhalten, denn tagsüber seien fast nur Hausfrauen und Kinder im Ort. Da wäre ein „selbstschutzmäßiges Verhalten“ der im Ort verbleibenden Frauen schon wichtig.

**Worms.** Wie bereits im vergangenen Jahr zeigte auch diesmal wieder die BVS-Dienststelle Mainz auf dem Wormser Pfingstmarkt eine Ausstellung.

Der Markt, seit Jahren stark besuchter Treffpunkt der Umgebung, lockt Besucher sowohl aus Rheinland-Pfalz als auch aus den rechtsrheinischen Gebieten Hessens an.

Nach der Eröffnungsveranstaltung besuchte Oberbürgermeister Wilhelm Neuß mit den Mitgliedern des Stadtrates den Stand des BVS. Neuß betonte, daß der BVS in seiner Stadt über ein Jahrzehnt durch die laufend durchgeführten Veranstaltungen in Schulen, Behörden und auch Betrieben bestens bekannt sei. Insbesondere die Stadtverwaltung selbst habe durch die Ausbildung der Behörden-Selbstschutzkräfte und der Selbstschutzberater mit dazu beigetragen.

**Trier.** Nur einen Katzensprung voneinander entfernt liegen sie – die älteste und die jüngste Stadt Deutschlands – Trier und Schweich an der Mosel. Anlässlich der Stadtwerdung waren eine Reihe von Aktivitäten in dem schönen Weinort geplant – so auch ein „Tag der Katastrophenschutz-Organisationen“.

Bei herrlichem Wetter waren viele Besucher erschienen, die mit großem Interesse den Vorführungen von Feuerwehr, Polizei und BVS folgten.

Neben Brandschutzvorführungen beteiligte sich der BVS mit einem Informationsstand sowie einem Filmwagen. Die BVS-Mitarbeiter führten eine Vielzahl von Gesprächen mit den Helfern der Katastrophenschutz-Organisationen und informierten die Bevölkerung in Fragen des Selbstschutzes.

**Mainz.** Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz richtete folgendes Dankschreiben an Landesstellenleiter



Ehrung für langjährige Mitarbeit im Verband (von links): Bürgermeister Theobald, BVS-Beauftragter Behles, Landesstellenleiter Koch, Oberinspektor Meyer.  
(Foto: Hinterholz)

Awiszus für den Einsatz des BVS anlässlich des 1. Rheinland-Pfalz-Tages 1984 in Koblenz:

Sehr geehrter Herr Awiszus, nachdem der 1. Rheinland-Pfalz-Tag 1984 in Koblenz mit so großem Zuspruch und Erfolg beendet werden konnte, möchte ich Ihnen und allen Ihren Mithelfern sehr herzlich für Ihren Beitrag zum guten Gelingen dieses Heimatfestes danken. Ohne Ihren Beitrag und ohne den engagierten Einsatz der vielen tausend ehrenamtlichen Helfer hätte diese bemerkenswerte Vielfalt unseres Landes nie dargestellt werden können. Ich möchte Sie bitten, meinen Dank an alle weiterzugeben, die ihre Freizeit in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt und damit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Rheinland-Pfälzer gestärkt haben. Mit dem Dank möchte ich bereits heute die Bitte verbinden, daß Sie auch im nächsten Jahr beim Rheinland-Pfalz-Tag in Trier mit dem gleichen Engagement wieder dabei sind.

### Saarland-Rundschau

**Weiskirchen.** Für 25jährige ehrenamtliche Mitarbeit wurde Amtsrat Matthias Behles geehrt. BVS-Landesstellenleiter Christian Koch betonte dabei, der zügige Aufbau des Verbandes und des Selbstschutzes sei im wesentlichen auf die rührige Tätigkeit zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter zurückzuführen. Zu diesen gehöre auch Behles. Er habe vor 25 Jahren die Leitung der damaligen BVS-Amtsbezirksstelle übernommen und sich seither intensiv für die Belange des Selbstschutzes eingesetzt. Koch erinnerte u. a. an die zahlreichen Informations- und Ausbildungsveranstaltungen, die im Gemeinde-Bereich Weiskirchen stattfanden und verwies auf den Aufbau des Behördenselbstschutzes und die gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Hilfsorganisationen. Behles, so der Landesstellenleiter, habe eine ausgesprochene Pionierarbeit geleistet.

Koch dankte dem Jubilar für die treuen und guten Dienste sowie die ausgezeichnete Zusammenarbeit und überreichte eine Urkunde.

**Wadern.** In Anwesenheit des Bürgermeisters Berthold Müller ehrte BVS-Landesstellenleiter Christian Koch Stadtamtmann Herbert Rech für 20jährige Mitarbeit im BVS. Rech habe durch persönliches Engagement zum Aufbau des Selbstschutzes der Bevölkerung und des Behördenselbstschutzes beigetragen, betonte Koch. Insbesondere für die Entsendung von Kommunalpolitikern und sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu Informationsseminaren „Zivilschutz“ sowie für die Gewinnung von Selbstschutzberatern habe sich Rech eingesetzt.

Der Landesstellenleiter würdigte das beispielhafte Wirken Rechs und überreichte ihm eine Ehrenurkunde.

### Bayern heute

**Rosenheim.** „Von den Frauen können sich viele Männer Anregungen holen, wie man organisiert und sich engagiert“, sagte Oberbürgermeister Dr. Stöcker bei der Eröffnung der „Informationsbörse 84“ in der Stadthalle Rosenheim. 18 Organisationen waren vertreten. Neben politischen Parteien, Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Verbraucherberatung war auch der BVS mit einem Informationsstand und Filmwagen zum dritten Male vertreten.

Die Besucher am BVS-Stand zeigten großes Interesse. Viele Fragen, besonders über Lebensmittelbevorratung und Hausapotheke, wurden von den BVS-Mitarbeiterinnen beantwortet.

Unter dem Motto „Mitmachen macht Mut – Frauen können mehr“ wurden interessierte Frauen über die Möglichkeiten der ehrenamtlichen Mitarbeit im BVS informiert und zur Teilnahme am Selbstschutz-Grundlehrgang angeregt.



## Die GZS in der Statistik

Nachdem die Gesellschaft seit Ende der 70er Jahre einen zum Teil steilen Anstieg der Veranstaltungszahlen verzeichnen konnte, stellt sich einerseits die Frage, wie sie mit den wenigen vorhandenen hauptamtlichen Kräften dies schafft, andererseits wodurch die rege Inanspruchnahme ausgelöst wurde.

Der ersten Frage nachzugehen ist relativ leicht. Die Zahl der Veranstaltungen im Jahre 1979 konnte beinahe noch an den Händen eines Mitarbeiters abgezählt werden, hielt sich also in sehr engen Grenzen. Hierzu muß allerdings angemerkt werden, daß die Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt nur über eine Bürobesetzung mit Geschäftsführer verfügte und hauptamtliche Lehrkräfte noch nicht verfügbar waren. Nachdem für die Informations- und Ausbildungstätigkeit hauptamtliche Mitarbeiter eingestellt werden konnten, brachte dies auch eine erhebliche Dynamisierung.

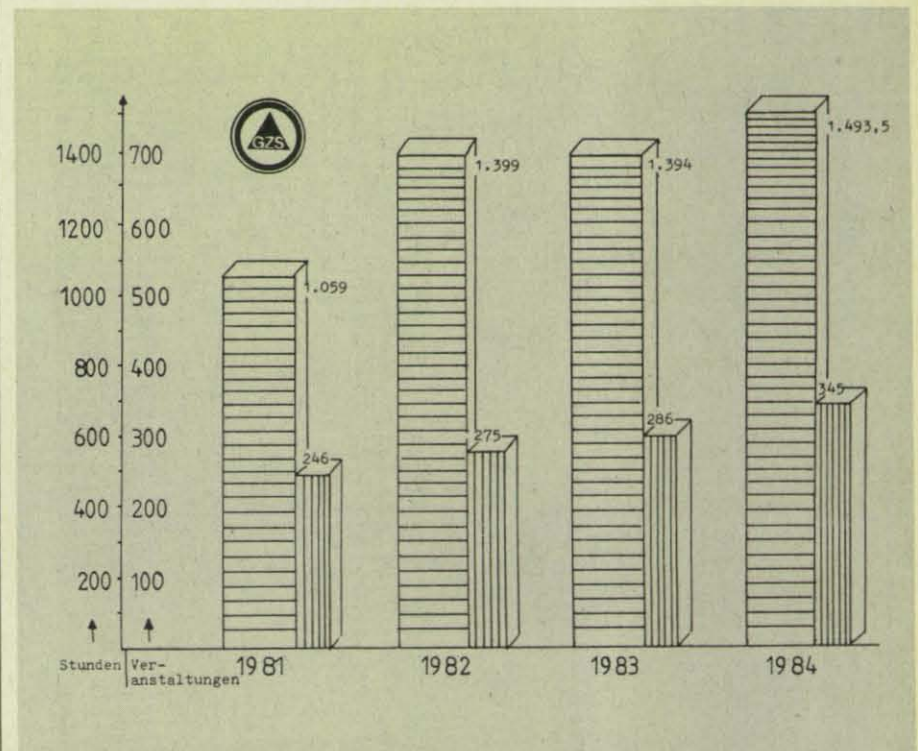
So waren 1980 bereits 179 Veranstaltungen, zwei Ausstellungen eingeschlossen, zu registrieren. Die Zahl der Veranstaltungen stieg dann auf über 400 und erreichte im vergangenen Jahr die stattliche Zahl von 526. Noch steiler war der Anstieg der Teilnehmerzahl, die sich von 357 im Jahre 1979 auf 21.961 im Jahre 1983 vermehrte.

Will man aktuelle Leistungsvergleiche, müßte man das erste Halbjahr 1984 berücksichtigen. So stieg die Anzahl der Veranstaltungen, bezogen jeweils auf das 1. Halbjahr 1981 zu 1984, von 246 auf 345, was einem Anstieg von rd. 45 Prozent entspricht. Die Unterrichts- und Vortragsstunden in diesem Vergleichszeitraum stiegen von 1059 auf knapp 1500.

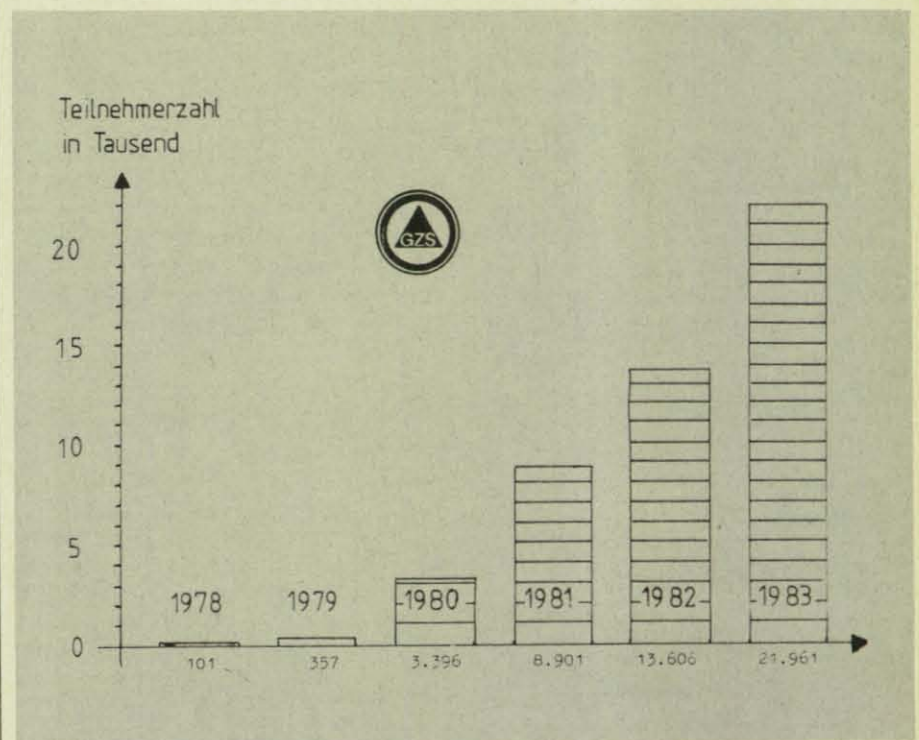
Eine Auswertung der gesamten Veranstaltungen (345) ergab einen Einsatz ausschließlich hauptamtlicher Kräfte bei 61 Ausbildungsvorhaben. Die Zahl der

ausschließlich durch ehrenamtliche Mitarbeiter durchgeführten Veranstaltungen ist annähernd dreimal so hoch und liegt genau bei 170. 114 Vorhaben wurden mit „gemischten Teams“ (sowohl hauptamtliche wie auch ehrenamtliche Mitarbeiter) durchgeführt.

Und nun zu Frage 2: Warum wird die Gesellschaft von Jahr zu Jahr stärker gefordert? Eine Gesetzgebung, wie sie für die Bundesrepublik gilt, gibt es in Berlin nicht. Hier kommt das Interesse an der Gesellschaft ausschließlich aus einem zunehmenden Gefahrenbewußt-

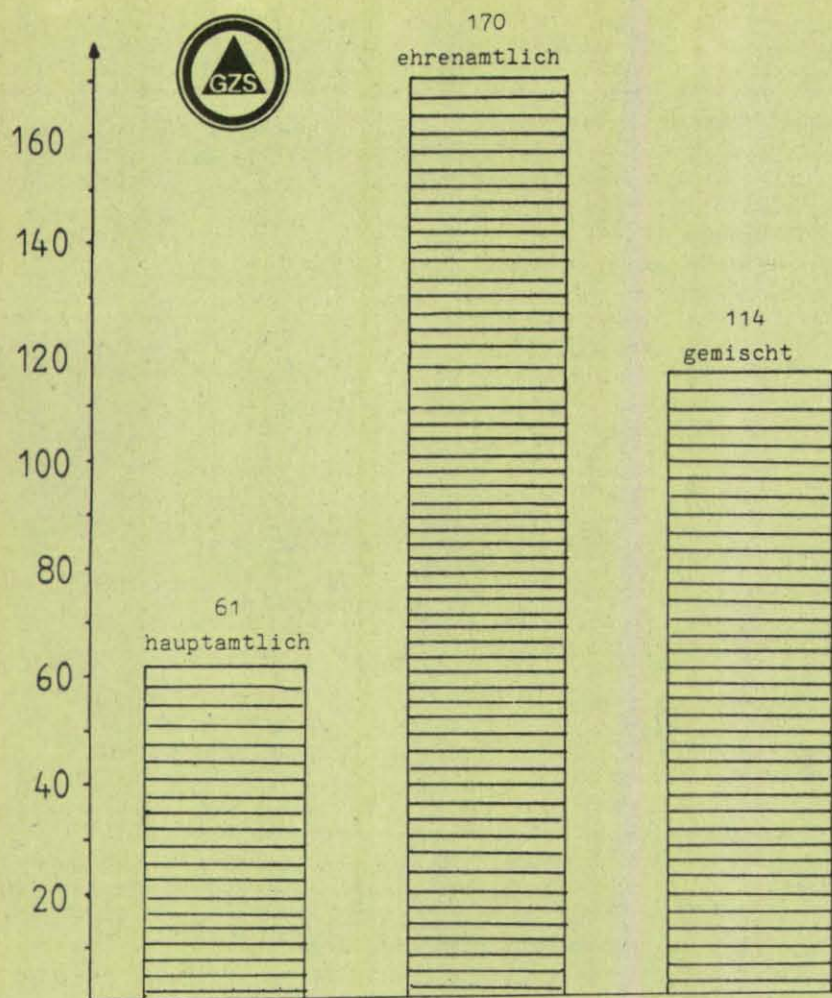


Unterrichts- und Vortragsstunden sowie Veranstaltungszahlen in den ersten Halbjahren 1981-1984.



Teilnehmerzahlen in Veranstaltungen der Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e.V.





Zahl der Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1984, die rein hauptamtlich, rein ehrenamtlich und gemischt durchgeführt wurden.

sein und dem Wunsch, hiergegen etwas zu unternehmen. Unterstützt wird dieses Interesse durch eine Mundpropaganda.

Die Gesellschaft hat sich in einer wahren Flut von Veranstaltungen in den zurückliegenden Jahren, durch praxisnahe Information und Ausbildung, einen ausgezeichneten fachlichen Ruf erworben und wird u. a. von der Landesbranddirektion, dem Technischen Überwachungsverein, Ingenieurbüros, Firmen,

die Brandschutzgeräte herstellen und vertreiben, sowie der Industrie- und Handelskammer zu Berlin empfohlen.

Die vor Jahren geäußerte Vermutung, nur einen vorübergehenden Leistungsanstieg durch momentanes Interesse verzeichnen zu können, hat sich als absolut falsch erwiesen. Der Leistungsanstieg hat sich seit 1979 als konstant erwiesen und wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

## GZS knüpfte Kontakte zum ÖZSV

Der Geschäftsführer des GZS weilte kürzlich in Österreich und nutzte die Gelegenheit, den Zivilschutz in Österreich, über den in Berlin nur unzureichende Informationen vorliegen, näher kennenzulernen. Besuche wurden dem österreichischen Zivilschutzverband (ÖZSV) in Wien sowie dem ÖZSV-Landesverband Salzburg abgestattet.

Der Österreichische Zivilschutzverband und die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin haben bereits in der Organisationsform Verbindendes: Sie sind einge-

tragene Vereine. Um eine möglichst große Effektivität zu erzielen, hat sich der österreichische Zivilschutz stark an die Landesverteidigung angelehnt und führt in den Kasernen Selbstschutz-Kurse durch. Teilnehmer an dieser Veranstaltung sind wehrpflichtige Soldaten, die das Ende ihrer Wehrdienstzeit erreicht haben. Da diese Soldaten kurze Zeit nach dem Kursbesuch aus dem Bundesheer entlassen werden, hofft der ÖZSV, daß sie als Multiplikatoren wirken. In einem Verteidigungsfall würde auch ein Teil dieser ehemaligen Soldaten für den Zivilschutz zur Verfügung stehen, da die Verteidigung im wesentlichen ortsgebunden ist.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Erste-Hilfe-Ausbildung praktisch ausschließlich vom Roten Kreuz wahrgenommen wird, während der vorbeugende und abwehrende Brandschutz und damit Information und Ausbildung in diesem Teilbereich ausschließlich von der Feuerwehr durchgeführt werden. So ist es auch verständlich, daß das Österreichische Rote Kreuz und die Feuerwehr den Zivilschutz entscheidend mittragen. Zahlreiche Veranstaltungen, auch Kurse über den baulichen Zivilschutz, finden daher an den Feuerweherschulen statt.

Aufgrund des ausschließlich ehrenamtlichen Personals des ÖZSV und seiner Landesverbände beschränkt sich die Tätigkeit – von den Kursen in den Kasernen abgesehen – auf die Information über Zivilschutz und Selbstschutz. Hilfreich ist hierbei, daß die Landeshauptleute und die Bürgermeister eng mit dem Österreichischen Zivilschutzverband zusammenarbeiten. Auch treten sie in den Medien nachdrücklich für den Zivilschutzgedanken ein.

Zwischen dem österreichischen und deutschen Zivilschutz gibt es viel Verbindendes. Da ist allem voran der humanitäre Gedanke von Schutz- und Hilfeleistung bei Großkatastrophen und militärischen Auseinandersetzungen. Da existieren zwei Vereine, in Österreich und Berlin, mit großen Aufgaben, die fast unlösbar erscheinen. Sie verbindet das Problem, eine Bevölkerung, annähernd 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, zu Zivilschutz zu motivieren, was diese häufig nicht will oder im „Atomzeitalter“ als sinnlos erachtet. Bei der Lösung dieser schwierigen Aufgabe – Information über Zivilschutz und Ausbildung im Selbstschutz – kann die gegenseitige Information sehr hilfreich sein. Für die Zukunft ist daher zwischen Berlin und Wien ein steter Gedanken- und Materialaustausch beabsichtigt. Darüber hinaus wurden die Repräsentanten des Österreichischen Zivilschutzverbandes zum Besuch der Gesellschaft für den Zivilschutz nach Berlin eingeladen.





Schleswig-Holstein



## Kopenhagens „rote Engel“ begeistert THW-Helfer

**Kopenhagen/Neustadt.** Die enge und freundschaftliche Verbindung zwischen dem dänischen Falck-Rettungskorps und dem THW unterstrichen im Mai 1984 Vertreter beider Organisationen bei einem offiziellen Besuch in Kopenhagen.

Für das THW aus dem Kreis Ostholstein waren zahlreiche Helfer aus den Ortsverbänden Neustadt und Oldenburg mit einem Reisebus zu einem Besuch bei den dänischen „roten Engeln“ angereist, um sich über Brandschutz- und Bergungseinrichtungen sowie die Ausrüstung des Instandsetzungsdienstes jenseits des Belts zu informieren.

Unter Leitung des PR-Managers der größten privaten Rettungsgesellschaft der Welt, Korpsinstrukteur Aage Røremark, lernten die ostholsteinischen Gäste bei einem Rundgang durch die supermoderne Station in unmittelbarer Vorortlage von Kopenhagen den „Betriebsablauf“ bei Falck kennen. Beeindruckt zeigten sich die Gäste vor allen Dingen von der computergesteuerten Alarmierung, die ein Ausrücken der Fahrzeuge binnen 30 Sekunden nach Alarmeingang ermöglicht.

Daß die „roten Engel“, wie die hauptamtlichen Helfer von Falck in Dänemark anerkennend genannt werden, praktisch für „jeden Fall“ perfekt ausgerüstet sind, konnten die THW-Helfer bei einem großen Rundgang durch die verschiedenen Fahrzeughallen feststellen. Da Falck in Dänemark alle Aufgaben im Brandschutz-, Bergungs- und Rettungsdienst ausführt, „muß die Ausstattung auch optimal sein“, wie Røremark vor den Gästen unterstrich. Noch während der Besichtigung der Einsatzfahrzeuge konnten die Ostholsteiner dann hautnah erleben, wie ein Real-Einsatz abläuft: Vom Eingang der Meldung über einen „schweren Verkehrsunfall“ bis zum Ausrücken von Rettungs- und Bergungsfahrzeugen vergingen nur 28 Sekunden. Dazu Røremark: „Das hat auch schon schneller geklappt.“

Mit Erstaunen nahmen die deutschen Gäste auch zur Kenntnis, daß nur zehn hauptamtliche Retter rund um die Uhr für ein Einsatzgebiet mit über 140000 Menschen zur Verfügung stehen. „Aufgrund sehr guter Ausbildung jedes ein-

zelen Helfers ist diese Zahl jedoch voll ausreichend“, betonte Stationsleiter Jes Rasmussen, in dessen Falck-Wache in Kopenhagen-Taastrup aber immerhin über 30 Spezialfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Während eines anschließenden Arbeitsgespräches bezeichnete Falck-Manager Røremark den „deutsch-dänischen Kontakt zwischen den beiden Hilfsorganisationen“ als ausgezeichnet.

Zum zweiten Male schon konnte der Falck-Manager THW-Helfer in der dänischen Hauptstadt begrüßen.

Als sichtbares Zeichen der guten Kontakte zwischen dem THW und dem Falck-Rettungskorps heftete Røremark allen THW-Helfern das leuchtendrote „Falck-Einsatzabzeichen“ an die Uniformen, das für besondere Verdienste in Dänemark verliehen wird.

Als deutsches Gastgeschenk überreichte der Neustädter THW-Ortsbeauftragte, Rudolf Abold, ein großes Knotenbrett, das sämtliche Knoten, die beim THW Verwendung finden, aufweist.

Dieses „Meisterwerk“ aus Mahagoniholz war von den Helfern des Ortsverbandes in tagelanger Arbeit erstellt worden.



Jes Rasmussen, Sektionsleiter von Taastrup, mit dem Gastgeschenk des THW. (Foto: Behrens)

Für alle angereisten THW-Helfer aus Ostholstein bedankte sich Kreisbeauftragter Heinz Palm, Oldenburg, für die herzliche Aufnahme in Kopenhagen. Palm betonte, daß der gegenseitige Gedankenaustausch „für beide Seiten äußerst nützlich und lehrreich sei“. Schon im September 1984 wollen die Falck-

Helfer zu einem Gegenbesuch nach Ostholstein kommen, um dann die Ausrüstung des THW kennenzulernen. C. B.

## Öl in der Kläranlage

**Kasseedorf.** Ölalarm mußte im Mai 1984 in der Gemeinde Kasseedorf ausgelöst werden, nachdem in der örtlichen Kläranlage nicht unerhebliche Mengen Öl festgestellt worden waren. Bei einer routinemäßigen Kontrolle der Kläranlagen und Teilen der Kanalisation war an einem Mittwochmittag einem beauftragten Mitarbeiter der Gemeinde zunächst stechender Ölgeruch aufgefallen, später entdeckte er eine „fette Ölschicht“ in der Kläranlage, von der es letztendlich eine Verbindung zum Lachsbach und damit auch zum Stendorfer See gibt. Kräfte des THW-OV Neustadt sowie mehrere Spezialsaugfahrzeuge wurden daher noch am Nachmittag des gleichen Tages über Funkmeldeempfänger in Marsch gesetzt, um den Schaden zu beheben.

Kasseedorfs Bürgermeister, Lothar Moss, der sich vor Ort von den Reinigungsarbeiten ein Bild machte, bedauerte, daß es trotz intensiver Nachforschung und chemischer Untersuchungen nicht gelungen sei, den Verursacher zu ermitteln, obwohl der angerichtete Schaden in der Kläranlage „mehrere tausend Mark erreichen wird“.

Aufgrund des schnellen Einsatzes aller Hilfskräfte konnte jedoch eine weitere Ausdehnung der Ölverseuchung auf angrenzende Gewässer erfolgreich verhindert werden. C. B.

Hamburg



## Besuch an der Basis

**Hamburg.** Kurz nach der Übernahme seines Amtes besuchte der neue Abteilungsleiter ZV im Bundesministerium des Innern, Ministerialdirigent Beyer, den THW-Landesverband Hamburg. Beyer wurde von THW-Direktor Hermann Ahrens begleitet. Landesbeauftragter Trautvetter unterrichtete die Gäste als erstes in der Dienststelle über Besonderheiten des Katastrophenschutzes in einem Stadtstaat und stellte die hauptamtlichen Mitarbeiter vor.

Anschließend fand in den Bezirksverbänden Hamburg-Nord und Hamburg-



**Besuch beim THW Hamburg (von links): Ministerialdirigent Beyer, Lt. Polizeidirektor Breuer, THW-Direktor Ahrens, THW-Landesbeauftragter Trautvetter.**



Altona ein ausführliches Informationsgespräch mit ehrenamtlichen Führungskräften und hauptamtlichen Mitarbeitern statt. An dieser Aussprache nahm auch als Vertreter der Behörde für Inneres Lt. Polizeidirektor Breuer teil.

Beyer betonte, daß es ihm besonders wichtig sei, von der Basis her über die Probleme des THW informiert zu werden und er auf eine offene Aussprache großen Wert lege. Die Führungskräfte nutzten dann die Gelegenheit und stellten ausgiebig Fragen.

Schwerpunkte waren:

- Probleme der Jugendarbeit
- die Haushaltssituation
- Öffentlichkeitsarbeit
- Einsatzmöglichkeiten.

Auch über verschiedene Möglichkeiten einer eventuellen neuen Struktur des THW wurde gesprochen.

Bis in die späten Abendstunden dauerte die sicherlich für beide Seiten sehr informative Aussprache.

A. K.

### Fachdienstübung „Hafen '84“

**Hamburg.** Mit einer kombinierten Alarm- und Fachdienstübung wurde die Serie der seit 1982 kontinuierlich durchgeführten Fachdienstübungen in Hamburg fortgesetzt. Unter der Federführung der Behörde für Inneres und der Einsatzabteilung der Feuerwehr waren in einem Arbeitskreis alle an der Erarbeitung der Übungsanweisung beteiligt.

In zwei Planübungen, die an der Landesfeuerweherschule vorher stattfanden, wurden die Einheitsführer in Führungstechnik und Organisation geschult, ohne daß ihnen der spätere Übungsablauf bekanntgemacht worden war. Besonders wurde die Zusammenarbeit und Verbindungsaufnahme innerhalb der verschiedenen Fachdienste anhand eines Plan-spieles geübt.

Die eigentliche Fachdienstübung fand im Hamburger Hafen in verschiedenen Abbruchgebäuden statt. Die Schadensdar-

stellung konnte an Gebäuden durch eine vorherige Sprengung sehr realistisch dargestellt werden. Insgesamt waren über 600 Helfer der Fachdienste Ber-

**Abbruchgebäude bieten realistische Schadenselemente.**



**THW-Helfer bergen einen „Verletzten“.**  
(Fotos: Krüger)



gung, Brandschutz und Sanitätsdienst beteiligt. Das THW Hamburg war mit drei Bergungszügen, Schiedsrichtern, Teile der Technischen Einsatzleitung und mit Leitungshelfern vertreten.

Die Einheiten wurden nach der Alarmierung über die Feuerwehrein-satzleitung in einem Sammelraum personell und materiell überprüft. Anschließend gingen die Züge in den Einsatz auf die vorbereitete Schadensstelle. Hier kam es bei der großen Masse von Verletztendarstellern und übenden Einheiten auf gute Koordination und Verbindungsaufnahme an. Eine besondere Schwierigkeit bildete nach drei Stunden die Ablösung von eingesetzten Einheiten.

Eine abschließende Auswertung zeigte detailliert die noch bestehenden Ausbildungslücken auf.

A. K.



## Bremen



### Fahrzeugschau in Bremen

**Bremen.** Mehr als 1200 Besucher kamen zum „Tag der offenen Tür“ des THW-OV Bremen-West. Großes Interesse fanden die mehr als 1500 Fahrzeug-Miniaturmodelle der Feuerwehr und anderer Rettungsdienste, die auf Modellbauplatten in einer Schadenslage dargestellt wurden. Wem diese Autos zu klein waren, der konnte sich Einsatzfahrzeuge von THW, DLRG, JUH, MHD, ASB und Feuerwehr ansehen. Auch die verschiedenen Rettungsboote der DLRG und des THW fanden große Aufmerksamkeit.

Aus dem Fundus der Berufsfeuerwehr gab es einige historische Gegenstände und ein Modell des Löschbootes 3 zu bewundern. Die besondere Attraktion war ein Notarztwagen

Ein Spielmobil mit Luftkissen, Malwände, eine Torwand und Kleinwerkzeug waren Hauptanziehungspunkte für die Kleinen.

Bereits am Nachmittag kamen Innensenator Kröning und Senatsdirektor Hoppen-sack zu den Helfern und beobachteten die gute Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen. G. B.

## Niedersachsen



### Gemeinschaftsübung „Herkules '84“

**Soltau.** Am Freitag, dem 25. Mai 1984, war es endlich soweit: Die Übung „Herkules '84“ des THW-Geschäftsführerbereichs Soltau begann um 18.00 Uhr mit dem Anmarsch der Züge aus den Ortsverbänden Celle, Verden, Fallingbostal, Achim und Soltau mit insgesamt 254 Helfern. Als ideales Übungsgelände diente eine ehemalige Kieselgurfabrik mit einem kleinen See in Munster-Breloh.

Die schwierige funkmäßige Ausleuchtung des Übungsgebietes hatte der Fernmeldezug Lehrte übernommen und hervorragend mit einer Relaisstelle gelöst.

Nach Ankunft der einzelnen Züge wurde sofort das Zeltlager aufgebaut, und die Bergungs- und Instandsetzungszüge erhielten ihre ersten Aufträge, die sich vom Bergen aus dem Fabrikgelände bis hin zum Bau eines Hängesteges über den See erstreckten. Der Brückenbauzug bereitete den Bau einer Grabenbrücke in 3-Trägerbauweise für 14 t



Besondere Sorgfalt erfordert der Umgang mit der Hydropresse beim Aufgleisen eines Waggons.  
(Foto: Riechelmann)

Tragkraft vor. Die Helfer des Instandsetzungszuges waren für die Ausleuchtung des Zeltlagers und der Feldküche zuständig. Sie erstellten darüber hinaus eine feldmäßige Waschanlage und sorgten für die notwendige Abwasserbeseitigung.

Um Mitternacht wurde die Übung durch die Übungsleitung für sechs Stunden unterbrochen und am Samstagmorgen mit einer erweiterten Lage fortgesetzt.

Angenommen wurde ein Zugunglück auf dem Bahnhof Soltau. Die Einsatzleitzentrale des Landkreises Soltau-Fallingbostal forderte einen erweiterten Bergungszug bei der Übungsleitung an.

Hier wurden nun aus drei Bergungszügen insgesamt zwei GWK, zwei MKW und ein Führungsfahrzeug zusammengestellt und in Alarmfahrt zum neuen Einsatzort in Marsch gesetzt.

Die Arbeiten der vor Ort gebliebenen Züge mußten ebenfalls fortgeführt werden.

Am Bahnhof Soltau wurde der Zugführer des Bergungszuges, Helmut Tödter, vom Einsatzleiter der FFW Soltau eingewiesen und begann sofort mit der Bergung von „Verletzten“ aus dem Personenwagen der Deutschen Bundesbahn. Weiterhin mußte ein entgleister Güterwagen mit Hilfe des Öldruckhebers wieder in die Schienen gehoben werden. Die Feuerwehr zog einen mit Benzin gefüllten Kesselwagen aus dem Gefahrenbereich und kühlte ihn mit Schaumlöschmittel. Auch der Brand des Güterwagens war bald unter Kontrolle und die inzwischen eingetroffenen Helfer des DRK begannen mit der Erstversorgung, richteten einen Sammelpunkt ein und bereiteten den Abtransport der 15 „Verletzten“ vor.

Nach 90 anstrengenden Minuten war der Übungsabschnitt auf dem Bahnhof Soltau beendet, und der Bergungszug rückte nach einer kurzen Stärkung durch die DB wieder in den Übungsraum ab. Die FFW Soltau und das DRK Soltau fuhren zurück in ihre Standorte.

Auf dem Übungsgelände hatten der Instandsetzungszug Celle und Soltau eine Ölsperre auf dem See verlegt und das verschmutzte Wasser in verschiedene Ölfangbehälter gepumpt. Auch eine Freileitungsstrecke war fertiggestellt worden. Der Brückenbauzug meldete die Fertigstellung der Brücke und unterzog sie einer Belastungsprobe mit verschiedenen Fahrzeugen.

Inzwischen konnte der See mit Hilfe eines Tonnen-, Platten- und Hängesteges an verschiedenen Stellen überquert werden.

Um 16.30 Uhr beendete die Übungsleitung die Veranstaltung und ordnete den Abbau der Stationen an.

Um 19.00 Uhr zog der Übungsleiter, THW-Geschäftsführer Reiner Riechelmann, ein kurzes Resümee und bedankte sich für die gezeigten Leistungen.

Am Sonntagmorgen, nach Abbau des Lagers, erfolgte der Rückmarsch in die Standorte. R. R.

### THW-Einsatz nach dem großen Regen

**Burgdorf / Ronnenberg.** Ein gewaltiger Wolkenbruch ging am Spätnachmittag des 28. Mai 1984 auf die Stadt Burgdorf im Landkreis Hannover nieder. Innerhalb von einer dreiviertel Stunde fielen 60 Millimeter Niederschlag, ca. zehn Prozent der Jahresdurchschnittsmenge. Die Folge waren überflutete Keller und Wohnungen, mit Wasser und Schlamm gefüllte Garagen, „untergegangene“ Straßen.

Rund 200 Feuerwehrmänner aus umliegenden Ortschaften sowie knapp 100 Helfer der THW-OV Burgdorf und Ronnenberg waren nach Alarmierung durch die FTZ-Ronnenberg von 19.30 Uhr bis morgens 3.00 Uhr mit acht Fahrzeugen in ununterbrochenem Einsatz.

Bereits acht Minuten nach der Alarmie-



rung rückte der komplette Bergungszug des THW-OV Ronnenberg mit 38 Helfern nach Burgdorf aus, um die Kameras vor Ort zu unterstützen.

Mit allen verfügbaren Pumpen wurde ein Keller- und Garagenraum nach dem anderen leergepumpt. Nach dem Instandsetzen und der Inbetriebnahme der Elektro-Hausanschlüsse organisierten die THW-Helfer die Nachbarschaftshilfe, um noch in der Nacht die ersten Reinigungsarbeiten einzuleiten.

Wieder einmal hat es sich gezeigt, daß im Notfall Hilfsorganisationen und Bevölkerung sich hervorragend ergänzen und vorbildlich unterstützen. R. B.

### Mehrtägiger Einsatz bei Ölschadenbekämpfung

**Hude-Bookholzberg.** Zwischen Mitternacht und 1.00 Uhr morgens wurde am Sonntag, dem 3. Juni 1984, von bisher unbekanntem Tätern auf einem Abstellgleis des Bahnhofes Bookholzberg der Absperrschieber eines mit mehreren tausend Litern Altöl beladenen Tankwagens geöffnet. Zufällig vorbeigehende Passanten bemerkten gegen 1.30 Uhr das auslaufende Öl, schlossen das Ventil und benachrichtigten die Polizei.

Der zur Schadenstelle gerufene Gemeindebrandmeister und der stv. Ortsbrandmeister forderten über die Rettungsleitstelle Unterstützung durch den THW-OV Hude-Bookholzberg an. Zehn Minuten später rückte Ortsbeauftragter Ingolf Czwick mit einem Führungskraftwagen und GWK sowie zehn Helfern aus.

Nun war Schnelligkeit Trumpf, um ein tieferes Einsickern des Öls in das Erdreich zu verhindern. Mit vier Flutlichtstrahlern wurde die Schadenstelle ausgeleuchtet und sackweise Ölbindemittel auf die Ölschichten zwischen den Gleisen gestreut und mit Besen und Schaufeln eingearbeitet.

Nach Erschöpfen der Bindemittel wurden diese abgetragen und in Auffangbehältern des Ortsverbandes zwischengelagert.

Der Vorgang wurde mehrfach wiederholt und auf diese Weise bis 6.00 Uhr morgens rund 1600 Liter Altöl aus dem Erdreich entfernt.

Anschließend durchgeführte Probebohrungen ergaben ein tieferes Eindringen des Öls und machten das Ausschachten eines Kontrollgrabens notwendig. Mit einem Hydraulikbagger, bedient durch THW-Helfer, erfolgte der Grabenaushub, in dem sich noch erhebliche Mengen an Altöl sammelten.

Mit einer Elektro-Ölabsaugpumpe wurden so bis Sonntagnacht 24.00 Uhr weitere 500 Liter Öl aus dem Graben abgepumpt und in Auffangbehältern aufgenommen.

Während die Ölabsaugpumpe auch am Montag durchgehend von zwei THW-Helfern bedient wurde, veranlaßte die Bundesbahn das Abräumen der Gleise und Betonschwellen sowie von rund 95 Kubikmetern öligen Schotter.

Hauptaufgabe des THW war jetzt das Ausleuchten der Einsatzstelle, denn erst am Morgen des 5. Juni waren die neuen Erd- und Schottermassen wieder aufgebracht, Schwellen und Gleise auf einer Länge von über 50 Metern neu verlegt. Um 13.00 Uhr war das Hauptgleis Bremen-Oldenburg wieder voll befahrbar.

J. Z.

Nordrhein-Westfalen



### Standortverlagerte Ausbildung in Wesel

**Wesel.** Die drei Bergungszüge des THW-OV Gütersloh rückten aus, um eine Übung auf dem speziell präparierten Gelände der Katastrophenschutzschule Wesel durchzuführen. Mit dabei war der Malteser-Hilfsdienst mit einigen Helfern.

Einsatzgebiet war die Siedlung „Schwarzes Wasser“ in Hamminkeln. Unter ernstfallähnlichen Bedingungen übten sich die THW-Helfer in der Befehlsgebung und den verschiedenen Bergungsmethoden. Sie fanden mehrere teil- oder totalzerstörte Häuser vor, in denen „Vermißte“, „Verletzte“ oder „Verschüttete“ zu vermuten waren.

Schon die gegebenen Straßenzustände erschwerten den Einsatzbeginn erheblich. Die Einsatzleitung führte die Zugführer in die Schadenslage ein. Diese wiederum gaben den Einsatzbefehl an ihre Gruppenführer weiter. Damit begannen die fünf Phasen des Bergungseinsatzes: Zugführer und Gruppenführer erkundeten die Schadenslage durch Beobachtung der Straßen und Gebäude und befragten vernehmungsfähige Personen. Die Unterführer legten alles in Meldungen fest und befehligten dann die Truppführer zum Absuchen leicht zugänglicher Stellen, um „Leichtverschüttete“ aufzunehmen.

Nach den ersten zwei Phasen standen die Anzahl und Art der Schadensstellen, die Lageorte der „Vermißten“, akute Gefahren und besondere Gefahrenstellen fest. Die Einsatzkräfte konnten nun die Schadenselemente, wie teilweise erhaltene Räume, besonders errichtete Schutzbauten, halbe Räume z. B. unter stehengebliebenen Schornsteinen und ähnliches durchforschen.

Die Helfer mußten Mauerdurchbrüche erstellen und „Verletzte“ mit dem Rollgliss-Gerät aus höheren Geschossen bergen sowie sich mit Hilfe von Brennschneidergeräten an die „Verletzten“ heranarbeiten. Dabei durfte die eigene Sicherheit nicht aufs Spiel gesetzt werden. Einklemmte Personen befreiten sie mit der 20-t-Hydropresse und dem Greifzug.

In einem Gebäude war eine Familie im Keller eingesperrt, in dem Wasserleitungen geplatzt waren. Diese akute Gefahr konnte nur mit der Schmutzwasserpumpe gebannt werden.

Während der Bergungsmaßnahmen betreuten Helfer des MHD die eingerichtete Verletztenablage und versorgten die Betroffenen fachgerecht.



Ein fotografischer Querschnitt durch die Übungsaufgaben.

(Foto: Waber)



„Trotz der geringen Einsatzerfahrung unserer Bergungszüge bin ich doch recht zufrieden. Unsere Helfer haben sich mit viel Energie und Überlegung durch ihre Aufgaben gekämpft. Zudem bietet jeder Einsatz immer die Möglichkeit, noch scharfe Ecken abzurunden“, bemerkte Werner Huch, der diese Übung ausgearbeitet hatte. M. W.

### THW-Helfer übten in Meppen

**Meppen.** Eine mehrtägige Ausbildungsveranstaltung führte der THW-OV Wittlage in Meppen durch. Quartier bezogen die Helfer in einer kleinen Zeltstadt, die auf dem Übungsgelände des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Meppen aufgeschlagen wurde.

Bereits auf dem Wege nach Meppen wurde von der Fahrzeugkolonne ein Funkkontakt mit dem örtlichen THW hergestellt. Die Einweisung an den Übungsort klappte reibungslos. Die Koch- und Verpflegungsgruppe des DRK-Kreisverbandes Wittlage sorgte für das leibliche Wohl der Übungsteilnehmer.

In der Praxis begann man zunächst das Bergen aus Höhen mit Hilfe eines Leiterhebels und das Anlegen von Mauerdurchbrüchen mit Gesteinsbearbeitungsgeräten. Ein auf dem Übungsgelände befindlicher Übungsturm und ein Trümmerhaus boten hierzu gute Bedingungen. Die THW-Helfer wurden darin unterwiesen, wie ein Mehrzweckboot bedient wird. Wende- und Anlagemanöver standen ebenso auf dem Ausbildungsprogramm wie das Zuwasserlassen des Bootes in den Dortmund-Ems-Kanal auf dem Hof der Wasserschutzpolizei. Nach der gründlichen Unterweisung durfte jeder Helfer selbst einmal „Kapitän“ spielen.

Zwischen den einzelnen Ausbildungsabschnitten waren die THW-Männer noch für den „Gastgeber“ tätig: Das Trümmerhaus wurde aufgeräumt. Ein darunter befindlicher Keller, dessen genaue Abmessungen unbekannt waren, wurde freigelegt und vermessen.

Als Gäste konnte THW-Ortsbeauftragter Grönemeyer BVS-Dienststellenleiter Werner Köster (Osnabrück) sowie den Zivilschutzsachbearbeiter der Stadt Meppen, Stadtamtmann Hagen, begrüßen. Hagen überreichte den THW-Helfern als Dank für die Aufräumungsarbeiten einen Porzellanteller.

Mit dem Ablauf der Ausbildungsveranstaltung waren THW-Führungskräfte und Helferschaft gleichermaßen zufrieden.

B. H.

## Hessen



### Funkausleuchtung im Main-Kinzig-Kreis

**Steinau.** Für die THW-OV Steinau, Hanau und Bad Orb begann an einem Samstag bereits um 7.00 Uhr eine Fernmeldeübung. Die einzelnen Funktrupps der Einheiten meldeten sich bei der zuständigen Leitstelle sowie der Fernmeldezentrale HVB (FmZt-HVB) über Funk einsatzbereit. Die Übungsaufträge, Kanalvergaben usw., wurden in einem Einsatzbefehl genau festgelegt.

Die Ausarbeitung der Übung sowie die spätere Übungsleitung lagen in den Händen des LdF FmZt-HVB Hanau, Manfred Grün, sowie dem Zugführer des FMZ des Main-Kinzig-Kreises, Werner Funk.

Zunächst galt es, die beiden gewählten Relaisfunkstellen-Standorte anzufahren, die Antennenschleppmasten aufzubauen und die Stromversorgung sicherzustellen, die vorgegebenen Funkkanäle in RS-1-Schaltung einzustellen und die Einsatzbereitschaft an die FmZt zu melden. Diese Tätigkeit fiel, entsprechend ihren Aufgaben im Zug, den beiden Funktrupps des FMZ Steinau zu.

Die anderen Fahrzeuge, die als Funktrupps arbeiteten, verrichteten entsprechende Zubringeraufgaben. Sie leisteten enorme Fleißarbeit, indem sie ca. 100 Orte/Punkte im Main-Kinzig-Kreis anfuhrten, um von dort aus auf zwei verschiedenen Funkkanälen die Erreichbarkeit der FmZt-HVB Hanau über die beiden Relaisfunkstellen zu überprüfen.

Zu jedem einzelnen Ort/Punkt mußte ein entsprechendes Formblatt mit Angabe des Ortes, der genauen Koordinate, der geschalteten Kanäle, der Erreichbarkeit der FmZt-HVB, der Qualität der Funkverbindung, den Angaben über das Wetter usw. ausgefüllt werden, um später eine genaue Auswertung über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Relaisstellenstandorte machen zu können.

Die Angaben wurden aus Sicherheitsgründen auch noch von der FmZt-HVB bei der Überprüfung der Verbindung mitgeschrieben. Auch Schwierigkeiten/Störungen auf den geschalteten Funkkanälen wurden von der FmZt sofort überprüft und dann durch eventuellen Kanalwechsel abgestellt.

Bei dem Ablauf der Übung zeigte sich ein recht guter Ausbildungsstand der beiden Fernmeldeeinheiten aus Steinau und Hanau. Aber ein großes Lob muß man dem THW-Instandsetzungszug aus Bad Orb aussprechen, dessen Hauptaufgabe nicht der Sprechfunk ist, der

aber die gestellten Aufgaben hervorragend löste.

Dieses war nur der erste Teil einer Übung zur Erkundung neuer Relaisstellen-Standorte für BOS-Kanäle im Main-Kinzig-Kreis. Eine weitere Übung soll noch folgen. W. F.

### Übungsannahme: Flugzeugabsturz

**Darmstadt.** Der THW-OV Darmstadt veranstaltete zusammen mit dem DRK Messel und Weiterstadt eine Gemeinschaftsübung. Die Übungsannahme lautete: „Absturz einer Verkehrsmaschine beim Landeanflug auf den Flughafen Frankfurt.“ Ziel der Übung war die Errichtung einer Mobil- und Technischen Einsatzleitung (TEL) sowie die Bergung und Versorgung der „Verletzten“. Insgesamt 65 Helfer nahmen an der Übung teil.



Über 40 Funksprüche wurden bei der Fernmeldeübung abgesetzt. (Foto: Klatt)

Nach einem Motmarsch der sechs Einsatzfahrzeuge von der Unterkunft des THW zum Übungsgelände im Waldgebiet zwischen Darmstadt und Messel war es die Aufgabe der 32 THW-Helfer, Fernmeldeverbindungen zu den eingesetzten Einheiten im angenommenen Schadensgebiet zu errichten. Bei der Einsatzleitung wurde hierzu eine zwölf Meter hohe Antenne aufgestellt. Von den beiden Fernmeldebaugruppen wurden insgesamt sechs Kilometer Fernmeldekabel verlegt. Im Laufe der Übung wurden etwa 40 Funksprüche abgesetzt.

An der angenommenen Schadensstelle nahm das DRK Messel die Bergung und Erstversorgung der „Verletzten“ vor. Sie wurden täuschend echt von der Schminktruppe des DRK Weiterstadt dargestellt.

Die Übung stand unter der Leitung der Zugführer Lothar Schmitt (Fernmeldebau) und Günter Vogel (Funk), der Kreisbereitschaftsführerin des DRK, Veronika Seifried, und des Gruppenführers Hermann Keller vom DRK Weiterstadt.

H.-G. H.



## Altes Schloß brannte

**Lampertheim.** Im Lampertheimer Stadtteil Hüttenfeld stand das Schloß Rennhof in Flammen, in welchem das letzte Litauische Gymnasium in Deutschland untergebracht ist. Gegen 5.20 Uhr wurde der Brand entdeckt und die Feuerwehr sowie das DRK zum Einsatz gerufen. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits der gesamte Dachbereich in hellen Flammen.

Während der Löscharbeiten ergab sich, daß auch das THW in den Einsatz mit einbezogen werden mußte, da die Bausubstanz des Schlosses ziemlich angegriffen war. Um 7.45 Uhr wurde die Mannschaft des THW-OV Lampertheim über Funkalarmempfänger zum Einsatz gerufen. Mit 22 Helfern unter der Leitung von Zugführer Karl Röhrig und Zugtruppführer Werner Hofmann begab man sich zur Schadensstelle. Das THW erhielt den Auftrag, Decken und Gemäuer abzustützen und Deckendurchbrüche herzustellen, damit das Löschwasser abfließen konnte. Mit Schmutzwasserpumpen wurde das Wasser aus verschiedenen Räumlichkeiten des Gebäudes befördert, und damit konnte größerer Schaden abgewandt werden.

Mit diesem Einsatz stellte der Ortsverband innerhalb weniger Tage erneut seine Leistungsfähigkeit unter Beweis, denn drei Tage vor diesem Einsatz ging in Lampertheim der „Hessentag“ zu Ende, wo auch zahlreiche Einsatzstunden geleistet wurden. H. K.

Die Dachstühle des alten Schlosses nach dem Brand.

(Foto: Weidner)



## Brückenbau über die Lahn

**Biedenkopf.** Seit mehr als zehn Jahren baut der THW-OV Biedenkopf jährlich eine ca. 35 Meter lange und vier Meter breite Fußgängerbrücke über die Lahn. Diese Brücke wird im Frühjahr (April) auf- und im Herbst (Oktober) abgebaut. Da die Lahn in diesem Bereich besonders hochwassergefährdet ist, kann der Übergang nicht über den Winter stehenbleiben. Entsprechende Versuche seitens der Stadt schlugen fehl. Für Spaziergänger und Sportler bietet die Brücke die Möglichkeit, schnell und leicht von der Stadtmitte zu den Kleingärten und Sportanlagen zu gelangen.

Aus den vielen bekannten Typen von Behelfsbrücken hat man sich für eine Schwelljochbrücke entschieden. Dieser Brückentyp ist wartungsfrei, genügend breit, leicht begehbar und mit Fahrrädern zu befahren. Versuche mit Pontonbrücken und Faßschwimmstegen boten nicht diese Vorteile.

Um bei dem jährlichen Brückenbau auch einen Ausbildungseffekt zu erzielen, wird die Brücke im turnusmäßigen Wechsel jedes Jahr von einer anderen Gruppe des Bergungszuges gebaut.

Durch Hochwasser und starke Strömung verändert sich jedes Jahr das Flußbett. Sorgfältiges Ausnivellieren ist deshalb die Grundlage für einen sauberen Brückenbau.

Das Brückenmaterial wurde einmalig von der Stadt Biedenkopf gestellt und wird

vom Ortsverband eingelagert. Ersatz und Ergänzungsmaterial finanziert ebenfalls die Stadt.

Vor Ort werden die Bauteile (Schwelljoch) aus Balken, Stempel und Brettern nach Maß gezimmert, angespitzt und mit einer Handramme im Flußbett leicht eingerammt.

Zum Setzen der Schwelljoch in Flußmitte wird die Bootsgruppe wegen der Strömung und der Wassertiefe eingesetzt. Balken und Bodel (besäumte Rundhölzer) dienen als Brückenträger, Bohlen als Brückenbelag.

Die Bohlen werden mit einem Rodelbalken befestigt, das Gelände wird aus selbst gefertigten Stahlrohrteilen zusammengefügt. Das spart Zeit und Material und wird von Übermütigen weniger schnell demoliert.

Schon während des Bauens wird die Brücke von den ersten Fußgängern benutzt, das Interesse der Bevölkerung an dieser Brücke ist groß. Dies merken die THW-Helfer besonders dann, wenn die Brücke Mitte Oktober wieder abgebaut wird. Dann hat sie zwar oft schon das erste Herbsthochwasser überstanden, aber für die meisten Bürger kommt der Abbau zu früh. H. Sch.

## Gasexplosion zerstörte Wohnhaus

**Viernheim.** Die Martinshörner der Einsatzfahrzeuge von Polizei, Feuerwehr und Rotem Kreuz ließen am Donnerstag, dem 5. April 1984, kurz vor 12.00 Uhr die Bewohner der Viernheimer Innenstadt aufhorchen. Kurze Zeit später verbreitete sich die Nachricht von einer Gasexplosion in einem Wohnhaus.

An der Schadensstelle arbeiteten Feuerwehr und Stadtwerke fieberhaft daran, die bei Baggarbeiten zerstörte Gasleitung abzudichten. Die Polizei warnte die Bewohner umliegender Häuser vor ausströmenden Gasen. Unter dem Druck der Gasexplosion im Kellerbereich waren die Sockel verschoben, Innenwände umgeworfen, die Stahlbetondecke durchgehend gebrochen sowie Türen und Fenster aus den Verankerungen gesprengt. Für die erforderlichen Sicherungsarbeiten forderte der Stadtbrandinspektor das THW an.

Die THW-Helfer rückten in kurzer Zeit zur Einsatzstelle aus. Nach Abstimmung mit dem Feuerwehreinsatzleiter erfolgten die Abstütz- und Sicherungsmaßnahmen mit Hilfe von Strebstützen und Stützböcken. Das zügige und fachgerechte Vorgehen der Einsatzkräfte war geprägt von einer ausgezeichneten Zusammenarbeit zwischen den 40 Helfern und Führungskräften von Feuerwehr und THW, wobei



sich die schon des öfteren durchgeführten Gemeinschaftsübungen sichtlich positiv bemerkbar machten.

Glücklicherweise gab es bei diesem Unglück nur drei Leichtverletzte, die vom DRK versorgt wurden. Trotz aller erfolgreicher Sicherheitsmaßnahmen, die weitere Folgeschäden verhinderten, beläuft sich die Schadenshöhe auf mehrere hunderttausend Mark. S.

## **Pfingstjugendlager 1984 am Edersee**

**Edersee.** Sechs Jugendgruppen aus den THW-OV Nürnberg, Homberg, Korbach, Lehrte, Meppen und Ronneberg veranstalteten unter der Regie von Hans-Joachim Kegel, Jugendgruppenleiter aus Korbach, ein viertägiges Biwak im Albert-Schweitzer-Zeltlager des DRK am Edersee. Bei wechselnder Witterung kämpften täglich 85 zwölf- bis 17jährige Mädchen und Jungen mit ihren Betreuerinnen und Betreuern um Punkte, Plätze und Pokale.

Die Korbacher Jugendgruppe bereitete das Zeltlager für ihre Gäste vor. Am Freitag trafen nach und nach die Jugendlichen mit ihren Fahrzeugen ein.

Am Samstag um 9.00 Uhr begann der Ernst für die Teilnehmer. Fahren auf dem Wasser mit Schlauchbooten und der Betrieb von Schmutzwasserpumpen wurde in Theorie und Praxis geübt und erprobt. Nach achtestündigem Ausbildungsbetrieb und einem herzhaften Abendessen rüstete man sich für die Nachtwanderung. Eine „Armada“ von sechs Schlauchbooten – gesichert durch zwei Arbeitsboote – ermöglichten das Übersetzen über den See. Nachdem das Steilufer erklommen war, schwärmten die Gruppen aus und erkundeten das Gelände. Je dunkler es wurde, desto mehr Taschenlampen leuchteten auf und tauchten die ganze Szenerie in ein Licht- und Schattenspiel. Dieses Erlebnis bildete den Abschluß des ersten Tages.

Gähnend und noch etwas verschlafen – denn für manchen war die Nacht sehr kurz, da er Bootswache hatte – krochen die Jugendlichen am Sonntag um 7.00 Uhr aus den Zelten. Auf dem Vormittagsprogramm stand: Besuch der Ederalsperre, der schönen historischen Burg und eine Rundfahrt um den See. Nach dem Mittagessen begann das „Spiel ohne Grenzen“, bei dem sechs Mannschaften fünf verschiedene Aufgaben in Teamarbeit lösen mußten.

Schnelligkeit verbunden mit Geschick und dem berühmten Fünkchen Glück führte dazu, daß die Jugendgruppe aus Nürnberg die beste Punktzahl erreichen

**Am Lagerfeuer lernt man sich kennen und feiert die mit viel Schweiß errungenen Siege.**



**Die Mädchen aus Nürnberg durchlaufen den Parcours und bauen ihre Rohrleitung.**



**Die 278 Meter lange Ruderstrecke erfordert den ganzen Einsatz der Mannschaft. (Fotos: Schwepfinger)**



konnte. Dieter Stede, gastgebender Ortsbeauftragter des THW-OV Korbach, war begeistert von dem Engagement, das die Mädchen und Jungen bei diesem dreistündigen Spiel an den Tag legten.

Groß war die Freude am Abend am Lagerfeuer, als die Mannschaftsführer Siegerpokale und Urkunden in Empfang nehmen durften. Bis spät in die Nacht hinein wurde der 1. Wettkampfsieg gefeiert, und so manch einer schmiedete Schlachtpläne für die Fahrt ums „Blaue Band“ am nächsten Tag.

Um 9.00 Uhr starteten die Bootsteams am Montag in den Altersklassen bis 14,

15/16 und 16/17 Jahre zum 278 Meter entfernten Startpunkt am gegenüberliegenden Ufer. Nachdem die Mehrzweckboote, in denen sich Rettungsschwimmer und Rennleitung befanden, ihre Positionen bezogen hatten, wurde der Startschuß für die erste Wettkampffahrt gegeben. Nun hieß es, auf Kommando des Rudergängers richtig zu paddeln und auf dem kürzesten Weg – Wind und Strömung waren gegen die Mannschaften – den Anleger des Zeltlagers zu erreichen. Auf den letzten Metern feuerte die spärliche Zuschauerzahl zum Endspurt an. Außer Konkurrenz paddelten anschließend die Betreuer.



Die restlichen Stunden des Nachmittags waren dazu angetan, sich von den Strapazen zu erholen und auf die Abschlußfeier am Abend vorzubereiten. J. Sch.

Saarland



### THW-Jugend pflegte Kriegsgräber

**Saarbrücken/Völklingen.** Mit der Bitte, die Pflege der Friedhöfe des Ersten Weltkrieges bei Bertrimoutier (St. Dié), St.-Marie-aux Mines und La Broque (Schirmeck) zu übernehmen, war der Landesgeschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge an die THW-OV Völklingen und Saarbrücken herangetreten. Etwas mehr als 1600 metallene Grabzeichen waren zu säubern und mit einer Ölemulsion zu streichen. Dies ist zwar keine schwierige Aufgabe, kann jedoch je nach Verschmutzung und Witterungslage zeitaufwendig sein. Hinzu kam noch die Anfahrt von rund 200 km bis nach Bergheim bei Sélestat, wo die Einsatzgruppen in einer Holzhütte, die den regelmäßigen Pflegetrupps als Unterkunft dient, untergebracht werden sollten.

16 Helfer aus den beiden Ortsverbänden wollten die Arbeit auf allen drei Friedhöfen an einem Wochenende angehen. Sie sammelten sich freitagnachmittags an der Unterkunft des THW-OV Saarbrücken und fuhren gemeinsam nach Bergheim.

Am Samstagmorgen wurde um 7.00 Uhr zum Einsatz abgerückt. Das erste Ziel war Bertrimoutier. Hier ging die Arbeit zügig voran, da die 600 Grabzeichen in gutem Zustand waren und sich die Helfer schnell einarbeiteten. Anschließend wurde verladen und zum nächsten Einsatzort nach St.-Marie-aux Mines abgerückt.

Der Zustand der Grabzeichen auf diesem Friedhof ließ die Restaurierung länger dauern. Als die Helfer gegen 16.00 Uhr zum Abschluß kamen, ergab sich die Frage, ob man nun noch zum dritten Friedhof in La Broque fahren sollte.

Spontan entschieden sich die Jugendlichen, die Arbeit noch am gleichen Tage zu beenden. Trotz der abendlichen Kühle und der aufkommenden Müdigkeit ging es zügig voran, so daß man gegen 19.30 Uhr in Bergheim zurück war.

Bald brannte vor der Hütte ein Feuer, das nicht nur wärmte, sondern auch einen saftigen Schwenkbraten und Würste röstete. N. S.

### Tauchpumpe gehoben

**Theley.** Die Tauchpumpe der Tiefenbohrung „In der Mass“ in Freisen war defekt geworden. Für die Gas/Wasser-Gruppe des THW-Instandsetzungszuges Theley ein willkommenes Übungsobjekt, das die Kreiswasserversorgung St. Wendel zur Verfügung stellte.

In 36 Meter Tiefe hing am Ende einer Rohrleitung die mit abgekapseltem Elektromotor betriebene Unterwasserpumpe, die nach fünf Jahren Laufzeit ihren Dienst versagte. Im engen Erdgeschoß der Pumpstation trennten THW-Helfer die Rohrleitung vom Wassernetz. Sicherheitsflaschen wurden montiert, um ein Durchrutschen und Hinabfallen der Leitung in den Brunnen zu verhindern. Der Schacht wurde aufgedeckt. Mit einem 1000-kg-Elektroaufzug wurde die gesamte Rohrleitung um jeweils eine Rohrlänge von 2,50 Meter gehoben, die dann abgeschraubt wurde.

Zum Abschluß wurde die defekte, verockerte Pumpe ans Tageslicht gezogen. Mit dem Verschrauben des Abschlußdeckels auf dem Bohrschacht endete für die Helfer eine interessante Arbeit. E. M.

### Leitplanke durchbrochen

**Nonweiler.** Dienstag, 17.55 Uhr: Auf der Bundesautobahn A 1 kam ein mit Bimssteinen beladener Lastzug unmittelbar vor der Abfahrt Nonweiler-Braunshausen ins Schleudern, durchbrach die Mittelteilplanke und überschlug sich. Nur leicht verletzt konnte sich der Fahrer aus seinem total beschädigten Fahrzeug retten. Die Ladung war jedoch über beide Richtungsfahrbahnen verstreut. Die Autobahn mußte voll gesperrt werden.

18.30 Uhr: Der THW-OV Nonweiler wurde von der Polizeiverkehrsabteilung Nonweiler um Mithilfe bei den Bergungs- und Aufräumarbeiten gebeten. Unter Leitung von Zugführer Gerd Feis rückten die Helfer mit dem Kombi, einem GKW und einem MKW aus. Um das Fahrzeuggespann bergen zu können, wurde der Hänger an der Kupplung abgeschweißt. Auch mußte der hydraulische Ausleger beseitigt und die Leitplanke durchtrennt werden. Mit einem Kran wurde das Fahrzeug aufgestellt und vom Unternehmer mitsamt dem Hänger auf das Unterkunftsgelände des THW geschleppt, wo Helfer zur Unterstützung eines Kraftfahrzeug-Sachverständigen Fahrzeugteile abschweißten.

Gemeinsam mit der Autobahnmeisterei, die einen Schaufellader einsetzte, wurden noch beide Richtungsfahrbahnen gesäubert. E. M.

### THW-Einsatz bei Großbrand

**Saarwellingen.** Ein Großbrand bei einem Saarwelliger Bitumenhersteller vernichtete Lager- und Produktionshallen. Aufgabe des THW war es, die Wände der Lagerhalle mit der Seilwinde des GKW's einzureißen, um der Feuerwehr das Eindämmen des Brandes zu ermöglichen. Ferner wurde eine aus Eternitplatten bestehende Abdeckung entfernt. Die Feuerwehr konnte nun die Bitumen-Behälter abkühlen und dadurch deren Ausbrennen bzw. Platzen verhindern.

Nachdem das Kühlwasser nicht mehr ausreichte, legte das THW noch eine Schlauchleitung von einem 250 Meter entfernten Kiesweiher an die Brandstelle. Hierbei wurde der Bau einer Schlauchbrücke über eine stark befahrene Bundesstraße erforderlich. S. M.

Baden-Württemberg



### 120 Kraftfahrzeuge des Brandschutzdienstes überführt

**Stuttgart.** Ehren- und hauptamtliche Kräfte des THW aus Baden-Württemberg überführten innerhalb der letzten Monate 120 Kraftfahrzeuge des Brandschutzdienstes von Friedrichshafen/Bodensee nach Bad Friedrichshall im Landkreis Heilbronn. Die Entfernung zwischen beiden Orten beträgt ca. 225 km.

Bei diesen Kraftfahrzeugen handelt es sich um LF16-TS, also um Löschgruppen-Fahrzeuge für eine umfangreiche feuerwehrtechnische Beladung einschließlich einer eingeschobenen Tragkraftspritze TS 8/8 und einer Feuerlöschpumpe FP 16/8, die der Bund für Löschzüge des Brandschutzdienstes im erweiterten Katastrophenschutz beschaffte.

Die Fahrzeuge erhielten in Friedrichshafen ihren eigentlichen Aufbau für die vorerwähnte Fachdienstausstattung und wurden dann durch das THW je nach Produktionsablauf nach Bad Friedrichshall zwecks Einbau der Feuerlöschpumpe überführt.

69 dieser LF 16-TS wurden an sechs Samstagen durch ehrenamtliche Kräfte aus dem THW-Geschäftsbereich Friedrichshafen dem Feuerwehrgerätehersteller in Bad Friedrichshall jeweils im Rahmen einer Marschübung zugeführt. Die zusammengezogenen Kraftfahrer aus den THW-Ortsverbänden Friedrichshafen, Ravensburg, Wangen und Über-



lingen standen unter der Leitung des Zugführers des 1. Bergungszuges Friedrichshafen. Insgesamt 84 Helfer waren eingesetzt, sie leisteten dabei über 1000 Stunden.

Zur Abwicklung der Übungsmärsche ist noch zu bemerken, daß der Fahrweg über Bundesstraßen und Autobahnen hohe Anforderungen an die Helfer stellte. Unfälle oder sonstige Schäden traten nicht auf. G. K.

## Hochwasser im Ostalbkreis

**Aalen/Ellwangen.** Langandauernde und sehr ergiebige Regenfälle führten kürzlich im Ostalbkreis zu umfangreichen Schäden und Behinderungen. Jagst und Kocher sowie einige Nebenflüsse traten stellenweise über die Ufer. Straßen waren überschwemmt, zahlreiche Keller, Fabrikations- und Lagerräume standen unter Wasser.

Neben Kräften der Polizei und der Hilfsorganisationen wurde auch das THW eingesetzt. Teileinheiten des Bergungs- und Instandsetzungsdienstes aus dem THW-OV Aalen verlegten an besonders gefährdeten Stellen als Vorbeugungsmaßnahme Sandsäcke und führten Pumparbeiten durch. Der Verpflegungstrupp des Ortsverbandes Ellwangen mußte an zwei Tagen die Vollverpflegung für 160 Bewohner eines Altenheimes sicherstellen.

Die Bilanz des THW-Einsatzes ergibt: Den verschiedenartigen Hilfeanforderungen wurde zügig entsprochen. Weiteres Potential war jederzeit noch verfügbar. Nur Teileinheiten der obengenannten Ortsverbände waren eingesetzt. Der dritte Ortsverband im Kreis, Schwäb. Gmünd, stand zur Nachbarschaftshilfe bereit. G. K.

## THW-Wettkampf in Pforzheim

**Pforzheim.** 150 THW-Helfer von Gerätgruppen aus den Geschäftsführerbereichen Pforzheim und Karlsruhe trafen sich im Mai zu einem „Wettkampf des Helfens“. Auf dem Standortübungsplatz, den die französischen Streitkräfte freundlicherweise zur Verfügung gestellt hatten, fanden die Helfer aus den Ortsverbänden Karlsruhe, Baden-Baden, Bühl, Dettenheim, Oberhausen-Rheinhausen, Rastatt, Waghäusel, Pforzheim, Calw, Freudenstadt, Mühlacker, Neuenbürg und Niefern optimale Bedingungen zur Austragung des Regional-Ausscheidungswettkampfes vor.

Auf acht Startbahnen mußten die Helfer demonstrieren, was sie in der Ausbildung am Standort gelernt hatten. Auf je-



Mit Hilfe des Zweibocks wird die Betonplatte angehoben. (Foto: Winterfeldt)

der Wettkampfbahn waren sechs schwierige Aufgaben zu lösen. So galt es, die Einsatzstelle auszuleuchten, „Verletzte“ aus Höhen zu bergen, eine eingeklemmte Person unter einer schweren Betonplatte zu befreien, einen Stahlträger mit Hilfe des Brennschneidgerätes zu durchtrennen und einen Steg über Sumpfgelände zu schlagen.

Neben Schnelligkeit kam es auf die einwandfreie, fachlich saubere Ausführung der Arbeiten an, bei der auch alle Unfallverhütungsvorschriften zu beachten waren. Weiterhin beurteilten und bewerteten die Schiedsrichter die Zusammenarbeit der Helfer und die Befehlsausgabe durch den Gruppenführer.

Trotz strömenden Regens, der gegen Ende des Wettkampfes einsetzte und die Startbahnen tatsächlich in ein Sumpfgelände verwandelte, zeigten alle Helfer gute Leistungen und unterstrichen den hohen Ausbildungsstand. Aus dem Geschäftsführerbereich Pforzheim siegte die Gruppe des THW-OV Mühlacker; der THW-OV Waghäusel siegte aus dem Geschäftsführerbereich Karlsruhe. F. W.

## Jahreshauptübung des THW-OV Ellwangen

**Ellwangen/Ahrweiler.** „Großeinsatz für den THW-OV Ellwangen: Seit drei Tagen besteht Katastrophenalarm, nachdem schwere Erdbeben große Verwüstungen angerichtet haben. Besonders betroffen ist das Ahrtal. Da die dortigen Helfer seit längerer Zeit im Einsatz sind, fordert die Katastrophenschutz-Einsatzleitung Rheinland-Pfalz Reserven. Der 2. Bergungszug Ostalb, die Notstrompumpengruppe (NPG) Ellwangen und der Verpflegungstrupp Ellwangen erhalten den Auftrag, die Einsatzkräfte im Ahrtal zu verstärken.“

Das war der Einsatzbefehl, den der Ortsbeauftragte des THW-OV Ellwangen, Hans Weber, am Freitagabend um 17.00

Uhr für „Bodennebel“, der zweieinhalb tägigen Jahreshauptübung des Ortsverbandes, erhielt.

Der Zugführer des Bergungszuges hatte die angeforderten Kräfte zur 370 km entfernten Katastrophenschutzschule des Bundes nach Ahrweiler zu führen, wo sie im Trümmeregelände Godenelter zum Einsatz kommen sollten. Nach siebenstündiger Fahrt, unterbrochen von einem Technischen Halt und kleinen Pausen mit Fahrerwechsel, erreichte die aus acht Fahrzeugen bestehende Kolonne morgens um 1.00 Uhr ihren Bereitstellungsort auf dem Schulgelände, wo man sich in Blockhütten einquartierte. Am anderen Morgen traf die Technische Einsatzleitung, welche die Übung in wochenlanger Arbeit ausgearbeitet hatte, letzte Vorbereitungen vor Ort.

Um 10.00 Uhr rückte dann der Bergungszug in den Einsatzraum ein. Nach Erkundung und Meldung der Schadenslage begannen einzelne Gruppen mit der Bergung. Endlich konnte das Gelernte praxisnah erprobt werden, nämlich in zerstörten Häusern und an von der Ausbildungsgruppe des THW-OV Ellwangen dargestellten „Verletzten“, die vom DRK-Zug Rosenberg täuschend echt geschminkt waren. In Etagen, unter Trümmerkegeln, in verschütteten Kellern, auf der Straße, in Erdlöchern – überall waren die „Verletzten“ und extra dafür gebaute Holzpuppen, die Leichen darstellen sollten, von der Einsatzleitung versteckt worden.

Auf nahezu jede erdenkliche Art und Weise drangen die Helfer zu den „Verunglückten“ vor. Hier konnte man den elektrischen Aufbrechhammer auch einmal für einen richtigen Mauerdurchbruch verwenden oder mit der Hydropresse zusammengebrochene Decken anheben.

Während der Bergungszug im Trümmeregelände beschäftigt war, setzte die Not-



Bergung aus Höhen ist eine der Übungsaufgaben. (Foto: Stelly)



strom-/Pumpengruppe die elektrischen Versorgungsleitungen nach Godenelter instand, wofür teilweise neue Masten aufgestellt und Leitungen gezogen werden mußten, welche anschließend über ein Notstromaggregat gespeist wurden.

Bis zum Mittag hatte der Bergungszug die erste Straße von Godenelter fast geräumt, als plötzlich die Arbeiten eingestellt werden mußten, da der Übungsannahme zufolge neue Stöße die Erde zum Beben brachten. Aus Sicherheitsgründen beorderte man den Zug in seinen Bereitstellungsraum zurück.

Dort wartete bereits der Verpflegungstrupp mit dem Mittagessen auf die hungrigen Helfer, denen allerdings keine allzu lange Mittagspause vergönnt war. Wie schon am Vormittag wurden die Bergungsarbeiten auch am Nachmittag fortgesetzt, jetzt aber in einer anderen Straße. Durch engste Löcher krochen die Bergungsmannschaften, um an die „Verschütteten“ heranzukommen.

Mit dieser Übung wollte man vor allem herausfinden, wo Mängel in der Ausbildung bestehen, ob Sicherheitsbestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden, wie das Verhalten der Helfer bei einem solchen Einsatz ist und wie die Zusammenarbeit zwischen Zugführer und Gruppenführer funktioniert.

Nach Abschluß der Bergungsarbeiten am späten Nachmittag ging man zum gemütlichen Teil über und ließ den Tag mit einem Kameradschaftsabend ausklingen. Bei der Rückfahrt am Sonntag nachmittags nach Ellwangen war manch einer um eine Erfahrung reicher durch diese alles in allem sehr erfolgreiche und bestimmt nicht alltägliche Übung.

B. S.

## Helfer hatten lange Nacht

**Baden-Baden.** Über die gesamten Osterfeiertage patrouillierten Helfer des THW-OV Baden-Baden auf dem Streckenabschnitt der Bundesautobahn A 5 Karlsruhe-Basel zwischen Rastatt und Offenburg. Von einigen kleineren Unfällen abgesehen, bei denen die THW-Mannschaft zum Einsatz kam, ereigneten sich keine besonderen Vorkommnisse.

Doch am Dienstag nach Ostern, kurz nach Dienstschluß, erreichte die Einsatzleitstelle in Baden-Baden ein Funkspruch der Autobahnpolizei Bühl, daß bei Kilometer 696,7 in Richtung Süd ein Lastzug umgestürzt sei. Um 20.30 Uhr setzten sich drei THW-Fahrzeuge mit zwölf Helfern in Bewegung.

Vor Ort machte sich Einsatzleiter Stölzel ein Bild von der Lage: 22 Tonnen Kunstdünger, die nicht als Gefahrgut

deklariert waren, galt es zu bergen. Nicht ganz einfach, denn Lkw und Anhänger waren über die Mittelleitplanke gekippt und ineinander verkeilt. Nach Absprache mit dem Zoll, dem Havariekommissar und der Autobahnmeisterei Offenburg sicherten die THW-Helfer die Unfallstelle ab und leuchteten sie mit Scheinwerfern aus, bevor sie mit Hydropresse und schwerem Bergungsgerät Hänger und Zugmaschine aufrichteten.

Danach brachen die Helfer die verklemmte Laderaumtür auf und entluden in stundenlangender Arbeit die 22 Tonnen Kunstdünger.

880 Säcke zu je 25 Kilogramm waren auf zwei bereitstehende THW-Kipper und Anhänger umzuladen und in Offenburg bei einer Spedition wieder abzuladen. Außerdem unterstützte das THW die Abschleppfirma. Den Anhänger richteten sie soweit wieder her, daß er auf eigenen Rädern abgeschleppt werden konnte. Nach dem Aufrichten der Zugmaschine wurde der Einsatz des Brennschneidgeräts notwendig, um die total zertrümmerte Vorderachse des Lkw herauszutrennen, da sonst ein Abschleppen nicht möglich gewesen wäre. Die letzte Aktion der Helfer war das Säubern der Unfallstelle von Erdreich und Fahrzeugtrümmern. Um 7.00 Uhr am Mittwochmorgen trafen sie wieder in der Unterkunft ein.

M. K.

## THW-Junghelfer auf Donaufahrt

**Ellwangen.** An einem Mittwochabend starteten die THW-Junghelfer und ihre Betreuer in Ellwangen zum Ausgangspunkt der Donaufahrt, Donauwörth. Auf dem Gelände des dortigen Kanu-Clubs schlug man neben der Wörnitz die Zelte auf und richtete die mitgenommenen vier Schlauchboote her, denn die Junghelfer wollten nicht mit der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft starten, sondern mit eigener Kraft die Donau befahren.

„Eine Bootsfahrt, die ist lustig...“: Die Junghelfer auf der Donau. (Foto: Stelly)



Am nächsten Morgen, nachdem Zelte, Schlafsäcke, Verpflegung und Ersatzbekleidung auf den Begleitfahrzeugen verladen waren, kam um 11.00 Uhr der Befehl: „Leinen los!“

Das erste Stück der Reise trug die Wörnitz die vier Schlauchboote mit ihrer Besatzung dem Ziel entgegen. Auf der Donau ging es dann über die beiden Stausufen Bertoldsheim und Bittenbrunn nach Neuburg/Donau. Hier erwartete der „Troß“ bereits die Ellwanger Flotte. Der Verpflegungstrupp bot ein kräftiges Essen und die Zelte luden zur Nachtruhe ein.

Drei der Schlauchboote wurden mit den Stechpaddeln gerudert. Das vierte Boot war mit einem Außenbordmotor ausgestattet, um im Notfall als Rettungsboot eingreifen zu können.

Das Ziel des nächsten Tages war Vohburg, etwa 15 km Unterstrom von Ingolstadt. Am zweiten Tag war der Aufbruch schon um einiges früher. Die Junghelfer kannten ihre Aufgaben. Die einzelnen Bootsmannschaften waren aufeinander eingespielt. Vorbei ging es an Ingolstadt und dem großen Pionierübungsplatz der Bundeswehr. Am frühen Abend hatte man Vohburg erreicht und wurde wieder von der Begleitmannschaft in Empfang genommen.

Am nächsten Morgen ging es dann weiter, vorbei an Neustadt an der Donau. Am Kloster Weltenburg wurde ein Halt eingelegt, um das Kloster zu besichtigen, und dann ging es durch den Donaudurchbruch. Rechts und links ragten steile Felswände hoch – es galt, die Boote durch den Engpaß hindurchzulassen. Hinter Kehlheim wurden die Boote aus dem Wasser genommen und verladen. Bei Stausacker noch einmal gezelte, um am nächsten Tag zurück nach Hause zu fahren.

Aber vorher wurde noch einmal am Lagerfeuer der Abschluß der Donaufahrt gefeiert.

B. S.



## Hochwasser im Alten- und Pflegeheim Tannhausen

**Ellwangen.** In der Nacht vom 5. auf 6. Juni 1984 suchten ungewöhnlich starke Regenfälle dem Ostalbkreis heim. Als Folge dieser Regengüsse trat in Tannhausen bei Ellwangen ein Bach über seine Ufer und überschwemmte das Kellergeschoß des Alten- und Pflegeheims Sonnenhalde, wobei Sachschaden in Höhe von etwa 500000 DM entstand.

Neben den Freizeiteinrichtungen und Lagerräumen waren besonders die elektrische Schaltzentrale und die Küche in erheblichem Maße von der Überschwemmung betroffen. Dort stand das Wasser stellenweise bis zu 1,20 Meter hoch und machte eine Benutzung der Küche für die kommenden Tage unmöglich.

Aus diesem Grund wurde am Morgen des 6. Juni der Verpflegungstrupp des THW-OV Ellwangen angefordert, um die Verpflegung der Heimbewohner sicherzustellen. Mit sechs Mann gelang es dem eingespielten Team, noch bis zur Mittagszeit 160 komplette Mahlzeiten Rippchen mit Sauerkraut zuzubereiten.

Insgesamt dauerte der Einsatz noch bis zum Nachmittag des darauffolgenden Tages, ehe die heimeigene Küche soweit instand gesetzt war, daß sie die Versorgung der Heiminsassen aus eigener Kraft aufrechterhalten konnte. B. S.

## Mannheimer THW am Maimarkt aktiv beteiligt

**Mannheim.** Schon seit über 15 Jahren gehört der THW-OV Mannheim zum Erscheinungsbild des Mannheimer Maimarktes, der größten Regionalausstellung im Südwesten. Man hatte sich damals vom örtlichen Reiterverein anheuern lassen, Parcours-Dienst zu machen. Heute können die Mannheimer Reiter auf die Transport-, Auf- und Abbau-Lei-

stungen der THW-Helfer nicht mehr verzichten. Die Helfer machen diese diffizile Arbeit auf dem Turnierplatz gerne, denn wer kann schon bei einem bundesweit bekannten und mit Spitzenreitern versehenen Turnier täglich dabei sein?

So fuhren auch in diesem Jahr acht Lkw-Transport- und Mannschaftswagen samt Gulaschkanone auf dem Maimarktgelände vor, um dort einen Stützpunkt einzurichten. Da das THW Mannheim nicht nur die Betreuung des Parcours übernommen hatte, sondern auch für die Verpflegung der Turnierteilnehmer zuständig war, rückte auch noch eine Küchenmannschaft an. So bereiteten die THW-Küchenchefs täglich über 150 „Vollpensionen“ in ihrer fahrbaren Küche zu. Zum Glück half auch die JUH. Ein Koch- und ein Speisezelt sorgten dafür, daß man auch an regnerischen Tagen im Trockenen war. O. S.

## Nachrufe

Am 16. Juni 1984 verstarb unser Kamerad

### Andreas Brenk

im Alter von 19 Jahren durch einen Verkehrsunfall. Mit ihm verliert der Ortsverband Pforzheim einen engagierten Helfer, einen guten Kameraden und Freund.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Pforzheim

\*

Der THW-OV Waldshut-Tiengen trauert um seinen Kameraden

### Axel Ebner

der im Alter von 28 Jahren an den Folgen eines schweren Unfalles verstarb.

Sein stets kameradschaftliches Verhalten ist uns Verpflichtung, ihm ein ehrendes Andenken zu bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-OV Waldshut-Tiengen

Der Kochtrupp des THW. (Foto: Sand)



Bayern



## Wie teste ich die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung?

**Obernburg.** Es ist nicht einfach, mit unbekanntem Menschen per Telefon übers Wetter zu reden; diese Erfahrung machten Helfer des THW-OV Obernburg. Die ABC-Meß- und Auswertestelle (AMAST) beim Ortsverband wollte die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, im Ernstfall zu helfen, testen.

Zu diesem Zweck wurde in einer Spessartgemeinde ein Chemieunfall angenommen. Für die THW-Helfer war es nun wichtig, rasch Informationen über die mögliche Ausbreitung der Giftstoffe zu erhalten, um die gefährdete Bevölkerung schützen zu können. Diese Informationen wollten sie sich bei ihrer Übung von Einwohnern der Gemeinden rings um den angenommenen Unfallort erfragen.

Die Fragen per Telefon lauteten:

- Wie sind die Sicht- und Wolkenverhältnisse?
- Ist der Boden naß, feucht oder trocken?
- Welche Temperatur herrscht?
- Wie stark ist der Wind, und aus welcher Richtung weht er?

Diskussionen gab es zunächst unter den Helfern über die Wahl der Auskunftspersonen: Mit geschlossenen Augen ins Telefonbuch tippen wollten die THW-Helfer nicht. Sie befürchteten, daß viele der Angerufenen sich auf den Arm genommen glaubten oder daß die Auskünfte nicht ernst ausfielen. Die Polizei oder die Feuerwehr wollten sie erst recht nicht anrufen, weil diese im Katastrophenfall ohnehin genug zu tun haben. Verwaltungsstellen schieden aus, weil sie regelmäßig nur während der üblichen Dienststunden besetzt sind.

Fast zwangsläufig fiel die Wahl der THW-Helfer auf die Pfarrämter. Man rechnete dabei auch mit dem Vorteil, daß Kirchen in jeder von der AMAST verwendeten Karte eingezeichnet sind. Gleich der erste Anruf dämpfte jedoch den Optimismus: Der Pfarrer war erst bereit, Fragen zu beantworten, nachdem er sein eigenes Informationsbedürfnis über Sinn und Zweck der Übung gestillt hatte. Das ist zwar verständlich, verzögerte die Aktion jedoch um mehr als fünf Minuten. Und diese Minuten könnten im Ernstfall entscheidend sein.

Mehr Glück hatte man mit dem zweiten Anruf: Eine Pfarreiangestellte beantwortete ohne Mißtrauen sachlich alle Fragen. Ebenfalls eine Pfarreiangestellte war so begeistert, mithelfen zu dürfen,



daß sie neben den gewünschten Auskünften gleich erzählte, wie das Wetter wenige Stunden zuvor war und was der Wetterbericht für den kommenden Tag angekündigt hatte. Der Pfarrer einer vierten Gemeinde fiel durch seine außerordentlich präzisen Auskünfte auf.

Natürlich stießen die Helfer nicht nur auf Unterstützung: Ein Pfarrer verweigerte die Auskünfte mit dem Hinweis, „da könnte ja jeder kommen. Das kann ich nun glauben oder nicht, daß Sie vom THW sind.“ – Er glaubte es nicht!

Als wichtige Lehre hielten die findigen THW-Helfer nach ihrer wohl einzigartigen Übung fest: „Weitermachen – es kann nur besser werden.“ P. F.

## Ein heißes Wochenende

**Dachau.** Daß sich der Autobahndienst des THW-OV Dachau an verkehrsreichen Tagen mehr als nützlich erweist, zeigte der 20stündige Bereitschaftsdienst vom 19. April, 16.00 Uhr, bis 20. April, 12.00 Uhr. Der Osterurlaubsverkehr war in diesen Tagen zu erwarten. Und tatsächlich mußte in dieser Zeit der Bereitschaftstrupp elfmal zu Unfallereignissen ausrücken.

Es war erst 45 Minuten nach Dienstbeginn, als alarmiert wurde: Ein Auffahrunfall auf der A 8 in Richtung München war die Ursache. Schon eineinhalb Stunden später war die nächste Alarmierung. Buchstäblich von Einsatz zu Einsatz fuhren die THW-Helfer, um notwendige Hilfe zu leisten. Ein Auffahrunfall löste den anderen ab. Kaum war die eine Unfallstelle geräumt, als man schon zur nächsten gerufen wurde. Zwischendurch, sozusagen als Abwechslung, fuhr auch mal ein Kleintransporter in eine Leitplanke, aber auch da mußte das THW helfen.

Erst gegen 20.00 Uhr konnten sich die Männer die erste längere Pause gönnen. Fünf Einsätze auf der Autobahn, hauptsächlich Auffahrunfälle, bei denen das THW Hilfe leistete, die Stauabsicherung vornahm, die Unfallstelle ausleuchtete und räumte.

Der letzte Einsatz des 19. April war dann ein Frontalzusammenstoß in der Stadt Dachau. Eine eingeklemmte Person wurde geborgen, die Unfallstelle mit geübten Griffen geräumt.

Der 20. April erwies sich als nicht minder einsatzreich. Schon gegen 2.45 Uhr wurde der erste Unfall auf der A 8 gemeldet. Diesmal wurde das THW hintereinander zu insgesamt zwei Auffahrunfällen und zwei Unfällen, bei denen Fahrzeuge in Leitplanken fuhren, gerufen. Dabei wurde bei einem Unfall sogar noch zusätzlich zu den Bergarbeiten

nach einem vermißten Beifahrer gesucht.

Bei einem weiteren Einsatz, diesmal wieder in Dachau, mußte unter anderem ein umgefahrener Telegrafmast von der Fahrbahn entfernt werden.

In diesen 20 Bereitschaftsstunden des THW-OV Dachau wurden insgesamt bei elf Unfällen und 21 beteiligten Unfallfahrzeugen neun Menschen verletzt, davon einer schwer. W. B.

## 450 m Fahrbahn von Glas gereinigt

**Starnberg.** Daß auch bei den im THW stattfindenden Dienstbesprechungen immer wieder für Überraschungen gesorgt ist, zeigte sich beim THW-OV Starnberg. Die jeden Monat stattfindende Besprechung wurde gegen 21.50 Uhr durch einen Alarm unterbrochen. Ein Verkehrsunfall auf der Autobahn Garmisch – München war der Anlaß – das THW sollte die Fahrbahn räumen.

Innerhalb kürzester Zeit fuhren etwa 20 Helfer in zwei Korbis, zwei Fahrzeugen des Instandsetzungsdienstes und dem Gerätekraftwagen zum Unfallort. Auf einer Autobahnlänge von etwa 450 Metern glitzerte über die gesamte Fahrbahnbreite zerbrochenes Glas, das aus einem umgestürzten Lkw-Anhänger gefallen war.

Die THW-Helfer schaufelten in kurzer Zeit die Glasscherben von der Fahrbahn. W. A.

## Feuerwehr schulte THW

**Gunzenhausen.** Zwischen den beiden Hilfsorganisationen Freiwillige Feuerwehr und THW herrscht auf örtlicher Ebene ein gutes Einvernehmen. Dies kam wieder einmal im Rahmen einer Monatsausbildung des THW zum Ausdruck. Im Mittelpunkt stand eine Schulung über den schweren Atemschutz.

Die THW-Helfer bereiten sich auf die Schulung vor.

(Foto: Kugler)



Die THW-Helfer wurden vormittags theoretisch von FFW-Kommandant Erich Liefänder in die Materie eingewiesen. Verbunden mit der Ausgabe der neuen Schutzmaske (M 65 Z) erfolgte eine Einführung in deren Anwendung und die Handhabung der verschiedenen Filterarten. Ein Fußmarsch vom FFW-Standort zur THW-Unterkunft brachte die Schutzmaskenträger ganz schön ins Schwitzen.

Nachmittags wurde mit schwerem Atemschutz trainiert. Ein besonderes Augenmerk galt der Unfallverhütung sowie der Beachtung der vorgeschriebenen Regeln, die zum Tragen der Atemschutzgeräte Voraussetzung sind. G. K.

## Bergung aus allen Lagen

**Dachau.** Die Ruine eines größeren, mehrstöckigen Gebäudes war ein günstiger Schauplatz für eine umfangreiche Tagesübung des THW-OV Dachau im Bergen aus Höhen und Tiefen, an der drei Bergungsgruppen und die Jugendgruppe des Ortsverbandes teilnahmen.

Zugführer und Übungsleiter Georg Westermeier teilte den Zug in verschiedene Gruppen auf und ließ an jeweils geeigneten Übungsorten sämtliche Techniken der Bergung durchführen. Die Mitglieder der Jugendgruppe spielten dabei zum Teil die Rolle der „Opfer“ oder bildeten den Versorgungstrupp.

Die dritte Bergungsgruppe führte vorwiegend Ausbildung in Gesteinsbearbeitung durch. Die erste und zweite Bergungsgruppe aber übten die Technik des Leiterhebels, des Lastarmes, das Bergen über die schiefe Ebene, die senkrechte Trage oder auch die Zwei- bzw. Vier-Mann-Methode der waagerechten Trage. Die „Opfer“ wurden aber nicht nur aus dem ersten oder zweiten Stock „gerettet“, sondern man versuchte, sie auch mit dem Bergetuch und der Bergeschleppse aus den Kellern des Gebäudes zu bergen.



Herabgefallenes Gestein von eingebrochenen Zimmerdecken bildeten ein Trümmerfeld, über das so manche Trageerschütterungsfrei transportiert werden mußte. Die eigentlichen Schwierigkeiten und damit der Unterschied zwischen Theorie und Praxis zeigten sich aber bei den aufwendigeren Techniken wie Lastarm oder Leiterhebel. Hier konnte schon ein zu schmales Fenster oder eine fehlende Abstützmöglichkeit für den Lastarm zu unvorhergesehenen Schwierigkeiten führen. Aber eine umfangreiche Ausbildung und genügend technisches Interesse führten auch in den zunächst aussichtslosesten Situationen immer wieder zu Lösungen.

In einem gestellten Ernstfall konnten die THW-Helfer dann die frisch geübten Techniken bei wirklichkeitsnahen Bedingungen ohne Hilfestellung von seiten der Führungskräfte anwenden.

Gerade solche Übungen zeigen noch Schwächen, die immer wieder auftauchen können und im Ernstfall möglicherweise wertvolle Zeit kosten. W. B.

## THW-Einsatz bei Nacht

**Würzburg.** Völlig unvorbereitet kamen die Helfer des THW-OV Würzburg zu einem Katastropheneinsatz.

„Gasexplosion in der Unterdürnbacher Straße 120, Büro- und Wohngebäude stark zerstört, unter den Trümmern werden fünf bis zehn Personen vermutet. Achtung – Gas strömt aus. Erstangriff durch THW notwendig, da Einsatz von Feuerwehr und BRK durch nicht bekannte Umstände in Frage gestellt ist.“

Mit dieser Meldung alarmierte THW-Ortsbeauftragter Günter Müller um 20.45 Uhr den Bergungs- und Instandsetzungszug zu einer Übung. Beide Einheiten, die zu der Zeit an einer Nachausbildung im Raum Würzburg beteiligt waren, stellten ihre Arbeit sofort ein und fuhren auf dem schnellsten Weg Richtung Einsatzort. Dort empfing sie Einsatzleiter Müller, der ihnen folgende Lage mitteilte:

„Für die Gas-Wasser-Gruppe des Instandsetzungszuges gilt es, als erstes ein Leck der Gasleitung abzudichten. Danach erst kann die Rettung von ‚Verletzten‘ durch den Bergungszug erfolgen. Erste-Hilfe-Maßnahmen müssen durch die Helfer selbständig durchgeführt werden, da BRK nicht anwesend ist. Im Keller eines Gebäudes befindet sich ein Heizöltank, der ausläuft. Die Gefahr besteht, daß der naheliegende Bach verseucht wird. Die Elektro-Gruppe bekommt die Aufgabe, Schadens- und Einsatzstellen auszuleuchten sowie eine zerstörte Freileitung instand zu setzen.“



Taghell ist die Schadensstelle ausgeleuchtet. (Foto: Klein)

Nachdem der Schaden am Gasrohr behoben war, begann der Bergungszug unter erschwerten Bedingungen, da sämtlicher Zugang zum Gebäude versperrt war, mit dem Aufspüren der verschütteten Personen. Durch Einsatz von Schneidbrennern, Gesteinsbohrhammer u. a. Bergegerät sowie unter Anwendung verschiedener Ablaufvorrichtungen, z. B. Rollgliss und Strickleiter, drangen die Retter zu den „Verletzten“, dargestellt durch jugendliche Pfadfinder, vor.

Die Abwasser/Öl-Gruppe baute Faltbehälter auf und begann mit dem Abpumpen des Heizöles, das durch gefärbtes Wasser dargestellt wurde. Die Helfer mußten noch am Verletztensammellager eine provisorische Wasserzapfstelle errichten.

Gegen 2.00 Uhr waren alle „vermißten“ Personen geborgen. Auch die Arbeiten des Instandsetzungszuges konnten bis dahin erledigt werden.

Ortsbeauftragter Müller zeigte sich nach Ablauf des Geschehens erfreut über die Einsatzbereitschaft des Ortsverbandes. W. K.

## Flugzeugabsturz bei Hof

**Hof.** „Wir kommen bestimmt nicht mehr zum Einsatz“, dachten sich die Helfer des THW-OV Hof, als sie über den Rundfunk von einem Flugzeugabsturz im Hofer Gebiet erfuhren. Beim Landeanflug auf den Flugplatz Hof-Pirk stürzte ein zweimotoriges Flugzeug vom Typ „Piper-Aztec“ in ein Waldstück an der Autobahn München–Berlin. Beide In-

sassen kamen in dem sechssitzigen Flugzeug ums Leben.

Die Feuerwehr Hof löschte das in Brand geratene Flugzeugwrack. Rotes Kreuz mit Notarzt sowie Beamte der Polizei waren an der Absturzstelle eingesetzt.

Um 10.30 Uhr kam für die THW-Helfer eine Alarmdurchsage per Funk: „Aufschweißen der Flugzeugzelle, Leichenbergung, Verladen und Abfahren der Wrackteile sowie Absperrmaßnahmen“, lautete der Einsatzauftrag.

Zwölf Helfer fuhren mit ihren Fahrzeugen zur Einsatzstelle.

Bei der zwölf Kilometer langen Anfahrt war zu erkennen, welche Leistung die Feuerwehr erbracht hatte, die in Unkenntnis der genauen Einsatzstelle auf äußerst schwierig zu befahrenden Waldwegen mit ihren Fahrzeugen schon zwölf Minuten nach Alarmierung mit den Löscharbeiten beginnen konnte.

Die THW-Helfer öffneten mit der hydraulischen Rettungsschere das Cockpit und bargen mit zusammengebissenen Zähnen die Opfer.

Nach einer kurzen Erholungspause wurden auf Anweisung der Beamten des Luftfahrt-Bundesamtes aus Braunschweig sämtliche Instrumente und Funkgeräte, die der Aufklärung der Absturzursache dienen können, ausgebaut.

Nachdem sämtliche in weitem Umkreis verstreuten Teile des Wracks aufgesammelt waren, wurde mit dem Verladen begonnen. Die vier sperrigen größeren Teile mußten zunächst 40 m weit an einen befahrbaren Waldweg, wo die Fahrzeuge standen, geschleift werden. Mit Hilfe der Seilwinde konnten die beiden Motoren, der rückwärtige Rumpf mit dem Leitwerk und das Gewirr des ausgebrannten Cockpits an den GWK herangezogen werden. Dabei wurden Ketten, Drahtseilstroß und Schäkel als Hilfsmittel eingesetzt.

Die kantigen und messerscharfen Wrackteile wurden mit der Umlenkrolle, einer schiefen Ebene und der Seilwinde aufgeladen und zur weiteren Untersuchung nach Hof gebracht. H. K.

Das ausgebrannte Wrack des Flugzeugs. (Foto: Krauß)





Jürgen Schulz

Wetterauswertung im Warndienst und Katastrophenschutz

## Von der Troposphäre bis zur Stratosphäre

Hinweise für die Ausbildung und den Einsatz

### Allgemeines

Ein wesentlicher Faktor der ABC-Lagebeurteilung in den Warnämtern und den ABC-Melde- und Auswertestellen des Katastrophenschutzes ist das Wetter. Die Wetterbedingungen festzustellen und auszuwerten, ist für die Warnung vor den Waffenwirkungen moderner Waffensysteme unabsehbare Voraussetzung. Dabei reicht es nicht aus, nur die Wettererscheinungen in Bodennähe zu erfassen. Der mögliche Einsatz von A-Waffen erfordert Wetterinformationen über den Zustand in der Troposphäre, ja bis zur Stratosphäre hinauf.

Die Beschaffung der erforderlichen Wetterdaten ist die Aufgabe der zivilen meteorologischen Dienste. Im Bereich des Zivilschutzes ist daher zwischen dem Warndienst und dem Deutschen Wetterdienst eine enge Zusammenarbeit vorgesehen. Daneben erhalten Helfer des Warndienstes und ABC-Dienstes eine Ausbildung in der Wetterkunde, die sie in die Lage versetzen soll, ergänzende Wetterhilfsbeobachtungen in ihren Einsatzgebieten zu erstellen. Diese Wetterhilfsbeobachtungen verdichten die Wetterinformationen der meteorologischen Dienste insbesondere hinsichtlich der aktuellen Bodenwetterlage.

Es wird nicht möglich sein, im Ernstfall in allen Befehlsstellen des Zivilschutzes eine Wetterberatung durch Meteorologen sicherzustellen. Vor allem auf der Kreisebene werden sich die ABC-Melde- und Auswertestellen (AMAST) auf die Wetterinformationen des Warndienstes und auf eigene Wetterhilfsbeobachtungen stützen müssen. Dabei wird der Erfolg wesentlich davon abhängen, in welchem Umfang friedensmäßige Vorbereitungen getroffen wurden, die den ABC-Auswerter in die Lage versetzen, den Einfluß atmosphärischer Faktoren auf Waffenwirkungen richtig beurteilen zu können. Dazu gehören neben einer ständigen Ausbildung und Übung auch die Kenntnis der Klimatolo-

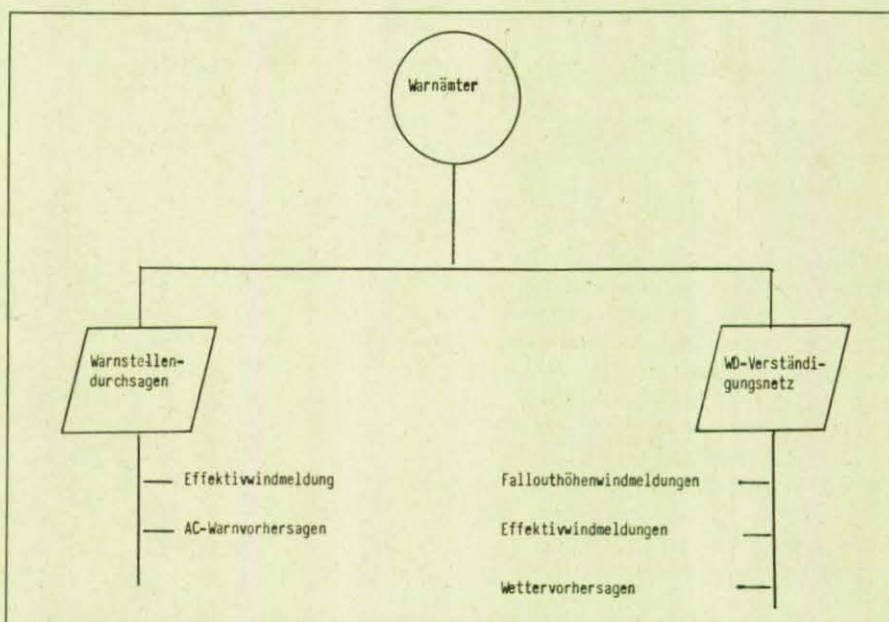
gie des eigenen Einsatzgebietes und die Erfassung von Wetterbeobachtungsquellen. In den folgenden Abschnitten sollen hierfür Hinweise und Empfehlungen folgen.

### Ausbildung in der Wetterbeobachtung und Wetterauswertung

Nach den entsprechenden Musterausbildungsplänen für den ABC-Dienst und den Warndienst sind die Helfer und Führungskräfte in der Wetterbeobachtung und Wetterauswertung auszubilden. Im Warndienst erfolgt diese Ausbildung in den Warnämtern und WD-Leitmeßstellen durch Meteorologen bzw. fachlich vorgebildete WD-Führungskräfte. Im Bereich des Katastrophenschutzes wird an den KatS-Schulen und auf Standortebene die Wetterkunde durchgeführt.

Während ein Teil des hauptamtlichen Warndienstpersonals durch tägliche Routinewetterbeobachtungen für

Zwecke des Deutschen Wetterdienstes bzw. für Umweltschutzaufgaben einige praktische Erfahrungen gewinnen kann, sind die Helfer des Katastrophenschutzes überwiegend allein auf die wenigen Ausbildungserfahrungen in der Wetterbeobachtung angewiesen. Hier ist es daher erforderlich, daß zumindest das Personal der Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMST) sowie der ABC-Melde- und Auswertestellen (AMAST) vermehrte praktische Wetterausbildung betreibt. Zu jeder Ausbildungsveranstaltung der BAMST bzw. AMAST sollte eine Wetterbeobachtung, das Absetzen einer Wetterhilfsmeldung und die Auswertung dieser Meldung gehören. Eine Sammlung und Auswertung auf Standort- oder Kreisebene ermöglicht sogar eine gewisse chronologische Übersicht über den Wettergang im Ablauf eines Jahres am Beobachtungsort. Werden diese Beobachtungen auf freiwilliger Basis noch durch tägliche Wetterbeobachtungen von Helfern des ABC-Dienstes verdichtet, kann eine regelrechte Stationsgeschichte der für die ABC-Auswertung am Standort wesentlichen Wettererscheinungen gewonnen werden. Regelmäßige Wetterbeobachtungen sind auch zum Teil für den Deutschen Wetterdienst für die Erstellung von Klima- und Witterungsberichten und die synoptische Meteorologie von Interesse. Eine Zusammenarbeit mit Wetterstationen bzw. Wetterwarten kann hier eine wesentliche Bereicherung der Wetterausbildung auf Standortebene bedeuten und den Helfern praktische und theoretische Erkenntnisse bringen.



Wetterinformationen des Warndienstes.



Ebenso ist es erforderlich, im Rahmen überregionaler ABC-Übungen die Wetterauswertung zu üben. Hierfür bieten sich insbesondere die nationalen und internationalen Warndienstübungen an. Bei diesen Warndienstübungen, an denen meistens der Deutsche Wetterdienst mit seinem Zentralamt, den Wetterämtern und den aerologischen Stationen teilnimmt, ist in der Regel eine Kontrolle der „Laien“-Beobachtung mit den vom Wetterdienst gemessenen Werten möglich. Auch bei Übungen auf Kreis- oder Regierungsbezirksebene sollte versucht werden, die eigenen Beobachtungen mit denen von Dienststellen des Wetterdienstes zu vergleichen. Je mehr Erfahrungen in der Praxis gewonnen werden können, je mehr Sicherheit und Genauigkeit wird der Wetterbeobachter des ABC-Dienstes gewinnen.

### Kenntnis der Klimatologie des Einsatzgebietes

Bei der Auswertung von Wettermeldungen in Warnämtern, WD-Leitmeßstellen und ABC-Melde- und Auswertestellen sind neben der Kenntnis der Oberflächengestaltung des Einsatzgebietes die Kenntnis der klimatischen Verhältnisse von großer Bedeutung.

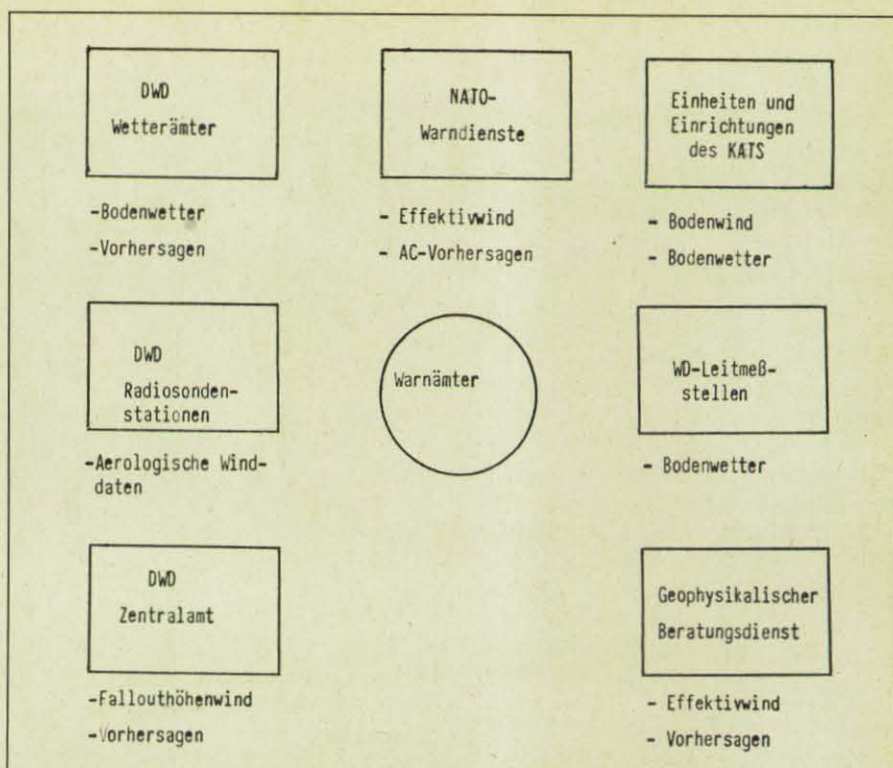
Diese Führungsstellen müssen daher in Zusammenarbeit mit den regionalen Dienststellen des Deutschen Wetterdienstes die klimatischen Verhältnisse ihres Einsatzgebietes ermitteln und kennenlernen.

Für den Warndienst sind insbesondere die im zivilen und militärischen Wetterberatungsbereich vorhandenen Unterlagen über:

- Höhenwindstatistiken
- Inversionsstatistiken
- Klimabeschreibungen (Länder- bzw. Wehrbereichsanalysen)
- Flugplatzbeschreibungen mit Klimawerten und Auswertungen von Wetterflügen
- Klimatische Falloutdiagramme

besonders wichtig. Aus diesen Unterlagen sind die charakteristischen Wetterlagen und einzelne meteorologische Erscheinungen vor allem als Hilfsmittel für die Beurteilung von Falloutvorhersagen sowie Vorhersagen über die Verfrachtung von Kampfstoffwolken nutzbar.

Höhenwindstatistiken lassen vorherrschende Luftströmungen erkennen. Inversionsstatistiken geben die Möglichkeit, inversionsgefährdete Gebiete zu erfassen, die dann im Fall des Einsatzes von C-Kampfstoffen genau zu beobachten sind, da sich hier die Inversionsschichten äußerst günstig auf die Persistenz der Kampfstoffwolken auswirken. Diese Gebiete sind auch bereits friedensmäßig, abgesehen von dem perio-



### Wetterversorgung des Warndienstes.

disch auftretenden Smog, z. B. bei Chemieunfällen, besonders gefährdet.

Klimabeschreibungen, in der Regel für den Bereich eines Bundeslandes gültig, enthalten neben Angaben über Luftdruck, Wind, Temperatur, Niederschlag, Sichtweiten und Bewölkung ausführliche Übersichten von allgemeiner Bedeutung.

Klimatische Falloutdiagramme lassen Schlüsse über die Häufigkeit der Falloutverteilung in Abhängigkeit von der Beobachtung der Zugrichtung der unteren Wolken zu.

Für den ABC-Auswerter auf Kreisebene ist es nicht so wichtig, Kenntnisse der überregionalen Klimatologie zu besitzen.

Im Rahmen der Wetterbeobachtung kommt auch die Windrichtungsfahne zum Einsatz.



Mit dem Handwindmeßgerät läßt sich die Windgeschwindigkeit feststellen. (Fotos: Schulz)





Ihn interessieren vor allem die klimatischen Verhältnisse im Kreis bzw. das Mikroklima in den Stadtlandschaften seines Einsatzgebietes.

Stellen, die über die klimatischen Verhältnisse auf Kreisebene Aussagen machen können, werden in der Regel die örtlich zuständigen Wetterämter sein. Bei der Erfassung der klimatischen Verhältnisse sollte neben den Wetterämtern auch, soweit regional vorhanden, mit den Wetterstationen und Flugwetterwarten des DWD, agrarmeteorologischen Beratungsstellen bzw. agrarmeteorologischen Forschungsstellen Kontakt aufgenommen werden. Daneben können auch benachbarte Dienststellen des Geophysikalischen Beratungsdienstes der Bundeswehr, evtl. im Rahmen der Zivil-militärischen Zusammenarbeit, zur Beratung und zur Erfassung der Klimadaten herangezogen werden. Zunehmend werden auch die mit Umweltschutzaufgaben auf Kreisebene betrauten Behörden über Wetter- und Klimadaten verfügen, besonders dort, wo bereits Umweltmeßsysteme in Aktion sind.

Die so erfaßten Daten können dann die Grundlage für die Kreisbeschreibung für Zwecke des Zivil- und Katastrophenschutzes sein. Nach der vom Bundesamt für Zivilschutz herausgegebenen Richtlinie für die Bestandsaufnahme sind die klimatischen Verhältnisse in die Kreisbeschreibung aufzunehmen. Dabei sollten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

- Häufigkeit der Bodenwindrichtungen und Bodenwindgeschwindigkeiten
- Einfluß der Geländegestaltung auf die Strömung in den untersten Luftschichten
- Charakteristische Winde
- Niederschlagsverhältnisse
- Inversionslagen
- Temperatur
- Häufigkeit der Nebeltage
- Lokale Besonderheiten und Eigentümlichkeiten des Wetters.

Hier ist es zweckmäßig, die Häufigkeit der Bodenwindrichtungen und die übrigen Daten nach Jahreszeiten geordnet in Tabellen mit kurzen Erläuterungen festzuhalten.

Für den ABC-Auswerter auf Kreisebene ist es wichtig, daß er die erfaßten Klimawerte unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Waffenwirkungen von ABC-Waffen, aber auch auf konventionelle Waffen, wie z. B. Brandwaffen, beurteilt. Dabei interessiert vor allem die Häufigkeit der Ausbildung von lokalen Windsystemen bei Hochdruckwetterlagen, die insbesondere durch die Oberflächengestaltung in Hang- und Tallagen beeinflusst wird. Daneben müssen die lokalen Inversionslagen – insbesondere auch hier in Beckenlandschaften oder Stadtlandschaften mit großen Industrie-

gebieten – beobachtet werden, da sie z. B. bevorzugt für das Einbringen von chemischen Kampfstoffen anzusehen sind. Nebellagen, die sich über Städten häufiger als über dem offenen Land bilden, sind ebenfalls für den ABC-Auswerter von Interesse. Abgesehen von der Beeinträchtigung der Beobachtungsmöglichkeiten wirken die Nebelpartikel als Keime, um die sich die Kampfstoffwolken verdichten und zusammen mit dem Nebel eine Dunstglocke bilden können.

Die statistische Erfassung der klimatischen Verhältnisse ersetzt selbstverständlich nicht die aktuelle Wetterbeobachtung als Grundlage für Vorsorgemaßnahmen und Hilfsmaßnahmen nach ABC-Waffeneinsätzen.

### **Erfassung von Wetterbeobachtungseinrichtungen im Einsatzgebiet**

Zur Beobachtung des lokalen Wetters stehen den Zivilschutzeinheiten keine eigenen Beobachtungsstationen mit Instrumentenausstattung zur Verfügung. Es ist daher zweckmäßig, daß, soweit möglich, andere vorhandene Meß- und Beobachtungseinrichtungen mit entsprechender Instrumentenausstattung im Einsatzgebiet erfaßt werden. Diese Stellen könnten im Ernstfall eine wertvolle Hilfe bei der Wetterdatenerfassung sein. Dabei muß berücksichtigt werden, daß nicht immer auch ihre Verfügbarkeit im V-Fall sichergestellt sein wird.

- Mögliche Einrichtungen könnten z. B.
- Dienststellen und Einrichtungen des Umweltschutzes (Meßstationen, Wetterhütten usw.)
  - Dienststellen im Verkehrsbereich (z. B. Flugplätze, Hafenmeistereien, Schleusen, Straßenmeistereien, Autobahnpolizeistationen, Bergbahnstationen)
  - Forschungseinrichtungen und Ausbildungsstätten (Universitäten, Fachhochschulen, Ausbildungsstätten im landwirtschaftlichen Bereich)
  - Energie- und Industriebetriebe (vor allem Betriebe, die durch Umweltschutzgesetzgebung zu Vorsorge- und Beobachtungsmaßnahmen verpflichtet sind)
  - Großbetriebe im Bereich der Agrarwirtschaft
  - Großsportstätten
- sein.

Eine Auflistung dieser Einrichtungen mit Angaben über Standort, Instrumentenausstattung, Erreichbarkeit sollte zu den Einsatzunterlagen einer AMAST gehören.

(Fortsetzung folgt)

## **Karl-Erich Utischill in den Ruhestand verabschiedet**

Mit einer Feierstunde wurde der langjährige Leiter des Warnamtes VII, Dipl.-Ing. Karl-Erich Utischill, in den Ruhestand verabschiedet. In seinen Abschiedsworten wies Utischill darauf hin, daß man beim Vollbringen einer Leistung stets auf die Mithilfe anderer angewiesen sei und von diesen nie etwas verlangen dürfe, was man selbst nicht bereit sei zu vollziehen. Er dankte seinen Mitarbeitern und vor allem seiner Frau, die dazu beigetragen habe, daß er sich, von familiären Sorgen weitgehend unbelastet, seinen Aufgaben stellen konnte.

Die Erfahrung Utischills sei nur schwer zu ersetzen, bescheinigte LtD. Baudirektor Dr. Maske, Abteilungsleiter WD im Bundesamt für Zivilschutz. Er übermittelte Grüße seiner Behörde und würdigte die Fähigkeiten des Scheidenden in der Hoffnung, daß die Bedeutung des



**BZS-Präsident Dr. Kolb (rechts) überreicht Karl-Erich Utischill die Entlassungsurkunde.**  
(Foto: Scheick)

Zivilschutzes in den Köpfen der Politiker erhalten bleibe. Er wünschte Utischill Gesundheit, Kraft und Freude für seinen neuen Lebensabschnitt.

Durch die gesunde Mischung seiner beruflichen Erfahrungen habe Utischill das Wissen eingebracht, das für seine Aufgabe erforderlich war, betonte der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, und überreichte Utischill die Entlassungsurkunde.

Die Grüße des THW überbrachte Landesbeauftragter Dr. Döllbor, der mit dem Ehrenschild des THW den Dank seiner Organisation für gute Zusammenarbeit ausdrückte.

Mit der kommissarischen Leitung des Warnamtes VII wurde der bisherige Stellvertreter, Regierungsamtsrat Wolfgang Schäfer, beauftragt.

W. Sch.





## Bundespräsident empfing DRK-Präsidium

Zu einem Antrittsbesuch empfing Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 14. August 1984 den Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, in der Villa Hammerschmidt. Der DRK-Präsident, der von den Vizepräsidenten Marie Therese Fürstin zu Salm-Horstmar und Minister a. D. Dr. Hartwig Schlegelberger sowie dem neugewählten Generalsekretär Dr. Hermann Schmitz-Wenzel begleitet wurde, trug dem Bundespräsidenten die Schirmherrschaft über das Deutsche Rote Kreuz an, die bislang alle Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland innehatten. In einem längeren Gespräch informierten die DRK-Repräsentanten Richard von Weizsäcker über die umfangreichen Tätigkeiten des DRK im In- und Ausland. Einen breiten Bereich nahmen auch Fragen zur Ehrenamtlichkeit ein.



In einem längeren Gespräch informierten die DRK-Repräsentanten den Bundespräsidenten über die umfangreichen Tätigkeiten des DRK. Von links: Dr. Schlegelberger, Prinz Wittgenstein, Bundespräsident von Weizsäcker, Fürstin Salm und Dr. Schmitz-Wenzel. (Foto: Lenk)

## DRK-Ausstellung im Rotkreuz-Museum in Castiglione

Wer um diese Jahreszeit an Italien denkt, wird sich möglicherweise in erster Linie an Urlaub, Sonnenstrände, Pizza und Vino Rosso erinnern. Aber daß Italien auch noch andere Attribute hat, erfuhren unlängst zwei Mitarbeiter des DRK-Generalsekretariats, die Ende Juni in Castiglione im dortigen Rotkreuz-Museum eine Ausstellung des DRK aufbauten.

Für diejenigen, die mit dem Namen Castiglione nicht allzuviel anfangen können, sei gesagt, daß der Ort unmittelbar bei Solferino liegt. Und hier fällt sofort der Name Henry Dunant und die Schlacht bei Solferino, wo sardische, oberitalienische und napoleonische Truppen 1859 gegen Österreich für die Ausgliederung Oberitaliens aus dem österreichischen Herrschaftsbereich kämpften, um einen selbständigen, vereinigten italienischen Staat zu errichten.

Einen Tag nach dem Kampfgeschehen, bei dem 40 000 Menschen ihr Leben verloren, kam Henry Dunant, ein damals reicher Kaufmann auf Geschäftsreise, an diesem schrecklichen Ort vorbei. Der Anblick der Verwundeten und Sterbenden bewegte ihn tief. Dunant half spontan und leitete andere zum Helfen an. So wurde sein Tun damals in Solferino und in Castiglione, wo er die Verwundeten im zum Lazarett umfunktionierten Dom zusammen mit den Frauen von Castiglione und unter Anleitung des

Pfarrers Lorenzo Barzizo pflegte, zum Ausgangspunkt für eine die Welt bewegende neue humanitäre Idee.

Heute ist Castiglione, mitten in der Lombardei gelegen, ein verträumtes und sehr schönes Städtchen. Die klassizistischen Herrschaftshäuser mit gepflegten und blühenden Gärten und prachtvollen Fassaden, der prunkvolle Dom, romantische Gassen, gemütliche Straßenlokale und darüber hinaus ein blühendes Hinterland mit vielen Sehenswürdigkeiten prägen ein Bild voller Beschaulichkeit.

Wenn man mit dem Auto die Autostrada von Mailand in Richtung Venedig fährt, benutzt man die etwa 40 Kilometer vor Verona liegende Abfahrt Desenzano. Von der Ausfahrt bis nach Castiglione sind es dann nur noch wenige Kilome-

ter. Schon weit vor dem Ort stehen Hinweisschilder, die auf das Rotkreuz-Museum aufmerksam machen. Auf der ersten und auch einzigen Kreuzung geht es dann rechts ab in Richtung „City“.

Hier stehen auch wieder Hinweisschilder, die man aber nicht sieht, wenn gerade Markttag ist. An diesen Tagen ist das Museum mit dem Auto nur schwer zu finden, da die Zufahrt ganz auf Marktreiben umgestellt ist.

Das Museum ist in einem ehemals herrschaftlichen Haus untergebracht. Im Hauptgebäude werden die Schlacht bei Solferino und das Wirken Henry Dunants wieder lebendig. Neben historischen Dokumenten des Kampfgeschehens – Uniformen und Waffen der kämpfenden Parteien, Urkunden, Briefe

Die Fassade des Internationalen Rotkreuz-Museums in Castiglione.





und Karten aus dieser Zeit – gibt es eine große Sammlung von Instrumenten, mit denen damals die Ärzte im wahrsten Sinne des Wortes den Verwundeten zu Leibe rückten. Beim Betrachten dieser Gegenstände kann leicht der Eindruck entstehen, hier handele es sich nicht um ärztliche Hilfsinstrumente, sondern um Folterwerkzeuge. Aber es wurde den Verwundeten damals in der Tat damit geholfen.

In den oberen Stockwerken befindet sich eine gerade für Philatelisten interessante Rotkreuz-Briefmarken-Ausstellung aus aller Welt und eine etwas willkürlich zusammengestellte Fotodokumentation über Hilfeinsätze verschiedener Rotkreuzgesellschaften.

Um die weiteren Ausstellungsräume besichtigen zu können, verläßt man das Museum gewissermaßen durch die Hintertür. Man gelangt in einen wunderschönen gepflegten und blühenden Innenhof, den man durchschreitet, und kommt in einen Seitentrakt. Hier sind zwei Räume, die ausschließlich den nationalen Rotkreuzgesellschaften jedes Jahr für die Präsentation ihrer Arbeit zur Verfügung stehen. In diesem Jahr, genau vom 1. Juli bis 10. Oktober, ist das Deutsche Rote Kreuz an der Reihe.

Dafür wurde eine neue DRK-Gesamtausstellung entwickelt, die später auch unseren DRK-Kreisverbänden zum Ausleihen zur Verfügung steht (vorausgesetzt, sie haben genügend Platz, denn die Ausstellung erstreckt sich über ca. 20 lfd. Meter). Darüber hinaus wurden Glasvitriolen mit Modellen historischer Rotkreuz-Fahrzeuge bestückt und die maßstabsgerechten Nachbildungen unserer beiden Hilfsschiffe „Helgoland“ und „Flora“ ausgestellt.

Ziemlich versteckt auf dem Dachboden sind dann noch ganz besondere Raritäten zu finden. Historische Krankentragen, Handmaries und Transportkutschen für Verwundete aus der Gründerzeit des Roten Kreuzes stehen hier dicht gedrängt. Vielleicht gäbe es für diese Präsentation einen besseren und übersichtlicheren Platz. Aber man sollte auf kei-

nen Fall den „Aufstieg“ scheuen, denn sehenswert sind sie allemal.

Beim Rundgang durch das Museum wird Sie sicherlich der Hausmeister begleiten, ein alter, sehr freundlicher Herr, der zwar kein Deutsch spricht – aber warum denn auch, er ist ja schließlich Italiener.

Auf jeden Fall ist der Besuch von Castiglione und dem Rotkreuz-Museum jedem zu empfehlen, der in Italien nicht nur Sonne sucht. Und für Badefreunde sei noch angemerkt, daß der Gardasee nur gut zehn Kilometer nördlich liegt. Es empfiehlt sich also, bei einem Besuch dieser historischen Rotkreuz-Stätte neben dem Fotoapparat auch die Badehose einzupacken.

Peter Forkert

### Bulgarisches Rotes Kreuz zu Gast beim DRK

Vom 27. Juni bis 1. Juli 1984 war eine Delegation des Bulgarischen Roten Kreuzes zu Gast beim DRK-Generalsekretariat. Der Präsident des Bulgarischen Roten Kreuzes, Dr. Kiril Ignatov, der Leiter der Abteilung für internationale Verbindungen, Alexander Marinov, und ein Mitarbeiter dieser Abteilung, Iwan Puschkarov, folgten dieser Einladung, um den vor Jahren begonnenen Informations- und Erfahrungsaustausch fortzusetzen. Es war ein Programm vorbereitet, das den Wünschen der bulgarischen Gäste entsprechen sollte. Neben allgemeinen Informationen galt das Interesse vor allem der Ausbildungsarbeit, dem Jugendrotkreuz und der DRK-Wasserwacht. Das Bayerische Rote Kreuz, das in der Arbeit der Wasserwacht eine führende Rolle spielt, hatte zu Vorführungszwecken nach Passau eingeladen und ein spezielles Programm zusammengestellt.

Besonders erwähnenswert ist auch die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Bulgarischen Roten Kreuz im Bereich des Suchdienstes. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil die Zahl der Vermit-

ten und die Zahl getrennter Familien nicht die Größenordnung anderer Länder teilt. Das Bulgarische Rote Kreuz ist aber, in den wenigen Fällen, die beide Rotkreuzgesellschaften beschäftigen, stets ein verlässlicher Partner gewesen.

Nach einem fünftägigen Aufenthalt hat die Delegation von München aus die Heimreise angetreten.

Margitta Zimmermann

### Besuch aus Polen

In der Zeit vom 4. bis 8. Juni dieses Jahres besuchten zwei führende Repräsentantinnen des Polnischen Roten Kreuzes (PCK) das Deutsche Rote Kreuz: Vizepräsidentin Frau Krol und Erste Sekretärin Frau Gutfeter führten beim DRK-Suchdienst Gespräche zur Vorbereitung und Abstimmung des Besuchs von Prinz Wittgenstein in Polen.



Vizepräsidentin Frau Krol (links) und Erste Sekretärin Frau Gutfeter dankten dem DRK für seine dreijährige intensive Polenhilfe.

Die Anwesenheit der Gäste wurde auch dazu genutzt, das Polnische Rote Kreuz mit der Problematik der Familienzusammenführung und Ausreise Deutscher aus Polen vertraut zu machen. Aus diesem Grunde wurde neben den Gesprächen in Bonn auch ein Besuch beim DRK-Suchdienst in Hamburg durchgeführt.

Der Besuch des Polnischen Roten Kreuzes ist die Fortsetzung einer intensiven Gesprächsrunde zwischen beiden Gesellschaften. So bestand Einvernehmen darüber, daß die Familienzusammenführung und Ausreise Deutscher aus Polen auch in den nächsten Jahren das zentrale Gesprächsthema bleiben wird. Das Deutsche Rote Kreuz bedauert erneut, daß trotz der bekannten Rotkreuz-Resolutionen und den KSZE-Beschlüssen von Helsinki und Madrid die Familienzusammenführung keinen entsprechenden Erfolg zeigte.

Das Polnische Rote Kreuz dankte im übrigen dem DRK für seine dreijährige intensive Polenhilfe.

(Foto: Margitta Zimmermann)



Mit dem Besuch der bulgarischen Gäste wurde ein vor Jahren begonnener Informations- und Erfahrungsaustausch fortgesetzt. Von links: Iwan Puschkarov, Dr. Kiril Ignatov und Alexander Marinov.



1983 – ein erfolgreiches Jahr für den ASB

## Es geht weiter aufwärts

Auszüge aus dem ASB-Geschäftsbericht

Auch 1983 war wieder für den ASB ein Jahr der Zuwächse – ein Jahr, in dem mehr geholfen wurde. Wie wichtig das Engagement der Mitglieder und der Mitarbeiter im ASB ist, zeigt insbesondere die Zahl von Helferstunden, die in den einzelnen Bereichen geleistet wurden:

Aufgaben	1983
Rettungsdienst	2 913 000
Fahrdienst für Behinderte	1 178 329
Katastrophenschutz	1 212 000
Sanitätsdienst	441 321
Mobile soziale Dienste	752 302
Ausbildung	196 500
Betriebs-sanitätsdienst	49 656
Gesamt	6 743 108

Nicht berücksichtigt sind hier die hauptsächlich von hauptamtlichen Mitarbeitern geleisteten Stunden in den ASB-Heimen der stationären Fürsorge. Wird ein Durchschnittslohn von DM 13,50 berechnet, ergibt sich eine Leistung der ASB-Helfer von DM 91 Mio. im Jahre 1983. Jeder ASB-Helfer hat dabei 339 Stunden im Jahr geleistet.

Die ehrenamtliche Mitwirkung im ASB hat höchste Priorität. Dabei hat der ASB berechnete Gründe, auch auf die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung des ehrenamtlichen Engagements hinzuweisen. Allzusehr wurde durch die Gesetzgebung in den letzten Jahren das ehrenamtliche Engagement zugunsten eines stärkeren hauptamtlichen Einsatzes abgebaut. Nicht zuletzt auch hervorgerufen durch den stärker werdenden Ruf des einzelnen nach der Hilfe des Staates besonders bei Aufgabengebieten, die seit jeher eine Domäne der ehrenamtlichen Helfer sind, z. B. das Sanitäts- und Rettungswesen, der Katastrophenschutz und das Sozialwesen.

Auch die Zahl der Mitglieder steigt im ASB seit Jahren permanent. Angeregt

durch einen Mitgliederwettbewerb war eine überdurchschnittliche Zuwachsrate zu verzeichnen. Zum Jahresende 1983 waren 557 584 Mitglieder im ASB registriert.

Ehrenamtliche Tätigkeit ist in allen Lebensbereichen wert- und sinnvoll, dabei steht Konsumentenkenden die Erfahrung entgegen, daß nicht alle Werte in unserem Leben mit Geld zu bezahlen sind.

Daneben ist der ASB jedoch auch zunehmend auf den Einsatz von hauptamtlichen Mitarbeitern angewiesen. Besonders in seinen Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge, im Rettungswesen und in der Verwaltung. 2159 hauptamtliche Mitarbeiter sind beim ASB beschäftigt. Davon 1107 weibliche Mitarbeiter, 420 Rettungssanitäter und 83 Ausbilder.

Ein Bereich, dem sich der ASB in den letzten Jahren verstärkt zugewandt hat, ist der mobile soziale Dienst. Im einzelnen gilt es bei den mobilen sozialen Diensten: die Isolierung zu mildern durch die Organisation verschiedener Hilfen, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, zur Selbsthilfe anzuregen, Integration zu fördern, die offene Kranken-, Alten- und Familienpflege verstärkt zu fördern und damit alten, kranken und alleinstehenden Menschen zu ermöglichen, solange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu bleiben unter Wahrung ihrer Selbständigkeit und persönlichen Freiheit, die Eingliederung Behinderteter zu fördern.

Es gibt fast keinen mobilen sozialen Hilfsdienst, der im ASB nicht zu finden wäre. Nach einer Umfrage der Bundesgeschäftsstelle bei den ASB-Ortsverbänden führen 86 % der Ortsverbände mobile soziale Dienste durch. Die größten Anteile haben dabei:

- der Fahrdienst für Behinderte 62 %
- der Fahrdienst für Rollstuhlfahrer 61 %
- Einkaufshilfen 47 %

- Besucherdienst für Behinderte 37 %
- Hauskrankenpflege 35 %
- Fahrdienst zu Einrichtungen aller Art 40 %
- Essen auf Rädern 33 %
- Mobiler Putzdienst 33 %
- Freizeitveranstaltung für Senioren 21 %

Eine anerkannte, führende Stellung hat sich der ASB geschaffen beim Aufbau von Fahrdiensten für Schwerbehinderte (Rollstuhlfahrer). Hatten die ASB-Ortsverbände 1976 sechs Fahrdienststationen aufgebaut, so bestehen heute in 79 Städten Transportdienste für Schwerbehinderte. Mit 101 Spezialfahrzeugen

**Der ASB hat eine neue Rufnummer:**  
**(0221) 47605-0**

**Die Abteilungen des ASB sind durch ein Durchwahrsystem jetzt direkt erreichbar. Hier die wichtigsten Durchwahlen:**

**Geschäftsführung,**  
**Herr Müller** -22

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,**  
**Herr Schreiber** -24

**Technisches Referat**  
**(Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Krankentransport, Auslandshilfe), Herr Conrad** -26, -27, -28



wurden in diesen Stationen 1983 212666 Rollstuhlfahrer transportiert und betreut.

Neben den Fahrdiensten für Schwerbehinderte wird vom ASB im Auftrag von Schulämtern, Behindertenwerkstätten und Behindertenorganisationen ein Fahrdienst für Behinderte und Bildungsschwache in Schulen, Werkstätten und Kindergärten durchgeführt. Die sachkundige Betreuung der Behinderten beginnt dabei schon an der Haustüre oder im Treppenhaus und endet im Klassenzimmer der jeweiligen Schule oder in der Behindertenwerkstatt. Der ASB setzt dabei 368 Spezialbusse ein, die 1983 über 12 Mio. Kilometer fahren und über 1 Mio. Transporte für Behinderte durchführten.

Der mobile soziale Dienst „Essen auf Rädern“ hat die Aufgabe, alten Bürgern, denen es schwerfällt einzukaufen und zu kochen, die Mahlzeiten ins Haus zu bringen.

Die Notwendigkeit, Mahlzeitendienste auszubauen, hat soziale und volkswirtschaftliche Gründe:

– Der Kontakt des hilfsbedürftigen, älteren Menschen mit der Außenwelt bleibt erhalten. Das Bewußtsein, in den eigenen vier Wänden ein eigener Herr zu sein, hat auch günstige psychische Auswirkungen.

– Für viele ältere Menschen ist der tägliche Einkauf beschwerlich und im heutigen Straßenverkehr auch nicht ungefährlich – insbesondere in der Winterzeit.

– Bei der Knappheit der zur Verfügung stehenden Altenheimplätze kann eine Versorgung durch diese Einrichtungen hinausgeschoben, teilweise gar ganz überflüssig werden. Psychologische Auswirkungen bei den älteren Menschen und die finanziellen Einsparungen bei den Kommunen sind beträchtlich.

202 Kraftfahrzeuge, zum Teil beschafft aus Mitteln des Kuratoriums Deutscher Altershilfe, sind im ASB in 37 Städten und Gemeinden im Einsatz. 1983 wurden täglich 2962 Portionen ausgeliefert.

Neben dem starken Ausbau der mobilen sozialen Dienste hat der ASB die notwendigen Einrichtungen und Unterhaltung von Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenanstalten ebenfalls weiter forciert. Neben den bereits bestehenden 34 Einrichtungen, in denen ständig 2672 Personen rund um die Uhr versorgt werden, konnten neue Einrichtungen in Betrieb genommen werden.

Das zentrale Aufgabengebiet des ASB ist jedoch nach wie vor das Rettungswesen. Das heutige moderne Rettungswesen hat sich aus dem traditionellen Sanitätsdienst weiterentwickelt, den der ASB

seit 1888 anbietet, zu einer Zeit, in der die Hilfe auf dem Kriegsschauplatz Vorrang gegenüber der Hilfe im privaten und zivilen Bereich hatte.

Nach heutiger Auffassung ist der Rettungsdienst innerhalb der Vielzahl der Gemeinschaftsaufgaben der Gesellschaft dem Bereich der Daseinsvor- und Daseinsfürsorge zuzuordnen und als verbindliche Aufgabe anzusehen. Es ist jedoch zu verhindern, daß der Rettungsdienst als staatliche Aufgabe ausschließlich Trägern hoheitlicher Aufgaben zugewiesen wird. Die Rollenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft muß auf

dem Gebiete des Rettungswesen streng am Subsidiaritätsprinzip orientiert werden. Nur dort, wo private Initiative, Bereitschaft und Nächstenliebe überfordert sind, hat die staatliche Gemeinschaft einzutreten. Im ASB konnte der Rettungsdienst kontinuierlich ausgebaut werden. Die Leistungen des ASB-Rettungsdienstes betragen 1983: 393403 Transporte, davon 75889 Notfälle.

Die hier aufgeführten Leistungen des ASB sind nicht vollständig und zeigen doch, daß es mit dem „Dienst am Nächsten“ weiter aufwärtsgeht. Shr/Pa

## Organtransporte durch ganz Europa

Der ASB-Ortsverband Münster führt in Zusammenarbeit mit dem Transplantationszentrum an der Universitätsklinik Münster Organtransporte zwischen den einzelnen Transplantationszentren Europas durch. Dies beinhaltet auch den Transport von Ärzten zu auswärtigen Explantationen, Blut- und Gewebefahrten zu Speziallabors sowie den Transport von Organen zum Empfängerkrankenhaus oder zu Flughäfen.

Hierfür stehen dem Ortsverband ständig drei Einsatz-Pkw zur Verfügung. Die Besatzungen bestehen aus ehrenamtlichen Helfern, die rund um die Uhr über Eurosignalgeräte direkt vom Transplantationszentrum alarmiert werden können.

Da die Zahl der Organtransplantationen ständig steigt, stellte der Ortsverband Münster ein weiteres modernes Spezialfahrzeug in Dienst. Dieser Einsatz-Pkw verfügt über besondere Aufnahmemöglichkeiten der Organtransportbehälter.

Alle Sonderfahrzeuge verfügen über ein vom Ortsverband zusammengestelltes Buch, das den Fahrern ermöglicht, jedes Transplantationszentrum optimal anzufahren. Für die öfter anfallenden Auslandsfahrten sind die Pkw internationalen Gepflogenheiten entsprechend mit dem „Star of Life“ als Einsatzfahrzeug kenntlich gemacht.



Ein neues Spezialfahrzeug für Organtransporte erhielt der ASB-Ortsverband Münster.



Paul-Georg Kleffel, JUH-Bundesgeschäftsführer

## Aufschwung in fast allen Aufgabengebieten

Soziale Dienste in der JUH sollen in Zukunft verstärkt werden / Mitgliederzahl laut Leistungsbericht verdoppelt

In diesem Bericht werden die personelle Entwicklung sowie die Einsatz- und Ausbildungsleistungen erfaßt, die von den Helfern und Helferinnen mit Unterstützung der hauptamtlichen Mitarbeiter und Zivildienstleistenden erbracht wurden.

### Mitgliedsstärke

Die Gesamtmitgliederzahl hat sich gegenüber 1982 auf über 122000 verdoppelt, wobei die wesentliche Steigerung bei den Fördernden Mitgliedern liegt. Diese erfreuliche Entwicklung gibt der JUH nicht nur einen ideellen, sondern auch einen finanziellen Rückhalt, um ihre Aufgaben zu bewältigen.

Die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder hat sich nur unwesentlich erhöht, dabei ist aber bemerkenswert, daß die Johanniter-Jugend nach jahrelanger Stagnation ihre Mitgliedsstärke um 14% gesteigert hat. Hierin sind die ersten Erfolge der Intensivierung der Jugendarbeit zu sehen, nachdem die JUH als Träger der freien Jugendhilfe bundesweit anerkannt wurde.

Der hauptamtliche Bereich hat auch wieder eine Steigerungsrate von 8% zu verzeichnen. Das Verhältnis von hauptamtlichen Mitarbeitern – davon 1/3 Teilzeitbeschäftigte – und Zivildienstleistenden zu den aktiven Ehrenamtlichen liegt bei 1:11 und wird trotz einer nicht zu vermeidenden Professionalisierung im Rettungs- und Behindertenfahrdienst noch dem vorwiegend ehrenamtlichen Charakter der JUH gerecht.

### Ausbildungsleistungen

Die Erste-Hilfe-Ausbildung (Laien, Schulen, Betriebshelfer und Bundespost) hat insgesamt durch einen Zuwachs von über 10% das beste Ergebnis seit Bestehen der JUH erzielt, dagegen ist die vom Bundesamt für Zivildienst geför-

derte Laienausbildung insgesamt etwas rückläufig. Dies wird sich in Zukunft negativ auf die Höhe der Zuschüsse auswirken. Die Erste-Hilfe-Ausbildung für Fortgeschrittene konnte um 15% gesteigert werden.

Ebenso wurde die Sofortmaßnahmen-Ausbildung verstärkt, so daß mit einem 15%igen Anwachsen auch hier ein Spitzenresultat erreicht wurde. Erfreulich ist auch die erneute Zunahme der Ausbildung in Herz-Lungen-Wiederbelebung um ein Viertel.

Die Ausbildung in Häuslicher Krankenpflege ist zwar geringfügig gestiegen. Bei dem großen Interesse in der Bevölkerung und im Vergleich zu anderen Hilfsorganisationen könnte das Angebot aber erheblich vergrößert werden. Bei der angestrebten Verkürzung der Krankenhausaufenthalte erhält die Häusliche Pflege immer mehr Bedeutung.

In der Ausbildung der Ausbilder konnte nach dem Rückgang des letzten Jahres wieder der Stand von 1981 erreicht werden. Die Fortbildung dagegen ist weiter rückläufig. Durch die Verstärkung des Ausbilder-Potentials von über 250 auf fast 2000 Ausbilder hat die Ausbildung eine deutliche Belebung erfahren.

Die Bundesschule konnte trotz der Behinderung durch den Um- und Erweiterungsbau die Ausbildung von Rettungssanitätern nochmal um 20% steigern.

Insgesamt gesehen sind die Ausbildungsleistungen in vielen Bereichen nach der Stagnation im Vorjahr wieder erfreulich angestiegen und haben zu dem bisher besten Ergebnis geführt.

### Schwesternhelferinnen-Ausbildung

Im Gegensatz zu den anderen Ausbildungsleistungen ist die Schwesternhelferinnen-Ausbildung weiter rückläufig, da die Zuschüsse des Bundes wieder gekürzt wurden und die Eigenmittel be-

grenzt sind. Die so dringend notwendige Fortbildung konnte fast verdoppelt werden, ist aber immer noch nicht ausreichend.

In Zukunft werden voraussichtlich die Zuschüsse mehr von der Ausbildung auf die Fortbildung verlagert werden, da darauf Wert gelegt werden muß, die große Zahl der ausgebildeten Schwesternhelferinnen medizinisch auf dem neuesten Stand zu halten und weiterzubilden.

### Einsatzleistungen

Nach dem erstmaligen Rückgang der Notfall- und Krankentransporte im Jahre 1982 konnte wieder ein Anstieg von über 10% und damit das bisher beste Gesamtergebnis erzielt werden.

Die Blut- und Organtransporte haben nochmals um ein Drittel zugenommen, vor allem ein Verdienst der Landesverbände Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Der Behindertenfahrdienst hat mit fast einer Million beförderter Personen noch eine Steigerung um 11% erfahren. Das Hauptgewicht liegt auf dem Linienfahrdienst zu Schulen, Kindergärten und beschützenden Werkstätten.

Der Mahlzeitendienst „Essen auf Rädern“ wurde von den Landesverbänden Bayern, Hessen, Hamburg und erstmalig auch von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein mit 137542 Portionen durchgeführt.

Die Hilfeleistungen sind wiederum um 18% zurückgegangen, dagegen sind die registrierten ehrenamtlichen Helferstunden von 2585262 (1982) wieder auf 3176259 (1983) angestiegen, so daß die jährliche theoretische Durchschnittsstundenzahl für Ehrenamtliche auf 213 Stunden anwuchs.

Auch die ehrenamtlichen Schwesternhelferinnen-Stunden sind von 27252 auf 38262 gestiegen.

Die Anzahl der Kfz hat sich wiederum um 6% erhöht, im wesentlichen zurückzuführen auf die Intensivierung des Behindertenfahrdienstes.

Die Krankentransport- und Rettungswachen wurden um 8 zeitweise einsatzbereite und eine nach Vereinbarung einsatzbereite Wachen verstärkt.

Insgesamt zeichnet sich im Gegensatz zu der Trendwende im Vorjahr wieder ein etwas rationellerer Kfz-Einsatz ab, der auch seinen Niederschlag in den gestiegenen Einsatzleistungen findet.



## Katastrophenschutz

Der Inlands-Katastrophenschutz wurde 1983 um 11 von Hauptverwaltungsbeamten anerkannte Einheiten verstärkt und die Zahl der verpflichteten Helfer stieg auf über 5000.

Im Ausland wurde die Polenhilfe der JUH auch '83 kontinuierlich fortgeführt. Sowohl die Verbände führten in eigener Zuständigkeit Hilfstransporte durch, als auch die KELA, die z. T. vor allem im administrativen Bereich viele Hilfestellungen leistete und selbst vereinzelt Transporte durchführte.

Einer Erkundung und Verteilung von Hilfsgütern durch die JUH in Ghana konnte z. Z. noch kein personeller Einsatz der JUH folgen, da die Lage im Land selbst dies noch nicht zuließ. Es blieb bei Lieferungen von Hilfsgütern.

Das Erdbeben in der Türkei veranlaßte die JUH, zusammen mit dem deutsch-türkischen Freundschaftsverein einen Vertrag zur Lieferung von Bekleidung für die Opfer abzuschließen. In türkischen Zeitungen in der Bundesrepublik wurden die türkischen Landsleute zu Spenden aufgerufen. Sammelpunkte waren ausgesuchte Kreisverbände der JUH. Auf diese Weise wurden ca. 80 t Bekleidung gesammelt und von verschiedenen Flughäfen in die Türkei gesandt.

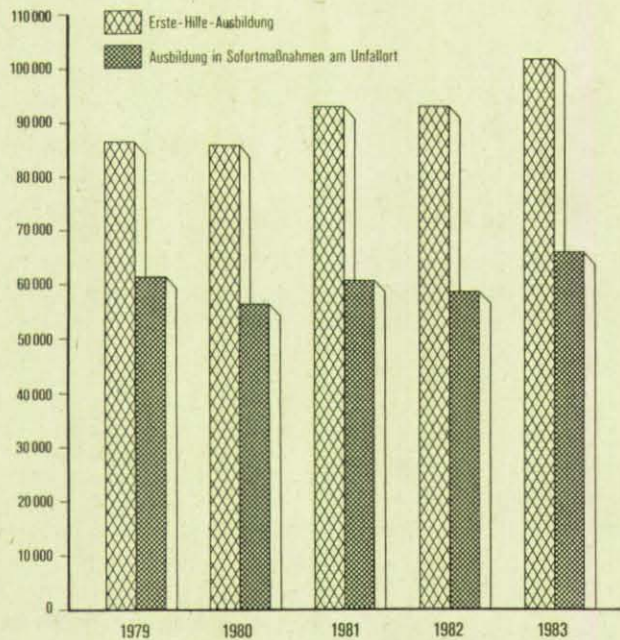
Das Engagement im Libanon wurde mit dem letzten Einsatz einer Krankenschwester bis Mitte Oktober abgeschlossen. Die Sicherheitslage ließ ein weiteres Verbleiben und effektiven Einsatz in den zunächst gedachten Gebieten nicht mehr zu.

## Zusammenfassung

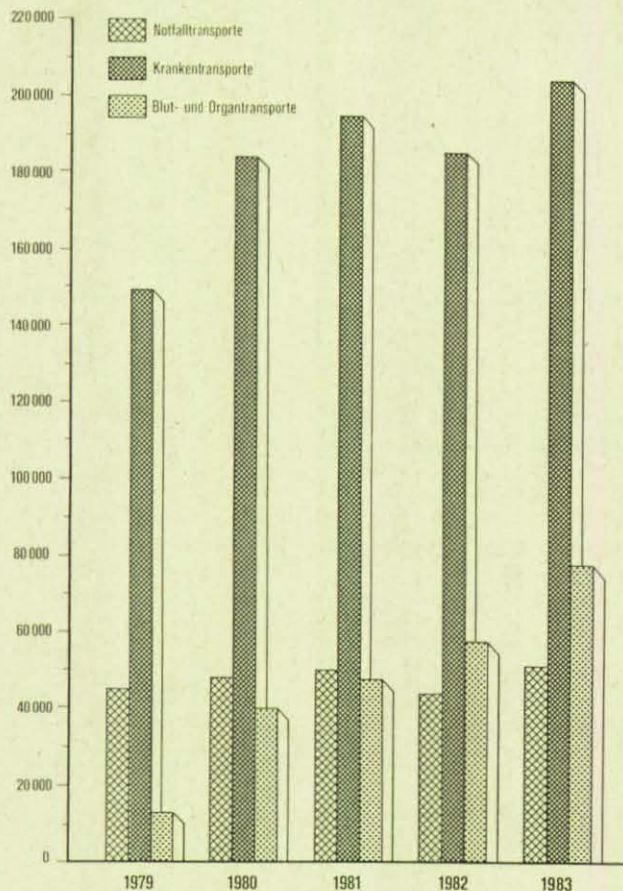
Dank dem großen Einsatz aller Helfer und Mitarbeiter sowie durch Rationalisierungsmaßnahmen ist es gelungen, die 1982 einsetzende Stagnation und den teilweisen Abfall in den Leistungen zu überwinden. In fast allen Aufgabengebieten ist wieder ein Aufschwung zu verzeichnen. Dies trifft jedoch nicht für die Schwesternhelferinnen-Aus- und -Fortbildung sowie für die Fortbildung der Ausbilder zu, für die noch größere Anstrengungen erforderlich sind, um die Zuschüsse des Bundes nicht weiter absinken zu lassen bzw. die Qualität unserer Ausbildung noch mehr zu verbessern.

Die insgesamt erzielten höheren Erlöse geben die Möglichkeit, weitere Mittel für die satzungsgemäßen gemeinnützigen Zwecke einzusetzen, insbesondere sollen in Zukunft die sozialen Dienste verstärkt werden. Dazu ist die JUH vor allem auf die Beiträge der fördernden Mitglieder angewiesen.

Entwicklung der Laien-Ausbildung



Entwicklung der Transporteinsätze





Nach dreieinhalb Tagen anstrengenden Rund-um-die-Uhr-Dienstes beim 88. Katholikentag vom 4. bis 8. Juli 1984 in München können die 750 eingesetzten ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, zehn Ärzte und zwei Seelsorger des Malteser-Hilfsdienstes aufatmen: Mehr als 1300 Hilfeleistungen, 300 Behinderten- und 53 Krankentransporte wurden bewältigt.

Neun ständige Sanitätswachen, ein Medizinisches Zentrum sowie zwei Stationen in der Münchner Innenstadt gewährleisteten im Notfall die unverzügliche Hilfeleistung. In seiner Bilanz dieses Großeinsatzes hob der MHD-Landesbeauftragte, Rupert Graf Strachwitz, die Arbeit des Medizinischen Zentrums auf dem Messegelände hervor. Dort wurden die Malteser-Helfer und -Ärzte über 260mal tätig. Von der Verabreichung von Kopfschmerz-Tabletten bis zur Behandlung einer Schwangerschafts-Psychose reichte das Spektrum der Hilfeleistungen.

Der MHD betreute mehr als 280 Einzelveranstaltungen (Wallfahrten, Foren, Gottesdienste, Konzerte) des Katholikentages. Er war schlicht „für alles gut“. So bat beispielsweise die Münchner Polizei die Einsatzleitung um Amtshilfe bei der Suche nach einem älteren nierenkranken Mann. Die Suche ging glücklicherweise erfolgreich aus.

Weitere Engagements waren der Empfang und die Betreuung von Besuchern aus der DDR, Fahrdienste für Ehrengäste, die Mitarbeit auf verschiedenen Caritas-Informationsständen sowie zwei eigene Informationsstände, auf denen die Ziele und Aufgaben des MHD als katholischer Organisation und seiner Jugendarbeit dargestellt wurden. Sie erfreuten sich lebhaften Interesses der Besucher.

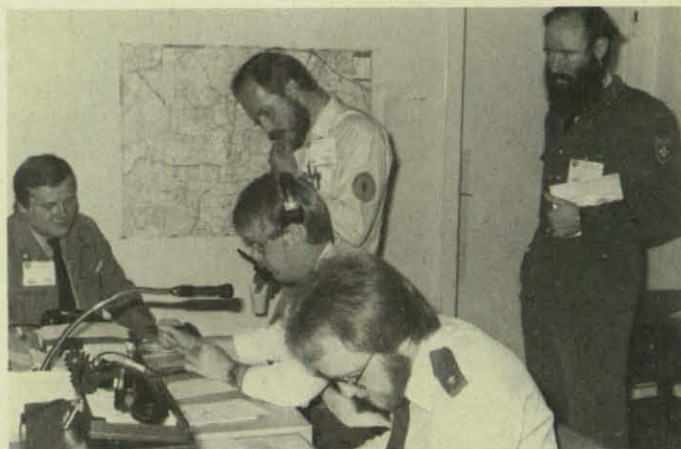
MHD-Einsatzleiter Graf Strachwitz führt die zahlreichen Hilfeleistungen auf die hohe Zahl der Katholikentag-Besucher (es waren zwischen 140000 und 150000) sowie das unbeständige Wetter zurück, unter dem insbesondere Herz- und Kreislaufgefährdete zu leiden hatten.

Ausgezeichnet bewährt hat sich darüber hinaus der Behinderten-Fahrdienst, der auf besonders positive Resonanz stieß.

Als Zeichen seiner Dankbarkeit und Verbundenheit mit dem Malteser-Hilfsdienst zelebrierte der Erzbischof von Krakau, Franz Kardinal Macharski, ein feierliches Pontifikalamt für die Malteser aus Orden, Schwesternschaft und Hilfsdienst in der Theatinerkirche.

## Großeinsatz beim 88. Deutschen Katholikentag in München

Hochbetrieb herrschte in der Funkleitstelle.



„Die Verpflegung war Spitze“, so war auf einem großen Plakat zu lesen, das dem Kochzug gewidmet war.



Der Vorsitzende des Zentral-Komitees, Prof. R. Hans Maier, fachsimpelte mit Maltesern am Informationsstand in Halle 18.



Seit 1981 beförderten Helfer des Malteser-Hilfsdienstes über zwölf Millionen Tonnen an Lebensmitteln, Saatgut, Medikamenten und Bekleidungsstücken im Wert von 56 Mio. DM in die Volksrepublik Polen. Somit wurden die Lkw mit dem achtspeitzigen Malteser-Kreuz für

viele Polen zu einem Zeichen der Hoffnung und engen Verbundenheit von Polen und Deutschen. In seinem Grußwort bedankte sich der Krakauer Erzbischof ausdrücklich für das jahrelange ungebrochene Engagement des MHD für die polnische Bevölkerung.



## Neues Katastrophenschutz- lager

Aus zwei sogenannten Nissenhütten, halbrunden Wellblechbaracken, besteht das neue Bundes-Katastrophenschutzlager mit Ausrüstungsgegenständen für den Katastrophenschutz in Mellrichstadt (Kreis Röhn-Grabfeld). Mit einer Grundfläche von 20 x 7,6 m und einer Höhe von 4,5 m hat das neue Schutzlager ein ansehnliches Fassungsvermögen. In den Hütten lagern Ausrüstungsgegenstände für den Katastrophenschutz, die bei Bedarf mit den vorhandenen Fahrzeugen zum Einsatzort gebracht werden können. Dabei ist nicht nur an Notfälle im Bereich der Bundesrepublik gedacht, sondern auch an Auslandseinsätze, z. B. in Erdbebengebieten.

Die übrige Fläche des immerhin 1000 qm großen Grundstücks nutzt der MHD Mellrichstadt zum Abstellen seiner Fahrzeuge.

Aber die Mellrichstädter haben noch weitere Pläne: Sobald die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stehen, soll mit dem Bau einer Fahrzeughalle begonnen werden, die, wie geplant ist, auch die Fahrzeuge des Katastrophenschutz-Sanitätszuges Bayern beherbergen wird. Bereits im Jahre 1984 ist mit den ersten untergestellten Fahrzeugen in Mellrichstadt zu rechnen.

Bei der offiziellen Einweihung des MHD-Katastrophenschutzlagers betonte Diözesanleiter, Freiherr von Bechtolsheim,

daß ohne das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Mellrichstädter MHD-Mitglieder die Einweihung des Katastrophenschutzlagers kaum denkbar gewesen wäre.

Karl Schneider, MHD-Kreisbeauftragter bedankte sich vor allem für das Vertrauen, das das MHD-Präsidium seiner Gliederung entgegengebracht habe.

## Gefährliche Güter auf der Straße

Jeden Tag fahren Tausende von Lastzügen mit gefährlichen Gütern auf unseren Straßen, angefangen vom vergleichsweise harmlosen leichten Heizöl bis zu hochexplosiven chemischen Substanzen. Allein im Bundesgebiet sind ca. 20000 Tanklasten für Gefahrgüter zugelassen. Neben den bereits klassifizierten 10000 Gefahrgütern kommen jährlich derzeit 3000 neue Stoffe hinzu, die das Gefahrgutrecht auch für Fachleute scheinbar unüberschaubar werden lassen.

Diese Zahlen nahm der Malteser-Hilfsdienst in Memmingen zum Anlaß, eine Vollübung zu diesem Thema durchzuführen: Erste Maßnahmen an Unglücksstellen aus der Sicht des Rettungsdienstes und des Sanitätsdienstes sollten verdeutlicht werden. An der Übung beteiligte sich auch ein Löschzug der Memminger Feuerwehr.

## Enge Zusammenarbeit erforderlich

Die in zwei Phasen gegliederte Übung begann mit einem gestellten Verkehrsunfall, in den ein Gefahrguttransport verwickelt war, dessen Ladung zunächst nicht beschädigt schien. Die Memminger Feuerwehr mußte zunächst mit Hilfe der Rettungsschere drei „Schwerverletzte“ aus einem Pkw bergen. Ein Rettungswagen und ein Krankenwagen des MHD übernahmen dann die Versorgung und den Abtransport der „Verletzten“. Bereits bei der Anfahrt zur Unglücksstelle hatten die Übungskräfte Vorsichtsmaßnahmen hinsichtlich drohender Gefahren zu ergreifen. Der Einsatzraum wurde durch Kräfte des Sanitätszuges abgesperrt und Lautsprecherdurchsagen zur Warnung Unbeteiligter veranlaßt. Auch die Feststellung der Art des Gefahrgutes anhand der orangefarbenen Warnetiquetten und die Auswertung der in einem Gefahrguttransport mitzuführenden Unfallmeldeblätter gehörten zu diesen Maßnahmen.

## Weitreichende Auswirkungen

In der zweiten Phase kam es zur Freisetzung einer Säure, die die sofortige Räumung der Einsatzstelle und eine erweiterte Absperrung erforderte. Wiederum waren zunächst die Feuerwehrmänner gefordert, die mit Säureschutzanzügen und schwerem Atemschutz vorrückten, um einen „Säureverletzten“ aus dem verunglückten Lkw zu bergen. Anschließend wurde mit Löschwasser die freigewordene Säure niedergelassen, die durch eine Nebelkerze imitiert wurde. Eine durch die Säurewolke in Mitleidenschaft gezogene Jugendgruppe wurde dann von Kräften des MHD-Sanitätszuges aus einem Waldstück geborgen und zu einem mittlerweile errichteten Hauptverbandsplatz gebracht.

## Gemeinsame Auswertung

Das nicht einfache und nicht alltägliche Übungsthema wurde von den Maltesern zufriedenstellend gelöst. In einer Nachbesprechung machte die Übungsleitung nochmals auf die enorme Gefährdung der Einsatzkräfte bei solchen Einsätzen aufmerksam. Geeignete Vorsichtsmaßnahmen und die Hinzuziehung von Spezialkräften der Feuerwehr und der Polizei sind dabei erforderlich. Gerd Sollich von der Memminger Feuerwehr erläuterte abschließend die ergriffenen Maßnahmen der Wehrmänner, während die Polizeibeamten Müller und Keidler den Gefahrgutunfall aus polizeilicher Sicht darstellten.

Werner Mutzel



Der Fuhrpark des MHD Mellrichstadt mit den beiden Nissenhütten im Hintergrund.



DFV-Delegiertenversammlung legte den Veranstaltungsort für den „26. Deutschen Feuerwehrtag“ fest

## 1990 heißt das Ziel Friedrichshafen

Über 50000 Besucher aus den Feuerwehren des In- und Auslandes erwartet

Die 32. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes beschloß in Holzminden, daß der „26. Deutsche Feuerwehrtag“ vom 14. bis 17. Juni 1990 in Friedrichshafen (Bodensee) durchgeführt wird. Um die Ausrichtung dieses alle zehn Jahre stattfindenden „Deutschen Feuerwehrtages“ hatten sich die Städte Friedrichshafen und Augsburg beworben.

Der letzte Feuerwehrtag fand 1980 in Hannover statt und war dort mit der großen internationalen Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz „INTER-SCHUTZ“ verbunden. Ob auch im Jahre 1990 der „Deutsche Feuerwehrtag“ mit dieser Ausstellung zusammenfällt, war nicht Gegenstand der Beratungen in Holzminden.

Der Deutsche Feuerwehrverband als Ausrichter dieses Feuerwehrtages erwartet in Friedrichshafen über 50000 Feuerwehrmänner aus der Bundesrepublik Deutschland und den angrenzenden Staaten. Nach 1953 wird damit in der

Nachkriegszeit erstmals wieder ein „Deutscher Feuerwehrtag“ in Baden-Württemberg durchgeführt. Weitere Veranstaltungen dieser Art waren 1961 in Bad Godesberg und 1970 in Münster. Der erste „Deutsche Feuerwehrtag“ fand im Jahre 1854 in Ulm statt.

Friedrichshafen (400 m) liegt im geographischen Mittelpunkt des deutschen Bodenseeuferes, in verkehrsgünstiger und landschaftlich schöner Lage am See. Das Wahrzeichen von Friedrichshafen ist die doppeltürmige barocke Schloßkirche, welche um 1700 von Christian Thumb erbaut wurde.

Zahlreiche Rad- und Wanderwege abseits der Verkehrsstraßen erschließen die malerische Umgebung. Durch die zentrale Lage ist Friedrichshafen ein äußerst günstiger Standort für Ausflüge in das Bodenseegebiet, nach Österreich und in die Schweiz. Die kulturellen Sehenswürdigkeiten des Bodensees und Oberschwabens sind in Tagesausflügen zu erreichen.

Seinen Gästen bietet Friedrichshafen außerdem viel Abwechslung: herrliche Uferpromenade mit Alpenblick, Minigolf, Boccia, Waldlehr- und Trimm-dich-Pfad, Reiten, Tennis, Frei- und Hallenbäder, alle Wassersportarten, Segelflug- und Motorflugsport sowie Hafen- und Promenadenkonzerte, Bodensee-Rundfahrten, nächtliche Tanzschiffahrten und Ausflüge mit Bahn, Schiff und Omnibus.

Das Bodensee-Museum mit der einzigartigen Zeppelin-Abteilung ist ein besonderer Anziehungspunkt. Als eine der größten Sammlungen ihrer Art ist sie eine Erinnerung an die weltbekannte Luftschiffahrt des Grafen Zeppelin und sein Wirken.

Als Messestadt ist Friedrichshafen seit mehr als 30 Jahren ein internationaler Markt für eine Reihe von Branchen geworden. Bedeutende Messen sind u. a. die „IBO-Messe“, die „INTERBOOT“, die „ham-radio“, die „Ratio mit Inter-text“ und die „RMF“-Rennsport, Motorflugsport (Freizeit).

Die Stadt am Bodensee hat ihren Gästen viel zu bieten, hier die Uferpromenade mit Blick auf den Yachthafen und die Schloßkirche.

(Foto: Stuhler)





# Feuerwehr- Bildkalender ein Werbeträger für die Feuerwehren

Mit dem seit 1961 erscheinenden „Feuerwehr-Bildkalender“ gibt der Deutsche Feuerwehrverband den für den Gedanken des Feuerwehrwesens in Bild und Wort werbenden und die Öffentlichkeit über Wesen und Aufgabe der Feuerwehren aufklärenden „Feuerwehr-Bildkalender“ heraus. Die DFV-Medien-GmbH, die dieses Projekt nun in Verbindung mit einem Fachverlag weiterführt, bittet die Feuerwehren sowie die Industrie, den Handel und das Gewerbe um Unterstützung bei der Erstellung dieses Produktes, das so gestaltet ist, daß auch Werbetexte von Inserenten aufgenommen werden können.

Vertragspartner der DFV-Medien-GmbH ist hierfür die Adreßbuch- und Anzeigenwerbegesellschaft mbH (Lange Str. 13, 6000 Frankfurt/M. 11), die den oben rechts verkleinert abgebildeten „Feuerwehr-Bildkalender“ herausgibt. Dieser Kalender (34 cm breit x 49 cm hoch) beinhaltet auf einem Kalenderblock (24 cm breit x 31 cm hoch) 12 Monatsblätter mit Kalendarium und Einsatzfotos der Feuerwehren, zum Teil mit farbigen Bildern. Das Kunstdruckpapier gewährleistet eine brillante Wiedergabe des Kalenderblocks und der Werbetexte. Im Informationsteil dieses Kalenders sind die örtlich gültigen Notrufnummern sowie der Name der örtlichen Feuerwehr eingedruckt.

Als Einzugsgebiet für eine Kalenderausgabe „Feuerwehr-Bildkalender“ mit dem örtlich bestimmten Informationsteil kommt überwiegend das kommunale Gebiet einer örtlichen Feuerwehr in Betracht (Kreis, Stadt oder Gemeinde). Der Verlag erstellt auf dieser Grundlage den „Feuerwehr-Bildkalender“ pro Einzugsgebiet mit entsprechendem Aufdruck in einer Auflage von mindestens 100 Ex-

Der Kalenderblock umfaßt zwölf Monatsblätter mit Kalendarium und Einsatzfotos, zum Teil farbig, die von Werbetexten umrahmt werden.

## FEUERWEHR-BILDKALENDER

DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND e. V. 1961

<p style="font-size: x-small; margin: 0;">FAHRSCHEILE ALLER KLASSEN</p> <p style="margin: 0;"><b>PAUL HEINZE</b></p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Am Mankanal 4 8450 Hanau 7 Telefon (0 61 81) 2 30 76</p>	<p style="font-size: x-small; margin: 0;">Stadtparkasse und Landesleihbank Hanau</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Kundenkonten und Sparkassen Konten für den Giroverkehr Konten für den Sparverkehr Konten für den Fremdwährungsverkehr Konten für den Wechselverkehr Konten für den Zahlungsverkehr</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Langenstraße 10 8450 Hanau 1 Tel. 06181/2214</p>
<p style="font-size: x-small; margin: 0;">Strom-, Gas- u. Wasserversorgung verbrauchsabhängig, sicher, preiswert den höchsten Sachleistungsgrad</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Betrieb des Müllhofes durch die Stadtwerke Hanau GmbH</p>	<p style="font-size: x-small; margin: 0;">Freiwillige Feuerwehr Hanau Notrufnummer: Feuerwehr 112    Rettungsgruppen 1801 Polizei 110    Notarzt 1800</p>
<p style="font-size: x-small; margin: 0;">J. L. Wörner GmbH Bauelemente    Bauelemente    Bauelemente</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;"><b>WÖRNER</b></p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Holzbau - Tischler - Stahlbetonbau</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Postfach 206    8450 Hanau    Telefon (0 61 81) 4 10 10</p>	<p style="font-size: x-small; margin: 0;">HCH. SIEGER    Wellpappen- verpackungen Papier- und Wellpappenwerke K1 Werkstätten Spezialverpackungen</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">8450 Hanau Kaiserstraße 14 Telefon (0 61 81) 10 24</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;"><b>SIEGER</b> KUNSTSTOFFWELTPAPPE</p>
<p style="font-size: x-small; margin: 0;"><b>BARKREDIT</b> Kreditbank GÜNTER von BROCKE</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Kreditbank GÜNTER von BROCKE Kreditbank GÜNTER von BROCKE Kreditbank GÜNTER von BROCKE</p>	<p style="font-size: x-small; margin: 0;">HOHLSTAMM TAPETE UND FARBE</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Rosenstraße 9    8450 Hanau am Main 1 Tel. 06181/21483</p>
<p style="font-size: x-small; margin: 0;">Hobby von A-Z Bücher für die Hobbyler von</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;"><b>Albertis Hobby-Buchhandlung</b></p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Kaiserstraße Ecke Eisenmarkt Straße 8450 Hanau    Telefon (0 61 81) 2 08 13</p>	<p style="font-size: x-small; margin: 0;"><b>flexa</b></p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Steinheimer Metallschlach GmbH</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">8450 Hanau 7/Steinheim Postfach 10 00 30    Telefon (0 61 81) 3 30 30</p>
<p style="font-size: x-small; margin: 0;">Autohaus Kemmerer VERKAUF SERVICE KUNDENSCHUTZ</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Pflaumenstraße 135 8450 Hanau 7 Tel. 06181/216 42</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;"><b>TALBOT</b> VERTRIEBSNETZ</p>	<p style="font-size: x-small; margin: 0;">Auto-Karosserie Münch KG</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Autoschlösserei Sattlerei Karosseriebau-Rep.</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Telefon (0 61 81) 2 17 16    Am Bahnhof 12-16    8450 Hanau 1 GARANTIE FÜR UMSCHNITT UND LEISTUNG</p>
<p style="font-size: x-small; margin: 0;">Küchen-Studio Hanau GmbH</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Steinheimer Str. 23    Tel. 06181/200 14</p>	<p style="font-size: x-small; margin: 0;"><b>FR. KELLERMANN</b></p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Bauelemente Holzbau    Carbo    Gussbetonbau</p> <p style="font-size: x-small; margin: 0;">Hanau 011 8450 Vier der Kriegerstraße 12    Ruf 8 11 04, 8 11 05</p>

emplaren, die im jeweiligen Einzugsbereich in öffentlichen Gebäuden, Tankstellen, Geschäftslokalen, Gaststätten, Industrie-Betrieben usw. zum Aushang kommen. Die Verteilung und Anbringung des „Feuerwehr-Bildkalenders“ erfolgt durch Mitarbeiter des Verlages.

Natürlich kann auch die örtliche Feuerwehr den Aushang dieser 100 Exemplare übernehmen, wofür sie als Verteilerprämie 100 Kalenderblocks (ohne Anzeigen) kostenlos erhält. Unabhängig von dieser Verteilerprämie gewährt der Verlag der örtlichen Feuerwehr für eine Zusammenarbeit bei der Erstellung des „Feuerwehr-Bildkalenders“ ein Honorar. Im Rahmen der erbetenen Zusammenarbeit geht die örtliche Feuerwehr keinerlei Verpflichtungen oder sonstige Auflagen ein.

Interessierte Feuerwehren sollten sich direkt an den Verlag in Frankfurt wenden, von wo aus sie dann weitere Informationen bezüglich der Erstellung des auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmten „Feuerwehr-Bildkalenders“ erhalten.

### Unterstützung

Der Deutsche Feuerwehrverband begrüßt die zuvor erläuterte Initiative seiner Medien-GmbH und unterstützt im

Rahmen seiner Möglichkeiten diese Öffentlichkeitsarbeit für die Feuerwehren. Gleichzeitig ruft er die Feuerwehren auf, der DFV-Medien-GmbH und dem Vertragsverlag bei der Erstellung des „Feuerwehr-Bildkalenders“ behilflich zu sein.

### Wo Pfarrer in der Feuerwehr?

Seit längerem erreichen den Deutschen Feuerwehrverband Fragen, wo in den deutschen Feuerwehren Pfarrer (aller Konfessionen) als aktive Feuerwehrmänner tätig sind und wo es in kirchlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Pflegeheimen, Internaten, Klöstern und ähnlichen Einrichtungen Brandschutzgruppen (im Sinne einer Betriebsfeuerwehr) gibt. Da dem DFV hierüber keine Unterlagen vorliegen, bittet er die Feuerwehren um entsprechende Meldung an folgende Anschrift:

Evangelisches Landespfarramt  
für Polizei- u. Verkehrsfragen  
Herrn Kirchenrat  
Wolfgang Kilger  
Ecklenstraße 20  
7000 Stuttgart 1



# Eingriffe in die Aufgaben der Feuerwehren?

DFV-Präsident Hinrich Struve zum Referentenentwurf des ZSG, zur Wehrgerechtigkeit und zu den „Spartips“ des Bundes der Steuerzahler

Bei Veranstaltungen auf Orts-, Kreis- oder Landesebene innerhalb der Bundesrepublik Deutschland habe ich festgestellt, daß in den Kreisen der Feuerwehren Unklarheiten über verschiedene Veröffentlichungen, die den Katastrophenschutz und Zivilschutz betreffen, bestehen. Dazu möchte ich hier aus meiner Sicht Stellung nehmen.

Ich bin der Meinung, daß mit lautem Schimpfen oder sogar „Sprüche klopfen“ niemandem, am allerwenigsten uns selbst, gedient ist, sondern ein beharrliches Verhandeln und immer wieder versuchen, überzeugende Gespräche zu führen, bringt uns sicherlich weiter. Doch nun zu einigen der angesprochenen Themen oder Problemkreise.

## Zivilschutzgesetz

Da wäre als erstes der Referentenentwurf zum Zivilschutzgesetz.

Ausgangspunkt war und ist sicherlich auch noch die Absicht, drei bisherige Gesetze zusammenzufassen und sie zu straffen. Wenn dieses, vor allen Dingen die Straffung, erreicht worden wäre, wäre es zu begrüßen. In der vorliegenden Form ist allerdings nicht davon auszugehen.

Natürlich berührt dieses Gesetz auch in einigen Punkten entscheidend die Mitarbeit der Feuerwehr im Zivilschutz. Der Deutsche Feuerwehrverband hat unter Mitarbeit der Landesfeuerwehrverbände zu den einzelnen Paragraphen seine Stellung bezogen. Es ist sicherlich nicht der richtige Platz, hier zu den einzelnen Teilen Stellung zu nehmen, aber auf zwei Punkte, die neben anderen besonders gravierend sind, möchte ich in aller Kürze eingehen.

Das Zivilschutzgesetz birgt die Zweigleisigkeit der Feuerwehr in sich. Wir haben uns seit Jahren dagegen gewehrt, daß eine namentliche Erfassung der einzelnen Feuerwehrmänner für den Dienst im Katastrophenschutz erfolgt. Über den Umweg, der Ausgabe eines Ausweises, will man dieses nun erreichen. Man sollte doch endlich auch in Bonn begreifen, daß die Feuerwehr in ihrer Gesamtheit im Katastrophen- und Zivilschutz mitwirkt und es nicht zu einer Teilung innerhalb der Wehr zwischen denen, die gerade Dienst in einem vom Bund gestellten Fahrzeug und denen, die ihren Dienst in einem kommunalen Fahrzeug verrichten, kommen lassen!

Wir werden es nicht hinnehmen, wenn durch irgendeine Gesetzesgebung die Einheit der Feuerwehren zerrissen wird!

Ebenso unverständlich ist für uns, daß in einem Zivilschutzgesetz, welches ja Vorsorge für den Spannungs- und Verteidigungsfall treffen soll, plötzlich friedensmäßige Aufgaben der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zugewiesen werden. Hiermit greift der Bund in Rechtsvorschriften der Länder ein. Um es den Ländern schmackhaft zu machen, will der Bund in Zukunft für Einsätze des THW auf die Kostenerstattung verzich-

ten, da der Einsatz ja auch eine Übung sei.

Jedes aktive Feuerwehrmitglied und sicherlich auch die Helfer der anderen Hilfeleistungsorganisationen wissen um den himmelweiten Unterschied zwischen Übung und Einsatz. Es kann hier nicht Platz greifen, und deshalb werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen, daß plötzlich Aufgaben, die zu keiner Zeit dem THW zugedacht waren, nun von diesem durchgeführt werden sollen.

In diesem Zusammenhang sollte man an entsprechender Stelle einmal überdenken, ob die Ausstattung und Ausrüstung des THW nicht entsprechend des Gründungserlasses den heutigen zu erwartenden Schadensereignissen angepaßt wurde und man vielleicht deshalb nach einem Betätigungsfeld sucht, für welches die derzeitige Ausrüstung ausreichen könnte. Mit dieser Absicht werden Spannungen innerhalb der Hilfeleistungsorganisationen erzeugt, wofür die Helfer, die im Einsatz draußen zusammenstehen müssen, sicherlich kein Verständnis aufbringen können.

## Wehrgerechtigkeit

Zum zweiten liegt seit Ende Juni des Jahres ein Programm „Wehrgerechtig-



keit ..." auf dem Tisch, vorgelegt von einer Kommission der CDU/CSU-Fraktion.

Es kann natürlich im Interesse aller sein, wenn man durch entsprechende Maßnahmen versucht, mehr Wehrgerechtigkeit walten zu lassen. In dem Programm ist sehr ausführlich aufgeführt, unter welchen Voraussetzungen eine Freistellung vom Wehrdienst erfolgt. Angefangen bei den Tauglichkeitsgraden, über die Privilegien für gewisse Personen, bis hin zum Zivil- und Katastrophenschutz.

Nach Durcharbeiten des Papiers bin ich allerdings etwas verwundert, zumal wenn man die hier aufgeführten Zahlen zugrunde legt, und dann zu der Feststellung kommt, man müßte die 10jährige Verpflichtung zur Mitarbeit im Katastrophenschutz und damit die Freistellung vom Wehrdienst in Frage stellen und hier neue Wege über Bundeswehrreservisten suchen. Die angeführten Zahlen besagen nämlich, daß durchschnittlich 73% wehrdienstfähig sind. Von diesen leisteten 34% Wehr- oder zivilen Ersatzdienst. Die Helfer, die durch ihre Verpflichtung zur Mitwirkung im Katastrophenschutz freigestellt sind, machen nur kaum 5% aus. 61% leisteten keinen Dienst, 46% waren Wehrdienstausnahmen und 15% wurden nicht einberufen, obwohl kein Hinderungsgrund hierfür vorlag.

Es ist für mich unbegreiflich, daß man meint, eine Wehrgerechtigkeit herstellen zu können, wenn man gerade den Personenkreis, der bereit ist, sich für eine lange Zeit für diesen unseren Staat einzusetzen, anführt, und glauben machen will, daß durch diese Gruppe eine Wehrgerechtigkeit eingetreten sei. Viele von ihnen, zumindest in der Feuerwehr, müssen schon ein Jahr Dienst getan haben, bevor sie einen Antrag auf Freistellung vom Wehrdienst stellen können. Fast alle bleiben nach Ablauf der zehn Verpflichtungsjahre im ehrenamtlichen Dienst der Feuerwehr. Dieses gilt sicher auch mit Einschränkungen für die anderen Organisationen. Letztendlich machen diese engagierten Bürger in der Gesamtzahl der Wehrpflichtigen noch nicht einmal 5% aus.

Nun wird in diesem Programm angeregt, als Ersatz für den Fortfall der Freistellungen im Katastrophenschutz, die nicht zu Wehrübungen herangezogenen Wehrpflichtigen für diese Zeit ersatzweise den Katastrophenschutz-Organisationen (für deren Dienstbetrieb) zuzuweisen. Hierfür soll eine entsprechende gesetzliche Regelung geschaffen werden. Über die absurde Idee, den freiwilligen Organisationen für 14 Tage oder vier Wochen Reservisten zu Übungen zuzuweisen, braucht man sich wohl nicht weiter auszulassen.

## Bund der Steuerzahler

Zum dritten: Der Bund der Steuerzahler hat „Tips zum Sparen in der Gemeinde – Anregungen und Hinweise für die Vertreter in den Kommunalparlamenten“ herausgegeben.

Nun sind ja auch wir Steuerzahler und deshalb daran interessiert, daß mit den zur Verfügung stehenden Mitteln vernünftig gewirtschaftet wird. In den Hinweisen fällt mir unter Einzelplan 1 auf, daß dieser erstellt wurde von Personen, die der Realität fern sind, zumindest jedoch keinen bundesweiten Überblick über die Struktur der Feuerwehr haben können.

Ein großer Vorteil der Feuerwehren liegt darin, daß sie in der Fläche als Wehr, Löschzug oder Gruppe an 24650 Orten präsent sind. Nur dadurch ist der schnelle Einsatz gewährleistet und die Objektkennntnis gegeben, wodurch die meisten Brände im Entstehen gelöscht werden können. Deshalb ist die Forderung „Das Feuerlöschwesen sollte überprüft werden. Vielerorts werden, insbesondere nach der Gemeindereform, viele kleine Abteilungen vorgehalten, die höchstens in der Lage sind, kleinste Brände zu bekämpfen“, unverständlich, weil zum Schaden der Bürger. Des Weiteren werden in Frage gestellt, ob Zuschüsse zu den Kameradschaftskassen der Feuerwehr, Beschaffung von Fahnen und mehreren Uniformen wirklich nötig sind. Ich denke, daß neben der technischen Ausrüstung der persönliche Schutz des Feuerwehrmitgliedes das Wichtigste ist. Deshalb sind es nicht mehrere Uniformen, sondern Einsatz- und Schutzanzüge, wobei zu der Uniform (Dienstkleidung) in den meisten Ländern Hose, Schuhzeug, Hemden etc. vom Mitglied selbst zu zahlen sind.

In meiner langen Zeit als Kreisbrandmeister, Landesbrandmeister und nun als Präsident des DFV habe ich vielen Fahnenweihen beigewohnt bzw. selbst vollzogen. In fast allen Fällen war die Fahne durch Spenden finanziert worden.

Ein wichtiger Bereich ist die Ausbildung. Um diese effektiv zu gestalten, muß entsprechendes Lernmaterial, welches z. T. von den Kreis- und Landesverbänden mitfinanziert wird, vorhanden sein. Meistens werden hierfür am Ort Schulen genutzt, mitunter muß man auch in Gaststätten ausweichen. In zunehmendem

Maße aber werden nun Schulungsräume den Feuerwehrgerätehäusern angegliedert. Diese werden dann umgedreht von der Orts- oder Gemeindeverwaltung mitgenutzt. Die Forderung im „Einzelplan 1“, den Sitzungssaal des Rathauses zu Schulungszwecken der Feuerwehr mit zu verwenden, ist sicherlich, wenn überhaupt, nur ganz vereinzelt möglich, denn welche kleinere oder mittlere Gemeinde hat schon ein Rathaus.

Ich stimme der Feststellung zu, daß eine zentrale Wartung der Feuerlösch-einrichtungen sich in den Werkstätten auf Kreisebene bewährt hat. Diese Einrichtungen sind größtenteils auf Einwirken der Feuerwehren entstanden.

Zum Schluß möchte ich noch feststellen, daß die Arbeit in den Kommunalparlamenten den Feuerwehren nicht fremd ist. Denn fast in jedem Gemeinde-, Stadt- oder Kreisparlament sind Feuerwehrmitglieder als gewählte Vertreter tätig. Das gleiche gilt für die Landesparlamente und letztlich auch für den Bundestag. Schon deshalb wissen wir sehr wohl um die Wichtigkeit, sparsam hauszuhalten. Vielleicht stellt man einmal einen Vergleich mit anderen Institutionen an und wird dann zu der Feststellung kommen, daß erstens die Feuerwehren – sicherlich von den so berühmten Ausnahmen abgesehen – sparsam wirtschaften und daß zweitens in die Freiwillige Feuerwehr – investiertes Geld für die Allgemeinheit die „höchsten Zinsen“ trägt.

## DFV aktiv

Ich hoffe, daß ich mit diesen drei, aus der Fülle der vielen, die Problemkreise getroffen habe, die auch Sie in den letzten Tagen und Wochen beschäftigt haben. Ich darf Ihnen versichern, daß der DFV in allen Bereichen und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln an den entsprechenden Stellen einwirken wird. Dazu benötigen wir aber Ihre Unterstützung auf Landes-, Kreis- und Ortsebene. Dazu möchte ich Sie bitten und ermuntern!

**Hinrich Struve**  
Präsident des Deutschen  
Feuerwehrverbandes



Westfalen waren Gäste in Rheinland-Pfalz

## Ausbildungsveranstaltung mit 20 Rettungsbooten im Bezirk Rhein-Mosel

Auch Boote aus den DLRG-Landesverbänden Nordrhein und Rheinland-Pfalz machten mit

Der Campingplatz „Sonneneck“ am Rhein bei Boppard war Treffpunkt von zwanzig westfälischen Wasserrettungseinheiten. Aus den DLRG-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Nordrhein kamen noch je zwei weitere Einheiten dazu.

Der Campingplatz „Sonneneck“ im schönen Loreleytal hielt allerdings nicht das, was sein Name versprach. Nach pausenlosen Regengüssen am Anreisetag stieg der Rhein langsam aber sicher. Die mitgebrachten Zelte wanderten jeden Tag ein Stückchen bergauf. Am letzten Tag wurden die Einheiten auch noch durch Wasser, das von hinten auf den Platz lief, von der Straße abgeschnitten. Zuvorkommend trotz widriger Umstände blieben allerdings die Platzverwaltung und die Crew in der Kantine.

### Jedes Rettungsboot war mit einem Taucher besetzt

Die Bootseinheiten in Stärke 1:3 mußten neben den üblichen Ausrüstungen nach STAN des LV Westfalen auch über einen ausgebildeten Rettungs-Taucher mit kompletter Taucherausrüstung und über Funksprechgeräte verfügen. Beides war notwendig wegen der verschiedenen Übungen, die im Programm standen.

Heinz Burghardt, der TL des Bezirkes Rhein-Mosel, nahm an allen Übungen teil. Er sowie sein Kollege Karl Vater auf Landesebene und Kurt Gilsbach als Vorsitzender der Ortsgruppe Boppard begrüßten die Westfalen am Anreisetag. Gerdt Neumann, Einsatzleiter und TL im Landesverband Westfalen, wurde von ihnen mit einer wunderschönen Kanne und der limitierten Nachbildung eines römischen Trinkgefäßes, das man in Boppard gefunden hatte, bedacht. Gerdt Neumann bedachte seinerseits LV-Ltr. Prof. Dr. Konrad Gelzer, LV-Arzt Dr. Günter Jancik, den TL des Bezirkes Münster, Klaus Ehr, und Albert Mazur aus dem Bezirk Dortmund für ständiges Mitdabeisein. Auch Ingo Kopitz und sein Küchenteam wurden für fachgerechte Versorgung mit einer Medaille ausgezeichnet.

Blick auf einen Teil der westfälischen Motor-Rettungsboote am Rheinufer.



Am Einsatzwagen bereiten sich DLRG-Rettungstaucher auf die Übung vor.



Geübt wurde auch das Bergen eines bei einem Einsatz mit Motorschaden „liegengebliebenen“ Rettungsbootes.





## Starke Strömung erschwerte Übung

Von den vielen Übungen, die absolviert wurden, sollen die drei Sonderprogramme besondere Erwähnung finden. Das erste Sonderprogramm, das ablief, war der Bootswettbewerb. Das Hochwasser des Rheins und die damit verbundene starke Strömung verlangten von den Leuten in ihren Rettungsbooten äußerste Geschicklichkeit und praxisnahen Einsatz. Aufmerksame Beobachter waren neben Vorstandsmitgliedern der DLRG Rheinland-Pfalz auch Dr. Middelhoff, der Einsatzreferent Katastrophenschutz im NW-Innenministerium. LV-Leiter Prof. Dr. Gelzer hatte Dr. Middelhoff noch vor Beginn des ersten Sonderprogramms begrüßen können. Sieger des Wettbewerbs war das Boot „Amecke“, Bezirk Hochsauerland, vor „Westfalen I“, Bezirk Bochum, und „Freiheit Westhofen 2“, Bezirk Hellweg. Aber auch die Boote aus den Landesverbänden Nordrhein und Rheinland-Pfalz belegten gute Plätze.

## Mechaniker mußten Schäden beheben

Das Sonderprogramm zwei, eine Rhein-Mosel-Übungsfahrt, hatte es in sich. Rhein und Mosel, beide noch ständig steigend, waren an verschiedenen Stellen, besonders in den Flußbögen, fast völlig von Treibgut, Balken und Bäumen bedeckt. Nur durch geschicktes Manövrieren konnte größerer Schaden abgewandt werden. Trotzdem fielen einige Boote aus. Hier zeigte sich, daß zu einem guten Team auch gute Mechaniker gehören, die Schäden kurzfristig beheben können.

Nach Absprache mit dem LV Rheinland-Pfalz erfolgte das Sonderprogramm drei auf Weisung der Gastgeber. Eine angenommene Explosion auf einem großen Passagierschiff löste eine Katastrophenschutz-Übung aus. Alarmiert wurden neben den westfälischen Rettungseinheiten die DLRG-Ortsgruppen Koblenz und Boppard, das THW und der MHD. Taucher und das THW bargen Passagiere, die DLRG sorgte für Erste Hilfe und ununterbrochenen Abtransport der Verletzten. Der MHD versorgte dann die Verletzten und sorgte, falls erforderlich, auch für den Transport in Krankenhäuser. Die Versorgung der Helfer wurde ebenfalls durch den MHD vorgenommen.

Fazit der Manöverkritik: Ausbildungsveranstaltungen wie diese geschilderte sind dringend erforderlich, will man im Ernstfall wirklich über einen geschulten Stamm von Rettungsschwimmern und Bootsbesatzungen verfügen. Die hier investierten Mittel zahlen sich irgendwann sicher aus.

Hermann Gotthardt

Geborgene „Opfer“ wurden noch an Ort und Stelle untersucht und ggf. behandelt. (Fotos: Gotthardt)



## DLRG-Jugendliche zu Gast beim Bundespräsidenten

Jugend-Empfang in der Villa Hammerschmidt in Bonn

In seinem Amtssitz, der Villa Hammerschmidt, gab Bundespräsident Karl Carstens einen Empfang, zu dem Jugendliche bzw. Jugendorganisationen eingeladen waren, die sich aktiv für das Gemeinwohl einsetzen. Von Pfadfindern bis

zu Hilfsorganisationen, von erfolgreichen regionalen Initiativen bis zu Turn- und Laienspiel-Gruppen – über 700 Jugendliche waren der Einladung nach Bonn gefolgt. Ihnen stand als Gesprächspartner nicht allein Bundespräsi-

DLRG-Einsatzfahrzeuge prägten einen Teil des Bildes.



Bundespräsident Carstens im Gespräch mit DLRG-Aktiven (Fotos: Fiegl)





dent Carstens zur Verfügung, sondern eine ganze Reihe von Partei- und Gesellschaftspolitikern: Parlamentarier, Regierungsmitglieder, Sozialpartner-Vertreter. Jede Gruppe hatte Gelegenheit, sich Gastgeber und den anderen Geladenen vorzustellen und in ihrer Aktivität darzustellen.

Mit der Vertretung der DLRG war der Landesverband Nordrhein beauftragt. Er hat eine Gruppe von zwölf jugendlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zusammengestellt und nach Bonn entsandt. Darunter war der nur von jugendlichen Mitarbeitern betreute Bootstrupp der Ortsgruppe Dinslaken, der zugleich Wasserrettungstrupp im KatS des Kreises Wesel ist – mit Jet-Boot und Trailer sowie mit Mannschafts- bzw. Zug-Kfz., zusammen fünf Personen, verstärkt um drei Rettungstaucher, zwei aus Moers, einer aus Dinslaken –, mit ABC-Ausrüstung und einem Kompressor versehen; beides zusammen also einer Wasserrettungsgruppe der KatS-STAN angegliedert.

Der Bundespräsident und prominente Gäste unterhielten sich ausführlich mit der Gruppe und zeigten großes Interesse an der DLRG-Arbeit in den Bereichen Jugendbildung sowie Einsatz und Ausbildung, und sie befaßten sich alle eingehend mit der „Anne“. Daran besonders stark interessiert war Frau Dr. med. Veronika Carstens, die Gattin des Bundespräsidenten, die mit Mitgliedern der Gruppe über die Unterrichts- und Übungsmöglichkeiten der Puppe diskutierte und das Wiederbeleben selbst probte.

Dem Brauch entsprechend, überreichte die Gruppe dem Gastgeber ein Geschenk: einen DLRG-Bootswimpel, „damit der Hochseesegler Carstens auch dann Verbundenheit mit uns zeigen kann, wenn er nicht mehr als Bundespräsident und Schirmherr amtiert, statt dessen aber mehr Zeit finden möge, den Wimpel in den Wind zu hissen“, so Jan Schmitz bei der Übergabe des Geschenks. Der Bundespräsident nahm den Wimpel dankend an und vergewisserte sich eingehend, ob er den Wimpel auch wirklich führen dürfe: „Ich habe zwar auch einmal die Grundschein-Prüfung abgelegt, aber das ist vielleicht doch schon zu lange her...“

Am Rande des Empfangs ergaben sich auf dem Gelände der Villa Hammer Schmidt gute freundschaftliche Kontakte mit anderen Gästen, vor allem mit den Vertretern der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), mit denen ein reger Gedankenaustausch stattfand.

Alles in allem ein ohne Zweifel sehr erfolgreicher Tag für das Ansehen der DLRG.

(ips)

## Ein neues Einsatzfahrzeug für die DLRG



DLRG-Präsident Prof. Dr. John (rechts) übernimmt die Schlüssel für das neue Fahrzeug.

Allen Grund zur Freude hatten die Teilnehmer am Seminar Rettungswachdienst Nordsee in St. Peter-Ording. Im Rahmen der Tagung wurde in Anwesenheit von DLRG-Präsident Prof. Dr. S. John und LV-Präsident Gülsdorf dem DLRG-Präsidium für seine Einsatzleitung in Burg auf Fehmarn vom Chef einer japanischen Autofirmenniederlassung in Deutschland, Christian Dries, ein neues Einsatzfahrzeug übergeben.

In die Wege geleitet wurde die Spende vom ebenfalls nach St. Peter-Ording angereisten Beckumer Autohändler Hans-

Josef Illigens, Mitglied der Beckumer DLRG. Durch seine langjährige Tätigkeit als ehrenamtlicher Wachleiter der DLRG an Schleswig-Holsteins Küsten kennt er die Aufgaben des Einsatzleiters genau. Mit dem neuen Fahrzeug wird Einsatzleiter Dietmar Froberg jährlich etwa 35000 km zurücklegen. Nach der Übergabe des neuen Einsatzfahrzeugs hatten die offiziellen Vertreter der DLRG Gelegenheit, im Kurhotel von St. Peter-Ording persönliche Kontakte zu knüpfen und über Probleme und Erfolge der DLRG zu sprechen.



Auf dem Weg zur ersten „Probefahrt“.



## DLRG-Wachleiter-Lehrgang in St. Peter-Ording

In St. Peter-Ording wurde vom Präsidium – unter Leitung von Präsidial TL Dr. K. Wilkens, Stellvertreter W. Wienicke, Schleswig-Holsteins LV-TL W. Nicke und Mitarbeiter Technik H. Wiest – der Wachleiter-Lehrgang Nordsee durchgeführt. Hierzu reisten 16 Teilnehmer aus den Landesverbänden an.

Die Teilnehmer hatten ein umfangreiches Programm zu bewältigen. Hierzu gehörten u. a. im theoretischen Bereich

-leine, -ball und Gurtretter) vermittelt. Diese Einweisung fand im Wellenbad von St. Peter statt. Als Gast wurde der Präsident der DLRG, Prof. Dr. S. John, begrüßt.

Dieser Lehrgang war Bestandteil zur Findung einer bundeseinheitlichen Wachleiterschulung Küste, die ab 1985 beginnen soll. Nach Auskunft des Präsidial TL Dr. Wilkens ist geplant, ab 1987 im Bereich des Einsatzdienstes Küste

Das Retten mit der Sicherungsleine gehörte zum praktischen Übungsteil.



Fragen der Führung und des Einsatzes von Wachgängern, Rechte und Pflichten eines WL, Wetterkunde, Gezeiten und Strömungen in der Nordsee, Wiederbelebung mit und ohne Gerät, Erste Hilfe bei Unterkühlung.

Im praktischen Bereich wurde den Teilnehmern die Handhabung der gebräuchlichen Rettungsmittel (Rettungsbrett,

nur noch Wachleiter, die die einheitliche neue Ausbildung durchlaufen haben, einzusetzen. Dies soll auch für die bereits eingesetzten Wachleiter gelten. Zur Erarbeitung dieser Ausbildung fanden in Schillig 1983 und St. Peter-Ording 1984 Lehrgänge statt. Ein dritter in Damp 2000 dient der Überprüfung der neuen Konzeption.

Christian Labusch

Über die Arbeit und die Aufgaben der DLRG am Salzgitter-See informierte sich der Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages Ernst von Essen, der zu der auf der Rettungswachstation stattfindenden Sitzung gekommen war, um sich vor Ort einen Überblick über die Ausbauarbeiten des Gebäudes zu verschaffen. Ernst von Essen hatte sich im wesentlichen für die Finanzierung des Bauprojektes eingesetzt und so den notwendigen Ausbau ermöglicht. Aus diesem Anlaß wurde er vom Präsidenten des LV Braunschweig, Karl-Heinz Harland, mit dem DLRG-Verdienstzeichen in Bronze geehrt.

In seiner Laudatio lobte Harland die beispielhafte Unterstützung der Stadt Salzgitter bei den DLRG-Aufgaben am Salzgitter-See. Er freute sich über die Hilfe des Bezirkes Nord in Salzgitter, der Stadt Salzgitter und des Landes Niedersachsen, sich mit der DLRG an den 60000 DM für den Stationsausbau zu beteiligen.

Damit die Kosten für den Ausbau in einem erträglichen Rahmen bleiben, werden sämtliche Arbeiten in Eigenleistung durchgeführt. Insgesamt leisteten die DLRG-Mitglieder bisher über 2200 Arbeitsstunden.

Wenn voraussichtlich im September der erste Bauabschnitt seiner Bestimmung übergeben wird, ist damit eine jahrelange Enge beendet worden. Denn seit der Inbetriebnahme der Wachstation haben sich die Aufgaben für den DLRG-Bezirk Salzgitter erheblich vermehrt. So sind heute neben der Regattabegleitung, der Überwachung von täglich über hundert Surfern, am 1,6 km langen Sandstrand des Sees an sonnigen Tagen auch noch mehrere tausend Badende zu beaufsichtigen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die DLRG allein am Salzgitter-See vier Motorrettungsboote eingesetzt.

Wie der Vorstand auf der Sitzung weiter mitteilte, leisteten die Rettungsschwimmer während der letzten Wachsaison

## Neue Rettungsstation in Salzgitter



LV-Präsident Harland (rechts) zeichnet Ernst von Essen aus.  
(Foto: Stoltze)



über 6300 Wachstunden und 64mal Erste Hilfe bei Verletzungen. Die Rettungsboote mußten 16mal auslaufen, um

bei gekenterten Segelbooten helfend einzugreifen.

Norbert Stoltze

(HIOGS) unter dem Motto: „Gemeinsam helfen – Im Sinne der Humanität“ durchgeführt.

Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Stadt Essen, Horst Katzor, zeigten der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), der Malteser-Hilfsdienst (MHD) und das Technische Hilfswerk (THW) ihre Hilfsmöglichkeiten in Wort, Bild und Aktionen.

Für diese sieben in Essen sehr aktiven Organisationen sind rund 4000 Helferinnen und Helfer ehrenamtlich tätig. Davon sind rund 1600 Kräfte im Katastrophenschutz der Stadt Essen verpflichtet.

Die Organisationen demonstrierten ihren täglichen Einsatz und gaben Auskunft über die Arbeit der einzelnen Verbände. Dazu gehörten die Rettung vom Turm und die Versorgung der Verletzten ebenso wie realistisches Schminken von Verletzungen. Zwei Tage lang konnte die Bevölkerung der Arbeit einer Einsatzleitstelle für den Rettungs- und Krankentransportdienst und den Fahrdienst für Behinderte zusehen. Die Einsatzfahrzeuge wurden direkt vom Ausstellungsgelände an ihren Einsatzort dirigiert.

Demonstrationen und Vorführungen über Rettungspraktiken gehörten ebenso zum Programm wie die gemeinsam von allen Organisationen durchgeführte Ausstellung. Einsatzfahrzeuge, Rettungsgeräte und mobiles Gerät rundeten diese Leistungsschau ab. Besonderes Interesse bei der Bevölkerung fanden die begehrten DLRG-Buttons, die an Ort und Stelle druckfrisch gepreßt werden konnten. Rettungsboote und Einsatzfahrzeuge veranschaulichten die Arbeit der Wasserrettung ebenso wie die für diese Ausstellung zusammengestellte Fotocollage.

Für Unterhaltung und Musik sorgte das Polizeimusikkorps der Essener Polizei, für das leibliche Wohl die Köche der Betreuungszüge an ihren Ständen oder in ihrer Feldküche. Kinder konnten einen Rundflug über Essen gewinnen als Preis eines Luftballon-Wettfliegens mit Luftballons aller Organisationen. Eine Sammelstelle für Medikamente, deren Verfallsdatum überschritten war, wurde ebenfalls eingerichtet. Dort konnten auch alte Brillengestelle abgegeben werden.

In einem Informationszelt konnten sich die Besucher eingehend über die Arbeit der einzelnen Organisationen informieren. Die HIOGS hatten hier gemeinsam zahlreiches Informationsmaterial und Broschüren ausgelegt.

DLRG für den Küstenwachdienst gerüstet

## Täglich 400 Rettungsschwimmer im Einsatz



Retten einer erschöpften Person.

Der Küstenwachdienst der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) ist für die Sommersaison 1984 gerüstet: Bis zum Anmeldeschluß meldeten sich insgesamt 2277 Rettungsschwimmer zum Einsatz an der Küste, davon werden nach einem Auswahlverfahren 1457 eingesetzt.

Die DLRG betreut in diesem Jahr 61 Kurverwaltungen, bei denen schon in der Vorsaison täglich ca. 60 Rettungs-

schwimmer auf Wache sind. Seit dem 23. Juni, dem offiziellen Beginn der Hochsaison, wachen täglich 400 Rettungsschwimmer im Wechsel über die Sicherheit der badenden Bevölkerung an der Nord- und Ostseeküste.

In den letzten zehn Jahren wurden an der Küste der Bundesrepublik 15257 Rettungsschwimmer der DLRG eingesetzt, die insgesamt 2781191 Wachstunden leisteten.

## Die HIOGS kommen!

Gemeinsame Informationsveranstaltung  
der Essener Hilfsorganisationen

Im Zentrum von Essen, auf dem Kennedyplatz, wurde an zwei Tagen eine

große Informationsschau des Arbeitskreises der Essener Hilfsorganisationen



Diese Veranstaltung verdeutlichte, daß gerade im Katastrophenschutz nur eine gute Zusammenarbeit aller Organisationen Schaden von der Bevölkerung abwenden kann. Der Arbeitskreis der Essener Hilfsorganisationen trug einen entscheidenden Beitrag dazu bei. Den Begriff „HIOGS“ wird man sich für die Zukunft merken müssen. HIOGS – Gemeinsam, im Sinne der Humanität helfen!

Peter Kattner

## Trimming 130 / Swimming 120 erfolgreich erprobt

Trimming 130 und Swimming 120, in der DLRG schon bei unterschiedlichsten Gelegenheiten praktiziert, sind auch zur Belegung des Rettungswachdienstes geeignet. Das wäre, auf eine kurze Formel gebracht, das Ergebnis des Praxisseminars der Technischen Leitung in Damp 2000 an der Ostsee. Vierundzwanzig Teilnehmer aus dem Bundesgebiet waren mit dabei und haben zu dem Erfolg beigetragen.

Da staunten die Kur- und Feriengäste in Damp 2000: Die DLRG stellte sich mit einem Breitenprogramm dar. Es gab in Damp 2000 nicht allein die altbekannte Rettungswache der DLRG. Überall tauchten Rettungsschwimmer auf und informierten über Fitneß und Gesundheit. Und das nicht nur allein durch Handzettel, viel Informations- und Werbematerial der Barmer und Videofilme, sondern auch durch praktische Angebote im Trimmplatz und durch Wassergymnastik im Wellenbad des Kurortes.

Diese Aktivitäten waren Teil des Seminars, das Annegret und Friedrich Marona im Auftrag der Technischen Leitung des Präsidiums durchführten. Der Breitensport ist ein wichtiges „Standbein“ für die DLRG, denn Menschen, die ein Bewußtsein für Fitneß und Wassersicherheit entwickelt haben, finden leichter zum humanitären Auftrag der DLRG. Breitensport ist also als „Brücke“ zur Humanität zu sehen. Und daß es auf dem Wege zum humanitären Gedanken nicht langweilig und ernst zugehen muß,

Trimm-Aktionen machen Spaß und dienen der Gesundheit.



wurde den Kurgästen vielfältig gezeigt. Das Seminarteam hatte intensiv das Programm der Kurverwaltung studiert

und die Punkte herausgegriffen, an denen viele Menschen angesprochen werden konnten.

## Schulung für Technische Leiter

„Vom Bewegungssehen zur Bewegungskorrektur“

Die Technischen Leiter aus 14 Ortsgruppen des Bezirks Westerwald-Taunus der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft trafen sich im Ausbildungszentrum des DLRG-Landesverbandes Rheinland-Pfalz in Lehmen (Mosel) zu einer zweitägigen Tagung. Im praktischen Teil des Lehrgangs im Hallenbad der Falkensteinkaserne in Koblenz referierte und trainierte Helmut Schreiber von der Universität Bochum zum Thema: Vom Bewegungssehen zur Bewegungskorrektur – dargestellt an Beispielen aus den Bereichen der Wassergewöhnung, der Wasserbewältigung und der Schwimmarten.

Dozent Schreiber versuchte den Teilnehmern nach gymnastischen Lockerungsübungen an Land die physikalischen Eigenarten des Mediums Wasser in Form von Bewegungsspielen erfahrbar zu machen. Der Auftrieb, der Wasserwiderstand und auch der Druck des Wassers konnte von der Gruppe in den

verschiedenen Spielen erlebt werden. Schreiber wies besonders darauf hin, daß einem Schwimmanfänger diese Erfahrungen erst einmal übermittelt werden müssen, bevor er die Angst vorm „kühlen Naß“ überwindet. In bestimmten Körperhaltungen bleibt der Mensch ohne besondere Bewegungen durch den Auftrieb über Wasser. Neben didaktischen Anweisungen wurden immer wieder methodische Hinweise gegeben, um das Gelernte auch in den Ortsgruppen, in Übungsstunden, umzusetzen. Unter den gleichen Aspekten wurden auch Übungen zum Kraul- und Brustschwimmen durchgeführt. Schreiber zeigte Übungen des absichtlichen „Falschmachens“, um so vielfach gemachte Fehler den Teilnehmern in Ausbildungskursen bewußt zu machen und durch weitere Anleitungen abzustellen. In einem kurzen theoretischen Teil und anhand von Filmen wurden die gemachten Erfahrungen noch einmal aufgearbeitet.

Diskussionspunkt auf der Tagung der Technischen Leiter war auch der Einsatzbereich. Bootseinsätze stehen im Vordergrund.

(Foto: Schäfer)





# Presseschau des Inlands

## SPD-Kritik an Zivilschutzplänen

Die Sozialdemokraten lehnen einen im Bundesinnenministerium erarbeiteten Referentenentwurf für ein Zivilschutzgesetz in der vorliegenden Form ab. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Harald Schäfer sagte dazu in Bonn, der Entwurf erfülle nicht die humanitären Anforderungen für einen Zivilschutz, sondern ordne ihn den militärischen Notwendigkeiten für den Ernstfall unter. Schäfer zitierte Staatssekretär Carl-Dietrich Spranger (CSU) vom Bundesinnenministerium, der den Schutz der Zivilbevölkerung als Teil der Abschreckungsstrategie der NATO bezeichnet habe. Eine solche Haltung könne die SPD nicht akzeptieren.

Der Abgeordnete wandte sich insbesondere gegen eine gesetzliche Verpflichtung von Helfern im Spannungs- und Verteidigungsfall, wie sie im Entwurf für 18jährige und Ältere vorgesehen ist . . .

Einen Schutzraumbau im Zeitalter des Atomkriegs hält Schäfer für überflüssig. Er sei schon aus finanziellen Gründen nicht zu verwirklichen. Bisher gebe es nur für 3,6 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik öffentliche oder zivile Schutzräume. Schäfer setzte sich dafür ein, die für den Zivilschutz vorgesehenen Mittel besser dem Katastrophenschutz in Friedenszeiten zukommen zu lassen. Seine Partei sei der Ansicht, daß das Schwergewicht eines Schutzes der Zivilbevölkerung nach wie vor auf dem Katastrophenschutz in Friedenszeiten liegen müsse.

(Aus: Süddeutsche Zeitung)

## Zivilverteidigungs-Lehrgänge

Die Polytechnische Oberschule „Juri Gagarin“ in Leipzig bereitet zur Zeit ein

nen Speziallehrgang in Sachen Zivilverteidigung vor. Eingeschaltet sind dabei die örtliche FDJ-Leitung, die Arbeitsgruppe Wehrausbildung der Schule, die NVA-Verbindungsstelle und der Chef der Zivilverteidigung.

In die Lehrgangsthematik werden auch Schüler der Mittelstufe einbezogen. Sie sollen in Aufsätzen und über Wandzeitungen ihren Kenntnisstand darlegen. Außerdem ist beabsichtigt, ganztägige Zivilschutzübungen auf dem Schulgelände abzuhalten.

(Aus: Gefahrenabwehr, Bonn)

## Bundesinnenminister will Schutz der Bevölkerung neu regeln

Bundesinnenminister Dr. Zimmermann (CSU) hat von seinen Beamten einen „vorläufigen Referentenentwurf“ für ein Zivilschutzgesetz erarbeiten lassen, das den Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall neu regelt. Der Entwurf enthält Vorschriften zur Heranziehung von Helfern im Spannungs- und Verteidigungsfall und über die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung. Offengeblieben ist im Referentenentwurf, ob eine allgemeine Schutzraum-Baupflicht beim Neubau von Wohngebäuden eingeführt werden soll. Dazu fehlt bisher eine Entscheidung des Bundesfinanzministers, der den geplanten steuerlichen Vergünstigungen für den privaten Schutzraumbau zustimmen muß. Heute gibt es erst für drei Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung Schutzplätze. Die Union strebt 20 Prozent an.

Das Bundesinnenministerium hat seinen Referentenentwurf, der das Datum 5. Juni trägt, jetzt den Ländern und den betroffenen Verbänden mit der Bitte um Stellungnahme bis 24. August zugeschickt. Zimmermann will noch in diesem Jahr eine Kabinettsentscheidung über den Gesetzentwurf herbeiführen. Bis dahin soll geklärt werden, ob eine Schutzraumbaupflicht im Gesetz verankert wird und ob die Vorschriften im Referentenentwurf über die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall noch ergänzt werden.

Der Abschnitt „Maßnahmen im Gesundheitswesen“ überträgt die Planung für die gesundheitliche Versorgung im Kriegsfall den Ländern. Sie sollen die

Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern, von Personal und Medikamenten organisieren. Die Kammern der Ärzte und Zahnärzte, die Vereinigung der Kassenärzte und der Berufsvertretung der Apotheken sind nach dem Entwurf verpflichtet, „die zuständigen Behörden bei der Durchführung dieses Gesetzes zu unterstützen“. Die umstrittene Weiterbildungspflicht für Ärzte und Apotheker, wie sie der Entwurf für ein Gesundheitsversicherungsgesetz vom Mai 1980 vorgesehen hatte, fehlt in dem neuen Entwurf mit seinen 59 Paragraphen.

Bei der Bestandsaufnahme von Personal und Gerät müssen Ärzte, Apotheker und Krankenhäuser die Länder unterstützen. Sie sind verpflichtet, den zuständigen Behörden auf Verlangen die geforderten Auskünfte zu erteilen. Der Entwurf sieht außerdem eine Ermächtigung für den Bundesarbeitsminister vor, in einer Verordnung die Meldepflicht der nicht berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe zu regeln.

Als Personalreserve sollen die „Helfer im Zivildienst“ dienen. Der Entwurf hebt hervor, daß es sich hier um Männer und Frauen handelt, „die aufgrund einer freiwilligen Verpflichtung ehrenamtlich in Einheiten und Einrichtungen des Zivilschutzes mitwirken“. Für sie sind Ausbildungsveranstaltungen ausdrücklich vorgesehen.

Besonders geregelt wird die Heranziehung wehrpflichtiger Männer, die im Verteidigungsfall nicht zum Wehrdienst eingezogen werden. Diese Männer können als Helfer für den Zivildienst verpflichtet werden. In der Begründung zum Gesetzentwurf wird bestritten, daß mit dieser Vorschrift generell eine Dienstpflicht eingeführt wird. Die Einberufung zum Zivilschutz richte sich ganz nach dem örtlichen Bedarf. Die Einzelheiten der Erfassung und Heranziehung soll eine Rechtsverordnung des Bundesinnenministeriums festlegen.

Neu ist die Vorschrift über das Technische Hilfswerk. Sie gibt ihm die nach dem Grundgesetz erforderliche gesetzliche Grundlage. Organisation und Aufbau bleiben gleich. Zu den Aufgaben des Technischen Hilfswerks gehört nach dem Gesetzestext die Mitwirkung im Zivilschutz bei Katastrophen in der Bundesrepublik und im Ausland.

Der „Bundesverband für den Selbstschutz“ soll in eine „Bundesanstalt für Selbstschutz“ umgewandelt werden. Die Bundesregierung erhofft sich davon eine bessere „Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit“ im Zivilschutz.

(Gerda Strack  
in der „Frankfurter Rundschau“)



## Presseschau des Auslands

### Eine mächtige Mädchen-für-alles-Behörde

Der ZS in Frankreich untersteht der Direction de la Sécurité Civile, einer Abteilung des Innenministeriums unter der Leitung eines Beamten im Range eines „Préfet“. Es gibt also keine spezielle, eigenverantwortliche ZS-Behörde, was für die niedrige Priorität des ZS in diesem, der Abschreckungsdoktrin fest verpflichteten Lande bezeichnend ist. Dennoch ist die Sécurité Civile in Frankreich eine mächtige Mädchen-für-alles-Behörde, die eine große Anzahl von Funktionen, vorwiegend für Friedenszeiten, erfüllt. Dazu gehören die Brandbekämpfung, die Katastrophenhilfe, alle Arten von Rettungsdiensten, der Betriebsschutz (einschließlich nuklearer BS), der Umweltschutz usw.

Im Augenblick nimmt der Anteil des ZS am Verteidigungsbudget, das bis 1988 um 11 % steigen soll, ganze 0,1 % in Anspruch. Damit rangiert Frankreich weiter hinter den meisten europäischen Staaten, obwohl es unter den NATO-Mitgliedern nicht ganz allein dasteht. Dennoch kann Frankreich eines der effizientesten Frühwarn- und Strahlenüberwachungssysteme der Welt vorweisen (so sind z. B. alle Gendarmerieposten mit Strahlendetektoren ausgerüstet). Das Warnsystem erreicht gegenwärtig 60 % der Bevölkerung – also einen hohen Anteil, wenn man die geringe Bevölkerungsdichte einiger Regionen in Betracht zieht. Freilich ist das Frühwarnsystem nicht an dasjenige der NATO angeschlossen.

Schutzräume sind praktisch nicht vorhanden; Ende 1982 war Chartres die einzige Stadt mit einem öffentlichen Schutzraum. Die französischen ZS-Behörden beginnen jetzt aber mit der Erfassung derjenigen Gebäude, die sich für den Ausbau gegen atomare und konventionelle Angriffe sowie gegen Strahleneinwirkung eignen. Außerdem müssen alle Gebäude, die in Zukunft in Städten mit über 35000 Einwohnern errichtet werden, mit druckwellensicheren Schutzräumen versehen werden. In Städten zwischen 10000 und 35000

Einwohnern müssen die entsprechenden Schutzräume wenigstens gegen radioaktiven Niederschlag gesichert sein. Während die Franzosen über die Gefahren ziviler atomarer Anlagen gut informiert sind (wegen der großen Zahl von Kernkraftwerken), wissen sie sehr wenig über die Risiken des „atome militaire“. Dem versucht die Regierung durch Information über den Zivilschutz abzu- helfen. (Aus: Aegis international, 3/84)

### Vom Sinn des Zivilschutzes

Über Sinn und Nutzen des Zivilschutzes im Zeitalter moderner Massenvernichtungswaffen wird in letzter Zeit viel diskutiert. Dabei geht man oft von völlig falschen Fragestellungen aus. Es ist sinnlos, zu fragen, ob der Zivilschutz gegen jede mögliche Bedrohung schützt. Niemand behauptet nämlich, daß er das tut. Einen absoluten Schutz gibt es nicht, aber das gibt es auch in keinem anderen Bereich des Lebens. Trotzdem werden unzählige Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Sicherheitsgurte im Auto schützen vor den Folgen mancher Verkehrsunfälle, aber es gibt Situationen, in denen sie nichts nützen. Trotzdem trägt man sie, weil man weiß, daß die Wahrscheinlichkeit, in einen Unfall verwickelt zu werden, bei dem das Gurttragen einen Sinn hat, größer ist als diejenige, einen hoffnungslosen Frontalzusammenstoß zu erleiden. Die gleiche Überlegung müßte eigentlich auch für den Zivilschutz gelten.

Auch in Zukunft ist die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Krieges größer als diejenige eines solchen mit strategischen Atomwaffen. Gegen konventionelle Waffen bieten aber selbst Behelfsschutzräume einen guten Schutz, künstlich belüftete sogar gegen chemische Waffen. Sollten dabei auch taktische Atom- und Neutronenwaffen eingesetzt werden, so bieten unsere Schutzräume schon in relativ geringer Entfernung vom Sprengpunkt eine hohe Überlebenschance. Sogar in einem eigentlichen Atomkrieg dürfte unser Land kaum mit einem lückenlosen Teppich von Atombomben belegt oder mit derart starken Waffen angegriffen werden, daß die meisten Schutzräume zerstört würden. Das ist schon aus finanziellen und technischen Gründen, aber auch aus strategischen Erwägungen unwahrscheinlich. In der großen Mehrzahl aller Fälle hätte damit der Zivilschutz wirklich einen Sinn . . .

Wer die Verantwortung für sich und seine Mitmenschen ernst nimmt, muß daher den Zivilschutz befürworten und unterstützen! (Prof. Reinhold Wehrle in „Zivilschutz“, Schweiz)

### Offiziere für den Zivilschutz

Auf Beschluß des schweizerischen Bundesrates müssen Offiziere spätestens zum Ende des Jahres, in dem sie das 50. Lebensjahr vollenden, dem Zivilschutz als Vorgesetzte oder Spezialisten zur Verfügung gestellt werden. Die Zahlen legt der Bundesrat unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Armee und Zivilschutz fest.

Diese Offiziere leisten während ihrer Zivilschutzzeit keinen Militärdienst, Armeeangehörige, die zugunsten des Zivilschutzes vom aktiven Dienst befreit werden, müssen in Friedenszeiten sowohl militärischen Instruktionsdienst als auch Zivilschutzdienst leisten. Nach den bisherigen Erfahrungen gibt es jedoch nur wenige Offiziere, die bereit sind, neben den militärischen Pflichten zugleich Zivilschutzfunktionen wahrzunehmen. Die neue Regelung wird daher von allen Seiten begrüßt.

(Aus: Gefahrenabwehr, Bonn)

### Schutz gegen radioaktive Strahlen

Beispielhaftes Handeln des österreichischen Zivilschutzverbandes: Er veranstaltete in Linz eine Strahlenschutzwerterhebung an 16820 Häusern (das sind 64 Prozent des Gesamtbestandes) und kam zu dem überraschenden Ergebnis, daß 10784 von ihnen in die Strahlenschutz-Kategorie A einzuordnen sind.

Und dies bedeutet, daß die Keller dieser Häuser einen ausgezeichneten Schutz gegen radioaktive Strahlen bieten, wenn einige zusätzliche Maßnahmen getroffen werden.

Dazu gehören

- Aufstapeln von Sandsäcken oder Aufschütten von Erdreich vor den Kellerfenstern,
- Abdichten der Kellerfenster und Türen,
- Errichten einer provisorischen Entlüftung.

Bei Einbau einer Schutzraumtür, einer Luftfilteranlage und durch Ausbetonieren der Fensteröffnungen läßt sich mit relativ geringem Aufwand sogar ein kompletter Grundschutzraum erstellen.

3784 weitere Gebäude in Linz fallen unter die Kategorie „gut“, hier sind die Keller schon in gewisser Weise vorbereitet. Bei 995 Häusern ist die Schaffung geeigneter Schutzräume allerdings mit großen Kosten verbunden. 1257 Gebäude sind bar jeglicher Schutzmöglichkeiten . . .

(Aus: Gefahrenabwehr, Bonn)



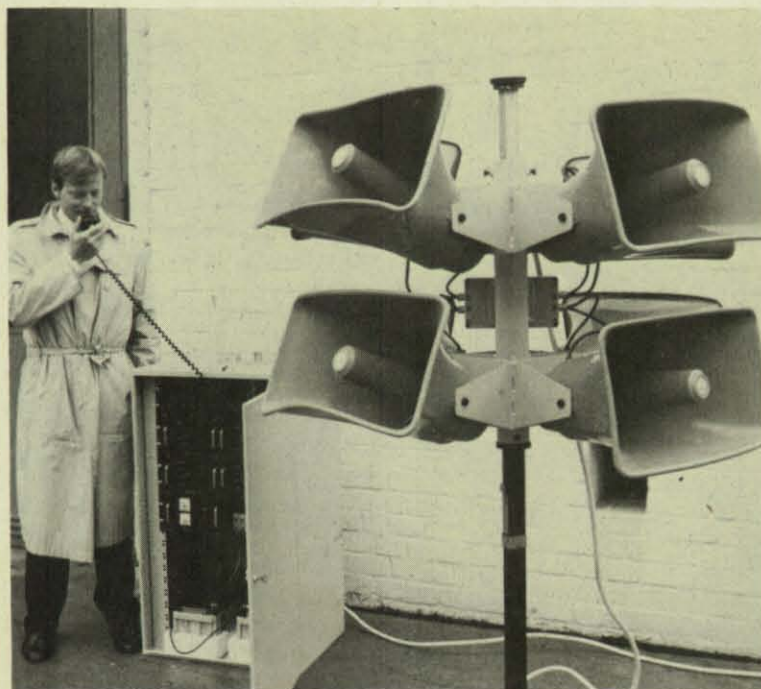
# Wissenschaft & Technik

## Ein Hochdruck-Warnsystem

Die Bevölkerung muß rechtzeitig gewarnt werden, falls sie durch Naturgewalten, technische Ausfälle oder Krieg betroffen oder gar bedroht wird. Aus diesem Grunde entwickelte eine Firma in Helsinki eine neue elektronische Sirene mit der Bezeichnung VSS-1200. Die Sirene wurde nach den jüngsten technischen Erkenntnissen entwickelt und arbeitet mit Hochdruck-Signalen. In der Erprobung wurde festgestellt, daß eine elektronische Sirene rund sieben elektrische ersetzen kann.

Das Signalvolumen der VSS-1200 ist sehr durchdringend und hat ein breites Spektrum. In einer Entfernung von 30 Metern hat die elektronische Sirene einen Tondruck von 112 dBA (ein Meter 142 dBA). Über ein Mikrophon, das an das Gerät angeschlossen werden kann, können Meldungen oder Anweisungen gegeben werden. Die Sirene kann bei Stromausfall auch eine Stunde, das sind mehr als 40 Alarmierungen, batteriebetrieben eingesetzt werden.

(Foto: Hilberath)



## Größere Sicherheit durch neues Rettungswerkzeug

Die Unfallpraxis zeigt, daß sich immer wieder Unfallopfer aus einem brennenden Auto oder nach einem Überschlag nicht befreien können.

Für solche Situationen ist der handliche „Life-Hammer“ das richtige Rettungswerkzeug. Durch seine lebensrettenden Funktionen erhöhen sich die Überlebenschancen ganz erheblich: Das integrierte Schneidmesser macht das Zerschneiden des Sicherheitsgurtes leicht; der doppelseitige Spezialhammer ermöglicht es, die Scheibe zu zerschlagen und sich einen Fluchtweg freizumachen.

In einem Gutachten der Universität Graz wurde festgestellt, daß der Hammer geeignet ist, Autofahrern die Fesselungsangst zu nehmen und die Insassen zu veranlassen, sich anzuschallen.

Der „Life-Hammer“ ist nur 17 cm lang und kann ohne Schrauben im Fahrzeug befestigt werden. In der Halterung des Rettungswerkzeuges befindet sich eine Spezialnadel zum Reinigen und Justieren der Waschanlagen-Düsen. Werbetafdrucke, z. B. für die Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren, sind an verschiedenen Stellen des Hammers möglich.

## Neue Pumpen mit hoher Saugleistung

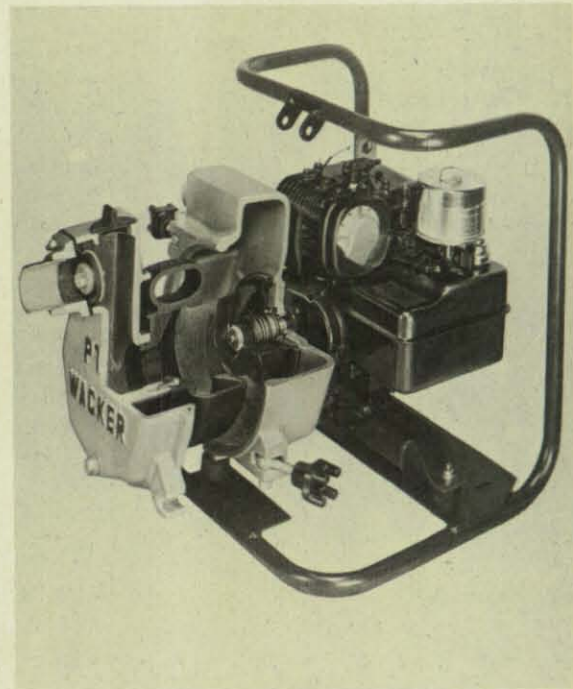
Kein Geheimnis macht ein im letzten Jahr ins Pumpengeschäft eingestiegener Baumaschinen-Hersteller aus der Technik dieser Geräte.

Aus der Abbildung ist deutlich das System der selbstansaugenden Zentrifugalpumpen zu ersehen, ferner auch die aufwendige Abdichtung zum angeflanschten Antriebsmotor sowie der direkte Zugang zum Pumpengehäuse über vier ausklappbare Verschlussknöpfe.

Genauso interessant sind die Leistungsdaten. Saubere sowie auch stark verschmutzte Flüssigkeiten können mit Feststoffen bis zu 50 mm Ø bei einer Stundenleistung von 150 m<sup>3</sup> gefördert werden. Die Saughöhe liegt dabei bei max. 7,6 m, die Förderhöhe bei ca. 28 m.

Ähnlich groß wie das Angebot – derzeit sind drei Baugrößen mit acht Motorvarianten lieferbar – ist auch der Einsatzbereich: Er reicht vom Tiefbau über die Landwirtschaft und Schifffahrt bis zu den unterschiedlichsten Aufgaben im kommunalen Bereich.

(Foto: Wacker)





# Neue Bücher

## Der sichere Schulweg

**Schriftenreihe Straßenverkehr, Heft 28**  
**Von Wolfgang Berr, Thomas Hessling und Hans Schweda**  
**ADAC, 8000 München 70**

Daß die Schulwege nicht sicher genug sind, belegen nach Ansicht des ADAC die hohen Unfallzahlen von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr. So verunglückten 1983 allein 496 Kinder unter 15 Jahren als Radfahrer und Fußgänger auf unseren Straßen tödlich, 36974 wurden verletzt.

Weder Fußwege noch Übergänge, Radwege oder Schulbus-Haltestellen sind überall sicher. Wie Eltern und Behörden Fehler beseitigen und Schulwege sicher machen können, soll die neue Broschüre aufzeigen.

Mit diesem Leitfaden werden nicht nur den Eltern, sondern auch den Politikern in den Kommunen und den Planern der Verkehrsbehörden Tips und Hinweise zur schnellen Beseitigung von Gefahrenpunkten im Schulwegnetz gegeben.

## Neues Kinderspiel

**„Feuerwehr“**  
**Ab 5 Jahre; bis 4 Spieler**  
**Verlag Herder, 7800 Freiburg**

Es brennt! Feuerwehrautos, Sirenen und blaue Blinklichter – diesen für Kinder faszinierenden Eindruck macht sich das neue Spiel „Feuerwehr“ zunutze.

Dabei spielt die Gruppe nicht mehr gegeneinander im Wettkampf, sondern die Spielaufgabe muß mit gemeinsamer Anstrengung und gegenseitiger Hilfe gelöst werden: Die vier Spieler müssen zusammen verhindern, daß ein schönes altes Haus in der Stadtmitte abbrennt. Wer als erster ankommt, kann den anderen helfen, auch schnell zur Stelle zu sein.

Nur die ganze Spielgruppe kann es schaffen, zu gewinnen oder als ganze Gruppe verlieren. Mit dem Spiel soll die Hilfsbereitschaft in der Gruppe gefördert

und die Lebenstüchtigkeit und das Selbstvertrauen der Kinder gestärkt werden.

## Neue Aspekte der Energieforschungspolitik

**Ausgewählte Reden und Mitteilungen aus dem Bundesministerium für Forschung und Technologie**  
**Verlag TÜV Rheinland GmbH, Köln**

Es handelt sich um den ersten Band einer neuen Schriftenreihe unter dem Titel „ENERGIE Forschung und Technik“. Die Veröffentlichung informiert anhand von Vorträgen des Bundesministers Dr. Riesenhuber sowie Pressebeiträgen über Grundsätze der Energieforschungspolitik als Teil der Energiepolitik, fortgeschrittene Reaktorlinien (Hochtemperaturreaktor und Schneller Brüter), die Entsorgung von Kernkraftwerken (Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, Sicherheit bei der nuklearen Entsorgung, Endlagerung radioaktiver Abfälle).

Das Buch enthält weiterhin Äußerungen zum Thema Energie und Umwelt (Waldschäden, Saurer Regen, neue Kraftwerkskonzepte), über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieversorgung (Kooperation mit Entwicklungsländern im Energiebereich, Zusammenarbeit beim Einsatz neuer Techniken zur Nutzung der Sonnenenergie, auf dem Gebiet der Kernenergie und Urananreicherungstechnologie) und behandelt Einzelaspekte der Energieforschung, wie Nutzung der Solarenergie, Windkraft, Kohleumwandlung, verbesserte Gewinnungsmethoden bei der Erdölgewinnung, aktuelle Situation der Fernwärme u. a.

Die Publikation ist Teil eines umfangreichen breitgefächerten Angebotes des Fachinformationszentrums Energie-Physik-Mathematik GmbH Karlsruhe, über dessen Informationsdienste (Datenbanken) Fachleute und interessierte Laien Literaturhinweise, Informationen und Veröffentlichungen erhalten können. So können u. a. gegen eine Schutzgebühr Informationspakete der Reihe BINE (Bürger-Information Neue Energietechniken) über die Fachgebiete Heizen mit Wärmepumpen, Energiedach, Nutzung der Windenergie, rationelle Energieverwendung im kommunalen und gewerblichen Bereich, Sonnenenergie zur Warmwasserbereitung und Raumheizung, Energie aus Biomasse u. a. m. beim Fachinformationszentrum Energie-Physik-Mathematik GmbH, Büro Bonn, Ahrstraße 64, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 376921, angefordert werden.

W. Such

## Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

**Lüttgen/Biese/Kerutt/Versen**  
**Handbuch des Rettungswesens**  
**26. Ergänzungslieferung**  
**v. d. Linnepe Verlagsgesellschaft mbH & Co., 5800 Hagen**

Neben mehreren Aktualisierungen enthält die Ergänzungslieferung vorwiegend Neuaufnahmen. In den Abschnitt Rechtsgrundlagen werden die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Rettungswachen in Nordrhein-Westfalen neu eingefügt.

Der Abschnitt Personal und Ausbildung wird erweitert durch die Empfehlungen zur Qualifikation des Arztes im Rettungsdienst der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensivmedizin, die Empfehlungen der Bundesärztekammer zur Einführung eines Fachkundenachweises „Rettungsdienst“ und das Thema Weiterbildung der Ersthelfer in Maßnahmen bei Unfällen durch gefährliche chemische Stoffe.

**Töpfer/Lind**  
**Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland**  
**81. Ergänzungslieferung**  
**Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha**

Die Lieferung bringt das Werk auf den Stand vom 1. 3. 1984. Beim Bundesrecht wurden die Rahmenrichtlinien über die Gestaltung von Sachverständigen-gutachten in atomrechtlichen Verwaltungsverfahren und die Verordnung über das Anerkennungsverfahren nach dem Dritten Abschnitt des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes neu aufgenommen.

Das Landesrecht von Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz wird ebenfalls auf den neuen Stand gebracht.

**Klaus Ridder**  
**Gefahrgut Handbuch**  
**16. Ergänzungslieferung**  
**ecomod verlagsgesellschaft mbh,**  
**8910 Landsberg**

Die neue Lieferung beinhaltet eine große Anzahl von Aktualisierungen. Der Abschnitt Gefahrgutverordnung Luft wurde bezüglich der neuen ICAO-Vorschriften vollständig überarbeitet. Der Abschnitt Unfallmerkmale bringt neue Ausführungen und die letzte Verkehrsblattbekanntmachung.

Neu aufgenommen wurde die DDR-Regelung für den Ro/Ro-Verkehr auf der Ostsee. Die Abschnitte Materialien und Ausnahmeübersichten für den Straßenverkehr erfuhren eine Umgestaltung.



Wolfgang Wiedemeyer

## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



Schwere Lasten werden von zwei oder mehreren Personen getragen – die Last wird hinten zuerst angehoben.  
(Vergl. Abs. 56–61 – Sonderteil 40 –)



Das Lagern der Bauklammern in der Geräteablage – Spitzen der Bauklammern stets nach unten lagern! – Saubere Geräteablage ist unerlässlich.  
(Allgem. Vorschr. VBG 1)



Allgemeine Arbeiten und der Umgang mit Drahtseilen erfordern grundsätzlich Schutzhandschuhe.  
(Allgem. Vorschr. VBG 1)



## Internationale Begegnung am Lagerfeuer



Schon fast zur Tradition geworden ist das Landeszeltlager der rheinland-pfälzischen Jugendfeuerwehr. Diesmal waren die Jungen und Mädchen aus Rheinland-Pfalz sowie rund 100 Gäste aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland, Österreich und Nordrhein-Westfalen in Cochem an der Mosel. Eine weiße Zeltstadt nahm die fast 550 Teilnehmer auf.

Das gemeinsame Miteinander brachte muntere Tage in Cochem. Dabei wurde die Kameradschaft gefördert, das Verantwortungsgefühl geweckt sowie neue Freundschaften geknüpft.

In den neun Tagen vom 14. bis 22. Juli 1984 kam für die Jugendlichen keine Langeweile auf. Ein abwechslungsreiches Programm sorgte für viel Unterhaltung. Neben Spiel, Sport und Wettkämpfen waren auch die Sehenswürdigkeiten in der Umgebung von Cochem zu besichtigen.

Das Titelbild sowie die Bilder auf dieser Seite geben einen Einblick in die vielseitigen Aktivitäten des bunten Lagerlebens (s. auch Beitrag im Innern dieses Heftes).